DIE SOZIALE SICHERUNG DES HAUSHALTES IM LICHTE DER MODERNEN MIKROÖKONOMISCHEN SPARTHEORIE

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer hohen rechts- und staatswissenschaftlichen
Fakultät der Albert - Ludwigs - Universität zu
Freiburg im Breisgau.

vorgelegt von
Martin Krämer
Diplom - Volkswirt.

Freiburg im Breisgau 1957.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Referent: Professor Dr. Elisabeth Liefmann - Keil.

Koreferent: Professor Dr. Martin Lohmann.

V o r w o r t

Die Beschäftigung mit der modernen mikroökonomischen Spartheorie und deren Beziehungen zur Sozialen Sicherung geht auf eine Anregung von Frau Prof. Dr. Liefmann - Keil zurück. Während der Bearbeitung des Themas wurde mir von ihr mancher wertvolle Hinweis und Rat zuteil. Ich fühle mich deshalb ihr gegenüber zu großem Dank verpflichtet.

Der Verfasser.

Einleitung: Ansatzpunkte der Untersuchung und Inhaltsübersicht.

1. Die Soziale Sicherung bedeutet für die Einzelwirtschaft des Haushaltes ein Mittel der individuellen Vorsorge. Diese Funktion erfüllt sie unabhängig von ihrem Zwangscharakter und den faktischen Übertragungsvorgängen im Kreislauf der Sozialleistungen. Diese Vorsorgeeigenschaft zeichnet insbesondere die soziale Rentenversicherung aus. Die Einrichtungen der Sozialen Sicherung bilden jedoch nur e i n Instrument zur Lösung des mikroökonomischen Problems der Vorsorge und erscheinen so als Spezialfälle einer allgemeineren wirtschaftlichen Aufgabe. Die hier vorliegende Studie macht es sich zum Ziel, die moderne mikroökonomische Spartheorie daraufhin zu untersuchen, ob sie die einzelwirtschaftlichen Zusammenhänge des Vorsorgeproblems allgemeiner darzustellen vermag und dabei für die ökonomische Beurteilung der Sicherungseinrichtungen des Haushaltes neue Perspektiven zu Tage fördert. Praktisch bedeutet das e i n e Ü b e r p r ü f u n g d e r S o z i a l l e i s t u n g s t a r i f e u n t e r d e m G e s i c h t s p u n k t d e r S p a r n e i g u n g d e s F a m i l i e n h a u s h a l t e s . Diese Überprüfung wird anhand einiger mikroökonomischer Modelle im letzten Teil der Untersuchung vorgenommen. Die vorangehenden Abschnitte dienen der V o r b e r e i t u n g der Modelle, der R e c h t f e r t i g u n g der darin gemachten Annahmen und verwendeten Daten, der D i s k u s s i o n der institutionellen Bedingungen im Bereiche der Sozialen Sicherung und schließlich der U n t e r s u c h u n g des gegenwärtigen Standes der mikroökonomischen Spartheorie. Als wichtigstes Hilfsmittel der Untersuchung wird die mikroökonomische S p a r f u n k t i o n f ü r d e n Z e i t r a u m d e s i n d i v i d u e l l e n L e b e n s z y k l u s angesehen.

2. In einem Augenblick, da der Gesetzgeber in der Bundesrepublik gerade eine neue Ordnung der Sozialleistungen verabschiedet hat, erscheint es auf den ersten Blick unzeitgemäß, eine Frage dieses Bereiches zu überprüfen (1). Aber für die Beziehung, um die es hier geht, bildete die sogenannte "Sozialreform" keine Umwälzung der Grundlagen; deshalb dürfte es auch hinderlich sein, wenn diese Untersuchung auf vorwiegend älteren Daten befuht, in denen die geänderten Tarife der Sozialleistungsreform noch nicht zur Geltung kommen. Die Übertragung des Problems in den neuen Abschnitt der Sozialleistungsgeschichte beruht darauf, daß das neuerliche Gesetzeswerk vorwiegend verteilungspolitisch und gesamtwirtschaftlich ausgerichtet ist. Einzelwirtschaftliche und sozialpsychologische Fragen, wie sie der s o -

(1) Vgl. Bundesgesetzblatt, Teil I, v. 26.2.1957, S. 45 ff. und S. 88 ff. (Gesetze zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten).

zialen Angemessenheit der Tarifsätze und Leistungen im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Bedingungen der typischen Situationen des menschlichen Lebens oder die der Beeinflussung des individuellen Wohlstands durch öffentliche Sicherungsmaßnahmen wurden außerhalb der öffentlichen Fürsorge kaum berührt. Auch mangelt es noch immer an einer ökonomisch sinnvollen Einordnung der öffentlichen Sicherungsmittel in die gesamte Wirtschaftsrechnung der typischen Haushaltseinheit. Das Problem der zeitlichen Einkommensübertragungen liegt, sowohl für die Maßnahmen der Sozialen Sicherung als für alle übrigen zeitlichen Übertragungsmittel gleichen Sinns, nicht allein in der absoluten Größe der Leistungen und Gegenleistungen, sondern erstreckt sich darüber hinaus auf die relative Bedeutung der Einkommensübertragungen für jeden Zeitabschnitt der hauswirtschaftlichen Entwicklung. Zeitliche mikroökonomische Einkommensübertragung ist dabei nicht als personelle Übertragung gedacht; sie beinhaltet - und das sei ausdrücklich betont - allein die einzelwirtschaftliche Vorsorge und Vorsorgeplanung zum Zwecke der späteren Eigenverwendung. (1).

3. Eine realistische Theorie dieser zeitlichen Einkommensübertragungen im Bereiche der Mikroökonomie muß sich teilweise von der traditionellen Kapitaltheorie lösen. Eine Anpassung bringt die moderne mikroökonomische Spartheorie, der wesentliche Einsichten der modernen Nachfragetheorie einverleibt sind. Die Grundlage dieser Nachfragetheorie, die sich vielfach auf Familienbudgets stützt, beruht wesentlich auf den Arbeiten von J. R. Hicks, P. A. Samuelson, H. Wold, H. Schultz, R. Stone und H. S. Houthakker (2). Die spezielle Verhaltensforschung über die Erscheinung des individuellen Sparens wurde besonders durch die Enquêten des Federal Reserve Board der Kreditbanken der Vereinigten Staaten gefördert. Wichtigstes theoretisches Problem dieser Entwicklungsarbeiten - neben den rein praktischen Einsichten bildeten die Bestimmungsfunktionen des Sparens. Aus einem zunächst überwiegend statistischen Beziehungsgewebe wurden Theoreme abgeleitet, die neue Wege für die prognostische Verwendung der Sparanalyse eröffneten. Eine besondere Rolle spielt bei der Konstruktion spartheoretischer Modelle die zeitliche Nutzenstruktur und einige damit verknüpfte Verhaltensmaximen und Gleichgewichtsvorstellungen. Dazu will die hier vorgenommene Untersuchung einige Gedanken überpfügen, die die Spartheorie seit St. Jevons beeinflussen, die bei A. Marshall und F. P. Ramsay weiter

---

(1) Soweit angebracht, wird diese Auffassung als Fiktion auch bei den obligatorischen Eingriffen der Sozialen Sicherung unterstellt.

(2) Prais, S.J. Houthakker, H.S. The Analysis of Family Budgets, Cambridge, 1955, S. 5 f.

und letzthin bei F. Modigliani und R. Brumberg erneuert wurden.

4. Der erste Teil der folgenden Untersuchung richtet sich auf die Daten des mikroökonomischen Sparens. Es geht hier im einzelnen um geeignete quantitative Vorstellungen über die Haushaltsgröße, das Haushaltseinkommen, das Haushaltsvermögen und andere wesentliche Bestimmungsstücke des hauswirtschaftlichen Sparens. Der Einfluß der sozialen Umgebung auf die hauswirtschaftlichen Entscheidungen soll hervorgekehrt werden. Einzelne Größen, wie das Haushaltseinkommen, bedürfen einer Reihe näherer Bestimmungen, ehe sie zur Beschreibung hauswirtschaftlicher Dispositionen geeignet sind. Die Funktion des Haushaltseinkommens etwa wird nicht nur durch seine Geldgröße, sondern nicht minder durch seine jeweilige Versorgungsaufgabe bestimmt. Der zweite Teil der Arbeit ist den typischen Einkommensrisiken gewidmet. Solche Risikomomente bestimmen die verschiedenen Wechsellagen des menschlichen Lebenszyklus' und verursachen eine wirtschaftlich bedeutsame Aktivität öffentlicher und privater Sicherungseinrichtungen. Die zeitlichen Einkommensübertragungen, die durch einzelne Risikovorstellungen verursacht werden, können mit gewissen Sparmaßnahmen gleichgesetzt werden. Der Abschnitt verfolgt daneben den Zeck, die relative Bedeutung der unterschiedlichen Sicherungsformen hervorzuheben und versucht darüber hinaus, die kalkulatorischen Elemente der einzelwirtschaftlichen Vorsorgerechnung zu vergleichen.
Der dritte Teil der Untersuchung befaßt sich mit der Idee des Gleichgewichtes innerhalb der wirtschaftlichen Dispositionen des menschlichen Lebenszyklus' und erörtert deren Bedeutung für das individuelle Sparen. Die Bestimmung wichtiger numerischer Kriterien für die typischen Stufen des menschlichen Lebenszyklus' aus empirisch ermittelten Daten dient der Vorbereitung der zweckbestimmten Sparmodelle im fünften Teil der Arbeit.
Der vierte Teil istder mikroökonomischen Spartheorie im engeren Sinne vorbehalten. Die beiden hauptsächlichen Zweige der neueren Untersuchungsmethoden des Sparens, die empirisch - stochastische und die funktionale, werden zunächst getrennt auf ihren Determinationscharakter untersucht und schließlich im Modell von Modigliani und Brumberg zu einer Synthese gebracht. Mit Hilfe von Querschnittsdaten, einer Reihe funktionaler Beziehungen und Verhaltensmaximen und der Hypothese eines dem menschlichen Lebenszyklus immanenten wirtschaftlichen Gleichgewichtes entsteht die Vorstellung eines Sparens, das innerhalb des Zeitablaufes eine bestimmte Ausgleichsfunktion ausübt. Unter dem Gesichtspunkt dieser Ausgleichsfunktion wird allen Sparformen, also auch der Sozialen Sicherung, ein normativ bestimmtes Ausmaß zugeordnet.

Im fünften Teil sollen die Einsichten der theoretischen Modelluntersuchungen auf praktische Probleme angewandt werden. Dazu sind einige zusätzliche Annahmen erforderlich. Aus einer Kombination von jeweils verwirklichtem Einkommen, von erwartetem und von durchschnittlichem Laufbahneinkommen wird unter der Annahme bestimmter Theoreme die Fiktion einer "Sparkapazität" gebildet. Sie soll als Ausdruck der individuellen Neigung zur Vorsorge der Größenstruktur der obligatorischen Sicherung gegenübergestellt werden. Daraus soll ein Urteil über die wirtschaftliche und soziale Angemessenheit einzelner Einrichtungen der Sozialen Sicherung gewonnen werden. Die Schlußfolgerungen, die aus dieser Gegenüberstellung hervorgehen, schildern nicht schlechthin die deutschen Verhältnisse, denn nicht alle bedeutsamen Sozialgruppen können in dieser isolierten Studie berücksichtigt werden. Auch beruhen einzelne Theoreme, die Elemente des Modells bilden, auf ausländischen Beobachtungen, die in Deutschland bisher noch nicht bestätigt wurden, weil entsprechende Untersuchungen bisher fehlen.

I. Teil: Die Daten des mikroökonomischen Sparens.

1. Die Ordnung der Daten des mikroökonomischen Sparens.

1.1. Die soziale Umgebung und die Stellung in der Gesellschaftsordnung üben auf das Wirtschaften des Haushaltes einen bedeutsamen Einfluß aus und bestimmen dabei die Art der Einkommensverwendung. Die Zahl der individuellen Entscheidungsmöglichkeiten wird durch die Auslese gewisser Handlungsweisen seitens der sozialen Gruppen begrenzt. Die Sozialstruktur, in der sich der Haushalt jeweils befindet, übt über verschiedene Institutionen und Konventionen die Funktion von wirtschaftlichen Daten aus. Die Vielfalt dieser sozialen Bestimmungsmomente läßt sich in erster Annäherung in einem Kreisschema zum Ausdruck bringen (vgl. nebenstehende Skizze). Danach beeinflussen fünf globale Bestimmungsmomente die Einkommensdispositionen der Individuen: 1. der Haushalt bzw. die Familie, 2. die Haltung der sozialen Gruppe, zu der der Haushalt gerechnet wird oder sich selbst zählt, 3. die Einflüsse des Tätigkeitsbereiches und des Wohnortes (Urbanitätsgrad), 4. die regionalen Verhaltensmaßstäbe und die regionale Wirtschaftsordnung, 5. die Wirtschaftsordnung des Staates und die staatenweise typischen Verhaltensregeln. Die dem Individuum vorgegebene Ordnung der sozialen Verhaltensmaßstäbe ist nicht unveränderlich und verlangt nicht notwendigerweise eine Unterwerfung. Soziale Mobilität, Grenz- und Andersverhalten zeugen für eine gewisse Labilität sozialer Normen. Der normative und zugleich evolutorische Charakter der Sozialstruktur erschwert die eindeutige Erklärung des individuellen Verhaltens aus einem bestimmten Datenkranz. Auch das Sparen läßt sich demnach nicht hinreichend aus der S t r u k t u r seiner Bestimmungsmomente erklären. Die Einführung zeitlicher Entwicklungsmomente und funktionaler Wechselbeziehungen verspricht hier größere Wirklichkeitsnähe.

Abb.2. Die sozialen Bestimmungsmomente der individuellen Eink.-Dispositionen.

1.2. Auf das erste Bestimmungsmoment der individuellen Einkommensdispositionen ist in den folgenden Kapiteln im einzelnen einzugehen; die übrigen sollen hier vorweg erörtert werden. Innerhalb einer s o z i a l e n G r u p p e wirkt auf das einzelne Wirtschaftssubjekt und seinen Haushalt jedes Auseinandergehen von realisiertem und angestrebtem ökonomischen Verbrauchsniveau auf einen Anpassungseffekt hin.

"People considered them as normal by evaluating the increases in their own in comparison to those of their associates, of reverence groups and of the population at large." (1) Aber nicht nur das Einkommen, alle Zeichen sozialer Geltung unterliegen dem Demonstrationseffekt, den die Gruppe ausübt. Es geht dabei um die Anpassung an die von der Gruppe vorgegebenen Standards. Von der Gruppe als ganzem wird dabei im allgemeinen nicht der bestmögliche Standard angestrebt, sondern gewisse Mittelnormen, die die Wirtschaftssubjekte frei von individuellen Gefühlen der Unzufriedenheit halten. Mit dem Standard wird auch das subjektive, kulturelle Existenzminimum festgelegt, denn die Angehörigen einer sozialen Gruppe werden notfalls "starve and freeze before they will adopt the ordinary diet and garb of other groups" (2). Die Bedeutung der Standards in der Bestimmung ökonomischen Verhaltens ist bis vor kurzem kaum richtig gewürdigt worden (3); ihre Rolle wird anläßlich der Erörterung des funktionalen Determinationszusammenhangs noch näher bestimmt werden müssen.

1.3. Der Grad der Urbanität des Wohn- und Tätigkeitsbereiches ist für die Verhaltensweise des Wirtschaftssubjetes jenseits und im Verband mit dem Standard der Gruppe bindende Richtschnur. Für die Bevölkerung der Stadt wiegt das kulturelle Erlebnis stärker, unddie Möglichkeit, es zu nutzen, ist größer. Der Geltungsnutzen, der für die Landbevölkerung bäuerlichen Milieus gilt, ist stärker auf Sachgüter mit ausgeprägten Gebrauchseigenschaften als auf luxuriöse Güter gerichtet. Als Indikator für den standardgemäßen Aufwandsunterschied zwischen Stadt und Land, dient einigen Untersuchungen der Conference on Research in Income and Wealth (4) der Verlauf der Einkommenselastizität bei typischen Verbrauchsbudgets. Die Elastizitätskurven zeigen Punkte eines ersten Befriedigungsgrades der Bedürfnisse an. Aus einem Bukett solc her Punkte lassen sich quantitativ vergleichbare Standardkriterien gewinnen. Dieses Verfahren eignet sich nicht nur zur Überprüfung der Standardunterschiede bei verschiedenem Grad der Urbanität, sondern mutatis mutandis auch für Standardvergleiche unter anderen Aspekten. Die genannte Methode, die Mengenelastizität als Indikator eines Minimumstandards zu verwenden, ist an einige Annahmen gebunden: 1. daß die zu-

---

(1) Katona, George, Psychological Analysis of Economic Behavior, New York, 1951, S. 97.
(2) Knight F. zit.n. Pipping, Hugo, The Concept Standard of Life, Essays in Honour of Gustav Cassel, London, 1933, S. 507.
(3) Vgl. Hollander, Edward, Introduction to the Studies in Income and Wealth, Vol. XV, S. 6.
(4) Vgl. Orshansky, Mollie, Equivalent Levels of Living: Farm and City, Stud. in Inc.a.Wealth, Vol. XV,S. 180. Kellogg, L.S.,Brady, D.S. The City Worker's Family Budget, Monthly Labob Review, 1948, S. 133 ff.

nehmende Einkommenselastizität zunehmende Dringlichkeit der Nachfrage zum Ausdruck bringt et vice versa, 2. daß der Substitutionsmöglichkeiten wegen, die Quantität ihr relatives Maximum vor der Qualität erreicht. Derartige Beispiele für das quantitative Gefälle der Standards im deutschen Sozialgefüge liegen bisher nicht vor. Dennoch existiert eine faktische Sanktionierung von Standardunterschieden nach sozialen Merkmalen, so etwa enthält das Ortsklassenverzeichnis für die Besoldung von Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes Merkmale einer Berücksichtigung sozialer Standardunterschiede, wenn auch sehr pionierhafter Art. Die Differenz zwischen den beiden äußersten Ortsklassen S und C beträgt heute etwa 15 bis 20 % des Grundgehaltes oder Grundlohnes (1).

1.4. Für Arbeiter und Angestellte der Privatwirtschaft richtet sich die Kumulierung möglicher Standardunterschiede weniger nach dem sozialen Gefälle als nach r e g i o n a l zwischen den Sozialpartnern ausgehandelten Löhnen. Es kann hier die Vermutung angedeutet werden, daß die Arbeitnehmerseite um so stärker ihre Forderungen geltend macht, als der Minimalstandard bedroht ist. Von Bedeutung ist abzuwarten, daß soziale Sanktionierungen weder regional noch nach Branchen gefördert sind. Örtliche Standardunterschiede lassen sich mit Hilfe höherer Sozialbeiträge oder sonstiger anderer Formen der staatlichen Einkommensübertragung berücksichtigen. Über regionale Unterschiede in der Verteilung der Sozialeinkünfte zu vergebenen Sozialleistungen über das regional verschiedene Individualeinkommen der Wirtschaftssubjekte liegen dem Verfasser keine Informationen vor. Neben den Standardmomenten dürfen die Antriebsmomente der Verhaltensweisen natürlich die regionalen Möglichkeiten wirtschaftlicher Aktivität zu entfalten und das ordnende Element lokaler Rechtsinstitute nicht übersehen werden. Besonders von den örtlichen Entfaltungsmöglichkeiten des Wirtschaftens ist die Entwicklung des Standards in hohem Maße abhängig.

1.5. Eine Neuauflage der Strukturelemente, die auf regionaler Ebene beobachtet wurden, bringt die staatliche Ebene. Die rechtlichen Elemente nehmen hier eine wichtigere Funktion als auf regionaler und lokaler Basis ein. Jedes nähere Eingehen auf die verhaltensmodifizierenden Momente im einzelnen würde allerdings den Rahmen des hier gestellten Problems sprengen.

1.6. Die Realisierung des Standards ist keine singuläre Aufgabe, sie gehört vielmehr zu den permanenten Planungsproblemen des Haushaltes. Ihren Niederschlag finden die Lösungsversuche dieses Planproblems in den hauswirtschaftlichen Maßnahmen zur Sicherung der Vorsorge und der damit

---

(1) Vgl. Das Personal des öffentlichen Dienstes nach Ortsklassen, Wirtschaft und Statistik, 1956, S. 89 f.

verbundenen Pflege der Einkommensquellen. Die Aufgaben liegen für den Haushalt dabei in der Begegnung mit einer Reihe von einkommenswirtschaftlichen Unsicherheits- und Gefahrenmomenten. Die Wahrnehmung der entsprechenden Vorsorgemaßnahmen ist nichts anderes als die Lösung eines Sparproblems. Zu den dabei zu Gebote stehenden Mitteln gehören die Einrichtungen der Sozialen Sicherung. Sie bilden dabei e i n e G r u p p e unter anderen Sicherungsmöglichkeiten.

2. Die personelle Größe des Haushaltes.

2.1. Die Entscheidungen des Haushaltes sind an strukturelle Voraussetzungen gebunden und selbst wiederum an dieser Strukturbildung beteiligt. Diese Wechselbeziehung, die die Beschreibung wirtschaftlicher Entscheidungen ganz allgemein beherrscht, erschwert die Ursachenforschung. Im Bereiche des Haushaltes sind es Größen wie Einkommen, Verbrauch, Konten-sparen oder Anlagesparen, die diese bestimmende und zugleich bestimmte Eigenschaft haben und deshalb, zur zunächst statischen Analyse, aus diesem Entwicklungszusammenhang herauszulösen sind.

2.2. Die erste Aufgabe einer mikroökonomischen Untersuchung hauswirtschaftlicher Fragen liegt in einer sachgemäßen wirtschaftlichen Abgrenzung des Haushaltes selbst. Allgemein kann der Haushalt als ein soziologisches Gebilde angesehen werden, das an eine materielle Örtlichkeit gebunden ist. Häufigstes Konstitutionselement ist die Familie; die wichtigste Aufgabe einer Haushaltseinheit bildet die Deckung des gemeinsamen Bedarfes. Die Äußerungen der Literatur reichen von idealtypischen Wesensbeschreibungen des Haushaltes als Ort institutiver Verwendung und Beschaffung von Gütern zu Zwecken der eigenen Versorgung und zur Erzielung von selbstverwendeten Gütern (1) über funktionale Einordnungen des Haushaltes in die Gesamtwirtschaft als Stätte der Einkommensumformung (2) bis schließlich zu empirisch - statistischen Umschreibungen. Letztere zielen darauf, den Haushalt als ökonomisches Mengengerüst zu behandeln. Die normativen Merkmale treten bei einer solchen Beschreibungsform hinter ein möglichst umfassendes System korrelativer Zusammenhänge und funktionaler Abhängigkeiten zurück (3). Die idealtypische Definition von von S t a c k e l b e r g (4), die das Merkmal des Verbrauchs besonders herausstellt, sieht den Haushalt als eine Wirtschaftseinheit an, "die für nichtwirtschaftliche Zwecke wirtschaftliche Güter benötigt". Obwohl damit ausdrücklich auf den Verbrauch hingewiesen ist, wird er selbst nicht mehr als besonderes ökonomisches Problem gewertet. Eine solche Ausklammerung ist bei praktischen Untersuchungen, wie sich noch zeigen wird, nicht empfehlenswert. Bei dem v o n S t a c k e l b e r g 'schen Ideal-

---

(1) Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, im Grundriß der Sozialökonomik, 2. Aufl. Tübingen, 1925, S. 46
(2) Sommer, A., Lehre vom Privathaushalt, Berlin, 1931, vgl. dazu auch die neueren Publikationen: Egner, Erich, Der Haushalt, Berlin, 1952.- Fürst, Hildegard, Einkommen, Nachfrage, Produktion und Konsum des privaten Haushaltes in der Volkswirtschaft, Köln, 1956.
(3) Vgl. als Beispiel Katona, George, Klein, Lawrence R., Lansing, John B., and Morgan James N., Contributions of Survey Methods to Economics, New York, 1954, S. 1o ff.
(4) Stackelberg, Heinrich von, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern, 1948, S. 1o7.

[illegible] werden die produktiven Leistungen des Wirtschaftens voll[illegible] in die Unternehmen verlegt. Mit dieser Definition [illegible] in Kommentaren dass auf den modernen marktabhängigen Haushalt übertragen, der weit von den Gebilden einer ge[illegible] Hauswirtschaft etwa im Sinne B ü c h e r s entfernt ist. Der marktabhängige Haushalt wird von Nutzenerwägungen bei [illegible] Entscheidungen und Bewertungen [illegible] als vom ökonomischen Wesentlichen. Das bedeu[illegible] [illegible] aus den subjektiven Nutzenstrebe, dem Maß der erzielbaren Gesamtnutzen und dem Grad der wirklichen Versorgung des [illegible] Rationalität der Haushaltswirtschaft bestimmt wird.

2.3. Die Größe des Haushaltes bestimmt seine Versorgungsaufgabe und qualifiziert das Einkommen, das ihm für diesen Zweck zur Verfügung steht. In erster Annäherung kann die Größe des Haushaltes durch die Kopfzahl der Haushaltsmitglieder angegeben werden. Neben den typischen Familienangehörigen bestimmen nicht seinen Personen und Personengruppen die Kopfzahl des Haushaltes, die zur Familie nur im engeren Sinne nur eine Sonderstellung einnehmen oder sonst nur lockere [illegible] und ökonomische Bindungen zum Haushalt unterhalten. Ein Kriterium für die wirtschaftlichen Beziehungen zum Haushalt bietet die Größe der gemeinsamen Ausgaben; durch sie wird die Arbeit über das Ausmaß der Teilnahme an der jeweiligen Hauswirtschaft gegeben.

2.4. Ein entwickeltes System einer synthetischen Haushaltseinheit verwendet die amerikanische Statistik in ihren Surveys of Consumer Finances (1). Diese gliedert die Haushalte in verschiedene Arten von Ausgabeeinheiten. Dabei umfaßt die sogenannte primäre Ausgabeeinheit Personen, die in derselben Wohnung zusammenleben, in verwandtschaftlichen Beziehungen durch direkte Abstammung, Heirat oder Adoption stehen, und die ihre Einkommen für die wichtigsten Ausgaben zusammenlegen. Alle Kinder unter 18 Jahren werden mit ihren Eltern in eine Ausgabeeinheit gezählt. Kinder über 18 Jahren, die eine Lebensgemeinschaft mit den Eltern bilden, aber wesentliche Ausgaben nicht mit ihnen vornehmen, werden als "sekundäre Ausgabeeinheit in verwandtschaftlichem Verhältnis" gesondert geführt. Bestimmte Geldbeiträge zum gemeinsamen Ausgabefonds gelten als Grenzen der Haushaltszugehörigkeit. Andere Mitglieder der Ausgabeeinheit bilden schließlich eine "sekundäre nichtverwandte Ausgabeeinheit". Das so gemeinsamen Ausgaben eingetragene Einkommen gibt dem Marktanalytiker und dem Sozialpolitiker einen Hinweis auf die Versorgungsmöglichkeiten des Haushaltes und lassen wahrscheinliche Einkommensverfügung. Mit einer solchen Größenbeschreibung ist für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Haushaltes nur ein Vorstufe erfüllt. Die Einführung eines Bedarfsmerkmales zur Bestimmung der [illegible] Wohlfahrt liegt schon jenseits der reinen Größenbeschreibung.

---

(1) Methods of the Survey of the Consumer Finances, Federal Reserve Bulletin, 1950, S. 576.-

2.5. Die Typologie der Haushalte, die vom deutschen Statistischen Bundesamt verwendet wird, weist dieselben Grundzüge der Größengliederung wie die der amerikanischen Statistik auf; die Gliederungsstruktur hat jedoch weniger Profil und verzichtet auf das ökonomisch recht bedeutsame Kriterium der gemeinsamen Ausgaben. Unterschieden werden im einzelnen (1):

Typ A: Haushaltungen, die nur Ehegatten und bzw. oder Familienangehörige umfassen, die in gerader auf- und absteigender Linie miteinander verwandt sind. Darunter werden auch Einzelhaushalte gerechnet.

Typ B: Haushaltungen, die außer durch Ehegatten und bzw. oder in auf- und absteigender, gerader Linie miteinander verwandten Familienangehörigen, durch sonstige Verwandte und Verschwägerte gebildet werden oder nur aus solchen bestehen.

Typ C: Haushaltungen, die neben mehreren Familienangehörigen auch familienfremde Personen umfassen.

Typ D: Haushaltungen, die nur Personen ohne verwandtschaftliche Zusammengehörigkeit aufzuweisen haben.

Die Zahlen, die auf Grund dieser Typologie aus dem Material der Volkszählung von 1950 zusammengestellt wurden, bestätigen die relative Bedeutung des Typs A; er war deshalb als schlechthin repräsentativ gelten können.

2.6. Ein anderer bedeutsamer Versuch, die Struktur von Haushalten zu beschreiben, wurde vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der Sozialenquête 1955 für die Haushalte von Sozialleistungsempfängern durchgeführt (2). Diese sogenannten "L - Untersuchungen" als Mikrozensus verarbeitet, unterschieden demnach vier Haushaltstypen, die

nach der Zugehörigkeit von Sozialleistungsempfängern und der beruflichen Lage der Erwerbstätigkeit bestimmt sind.

Typ 1: Alleinstehende Rentner und Unterstützungsempfänger. (Anzahl: 2 006 200).

Typ 2: Haushalte mit zwei und mehr Personen, deren Haushaltsvorstand nicht berufstätig ist. (Anzahl: 2 762 900).

Typ 4: Haushalte mit zwei und mehr Personen, deren Haushaltsvorstand hauptberuflich erwerbstätig

---

(1) Statistisches Jahrbuch 1956, Stuttgart, 1956, S. 44.
(2) Statistisches Jahrbuch 1956, Stuttgart, 1956, S. 382 ff und die Sonderpublikation Nr. 137.

war und denen Renten und Unterstützungsempfänger angehörten. Anzahl: 2 458 300.

Typ e: Haushalte mit zwei und mehr Personen, deren Haushaltsvorstand nicht berufstätig war, aber vorwiegend sonstiges oder kein Einkommen bezog; Anzahl: 424 700.

Im Hinblick auf die Rentenversorgung scheinen die Haushalte vorwiegend dem festumrissenen Typ zu entsprechen wie bei der ökonomischen Klassifizierung nach der Familienstruktur. Die Haushalte, denen Rentner angehören, sind fast alle zwischen den Typen eins bis drei verteilt. Der Rentnerhaushalt ergibt also nicht einen typischen Typ. Diese Tatsache ist für die Beurteilung der Wirkungen gesetzlicher Renten auf verschiedene Haushalte wichtig.

2.7 Die personelle Größe eines Haushaltes ist im Zeitablauf nicht stationär; die Haushalte werden durchschnittlich als kleine Einheiten gegründet, erreichen größenmäßig in einem späteren Altersabschnitt des Haushaltsvorstandes einen oberen Kulminationspunkt und lösen sich schließlich durch den Tod der Eltern oder die Aufnahme einzelner Personen in andere Haushaltseinheiten auf. Die regenerative Großfamilie mit einem zusammenhängenden Vermögenserbe und einer annähernd gleichen Gliederzahl hat im Verhältnis stark an Bedeutung verloren. Auf der anderen Seite gilt auch der Haushalt nicht als hinreichend typisch, dessen ökonomischer Lebenszyklus nur durch einen Verdiener gekennzeichnet ist. Letzteres gilt besonders nicht für den relativ bedeutsamen Haushalt des ungelernten Arbeiters. - Eine englische Statistik zeigt in diesem Zusammenhang, daß 49 % der Beschäftigten in Großbritannien einem Haushalt angehörten, in dem sie allein Verdiener waren und dabei Angehörige zu versorgen hatten (1). Weitere 9,3 % waren in der Berichtszeit Verdiener in Haushalten, in denen sie nur für sich selbst zu sorgen hatten oder alle anderen Personen arbeiteten. Dagegen waren 41,3 % der Berufstätigen Verdiener einer Haushaltseinheit, in der sie selbst keine direkte Haushaltsverantwortlichkeit hatten.

---

(1) Bruner, T. Household Structure and Family Income, Scottish Journal of Political Economy, 1955, S. 157.

3. Die Größe und die Verwendung des Haushaltseinkommens.

3.1. Das Einkommen ist eine Bewegungsgröße, die in Gütern oder Geldwerten pro Zeiteinheit gemessen wird. Einkommen fließt dem Haushalt als Gegenleistung eines Arbeits- oder Vermögenseinsatzes oder auch kraft eines gesellschaftlich gebilligten Anspruches zu. Die sachliche Zuordnung der Einkommensteile auf der Ertrags- und Verwendungsseite der ökonomischen Haushaltsrechnung kann nach verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen. Auf der Verwendungsseite ist es jedenfalls gebräuchlich, das Einkommen in Verbrauch und Nichtverbrauch einzuteilen.

3.2. Die Einkommensquellen eines durchschnittlichen Vierpersonenhaushaltes setzten sich in der Bundesrepublik im zweiten Vierteljahr 1956 wie folgt zusammen (1):

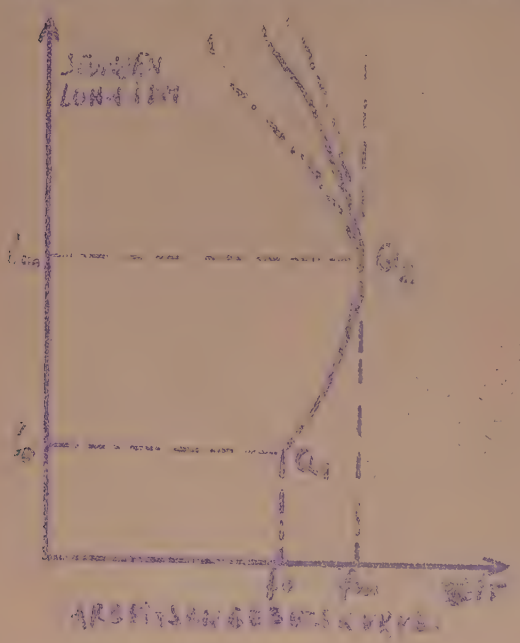
Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes	
aus hauptberuflicher Tätigkeit	499,11 DM
aus Nebenerwerb	3,60
Arbeitseinkommen der Ehefrau	15,63
Arbeitseinkommen der Kinder	17,76
Bruttoarbeitseinkommen des Haushaltes	536,10 DM
Sonstiges Einkommen	
Eigene Bewirtschaftung	2,76
Öffentliche Unterstützung	13,57
Private Unterstützung	8,32
Pension und Versicherung	7,77
Andere Einkommen	5,12
Gesamte Haushaltseinnahmen	573,64 DM
./. Gesetzliche Versicherungen	48,57
./. Lohnsteuer, Einkommensteuer	19,24
./. Sonstige Steuern	2,83
Ausgabefähige Einnahmen	503,- DM

Die zitierten Ziffern spiegeln das wider, was sich aus den Budgets buchführender Haushalte entnehmen läßt. Das Bruttoarbeitseinkommen enthält also nur die verteilbaren Einkommensteile. Ausgeklammert sind bestimmte Lohnkosten des Arbeitgebers, die dem Haushalt nicht unmittelbar zufließen. Die Lohnsummenstatistik vermittelt hier zusätzliche

(1) Der Verbrauch, in Wirtschaft und Statistik, 1956, S. 539. (monatliche Haushaltsbudgets aus 266 erfaßten Haushalten).

gleichzeitig. In weiterem Sinne gehören zum Einkommen aus nichtständiger Arbeit die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich der Beiträge auf Grund des Kinderzeldgesetzes, soweit der Arbeitnehmer dadurch begünstigt wird, und allgemeine, nicht näher auf den einzelnen zugeschnittene Sozialaufwendungen des Unternehmens, die aber die Wahlmodalitäten des Haushaltes beeinflussen.

§ 3. Die Größe des Einkommens ist in beschränktem Maße von den Entscheidungen des Wirtschaftssubjektes über Arbeitszeit und Freizeit abhängig. Je bedeutsamer die Arbeitszeit für die Erwerbung des vom Haushalt angestrebten Einkommensstandards ist, desto mehr wird der Freizeitspielraum bei entsprechendem Lohnniveau beschnitten. Die individuelle Neigung, bei steigendem Lohnsatz die Arbeitszeit zu erhöhen, vermindert sich nicht über eine bestimmte Grenze hinaus.



Die Arbeitsangebotskurve zeigt nach anfänglich normalem positivem Anstieg eine rückläufige Linkswendung (vgl. nebenstehende Abbildung). Ein Freizeitminimum bestimmt das maximale Arbeitsangebot Q_2. (1) Darunter wächst das Arbeitsangebot von einem Mindestlohnsatz l_0 (Arbeitsangebot Q_1) der durch ein subjektives Bedarfsminimum bestimmt wird, unter dem sinkenden Grenznutzen der Freizeit. – Andere Bestimmungsmomente des Einkommenserwerbs liegen bei den Entscheidungen und Diensten, bei dem Ausmaß der hauswirtschaftlichen Selbstversorgung, in der Vergrößerung der Arbeitseffizienz pro Leistungslohnstunde oder in der Durchsetzung von höheren Lohnansprüchen.

§ 4. Für die Zielsetzung beim Einkommenserwerb eines Haushaltes gilt allgemein zunächst die Maximierung des Einkommens. II. Maximierung der Intensität oder der Sicherheit. Anstelle der angestrebten Einkommensmaximierung kann das Ziel gleichmäßiger Einkommenshöhe über eine lange Periode, gleichmäßiger Sicherung oder wachsender Sicherheit über einen ähnlichen Zeitraum treten (v. André Marchal) bringt die Gantmannmotive, die eine solche Zielauswahl bestimmen, mit drei Menschentypen in Verbindung (3):

---

(1) Vgl. v. Stackelberg, a.a.O. S. 285 f. Boulding, Kenneth E. Economic Analysis, London, 1948, 2. Aufl. S. 742 ff.
(2) Katona, George, Psychological Analysis of Economic Behavior, New York, 1951 S. 75
(3) Marchal, André, Méthodologie Economique, Cours de l'Année Scolaire 1955 /56, Paris.

a. dem u l t r a r a t i o n a l e n Individuum, das die elementaren wirtschaftlichen Regeln kennt, das nach menschlichen Erfahrungen handelt und die Zukunft intuitiv zu erfassen sucht. Dieses Individuum wird vorwiegend das langfristige Ziel auswählen.

b. dem i n f r a r a t i o n a l e n Individuum, das sich besonders durch das Milieu bestimmen läßt, sich unbedenklich an der ihm zugänglichen Geisteshaltung orientiert und in besonders starkem Maße der Publizität und Werbung unterliegt. Seine Zielauswahl ist unregelmäßig und oft ökonomisch nicht weiter erklärbar (1).

c. den h o m i n e s o e c o n o m i c i , die allein vom persönlichen Interesse und wirtschaftlichem Machtstreben geleitet werden und denen perfekte Voraussicht unterstellt werden kann. Ihre Zielauswahl wird auf das jeweilige individuelle Optimum richten.

3.5. Eine Erhöhung des Einkommens ermöglicht dem Haushalt auf der Verwendungsseite der Mittel ein höheres Versorgungsniveau; das bedeutet, daß der Haushalt bei zunehmendem Einkommen die Konsumausgaben erhöhen oder gewinnbringenden Nichtkonsum durch Sparanlagen verwirklichen kann. In beiden Fällen wächst normalerweise der Gesamtnutzen der Einkommensverwendungen. Der subjektive Nutzen des unfreiwilligen Sparens kann jedoch nicht allgemein als positiv gelten. Der Aufteilung des Einkommens in die beiden Teilsummen Konsum und Sparen haftet manches Willkürliche an, das zeigt sich insbesondere bei Abgrenzungsversuchen. Deshalb ist es analytisch vorteilhaft, einer der beiden grundsätzlichen Verwendungsarten residualen Charakter zuzuschreiben. Die engen Wechselbeziehungen zwischen Sparen und Konsum verursachen, daß die Bestimmung des einen nicht ohne die komplementären Bestimmungsfaktoren des andern erfolgen kann. Für eine eindeutige Zuordnung einer wirtschaftlichen Disposition kann als richtungweisend gelten, daß es sich beim Konsum um einen Akt handelt, durch den ein Gut oder eine Dienstleistung endgültig oder zeitweise aus der Wirtschaftsrechnung des Haushaltes ausscheidet (2). In den Bereich des Konsums gehören die Güter, die unmittelbar vor diesem Ausscheiden stehen, ohne jedoch Produktionsgüter zu sein. Bei letzteren empfiehlt es sich, nicht von Konsum, sondern von Abnutzung zu sprechen. Hauswirtschaftliche Gebrauchsgüter mit mehrperiodiger Le-

---

(1) Das infrarationale Individuum ist der Typ, den Jean Marchal als Pawlowschen Menschen dem kartesischen gegenüberstellt.

(2) Mainguy, Ives. La Consommation Incompressible. Economie Appliquée, 1948, S. 68.

[illegible] erscheinen kurzfristig zum Teil als Nichtkonsum und erfüllen damit als Mittel der zeitlichen Einkommensüberwälzung dieselben Funktionen, die dem Sparen eigen sind. Ebenso läßt es sich auch vertreten, die Restwerte hauswirtschaftlicher Dauergüter als Bestandteile des Sparens selbst zu betrachten. Eine Reihe von hauswirtschaftlichen Dauergütern erfüllen in anderer Richtung nur teilweise die Bedingungen eines Konsumgutes, dann nämlich, wenn sie auch für einen [illegible] Verwendung finden; so etwa der Personenkraftwagen eines Unternehmers, der neben geschäftlichen für häusliche, private Zwecke dient.

1.6. Die Wohlstandslage eines Haushaltes wird dann nachteilig beeinflußt, wenn einzelne Haushaltsmitglieder nicht zum Gesamteinkommen beitragen. Bei Haushaltungen vom Typ A etwa sind bei steigender Kinderzahl steigende Gesamtausgaben, aber sinkende Prokopfausgaben die Regel. Die Einschränkung der Ausgaben verschlechterter Wohlstandslage geschieht zuerst im Bereich des elastischen Bedarfs. Für den Sozialpolitiker und den Marktanalytiker ist die verfügbare Einkommensquote je Haushaltsmitglied wissenswert, denn damit läßt sich eine Vorstellung über die Wohlstandsentwicklung und dessen Verhaltenskonsequenzen gewinnen. Die Entwicklung der Personenzahl wirkt sich in drei verschiedenen Weisen auf die Entwicklung des hauswirtschaftlichen Wohlstands wie folgt aus:

a. durch die Aufnahme von versorgungsbedürftigen Personen in den Haushalt ohne eigenerhaltendes Einkommen,

b. durch den natürlichen Zuwachs, wenn keine standarderhaltende Einkommenskompensation eintritt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß einzelne Personen des Haushaltes durch die familiengenetische Sonderlage nicht länger zur Sicherung des hauswirtschaftlichen Standards beitragen können,

c. durch Bedürfnisveränderungen der Haushaltsmitglieder unabhängig von der verfolgten Standardentwicklung; darunter sind vor allem die Folgen des Heranreifens der Kinder zu verstehen. (1)

Die Berücksichtigung der Bedürfnisse bei der Qualifikation des Diskussionsergebnis zur Diskussion um den Familienlohn. Nach ihm richtet das Leistungsprinzip den Lohn bestimmen. Dabei gründet sich der absolute Familienlohn auf den Bedarf einer Normalfamilie, der relative auf Zulagen zu einem Leistungslohn (2). Noch weiter geht der Leistungs-

---

(1) Das Ergebnis der Wohlstandsbetrachtung würde sich ändern, wenn die genannten Ereignisse selbst im Standard vorgesehen wären!

(2) Stein, Bernhard, Der Familienlohn, Berlin 1956, S. 16

bedingte Familienlohn. Hier wird als Abhilfe der genannten Wohlstandsmängel ein Entgelt für die generative und damit volkswirtschaftliche Leistung des Familienaufbaues verlangt. Diese Argumentation wendet sich gegen das Leistungslohnsystem, das seinen Leistungsmaßstab allein aus der wettbewerblichen Situation des Absatzmarktes entnimmt, unter der jede Berücksichtigung der Bedarfslage der Familien als eine Gefährdung des Produktionserfolges erscheint (1).

6.7 Im Mittelpunkt der Erörterungen über den Verfügungsgrad, den der Haushalt über sein Einkommen besitzt, steht die Bestimmung normaler Verbrauchsausgaben je Verbrauchseinheit. Die Bedarfsnorm wird von physiologischen Momenten

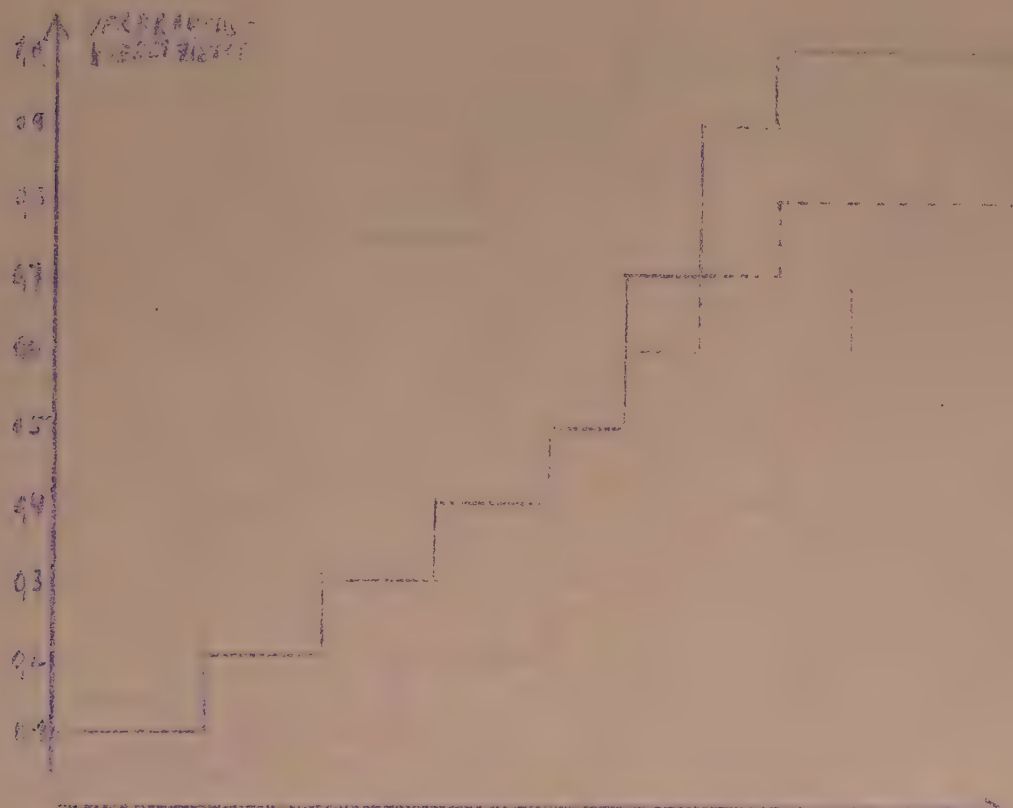


Diagramm 1. Altersabhängige Verbrauchsindices (2).
(a) amerikanische Skala, - - - - = männl. - - - - = weibl.
b.) deutsch-österr. Skala, ——— = männl. - - - - - - = weibl.
(c) schwedische Skala (Wohnraum =

(1) Achinger, F. Archiv f. Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik für Kinder? Frankfurt/M. 1952, S. 82 Ferner: Schwarzfischer, Joseph, Der Leistungsmenschenbedarf, Festgabe der Jur. Fakultät Freiburg (Schweiz) 1943, S. 341.
(2) Wold, Herman, Demand Analysis, Stockholm, New York, 1953 S. 223

bestimmt, die ihrerseits von Alter, Geschlecht und individuellem Beschäftigungsgrad abhängen. Als Ausdrucksmittel dieser Normunterschiede werden Indices in bezug auf den 'Vollpersonenverbrauch' oder Standardfamilienverbrauch bestimmt. Aus der Addition individueller Verbrauchindices oder der isolierten Ermittlung größentypischer Haushaltsausgaben läßt sich ein Index gewinnen, der das verfügbare Haushaltseinkommen auf eine familientypische Wohlstandslage korrigiert:

$$\text{Wohlstandslage (Index)} = \frac{\text{Verfügbares Haushaltseinkommen}}{\text{Größentypischer Verbrauchsindex}}$$

Wold faßt verschiedene Versuche, Verbrauchsindices festzulegen, in einem Diagramm zusammen (Wiedergabe auf Seite 17). Er unterscheidet grundsätzlich zwischen den amerikanischen Versuchen (a) eine altersabhängige Serie von Indices zu bilden und der deutsch-österreichischen (b). Beide Systeme trennen den Verbrauchsindex für die beiden Geschlechter vom 15. Lebensjahre an. Eine dritte Serie (c) von Verbrauchsindices ist speziell dem Verlauf des durchschnittlichen, individuellen Wohlbedürfnisses anhand schwedischer Erhebungen gewidmet. Aus der Kritik von Wold an den Einzelstudien geht hervor (1), daß ihm das deutsch-österreichische Modell für Nahrungsmittel hinlänglich erscheint, der Konsum der Kinder darin jedoch im allgemeinen etwas zu hoch geschätzt wird. Dagegen nimmt dieselbe Skala auf den Kleidungsbedarf zu wenig Rücksicht; dem entspricht eher der amerikanische Gliederungsvorschlag. Zu seiner Urteilen über die Zuverlässigkeit der Gliederungselemente der Indexberechnung kommt Wold durch Vergleiche mit den entsprechenden gewogenen Durchschnitten der Einkommenselastizität. Neben der Untersuchung des Effektes der Individualbedürfnisse stehen die schon angedeuteten Versuche von der kumulativen Verbrauchslage eines Haushaltes auszu-

Bedürfnisindices verschiedener Systeme

Haushaltssituation	Mattier-Albert	Oxen	DVÖF
Ledige	1,00	0,55	1,0
Kinderlose Familie	1,80	1,00	1,8
Familie m. 1 Kind	2,25	—	2,3-2,6
Familie m. 2 Kindern	2,60	1,50	2,9-3,3
Familie mit 3 Kindern	3,35	—	—
Familie m. 4 Kindern	4,10	1,86	

x) DVÖF = Deutscher Verein f. öffentl. u. priv. Fürsorge

Tabelle 1 Kumulative Bedürfnisindices (Vgl. Text)

(1) Wold, Herman, a.a.O. S. 224

gehen. Solche Bedürfnisindices gehen aus den Untersuchungen von George Rottier, J.F. Albert, Ferdinand Oeter und den Aufwandsermittlungen des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge hervor (1). Die Grundlage für die letzte Indexreihe bildeten die monatlichen Aufwandsbeträge zum notwendigen Lebensunterhalt fürsorgerechtlich Hilfsbedürftiger im Jahre 1954. Allgemein zeigen alle Indexserien, daß der fixe Aufwand eines Haushaltes bei zunehmender Kopfzahl auf ein Einkommen der Grenzausgaben für einen zusätzlich zu versorgenden Kopf hinwirkt. Aufwandsnormen und die daraus abgeleiteten Indices können nur für einen relativ engen Einkommensbereich als zuverlässiges Kriterium gelten. Sie vergleichen nur die einfachen sondern auch die relativen Verbrauchsspannen mit dem Einkommen variieren, zeigt eine Tabelle von Freudenberg (2), die den monatlichen Aufwand eines Haushaltes für ein Kind mit dem Einkommen eines kinderlosen Ehepaares vergleicht.

Die Wirkung der Einkommenshöhe auf den Aufwand f. Kinder

Monatseinkommen in DM	Aufwand in DM	in % des Kinderlosen Ehepaares
300	70	23
400	80	20
500	90	18
600	98	16
700	105	15
800	113	14
900	120	13
1000	126	12
2000	179	8
3000	219	7
4000	253	6
5000	284	5

Tabelle 2. Bedürfnisindices und Einkommenshöhe.

Hier wird deutlich, wie schwer bei kleinem Familienbudget die Aufwendungen für ein Kind wiegen, und wie andererseits die Zuwendungen an die Kinderaufwand bei steigendem Einkommen relativ abnehmen.

---

(1) Rottier, George, Albert, J.F., Les Indices Bonlaix Tranchée et le Budget-type de Savoie. Publications de l'Institut de Science économique Appliquée. Paris 195. Oeter, Ferdinand, Familie und Sozialreform. Berlin, 1955, Bd. [illegible], S. [illegible]. [illegible] Erhebung des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt a.M. 1955.

(2) Freudenberg, Karl, Zum Ausgleich von Familienlasten. Der Arbeitgeber, 1952, S.

Diesen Beobachtungen konnte das Statistische Bundesamt aus den Haushaltsbudgets der von ihm kontrollierten Arbeitnehmerhaushalte entnehmen (1). Bei der Auswertung dieser Untersuchungen hat sich ergeben, daß die absoluten Aufwendungen für die einzelnen Haushaltsmitglieder bei gegebenem Alter von der Höhe des Einkommens und der Zahl der Mitglieder des Haushaltes abhängen. Die relativen Aufwendungen zeigten eine stärkere Konstanz. Die Abweichungen, die sich aber beobachten ließen, beruhten insbesondere auf der Rangfolge der Kinder. Wie groß der Anteil der Verbrauchsausgaben für die Kinder verschiedener Rangfolge im Haushalt war, die 1955/57 Verbrauchsausgaben in Höhe von 3600 DM bis 5100 DM zu verzeichnen hatten, zeigt die unten zitierte Tabelle:

In Haushaltungen mit 4 Personen

Rangfolge	1 - 6 J.		6 - 10 J.		10 - 14 J.		14 - 19
1. Kinder	546,22	13,2 %	712,76	16,8 %	875,18	20,7 %	1052,32 2
2. Kinder	482,66	11,5 %	654,82	15,4 %	786,55	18,5 %	967,17 2

In Haushaltungen mit 5 u. mehr Personen

1. Kinder	577,52	13,0 %	838,52	15,4%	741,22	17,4%	944,88 2
2. Kinder	489,29	11,1 %	546,21	13,4 %	670,12	16,0%	875,53 1
3. Kinder	413,56	9,6 %	463,03	11,2 %	677,11	15,6%	- -

Tabelle 5: Aufwand für Kinder verschiedener Rangfolge.

Das Fallen des Teilaufwandes für Kinder höherer Rangfolge ist in allen Rubriken erkennbar, ebenso die Zunahme des Aufwandes bei wachsendem Lebensalter. Auffallend ist, daß sich der relative Aufwandsunterschied zwischen Kindern verschiedener Rangfolge mit zunehmendem Alter der Kinder vergrößert.

3.3. Eine Variante der Einkommensqualifikation findet sich bei Vickrey (2). Hier werden die Verbrauchsindices nicht nur von den Aufwendungen für heranwachsende Kinder bestimmt; es gilt hier vielmehr das allgemeinere Kriterium der Beteiligung an der hauswirtschaftlichen Aktivität als ausschlaggebend. Für den Einfluß auf den Bedarfsindex, Vickrey erkennt einer Person über 24 Jahren im Haushalt die Eigenschaft als einkommensmäßige Vollperson zu, wenn sie mehr als 34 Wochen im Jahre arbeiten, er wertet sie mit 0,9 , wenn sie entsprechend nur 12 bis 34 Wochen

(1) Deneffe, Peter, Die Aufwendungen für Kinder in Arbeitnehmerhaushalten, Wirtsch. u. Stat. 1955, S. 450 ff.
(2) Vickrey, William, Resource - Distribution Patterns and the Classification of Families, Studies in Income and Wealth, Vol. X, New York, 1947, S. 274 f.

tätig sind und in derselben Altersgruppe mit 0,8 bei einer Arbeitszeit von weniger als 12 Wochen. Personen zwischen 16 und 2o Jahren werden voll gezählt, wenn sie 34 Arbeitswochen im Jahre überschreiten, mit 0,8, wenn 12 bis 34 Wochen und 0,7 , wenn von ihnen unter 12 Wochen Arbeit geleistet wird. Kinder zwischen 11 und 15 Jahren haben den Koeffizienten 0,5 , zwischen 6 und 1o Jahren 0,4 und Kinder unter 6 Jahren 0,3. Für das erste Kind in einer Familie wird ohne Rücksicht auf die natürliche Kopfzahl, der familienökonomischen Anpassung wegen, ein Summand von 0,2 zur Summe der übrigen Einheiten gezählt.

3.9. Die Modifikationen des verfügbaren Einkommens in Richtung auf eine wohlstandsorientierte Prokopfgröße mit Hilfe von Verbrauchskoeffizienten bzw. Bedürfnisindices und der Größenstruktur des Haushaltes läßt sich algebraisch wie folgt zusammenstellen:

$$Y_h = \frac{1}{k_1 + k_2 + \ldots k_n} Y_p + \frac{a'}{k_1' + k_2' + \ldots k_n'} Y_s' + \frac{a''}{k_1'' + k_2'' + \ldots k_n''} Y_s'' \quad \text{(Gl.I)}$$

Dabei bedeutet Y_h das synthetische Prokopfeinkommen, Y_p das Einkommen der primären Ausgabeeinheit und Y_s' und Y_s'' das der nachgeordneten Teile des Haushaltes. Die Koeffizienten a_s' und a_s'' geben den Grad der Einkommenspolung mit der Haupteinheit an; $k_1 \ldots k_n$, $k_1' \ldots k_n'$ und $k_1'' \ldots k_n''$ stellen die beschriebenen Verbrauchsindices dar. Diese allgemeine Formulierung läßt sich beim heutigen Stand der statistischen Erschließung der Haushaltsökonomie nur in wenigen Fällen verifizieren. Bescheidenere Teilrealisierungen sind für den Praktiker als Approximationen noch unentbehrlich. Der Mangel an statistischen Daten läßt es auch nicht ratsam erscheinen, die Untersuchung der Wohlstandslage des Haushaltes mit Hilfe der Ausgaben pro synthetischer Einheit an Stelle des Einkommens vorzuschlagen, wie Vickrey es verlangt. Für ihn reflektieren die Ausgaben vergangenes Sparen deutlicher und sagen einiges über die Erwartungen des Haushaltes (1). Weiter ist kritisch anzumerken, daß das angedeutete Verfahren das subjektive Wohlstandsempfinden unberücksichtigt läßt (2). Eine Reihe von soziologischen und psychologischen Standardvorstellungen, die ergänzende Interpretationen versprechen, bleiben außer

---

(1) Vickrey William a.a.O. S. 273 ff. Zur Kritik von Vickreys Hypothese: Cornfield Jerome, A Comment. i Studies in Income and Welath, Vol ØX, S. 324.

(2) Vgl. die Ausführungen über die subjektive Armut bei Stefanie Münke, Die Armut in der heutigen Gesellschaft, Blu 1956

Betracht. Dabei summieren sich im Begriffe des Standards eine Reihe von noch näher zu bestimmenden Niveauvorstellungen, die nachhaltig auf die Einkommenshöhe, den Verbrauch und das Sparen einwirken.

3.10. Das Prokopfeinkommen der synthetischen Haushaltseinheit, das weiter als Arbeitshypothese gelten soll, kann noch näher bestimmt werden durch die Einführung fiskalischer Einkommenskodifikationen. Die Steuer trifft die Haushaltseinheit in verschiedenem Maße, je nach den gesetzlichen Regelungen über gemeinsame oder getrennte Veranlagung der Haushaltsangehörigen und der daraus resultierenden Progressionswirkung. Das deutsche Steuerrecht der Gegenwart sieht in den §§ 26 und 27 EStG und dem § 25 VStG grundsätzlich die Zusammenveranlagung der Ehegatten und Kinder vor (1). Die Wohlstandslage des Haushaltes (primäre Ausgabeeinheit) wird dann verbessert, wenn nach § 26, Abs. 3 EStG eine Zusammenveranlagung der Ehegatten unterbleibt und damit die steuerprogressive Wirkung einer Einkommensaddition nicht auftritt. Die "sekundären, nicht verwandten" Teile des Haushaltes bleiben, ihrer ohnehin getrennten Veranlagung wegen, für das Haushaltseinkommen neutral. Bei "sekundären verwandten" Einheiten spielen nur die Kinder eine Rolle, für die den Eltern nach Einkommensteuerrecht eine Kinderermäßigung zusteht. Dann nämlich macht sich auch hier eine Zusammenveranlagung steuerprogressiv geltend und determiniert entsprechend die synthetische Einkommensgröße. Die oben skizzierte Formel (6.1) läßt sich durch Einführung von Steuerkoeffizienten, die auf den direkten Steuern aufbauen, abwandeln und damit die Einkommenssumme auf den Stand nach dem Besteuerungsvorgang reduzieren. In diesem Vorgang sind neben den einkommensdifferenzierenden Momenten der Veranlagungsordnung auch die Wirkungen der Freibeträge zu berücksichtigen. In dieser fiskalischen Maßnahme spiegelt sich der Gedanke der steuerlichen Befreiung

---

(1) § 26, Abs. 1: "Ehegatten werden zusammen veranlagt, solange beide unbeschränkt steuerpflichtig sind und nicht dauernd getrennt leben. Abs. 2: Bei der Zusammenveranlagung sind die Einkünfte der Ehegatten zusammenzurechnen. Abs. 3: Haben beide Ehegatten oder hat die Ehefrau Einkünfte aus selbständiger Arbeit oder nichtselbständiger Arbeit, in einem dem Ehegatten fremden Betrieb, so scheiden diese Einkünfte bei der Zusammenveranlagung aus.
§ 27 Abs. 1: Der Haushaltsvorstand und seine Kinder, für die ihm Kinderermäßigung nach § 32 Abs. 4 Ziff. 2 zusteht, werden zusammenveranlagt, solange er und die Kinder unbeschränkt steuerpflichtig sind. Abs. 3: Einkünfte aus unselbständiger Arbeit, die Kinder auf Grund eines früheren, gegenwärtigen oder zukünftigen Arbeitsverhältnisses aus einem dem Haushaltsvorstand fremden Betriebe beziehen, scheiden bei der Zusammenveranlagung aus."

des sogenannten "Existenzminimums" wider. Diese Form der Berücksichtigung des Familienstatus findet sich in der deutschen Einkommenssteuer allgemein seit der Miquelschen Steuerreform 1891. In einzelnen Landessteuergesetzen läßt sich eine Steuerbefreiung des Existenzminimums und Abzüge für Familienangehörige schon vordem nachweisen (1). Die Entwicklung ging über Freibeträge und Zuschläge auf das steuerbare Einkommen zu Staffelsätzen, die die sozialen Bedingungen des Haushaltes berücksichtigen (Lohnsteuervereinheitlichung vom 1.1.1935). Die Bevölkerungspolitik des "Dritten Reiches" schlug sich in progressiven Abzügen nieder für jedes zusätzliche Kind und belastete andererseits die in der Fortpflanzung Inaktiven. Nach einer Drosselung der familiengünstigen Steuerpolitik in der ersten Nachkriegszeit, traten 1953 mit der "kleinen Steuerreform" erneut familienfreundlich gestaltete Freibeträge und Tarifermäßigungen für niedrige Einkommen in Kraft. Die Freibeträge des gegenwärtig gültigen Steuergesetzes belaufen sich

für die beiden Ehegatten auf 900 DM jährlich,

für das erste und zweite Kind auf 720 DM,

für das dritte und jedes folgende Kind 1 680 DM.

Durch die nur formale Wirkung der Freibeträge wirkt die Ermäßigungstechnik unter der heutigen Steuergesetzgebung allerdings nur mangelhaft, wie Oeter in einem Vergleich mit vorangegangenen Zeitperioden zu zeigen versucht (2). Der reale Ermäßigungsbetrag wird bei der Anwendung von festen Freibeträgen in einem progressiven Tarifschema bei wachsendem Einkommen gegenüber der kinderlosen Familie stärker sichtbar. Die nach Kinderzahlen gestaffelten Frei-

---

(1) Beck, Ludwig. Die Beleuchtung der Zusammenhänge zwischen steuerfreiem Existenzminimum, Kinderprivileg, Junggesellensteuer und Haushaltsbesteuerung und Möglichkeiten eines Abbaus der Gesetzgebung. Finanzarchiv 1917. S. 190 ff.

(2) Oeter, Ferd. a.a.O. Vergleich des Brutto- und Nettoeinkommens unter der Wirkung von Steuererleichterungen bei variabler Familiengröße bei 6 000 DM/RM Bf.-Eink.

Nettoeinkommen bei variabler Familiengröße

	1939/45	1946/48	1955
Ledig	86	92	96,4
Verheiratet o. Kinder	100	100	100
Verh. m. 2 Kindern	108	110	105,2
Verh. m. 4 Kindern	114	120	112,2
Verh.m. 6 Kindern	118	132	112,2
Verh. m. 8 Kindern	118	142	112,2

(Verheiratet ohne Kinder = 100)

beträge mildern die Wirkweise fester Freibeträge. Wenngleich die Wirkungen der fiskalischen Ermäßigungen über direkte Steuern auf die relative Wohlstandslage des Haushaltes nicht immer befriedigend sind, so kann doch festgestellt werden, daß die Ermäßigungen grundsätzlich mit der Entwicklung des Haushaltseinkommens schwanken. In der Folge interessiert die Frage, inwieweit andere öffentliche Eingriffe - insbesondere die Maßnahmen der Sozialen Sicherung - in den wirtschaftlichen Bereich des Haushaltes ähnliche familienwirtschaftliche Rücksichten kennen (1).

---

(1) Für die indirekten Steuern gilt bezüglich der Berücksichtigung der hauswirtschaftlichen Situationen nicht dasselbe wie für die direkten. Untersuchungen haben ergeben, daß die größten Familien mit dem geringsten Einkommen dreimal so hoch belastet werden als die kleinste Familie mit dem höchsten Einkommen (vgl. Wolfrumbrunner, Die Familienbesteuerung unter besonderer Berücksichtigung der direkten und indirekten Steuern, Dissertation Zürich, 1945, zit.n. Stein, Berücksichtigung a.a.O. S. 47). In der späteren Konstruktion Haushaltsmodelle sollen die indirekten Steuern als Bestandteile des Konsums angesehen werden.

4. Die Struktur des Haushaltsvermögens.

4.1. Vermögen hat keinen selbständigen wirtschaftlichen Wert, solange nicht die Möglichkeit besteht, aus ihm Nutzungen zu ziehen oder es zu irgendeinem Zeitpunkt aufzulösen. Zur Vermögensbildung ist ebenso das Mittel einer Bewegungsgröße nämlich der des Einkommens nötig, wie zu seiner Auflösung die abgeleitete Bewegungsgröße des Verbrauchs. Die Sonderstellung der Bestandsgröße Vermögen liegt in der Möglichkeit der zeitlichen Übertragung von Einkommenswerten. Die Änderung des Vermögens ist an drei typischen Bewegungsformen gebunden:

a. Vermögensbildung: Einkommen Sparen Vermögen.

b. Vermögensumschichtung: Vermögen Entsparen Sparen (Zwischenliquidation) Vermögen.

c. Vermögensauflösung: Vermögen Entsparen Konsum.

Nicht jeder der genannten Vorgänge berührt notwendig die Geldsphäre, deshalb ist für eine Gesamtuntersuchung der Vermögensbildung und -verwandlung eine Realrechnung zumindest als Ergänzung nötig. Denn in praxi produzieren die Haushalte eine Reihe von Gütern und Diensten selbst, die innerhalb der Peripherie der Wirtschaftseinheit auch verbraucht werden, oder sie empfangen sachliche Zuwendungen und Geschenke ohne Geldbewertung. In einem idealen Haushalt sind objektiv bewertetes Realeinkommen und Einnahmen gleich, ebenso Ausgaben und real errechneter Konsum (1). Der Unterschied innerhalb der beiden Größenpaare ist geradezu ein Maß für die autarke Versorgung eines Haushaltes.

4.2. Im Gegensatz zum Unternehmen, daß sich durch seine wirtschaftlichen Kreislaufbewegungen und seine Bindung an gewisse Tauschvorgänge fortlaufend an Wertmaßstäben widerspiegelt und als Umsatzakt in Erscheinung tritt, fehlen für das Haushaltsvermögen solche Anhaltspunkte weitgehend. Das macht sich besonders nachteilig in einer Untersuchung des Entsparens bemerkbar. Das Entsparen unterscheidet sich als Rechenvorgang von der besser kalkulierbaren Desinvestition durch das Fehlen der strengeren, preisbedingten Wertmaßstäbe der Absatzmärkte. Das Vermögenskalkül des Haushaltes muß sich deshalb gewöhnlich mit bescheideneren Anhaltspunkten begnügen. Soweit der Haushalt die Vermögensgestaltung plant, sind seine Wertansätze in der Regel subjektiver und von äußeren Daten unabhängiger. Darüberhinaus unterscheiden sich die Planungsvoraussetzungen von Haushalt und Unternehmen dadurch, daß der Haushalt gewöhnlich nach einem begrenzten Budget maximieren muß, während das Unterneh-

(1) Vgl. Boulding, Kenneth, E.A Reconstruction of Economics, New York, London 1950, S. 152.

men seine Maximierung nach einem unbegrenzten vornimmt (1). Die wichtigsten Vermögenswerte des Arbeitnehmerhaushaltes, die dauernaften Konsumgüter, unterliegen auch keiner fiskalischen Pflicht zur Publizität. Damit kommt die Steuerveranlagung als Informationsquelle typischer Haushaltsvermögen kaum in Frage. Hinweise, wenn auch nur begrenzter Art, lassen sich eher aus Abschlußdaten von Sachversicherungen, Bausparverträgen und Teilzahlungsabschlüssen gewinnen. Außer einer direkten Befragung der Haushalte bleiben als Mittler zu Größenvorstellungen die Bewegungsgrößen.

4.2. Im Schema einer Beständebilanz dokumentiert sich das Einkommen (Y) als Gegenwert der Bruttozuwächse zu den Positionen der Aktivseite (2). Die wertmäßige Minderung der Bestandsgrößen reflektiert den Konsum (C) der Periode. Die Differenz zwischen beiden, eine Nettozuwachsgröße der Bilanzpositionen, läßt sich als Sparen bezeichnen. Solange Konsum und Sparen als Realvorgänge angesehen werden und nur monetäre Daten zugänglich sind, bilden die Bilanzzuwächse Einnahmen (E), die Minderungen Ausgaben (A). Der Unterschied zwischen beiden gibt den Stand an monetärer Liquidität oder den Grad des Hortens an. B o u l d i n g (2) bezeichnet als Akkumulation (M) den Wert der Zunahme in realen Bilanzaktiva, die gleich der Differenz zwischen Sparen (S) und Horten ist.

Sparen: $S = Y - C$

Horten: $H = E - A$

Akkumulation: $M = S - H = Y - C - E + A$

Unter dieser begrifflichen Fixierung läßt sich Sparen auch als Summe von Horten und Akkumulation, das heißt als Zuwachs der "nichtbaren" Aktive umschreiben. Unberücksichtigt bleiben in diesem Konzept Wertberichtigungen der einzelnen Bilanzpositionen und die daraus folgenden Einkommenswirkungen. Die oben angedeutete strenge Scheidung in reale Nettowertrechnung und liquide Vermögensrechnung verlangt hohe Ansprüche an die Information und läßt sich deshalb in praxi kaum sauber halten.

4.3. In der Mehrzahl der Fälle kommt diese sich aus eigentlichen Bestandsmerkmal der Haushaltsrechnungen der Haushaltsbilanz mehr formale als ökonomische Bedeutung zu. Versuche, die Kapitalveränderungen im Rahmen von Haushaltsbüchern aufzuzeichnen, werden vom Beginn des Haushaltsjahres durch Registrierung der Bewegungen auf den hier wirtschaftlichen Kapitalkonten vorgenommen. Vorgehalten werden dabei Auflösung und Bildung von Ersparnissen, Schuldenaufnahme

---

(1) Klein, Lawrence R., Assets, Debts and Economic Behavior in Studies in Income & Wealth, Vol. XIII, 1951 S. 203

(2) Boulding, Kenneth E., Economic Analysis, Rev. Ed., London 1948, S. 741.

Schuldentilgung, das Ausleihen und der Wiedereingang sowie die Barbestände zu Beginn und am Ende des Monats.

	Durchschnittl. monatl. Betr. i. DM	Saldo DM	
Prämien zu Freiwilligen Versicherungen		+ 9.63	+9.63
Barbestand zu Beginn des Monats	127.82		
Barbestand am Ende des Monats	+134.97	+ 4.15	
Eingehende Spargelder	13.[illegible]		
Ausgezahlte Ersparnisse	- 18.70	+ 4.97	
Wiedereingang ausgeleih. Gelder	1.5[illegible]		
Ausleihen von Geld	- [illegible].56	- 1.14	
Erlös aus Verkauf u. Tausch v. Sachwerten	- 1.25	- 1.25	
Sonstige Kapitaleinnahmen	- 1.68	- 1.68	
Kapitaleinnahmen insges.	146.12		
Kapitalausgaben insges.	+151.17		+5.05
Aufnahme von Warenkredit	[illegible].99		
Tilgung von Warenkredit	- 1.16	+ 0.87	
Aufnahme v. sonst. Darlehen	5.83		
Tilgung v. sonst. Darlehen	- 6.3[illegible]	+ 0.53	
Schuldenaufnahme insges.	- 6.60		
Schuldentilgung insges.	+ 7.50		+0.90
		- 4.07	
		+19.65	+15.58

Tabelle 5: Durchschnittliche monatl. Beträge auf den Kapitalkonten von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushaltungen der mittleren Verbrauchergruppe 1955. (1)

Von besonderer Bedeutung in der zitierten Tabelle sind die Salden, da bei den Durchschnittsbeträgen (zB. dem Sparbetrag) durch laufende Zahlungen der Nettozuwachs nicht hervortritt. Bei der Darlehen ist nicht ersichtlich, wo sie genommen wurden und für welche Güter sie bestimmt waren. Laufende Erhebungen zeigten (2), daß Bauengerhöfe bei Ausbau- Investitionsgütern mit hohen Anschaffungskosten eine besondere Rolle spielten. Die Nettoverschuldungen betrugen 1955 zwischen 12 und 13 DM je Haushalt, das sind etwa

---

(1) Wirtschaft und Statistik, 1956, S. 281.
(2) Wirtschaft und Statistik, 1956, S. 282.

d. h. der gesamten Verbrauchsausgaben. Die repräsentativen Haushalte bleiben im selben Jahr ein Fünftel bis ein Viertel der Ausgabenbeträge für Hausrat schuldig und 16 % der Ausgaben für Fahrzeuge. Genauer geht aus dem Folgenden hervor, auf welche Produkte die einzelnen Einkommensklassen die Möglichkeit verlegen, Teilzahlungskredite in Anspruch zu nehmen:

Realisierte Raten nach Familieneinkommen
in v. H. 1953

Ausgabenart	alle Haush.	Fam.-Eink. bis 400 DM	Fam.-Eink. 400-600 DM	Fam.-Eink. üb. 600 DM
Wohnung	30.[illegible]	60.6	62.5	53.9
Lebensmittel	21.4	[illegible]	25.8	25.5
Bekleidung	18.[illegible]	20.2	18.5	13.4
Hausrat, Möbel	11.[illegible]	11.[illegible]	5.3	20.7
Sonst. Ausg.	[illegible]	[illegible]	3.1	6.8
Zus.	118.[illegible]	103.8	115.0	119.5

Tabelle 6: Die Zuwendung von Teilzahlungskrediten in verschiedenen Klassen des Familieneinkommens. (Die Prozentziffern übersteigen in summa deshalb 100, weil eine Reihe von Verbrauchern für mehrere Objekte Raten zahlt.)

Aus der Tabelle geht hervor, daß das relative Maximum der Kreditinanspruchnahme (nach Gütern geordnet) für Bekleidung bei den niedrigen Einkommen liegt, bei den mittleren wandert es zu den Wohnungsausgaben, um schließlich in den höheren Einkommensgruppen in drei Kategorien zu dominieren: Fahrzeugen, Haushalts- und Möbelanschaffungen und sonstigen Ausgaben. Bei den niedrigen Einkommen herrschte im Zeitpunkt der Untersuchung noch ein spürbares Bedürfnis, den von den höheren Einkommensgruppen schon erreichten "befriedigenden Bekleidungsstandard" mit Hilfe von Krediten ebenfalls zu realisieren, und wichtige Fragen für den Fortgang der Analyse müssen sich aus den verfügbaren Kreditdaten leider nicht beantworten lassen, welcher Altersklasse die Kreditnehmer angehörten und ob es sich um die Summe der Kreditfinanzierung der Erst-, Zweit- oder Wiederausrüstung von Haushalten dienten, und welche Kreditgrößen auf diese Ausrüstungsformen kamen.

---

(1) Hoch, Hermann, Die Entwicklung der Teilzahlungswirtschaft seit 1945 und ihre Problematik, Berlin 1956, S. 22. Verbindet von der Annahme aus, daß 30 % aller Haushaltungen Teile ihres Konsums über Raten finanzieren.

4.3. Anhaltspunkte, wie die Ausrüstung mit dauerhaften Konsumgütern in Abhängigkeit von Alter und Familienstatus vorgenommen wird, liefern in groben Umrissen die Untersuchungen des Federal Reserve Board für einige Güter des amerikanischen Marktes. Die Nachfrage nach Möbeln und Haus rat hat in einigen typischen Statusgruppen 1953 die im Diagramm wiedergegebene Zusammensetzung gehabt (1).

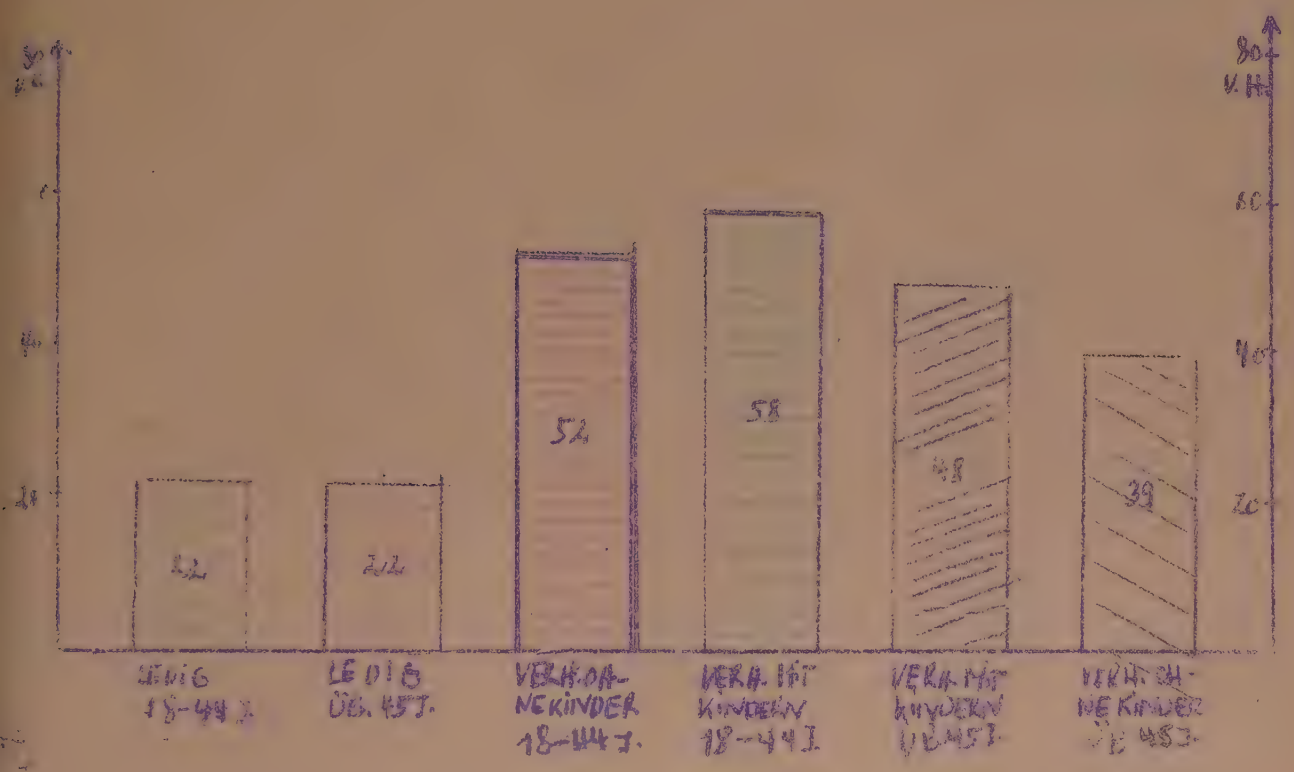


Diagramm "4: Die Nachfrage nach Möbeln und Hausrat in Abhängigkeit vom Familienstatus.

Aus dem Diagramm geht hervor, daß der Prozentsatz der Einkommensbeziehen, die Ausgaben für Möbel und Haus ägt machten, bei den Verheirateten über 18 Jahren mehr als doppelt so hoch war als bei den Ledigen entsprechenden Alters. Wichtig ist weiter, daß die Ersatzausstattungen in höheren Altersjahren (bei Haushalten ohne Kinder) nicht mehr dasselbe Gewicht hatten wie die wahrscheinlichen Erstausstattungen der noch kinderlosen Ehepaare.

4.4. Noch weit weniger als in die Anschaffungen gewähren die Statistiken den erwünschten Einblick in die Größe der Bestände an Dauergütern in der Hand des Konsumenten. Versuche, ein Konzept zu entwickeln, das diese Lücke ausfüllt,

---

(1) Die Daten des Diagramms stammen aus einer vergleichenden Jahresübersicht des Federal Reserve Bulletin, Juni 1954, S. 587.

liegen vor. Die amerikanischen Vorlstands-Enquêten verwendeten dabei auf drei Kreise von Daten ihr besonderes Interesse (1):

a. Informationen über die Bewegung von Konsumgütern mit angenommenen Nutzungsperioden und Abschreibungsraten.

b. Fragebogen über den Wert und das Alter der Haushaltsgüter.

c. Auskünfte der Wirtschaft über Reparaturen dauerhafter Konsumgüter, Ersatze und Abschreibungsraten.

Die Haushaltsbilanz, die bei langfristiger Anwendung brauchbare Informationen verspricht, ist trotz ihrer langen Geschichte für die genannten Probleme noch relativ wenig zum Zuge gekommen; obwohl das Bedürfnis eine Haushaltsbilanz zu Papier zu bringen bis zur "politischen Arithmetik" von William Petty zurückreicht (2). Eine Abkürzung des für Dauergüter nötigen Untersuchungszeitraumes der Bilanzsituation des Haushaltes erlaubt die Anwendung von Querschnittsdaten. Auf die Bedeutung dieses analytischen Kunstgriffes, der ebenfalls von der amerikanischen Statistik der letzten Jahre gepflegt wird, ist in anderem Zusammenhang noch einzugehen.

4.5. Weitgehende Erhebungen verlangen Klassifikationen und Abgrenzungen. Es gilt auch für die Dauergüter. K u z n e t s sieht als dauerhafte Konsumgüter solche an, die in ihrer letzten Verwendung mindestens drei Jahre verharren. Je mehr sich der Analytiker jedoch für kurzfristige Reaktionen des Haushaltes interessiert, desto eher wird er einer anderen Abgrenzungsversion zustimmen, die zu den eigentlich dauerhaften Gütern im Sinne von Kuznets noch halbdauerhafte wie Kleidungsstücke, Brennmaterial, Reinigungsgeräte und selbst Nahrungsreserven hinzurechnet (3). Beide Unterarten der Dauergüter involvieren mit ihrer Vorsorgeleistung Zeit, mehr als die Länge einer konventionellen Einkommensperiode gewöhnlich ausmacht. Beide veranlassen sie deshalb hin und wieder die Aufnahme von Konsumentenkrediten. In einer Skala von E p s t e i n (4) sind sieben Gruppen der Haushaltsgüter aufgezählt, die ihrer Gebrauchsdauer wegen eine eigene Form des wirtschaftlichen Plankalküls verlangen: 1. Automobile. 2. Motorräder, Fahrräder

---

(1) Epstein, Leonora, S., Consumers' Tangible Assets, Studies in Income and Wealth, Vol. XII 1950, S. 410 f.
(2) Die Entwicklung der Haushaltsbilanz führte im 19 Jahrhundert über die Beschreibungen der Brüsseler Statistischen Kongresses 1853 über die Monographien von Ducpétiaux, Le Play und Engel zu den modernen Massen- und Stichprobenerhebungen.
(3) Epstein, L.A. a.a.O. S. 412.
(4) Epstein, L.A. a.a.O. S. 415.

und andere persönliche Fahrzeuge, 3. Möbel und Einrichtungsgegenstände, 4. Rundfunk- und Fernsehapparate, Plattenspieler und Musikinstrumente, 5. Kleidung und Schuhwerk, 6. Juwelen und Uhren, 7. andere Güter wie Bücher, Schreibwerkzeuge, private Kollektionen und ähnliche private Vermögensteile. Für die wenigsten Positionen liefert die Statistik bisher solche Daten, die das Stadium der Schätzungen überwunden haben und für eine ökonomische Analyse hinlänglich verwertbar sind.

4.5. Die **B e w e r t u n g** der dauerhaften Konsumgüter kann in verschiedener Weise erfolgen: in Anschaffungskosten, in laufenden Preisen, in Wiederbeschaffungspreisen oder gar in Lohnstunden. Die Anschaffungskosten haben in der Haushwirtschaft keine große Bedeutung. Die unmittelbare Beziehung zum Verbrauch, der Einfluß der modischen Schwankungen unddie auf soziale Standarderhaltung gerichteten Vermögensdispositionen machen die aktuellen Preise zu den wichtigsten Gradmessern der hauswirtschaftlichen Bewertung. Den Bewertungsmaßstäben entsprechen ebensoviele Abschreibungsverfahren. Die Abschreibungen in laufenden Preisen sind auf das Ziel gerichtet, das Restwertprodukt (nach dem Abzug der Abschreibungen) in Einkaufsperiodenpreisen, korrigiert durch einen entsprechenden Preisindex, auszudrücken. (1)

---

(1) Vgl. Goldsmith, Raymond, A Perpetual Inventory of National Wealth, in: Studies in Income and Wealth, Vol. XIV, S. 15 f. Eine der dort zitierten makroökonomischen Beziehungen wurde für einen mikroökonomischen Sachverhalt modifiziert:
Wenn a_t den Restwert der dauerhaften Konsumgüter im Zeitpunkt t, S das "Sparen" (Ausgaben minus Abschreibungen), P_{ct}/P_{cb} den Preisindex eines Dauergutes in Bezug auf die Basisperiode b (= 100) darstellt, dann gilt, wenn die oberen Indices Jahresdaten, die unteren Bewertungsbasen angeben:

$$a^t_t = \sum_{c=1}^{n} a^t_{ct} \qquad \text{dabei ist}$$

$$a^t_{ct} = a^b_{ct} \cdot \frac{P_{ct}}{P_{cb}}$$

$$a^b_{ct} = a_{cb} + \sum_{j=b+1}^{t} S_{cj} \, ,$$

c durchläuft die Werte 1, 2, ..., n (Güterarten), die Werte j = b+1, b+2, ..., t geben die Gebrauchsjahre an.

Setzt man die Untergleichungen in die erste Beziehung ein,

Die Verschiebungen von Positionen der Haushaltsbilanz kann so- [illegible] mit Hilfe einer Bewertung vorgenommen werden, als die [illegible] kontrafiven Veränderungen [illegible] auftreten; kon- [illegible] Bewertungsverfahren verlangen anstelle der [illegible] [illegible] für das Ueberdauern der dauer- [illegible] [illegible] allgemeinen useful life. [illegible] so- [illegible] [illegible] rather than physical" (1). [illegible] [illegible] einen Spielraum für die faktischen Ge- [illegible] einer hauswirtschaftlichen Dauergutes.

[illegible] sind die Komponenten des Haushaltes [illegible]

$$n^{t}_{r} = \sum_{i=r}^{t} (a_{ij} - \sum_{j=r}^{t} s_{ij}) \frac{P_{it}}{P_{ob}}$$

Wenn das Kapitalgut zweitens zum Zeitpunkt der Beschaffung des Kapitalgutes [illegible] werden kann, dann gilt für die Summe der mikroökonomischen Nutzwerte, die aus Kombinationen von Gütern verschiedenen Lebensalters entstanden sind, folgendes Bild:

$$n^{t}_{s} = \sum_{b=s}^{t} \sum_{i=r}^{t} (a_{ij} + \sum_{j=i+1}^{t} s_{ijb}) \frac{P_{ir}}{P_{ob}}$$

D. Bewertung des Zweckbeitrags zum Haushaltsvermögen.

[illegible] (Nutzwert).

Die Preismaßstäbe für die Bewertung von Altgütern sind oft nur schwer zu ermitteln; Anhaltspunkte liefern die Zweckbeiträge, die besonders für Fahrzeuge hinlänglich brauchbare Hinweise geben.

(1) Epstein, L.A. a.a.O. S. 415.

II. Teil: Die Einkommensrisiken und die Formen der Einkommensicherung des Haushaltes.

1. Sparplanung und Risikophänomen.

1.1 Die individuelle Vorsorge unter den Gesichtspunkten der Sicherung des Lebensstandards ist nur einer der Gründe, die ein Wirtschaftssubjekt veranlassen, in einer bestimmten Zeitperiode verfügbar Mittel nicht für Konsum zu verwenden. Eine eindeutige Beantwortung der Frage, warum der Einkommensbezieher spart, gibt es nicht. Der Wirklichkeit der Sparveranlassung kommt man näher mit einem Katalog von Motiven. Da läßt sich zunächst ein negativer Grund des Sparens angeben, der einfach darin besteht, daß Mittel, die im Verfügungsbereich des Haushaltes ungebunden sind, nicht disponiert werden. Diesem Übersparmotiv stellt v o n S t a c k e l b e r g (1) zwei positive Gründe gegenüber:

a. das Motiv, ein privates Kapital zu schaffen, und zwar einmal in der Form einer Rücklage zur Sicherung des Lebensstandards in knappen Zeiten und bei unvorhergesehenen Zwischenfällen, zum andern als Basis für eine beabsichtigte Änderung der Lebensverhältnisse (Standard) durch einen einmaligen Einsatz von Mitteln.

b. die Schaffung eines Zusatzeinkommens und damit die Erhöhung künftigen Einkommens überhaupt.

Inwieweit der zweite Spargrund eine äquivalente Rolle im Nichtgeschäftshaushalt zu spielen vermag, wird noch näher zu untersuchen sein.

1.2 Neben dieser teleologischen Motivbeschreibung lassen sich die Sparmotive de facto kennzeichnen. Ist das Einkommen (Y_t) einer Periode und der verzinste Zuwachs des Nettovermögens (rA_t) nicht gleich dem Konsum (C_t) dieser Periode,

$$Y_t + rA_t \neq C_t$$

dann liegt Aufsparen oder Entsparen vor. Entsprechend gilt dann für das g e p l a n t e Einkommen:

$$Y_E + rA_E \neq C_E \quad (2)$$

(1) v. Stackelberg, Heinrich, Beiträge zur Theorie des individuellen Sparens, Zeitschrift für Nationalökonomie, Band IX, 1939, S. 167.

(2) C = maximierter Wert des künftigen Konsums; auf die Sonderheit dieser Annahme ist noch zurückzukommen.

[illegible] der [illegible] Zeitpunkt s. Diese Zusammenhänge werden [illegible] M o d i g l i a n i und B r u m b e r g im Anschluß an K e y n e s mit Hilfe von vier Spargründen erklärt. (1)

1. Das Bewegungsmotiv des Lebenszyklus. Es ist das Resultat einer Zweiteilung der Ersparnisse: 1 in solche, die erforderlich sind, die eigenen Bedürfnisse im Laufe des Lebens zu befriedigen, und 2 in solche, die aufgrund von der eigenen Lebenserwartung gebildet werden (2). Von Erspareren kann dann gesprochen werden, wenn mindestens für einige Perioden in der Beziehung

$$C_k < Y_k \quad \text{oder} \quad C_k > Y_k$$

$C_k < Y_k$ [illegible] wenn [illegible] bleibt. Die [illegible] der Bewegungsmotiv [illegible] S i s c h a l b e r g [illegible] die private Kapitalbildung gerechnet.

2. Das Bewegungsmotiv des Überlebensplanens, das im engeren Sinne eine Erweiterung als Bewegungsmotiv ist. Es beruht wie im S[illegible]-Konzept auf der vorzeitigen Beendigung des Verbrauchs und Einkommensplanung.

3. Das Bewegungsmotiv der Unsicherheit. Der zum Halten von [illegible] Vermögensreserven veranlaßt und gewisse Sicherheitsspannen bei der Planung des Einkommenserwerbes voraussetzt. Es soll damit Überraschungen entgegengewirkt werden, die auf marginaler individueller Voraussicht beruhen.

Die Spargründe [illegible] sich isoliert auf. Gewöhnlich sollen zeitliche Übertragungen gleichzeitig mehreren Motiven genügen. Die Beziehungen, die Modigliani und Brumberg als Hinweis auf einzelne Spargründe benützen, beruhen auf der Annahme des Nettowertprinzips, das heißt, das Anreizmoment für eine zeitliche Einkommensübertragung liegt in den Nettoveränderungen der Vermögensposten der Haushaltsbilanz. Das Neoclassicum wird als Determinantenzweig der hauswirtschaftlichen Einkommensverfügungen [illegible] beiden genannten Autoren.

(1) Vgl. Modigliani, Franco, Brumberg, Richard, Utility Analysis and the Consumption Function. An Interpretation of Cross Section Data in Post-Keynesian Economics, hersg. v. K. E. Kurihara, New Brunswick, New Jersey, [illegible], S. 391 f.
(2) Vgl. Mai[illegible], [illegible] Wirtschaft, Wien, Stuttgart, [illegible], S. [illegible].

u.a. von Kenneth B o u l d i n g , Raymond G o l d s m i t h, James M o r g e n und William H a m b u r g e r vertreten (1), aber es ist auch bestritten; so etwa verwendet Lawrence R. Klein an seiner Stelle das Prinzip der liquiden Aktiva. Unterstellt man das Neumannprinzip so läßt sich Sparen und Entsparen a l s p o s i t i v e o d e r n e g a t i v e V e r ä n d e r u n g d e s N e t t o v e r m ö g e n s w e r t e s e i n e s W i r t s c h a f t s s u b j e k t e s b e z e i c h n e n . d i e s e n i n e i n e r b e s t i m m t e n Zeitperiode v o r s i c h t Entsparen läßt sich der Begriff auf Nettoverbraucherhaushalte über und Dienste ausdehnen, wo die Ausgaben der Haushalte die Einnahmen übersteigen, und die Haushalte die gesamten Ersparnisse konsumtionsmäßig verbrauchen (2).

3. Dieser Intervalle gibt es mehrere Sparmotive, die mit Unsicherheit und Vorsicht verknüpft sind und in denen sich die Verhältnisse, die aus dem Leben selbst erwachsen widerspiegeln. Ohne etwa über ihre relative Bedeutung gegenüber den anderen Motiven aussagen zu müssen, kann man Partizipation und Altersvorsorge als wichtige nennen. Die Motive sind gegründet an Begebenheiten der individuellen und gesellschaftlichen Lebensumstände. Sie sind Reaktionen auf Gefahren, die mit dem Sein selbst verbunden sind. Den Begriff der Gefahr als einer nur existentiell erkennbaren Beschaffenheit allen Seienden, entspricht wirtschaftlich das eigene Motiv des Sparens, die instabile Ordnung des Seins bringt in die Welt hineinzutragen. Es gibt, wenn sich eine Wirklichkeit, eine übersichtliche Erkenntnis zwischen Mandaten und faktischen Setzungen aufreißen, . Risiken sind nicht wirtschaftlich ge-

---

(1) Boulding, Kenneth E. Economic Analysis a.a.O. S. 741, – dazu die Hinweise in dieser Arbeit auf Seite 22. Goldsmith, Raymond, W. in A Study of Saving in the United States, herausgegeben von Goldsmith Brady, Menderhausen. Princeton. 1955. Band I. Morgen James. Factors Related to Consumer Saving when it is Defined as a Tax. Klein - Goldsmith Collection of Survey Methods to Economics, hrsg. v. L.R. Klein, New York, 1954. S. 90 f. – Hamburger, William. The Relationship of Aggregate Consumption. The Review of Economic Studies 1954/55. S. 23 ff. – Ackerman, Klein. Applications of Survey Values and Data to Economics to Surveys ... a.a.O. S. 241 ff. und Klein. Assets, Debts and Economic Behavior in Indian Ed. & Klein. New York. 1951.

(2) Modigliani, F. Brumberg, R. a.a.O. S. 393.

gleichig auswirkende Gefahre." (1). Risiko ist für F.Y. E d g e w o r t h das Negativum dessen was L a p l a c e "espérance" nennt (2). Der Vorteil der espérance, die Möglichkeit mit der Wahrnehmung eines Risikos eine gewisse Summe zu gewinnen, wird durch die mathematische Gewinnerwartung, die das Risiko formell ausgleicht, bestätigt. Der Nutzen, der durch den möglichen Verlust abgezogen wird, demselben Gesetz des Ausgleichs gehorcht, soll uns [illegible] bestätigen. Aber allein schon die Tatsache, daß die Wirtschaftssubjekte Risiken abzuwälzen versuchen, muß einen Zweifel darüber laut werden lassen, Laplace als Gewährsmann für das Risikokalkül heranzuziehen. Bleibt jedoch nur solange richtig, als man es mit dem Typ der Unsicherheit zu tun hat, der sich unter den mathematisch apriorischen Wahrscheinlichkeitsbegriff subsumieren läßt.

1.4. Das Risikokalkül der Wahrscheinlichkeitstheorie ist dem Unsicherheitsmoment bei vollständiger Information der Wirtschaftssubjekte gewidmet. So gesehen erscheint das Risikoproblem, das im Vorsichtsmotiv des Sparens zum Ausdruck kommt, als Spezialfall der Unsicherheit. Alle Definitionen, die nicht an einer systematischen Trennung des Spezial- und Allgemeinfalles festhalten, vermischen das Risikomoment mit der mangelnden Information. S h a b i k (3) trennt deshalb das globalere Moment der Unsicherheit in drei Unterformen:

Unsicherheit

I. durch mangelhafte Information verursachte Unwissenheit und damit Unsicherheit.	II. Trotz guter Information verbleibendes Unsicherheitsmoment durch das probabilistische Risiko.	III. Unsicherheit des Ausgangs strategischen Verhaltens. Indeterminiertheit eines Spielausgangs

Das durchschnittliche Wirtschaftssubjekt hält diese ökonomisch durchaus verschiedenen Unsicherheitsvarianten in seiner Planung nicht auseinander. Deshalb ist das, was in die Wirtschaftlichkeit als Unsicherheit in die Planung eingeht, erstens ein Gemisch dieser Varianten ebenso wie das damit verbundene Risiko.

---

(1) Manz, Werner, Einführung in die Versicherungswirtschaft Berlin 1951, S. 21.
(2) Edgeworth, F.Y., Risk, in Dictionary of Political Economy, Vol. III, London, 1926, S. 314.
(3) Shabik, Martin, Information, Theories of Competition and the Theory of Uncertainty, Journal of Pol. Econ., 1957, S. 634 f.

1. 5. Die Maßnahmen, die auf die Minderung des komplexen Risikos hinwirken, sind vielfältiger Art. Am wirkungsvollsten weicht derjenige einem Risiko aus, der es überhaupt vermeidet. Dazu besteht aber für Tatbestände, die mit dem unwandelbaren Ablauf des menschlichen Lebens in Verbindung stehen, wenig Gelegenheit. Den Risiken des menschlichen Lebens vorzubeugen, gehört schon in den Bereich der Sicherungsmaßnahmen, die spezifische Gefahren abzuwenden versuchen (z.B. medizinische Vorbeugungsmaßnahmen). Noch stärker tritt dies bei Maßnahmen der Risikobegrenzung (z.B. private Vorsorgemaßnahmen) zu Tage. Die Überwälzung eines Risikos zielt schließlich darauf ab, denjenigen der sich einer risikoerfüllten wirtschaftlichen Situation ausgesetzt sieht, so zu stellen, als ob er das Risiko vermieden hätte. Die Risiken lassen sich materiell auf zwei Weisen abwälzen: 1. durch Abschieben eines Risikos auf einen schwächeren Wirtschaftspartner und 2. durch die Übernahme von Risiken durch eigens dafür geschaffene Wirtschaftsinstitutionen, die Versicherungen, die sich zur Aufgabe machen, die Einzelwirtschaften zu entlasten (1).

1. 6. Zentrales Objekt des ökonomischen Sicherungsbestrebens ist, unter der Perspektive des menschlichen Lebenszyklus' gesehen, die Erhaltung des standardbestimmten Einkommens.

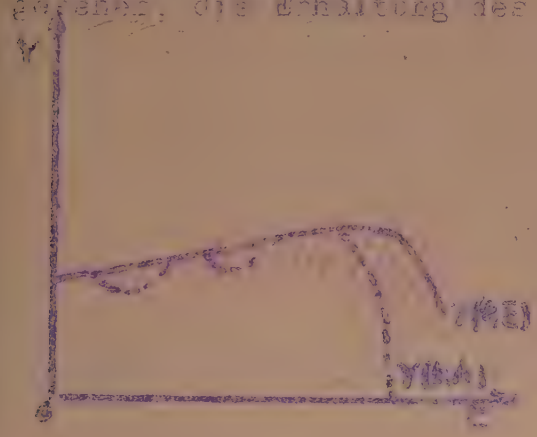


Abb. 3. Das standardabhängige Einkommen unter dem Einfluß lebenszyklischer Risiken.

Ohne Vorsorge, aber mit einer fixierten Vorstellung des künftigen Standards, besteht solange eine voraussichtliche Gewährleistung des Einkommens, als - dauernde standardgemäße Verdienstmöglichkeiten vorausgesetzt - die Arbeitskraft des Haushalts eingesetzt werden kann.
Mit Rücksicht auf die gewöhnlich geringeren Bedürfnisse des Alters folgt das standardabhängige (Σ) Einkommen (Y) als Funktion der Zeit, dem in nebenstehender Abbildung gezeigten Verlauf $Y(t, \Sigma)$. Bestimmte zyklische Ereignisse, mit denen wir uns nunmehr auseinanderzusetzen haben, lassen vorauseilend das Einkommen nur bis zum gehrochenen [illegible] $Y(t, \Sigma)$ realisieren; aber gibt das Funktionselement [illegible] die fortlaufende Möglichkeit der lebenszyklischen Arbeitsangebotes an. Mit der schraffierten Zone in Abbildung [illegible] wird [illegible] den wachsenden Bereich unvollständiger [illegible] des Haushaltes andeuten; dabei wird der [illegible] Zusammenhang der Funktionsgrößen [illegible] gestört.

---

(1) Mahr, Werner, a.a.O. S. 26.

2. Die einzelnen Einkommensrisiken.

2.1. Hinter den Risikomomenten, die das Einkommen des Wirtschaftssubjektes bedrohen, stehen individuelle Sonderlagen periodischer oder permanenter Art. Zu den Einkommensrisiken mit permanenter Sonderlage gehören solche, die im Eintrittsfalle ein endgültiges Ausscheiden des Wirtschaftssubjektes aus dem Erwerbsprozeß zur Folge haben. Mit periodischen Sonderlagen sind Lebensrisiken verbunden, die die Aussicht auf den Wiedereintritt in den Erwerbsprozeß erwarten lassen. Die beiden Sonderlagen unterscheiden sich dadurch, daß die periodischen zwar unbedingt einer Vorsorge bedürfen; ihnen ist die Möglichkeit vorbehalten, durch "Nachsorge" die wirtschaftlichen Einbußen wettzumachen und den Standard zu halten. Bei permanenten Sonderlagen ist dagegen der Standard im Eintrittsfalle nachhaltig bedroht, wenn nicht eine Vorsorge vorliegt. Mit den permanenten Sonderlagen sind die Risiken des Alters, der vorzeitigen Invalidität und die des Todes des Familienernährers gemeint; die periodischen Sonderlagen dokumentieren sich durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbsschäden und Unfälle.

2.2. Das biologische Altern mindert die Erwerbschancen eines Menschen. Das Unvermögen des durchschnittlichen alten

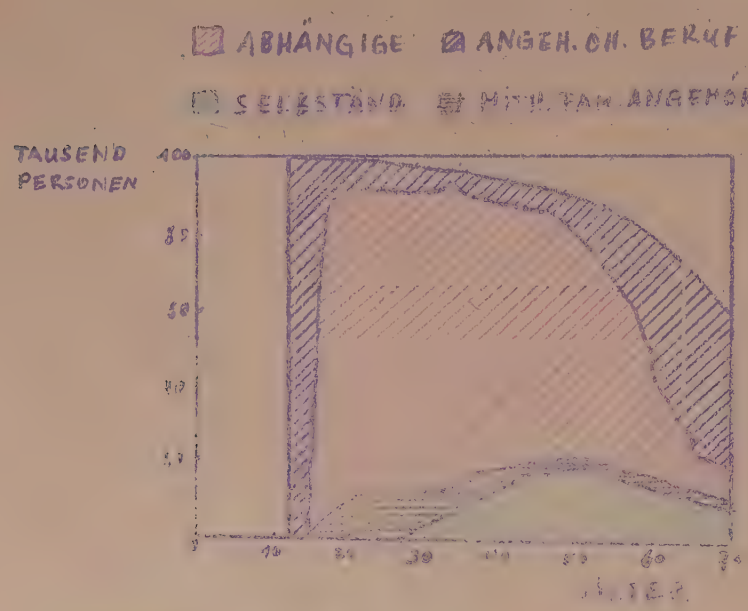


Diagramm 4: Die Gliederung der statistischen männlichen Bevölkerung im Alter von 12 bis unter 70 Jahren nach der Erwerbstätigkeit und der Stellung im Beruf (1).

(1) Wirtschaft und Statistik, 1955, S. 57.

Menschen seinem Broterwerb selbst nachzugehen, verweist seinen Standarderhalt auf eigene oder fremde Vorsorge. Die autarke Versorgung innerhalb der Familie, wie sie im bäuerlichen Altenteil noch gegeben ist, scheidet für die modernen Arbeitnehmerhaushalte als repräsentativer Fall aus. Als konventionelle Grenze für den Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand hat sich in mitteleuropäischen Ländern das Alter von 65 Jahren herausgebildet. Der Reformvorschlag, die Altersgrenze bei erwerbstätigen Frauen für den Bezug von Sozialleistungen allgemein auf 60 Jahre herunterzusetzen, konnte bisher nicht genügend überzeugen, zumal Lebenserwartung und durchschnittliche gesundheitliche Situation der Frauen keine Argumente für eine solche Vorverlegung der legalen Pensionsgrenze liefern konnten. Im Jahre 1954 waren unter einer durchschnittlichen Jahresbevölkerung von 49,520 Millionen in der Bundesrepublik 7,853 Millionen Personen, die die Altersgrenze von 65 Jahren überschritten hatten, das sind rund 16 v. H. der Gesamtbevölkerung. Die Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes über die Veränderungsfaktoren der aktiven Bevölkerung im einzelnen erlauben Einblicke in das faktische Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit. Aus Diagramm 3 (Seite 38) wird deutlich, daß die Selbständigen in ihrem Bestand erst relativ spät abnehmen (bis zu ihrem 56. Lebensjahr selbst noch zunehmen!). Ihr spätes Ausscheiden aus dem Erwerbsprozeß erfolgt nicht zuletzt aus der Tatsache, daß für viele unter ihnen eine Dezimierung oder Vernichtung der Vorsorgeleistung eintrat. Wie wenig Selbständige in den Genuß einer Ruheperiode kommen, geht daraus hervor, daß der Sterbekoeffizient bis zum 70. Lebensjahr fast immer größer ist als die Summe der Koeffizienten für die Aufgabe der Erwerbstätigkeit und für den Wechsel der Stellung im Beruf. Einen Einschnitt, der etwa um das 65. Lebensjahr herum liegt, erklärt H o r s t m a n n (1) in seiner Untersuchung einmal mit den Rückgriffsmöglichkeiten freiwillig Weiterversicherter in der Invaliden- oder Angestelltenversicherung und andererseits mit der Zugehörigkeit von selbständigen Handwerksmeistern zur Angestelltenversicherung.

2.3. Das Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit ist nicht allein auf alte Menschen im konventionellen Pensionierungsalter beschränkt, wie sich ebenfalls aus Diagramm 3 erkennen läßt. Dazu kommen die vorzeitig Berufsunfähigen oder sogenannten Frühinvaliden, die sich in eigentliche Frühinvalide und Krankheitsinvalide unterteilen lassen. Um die Ermittlung eines zutreffenden Koeffizienten für die Aufgabe der Erwerbstätigkeit hat sich das Statistische Bundesamt bemüht. Aus der auf der folgenden Seite zitierten Tabelle geht hervor, daß das Ausscheiden aus abhängi-

---

(1) Horstmann, Kurt, Das Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit, Wirtschaft und Statistik, 1955, S. 57.

ger Erwerbstätigkeit in zwei Komponenten aufteilbar ist, in die endgültigen Invaliden und in diejenigen, die die Berufsstellung wechseln.

Aufgabe der Erwerbstätigkeit der abhängig Beschäftigt
(nach der Erwerbstätigkeitstafel 1950)

Alter von... bis unter ...Jahren	Sterbeziffer auf 10 000	Wechsel der Berufsstellung Koeffizient 10	Aufgabe der Erwerbstätigkeit 10 000facher Wert
44 - 45	- 49,3	-10,5	- 46,7
45 - 46	- 54,3	-21,0	- 42,4
46 - 47	- 60,2	- 9,6	- 41,2
47 - 48	- 66,7	- 2,8	- 57,4
48 - 49	- 73,9	- 4,4	- 85,2
49 - 50	- 81,3	- 8,5	-100,4
50 - 51	88,8	-21,0	- 87,0
51 - 52	- 96,5	-40,9	-110,6
52 - 53	-104,5	-56,9	127,8
53 - 54	-113,2	-36,8	- 79,9
54 - 55	-122,5	66,2	-236,8
55 - 56	132,7	-11,8	-189,9
56 - 57	-143,3	-	-262,5
57 - 58	-154,7	-	-280,8
58 - 59	-167,2	-	-375,5
59 - 60	181,4	-	-233,2
60 - 61	-197,1	-	-694,2
61 - 62	-214,5	-	-617,1
62 - 63	-234,4	-	505,7
63 - 64	-254,3	-	-963,8
64 - 65	-277,9	-	-3348,3
65 - 66	-304,9	-	-3542,6
66 - 67	-332,1	-	380,2
67 - 68	-362,5	-	2241,1
68 - 69	-396,7	-	-1625,0
69 - 70	-436,2	-	1205,3

Tabelle 7: Aufgabe der Erwerbstätigkeit der abhängig Beschäftigten 1950. Auszug aus einer Statistik des Stat. Bundesamtes. (1)

(1) Wirtschaft und Statistik, 1955, S. 57.

Nach einem unbeständigen Oszillieren bis zum 54. Lebensjahr steigt die Größe des Ausscheidungskoeffizienten allmählich an, um mit dem 64. Lebensjahr einen gewaltigen Sprung nach oben zu tun; danach bleibt die Ziffer zwei Jahre noch, fällt noch einmal scharf ab, ehe sie einen zweiten Gipfelpunkt erreicht und schließlich entgegengesetzt proportional zur Sterbeziffer abfällt. Das Zahlengerüst der Tabelle übt in unserer mikroökonomischen Analyse die Funktion einer mittleren Wahrscheinlichkeit des Eintritts einer permanenten Erwerbslosigkeit aus. Dabei wird als Ursache die Frühinvalidität gelten können, denn ein Rückzug aus dem Erwerbsleben auf Grund einer gesicherten Vorsorge dürfte bei abhängig Beschäftigten nicht die Regel sein.

2.4. Ein anderes Gefahrenmoment für die Kontinuität standardgemäßen Einkommens droht dem Haushalt durch den Ausfall des Hauptverdieners. Soweit nicht individuelle Momente etwas anderes erhoffen oder befürchten lassen, wird für den Haushalt die mittlere Sterbewahrscheinlichkeit unter Berücksichtigung der geschlechterspezifischen Unterschiede als Anhaltspunkt dienen können. Das ist nicht so zu verstehen, als ob der Haushalt selbst dieses diffizile Kalkül in seine Planung aufnähme; er begnügt sich gewöhnlich mit Abschätzungen an Hand der Kasuistik seiner Umgebung und mehr oder minder gesteuerten Informationen (z.B. Versicherungswerbung). Das exakteste Kalkül wird vor demjenigen in Erwägung zu ziehen sein, der sich um die normative Gestaltung der hauswirtschaftlichen Daten bemüht.

2.5. Für einige periodische Grundlagen seien hier exemplarisch Krankheit und Arbeitslosigkeit genannt. Für die Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts und den Grad der Dringlichkeit der spezifischen hauswirtschaftlichen Vorsorge gelten prinzipiell dieselben Anhaltspunkte wie für die vorgenannten Risikofälle. Statistische Hinweise über die Entwicklung der Krankheitswahrscheinlichkeiten liegen nur für meldepflichtige Krankheiten (auf Grund der Sanitätspolizeiberichte) vor. (1). Streuung und Schwankungsbreite der Krankheitsfälle lassen ein hinlängliches, individuelles Größenkalkül kaum erwarten. Für das Risiko der Arbeitslosigkeit ist es nicht minder schwierig, Wahrscheinlichkeitsgrade empirisch zu ermitteln, die der mikroökonomischen Planung nützlich wären. Grobe Anhaltspunkte lassen sich aus der Statistik über saisonale und strukturelle Arbeitslosigkeit gewinnen. Kein echtes Risiko bringt unter den Sonderlagen der Haus wirtschaft die Zeit besonderer generativer Familienlasten mit sich. Sie tangieren zwar den hauswirtschaftlichen Standard in hohem Maße, sind aber eher als autonome Lebensaufgaben denn als lebenszyklisches Risiko anzusehen.

---

(1) Vgl. die Ergebnisse der statistischen Untersuchungen: Die Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten im Jahre 1954. Wirtschaft und Statistik. 1955. S. 137 f.

Sie können deshalb im Rahmen der Sicherungsmaßnahmen des Haushaltseinkommens als Grenzfälle gelten.

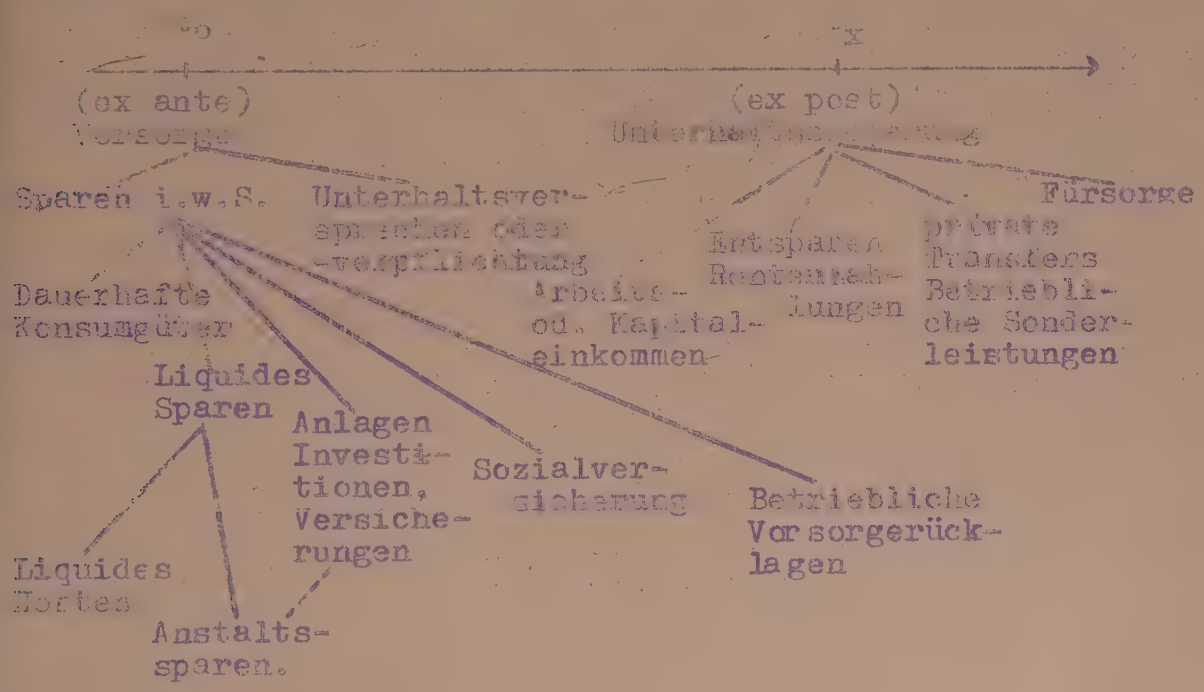
2.6. Das Risikokalkül ist kein ausschließliches Problem der Unternehmerwirtschaft, wenn es auch in der ökonomischen Literatur häufig so erscheinen mag. Der Haushalt hat sich mit typischen Konsumentenrisiken auseinanderzusetzen, die von den verschiedenen Märkten und dem mehr oder minder systematischen Verlauf des Lebenszyklus abhängen. "Überall, wo in der Wirtschaft Entscheidungen getroffen werden, muß ein Risiko eingegangen werden, denn alle Entscheidungen erfolgen als Hingabe gegenwärtiger Kosten im Hinblick auf antizipierten Nutzen, sind also dem Geschehen in der Zeit ausgesetzt." Solche Entscheidungen bilden den Kernpunkt der individuellen Vorsorge (1).

---

(1) Paulsen, Andreas, Liquidität und Risiko in der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt am Main, Berlin, 1950, S. 67. Zum Risiko in der Unternehmerwirtschaft vgl. die Diskussion im Anschluß an F. K n i g h t .

3. Die privaten Formen der zeitlichen Einkommensübertragung.

3.1. Nach den Ursachen der Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltseinkommens im Zeitablauf geht es nunmehr um die Mittel. Das substitutive Verhältnis, das für die versorgungsbedürftigen Wirtschaftssubjekte zwischen den einzelnen Dispositionen besteht, ist keine Folge der gegenwärtigen Bedürfnisstruktur in diesem Bereich, sondern die Folge des Wettbewerbs älterer und neuerer Versorgungseinrichtungen. Wie sich der Haushalt verhält, dessen Einkommen infolge bestimmter Ereignisse Alter, Krankheit bedarf, ließ sich bisher schon an einigen erkennen. Diese vielfältigen Entscheidungsmöglichkeiten sollen hier systematisch aufgezählt werden. Dabei sollen zunächst die privaten und in einem folgenden Kapitel die öffentlichen Mittel aufgezählt werden, die der hauptsächlichen und ergänzenden Unterhaltssicherung dienen. Die Vorsorge stellt das Gesamt der Maßnahmen zur Einkommenssicherung und Standarderhaltung dar und umschließt dabei die einzelnen Sparformen. Der systematische Zusammenhang zwischen V o r s o r g e und U n t e r h a l t s s i c h e r u n g läßt sich in einem Schema wie folgt wiedergeben (1) :



(1) Das abgebildete Schema enthält noch die differenzierten Formen der zeitlichen Einkommensübertragung, die im einzelnen auf S. 55 ff. angeschnitten werden.

Die Abbildung versucht zu zeigen, welche Maßnahmen im einzelnen dazu dienen, aus dem Vorbetroffensein von bestimmten Sicherungsaufgaben die ökonomischen Konsequenzen zu ziehen. Wie das Wirtschaftssubjekt seine Vorsorgeentscheidungen trifft, hängt fühlbar von den zuvor beschriebenen Risiken ab. Vorsichtige Individuen werden vor allem liquide Vermögensteile akkumulieren, "mutigere" mehr Anlagegüter. Das Phänomen der Unsicherheit wirkt auf die Zuwachsrate spezifischer Haushaltsguthaben ein. Daß die mikroökonomische Sparrate im ganzen davon berührt wird, ist damit noch keineswegs als sicher anzusehen. Franco M o d i g l i a n i und Richard B r u m b e r g (1) sind zu versichtlich, den Beweis antreten zu können, daß Unsicherheitsmomente keinen wesentlichen Einfluß auf die Sparrate haben.

3.2. Wenn K e y n e s das Sparen (2) als Verlangen "nach der Möglichkeit des Verbrauchs eines bestimmten Gegenstandes zu einer unbestimmten Zeit" bezeichnet, so läßt sich aus der Kongruenz von Unbestimmtheit und ständiger Bereitschaft leicht die Bedeutung der Liquidität als Medium der Verfügbarkeit erkennen. Umverteilungsmaßnahmen haben verschiedene Grade von Liquidität. Vor allem das Geldsparen in der Form von G e l d h o r t e n ist bei Akkumulationen, die der Vorsorge dienen sollen, mit einem hohen Grad der Verfügbarkeit ausgestattet. Dennoch ist seine Rolle als zeitliches Umverteilungsinstrument untergeordneter Art. Das Geldhorten ist unbequem, verspricht kein zusätzliches Einkommen durch eine mögliche Verzinsung, ist der Diebstahlgefahr ausgesetzt und ist wenig mit dem psychologischen Reiz spekulativer Erwartungen verknüpft. „K o n t e n - und „W e r t p a p i e r s p a r e n" vermeiden die Mängel des Geldhortens, aber dafür ist eben die Verfügbarkeit gemindert, solange von monetären Abwertungen der Geldhorte abgesehen wird. Das Kalkül des A n l a g e s p a r e n s findet sein Kriterium in der Überprüfung der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitaleinsatzes. Das Anlagesparen verlangt bei einer sachgerechten auf Maximierung der Erträge gerichteten Bewirtschaftung eine sorgfältige Pflege der Anlagebeträge und gegebenenfalls eine fortgesetzte Disposition. Eine andere Form des Sparens bildet die Akkumulation von dauerhaften Konsumgütern; eine Trennung dieser Form der Einkommensdisposition von den übrigen Sparformen läßt sich aus der Perspektive des Haushaltes kaum sinnvoll begründen. Die Einverleibung von dauerhaften Konsumgütern in den Vermögensstock des Haushaltes kann sich " ertragreicher " als der

---

(1) Modigliani, Franco, Brumberg, Richard, a. a. O. S. 429.
(2) Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München, Leipzig, 1936, S. 177.

Besitz eines Zinspapiers in hoffnungsloser Baissesituation erweisen.

3. Die Sparform, mit der der gemeine Sprachgebrauch am meisten verbunden ist, ist die des Anstaltssparens. Die Sparkassen, die zuerst das typisch hauswirtschaftliche Sparen zu organisieren suchten, zielten anfänglich besonders auf die Förderung der Vorsorge der ärmeren Volkskreise hin. Das Statut der Hamburger Sparkasse von 1778 läßt die sozialpolitische Funktion dieser Institution deutlich erkennen. Die Hamburger Kasse, die neben kleineren Instituten in Baden (Bonndorf, Salem) zu den ältesten Gründungen dieser Art in Deutschland gehört, wollte mit der Propagierung einer Spargroschensicherung "Armut und Laster" den Kampf ansagen (1). Die meisten Frühgründungen sahen in ihren Statuten vor, nur ärmere Leute zur Sparanlage zuzulassen. Das Anstaltssparen hat seine alten sozialpolitischen Grenzen aufgegeben und erfüllt im volkswirtschaftlichen Kreis- auf Koordinationsaufgaben zwischen den mehr oder minder gestreuten Sparbeträgen und relativ sicheren Anlagegelegenheiten. Die Spargelder können als normale Spareinlagen mit gesetzlichen Kündigungsfristen oder als Kündigungsgelder mit besonders vereinbarten Kündigungsfristen angelegt werden. Das Anstaltssparen hat in der Bundesrepublik nach der Konsolidierung der Währung wieder spürbar an Bedeutung gewonnen. Von nicht einmal 100 DM pro Kopf der Bevölkerung Ende 1950 ist der gesamte Spareinlagenbestand bis September 1956 auf etwa 445 DM pro Kopf angestiegen (2).

---

(1) Voigt, Fritz, Der volkswirtschaftliche Sparprozeß, Berlin 1950, S. 121. Ferner Veröffentlichung des Süddeutschen Sparkassen- u. Giroverbandes (Raule).

(2) Die quantitative Untersuchung des Vorsorgephänomens für Bedürfnisse der Mikroökonomie kann zwei Wege beschreiten: einmal können die Quanten einzelner Haushalte registriert werden, um das daraus resultierende Mengengerüst mit dem anderer Haushalte auf seine repräsentativen Eigenschaften zu untersuchen und daraus eine Ratio individuellen Verhaltens abzuleiten; der zweite Weg führt über makroökonomische Globalgrößen, die nach Kriterien sektoral untergegliedert, als Durchschnittswerte dem gleichen Zwecke dienen sollen. Die Größen der zweiten Version entsprechen nicht der eigentlichen Methodik mikroökonomischer Analyse. Als Annäherungen behalten sie jedoch solange Wert, als die statistischen Daten der ersten Version noch mangelhaft sind. Es wird deshalb hin und wieder zur Vermittlung von repräsentativen Größenvorstellungen auf den Umweg über Kreislaufgrößen zurückgegriffen.

Die Entwicklung der Spareinlagen bei Kreditinstituten außerhalb des deutschen Zentralbanksystems geht aus der untenstehenden Tabelle hervor, daraus läßt sich unter anderem erkennen, daß Mitte 1956 rund 64 % der Spareinlagen bei den eigentlichen Sparkassen untergebracht waren.

Spareinlagenbestand der Kreditinstitute
außerhalb des Zentralbanksystems

Zeit	Spareinlagenbestand allgemein in Mio. DM	Darunter I	II	III
1950	4.065.3	278.2		
1951	4.984.0	609.8		
1952	7.403.8	964.8		39.2
1953	11.243.9	1515.2	322.9	14.8
1954	16.217.2	2287.1	68.7	4.7
1955	20.868.2	2487.5	8.8	1.6
VIII 1956	22.194.3	2279.6	5.4	1.2
IX 1956	22.423.[illegible]	2287.8	...	...
Darunter bei eigentlichen Sparkassen				
1955	13.284.[illegible]	1277.8	2.0	0.8
VIII 1956	14.450.[illegible]	1198.1	0.7	0.4

I - steuerbegünstigtes Sparen
II = noch nicht freigegebenes Entschädigungsguthaben von Altsparern
III = noch nicht freigegebenes Ausgleichsguthaben von Vertriebenen

Tabelle 8: Spareinlagenbestand der deutschen Kreditinstitute außerhalb des Zentralbanksystems (1).

Die übrigen Institute, die nennenswerte Sparbeträge in ihrer Obhut haben, sind - der Größe ihrer Einlagen im August 1956 nach - : die Kreditbanken (3.285.2 Mio DM), die gewerblichen

(1) Monatsberichte der Bank Deutscher Länder Oktober 1956, S. 64.

Kreditgenossenschaften (1.786,1 Mio DM), die ländlichen Kreditgenossenschaften, soweit sie der BDL berichten (1.431,9 Mio DM), die Postsparkassenämter (1.211,8 Mio DM) und schließlich die Girozentralen, Zentralkassen, Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten (111,0 Mio DM). Der Raiffeisenverband e.V. nannte für alle Spar- und Darlehnskassen für Juni 1956 eine Spareinlagenhöhe von 2.709,8 Mio DM (1). Wichtiger als die Bedeutung der einzelnen Sparinstitute ist in unserem Zusammenhang die Untersuchung der Ersparnisbildung der einzelnen Wirtschaftssektoren, insbesondere des privaten Haushaltssektors. Die Bedeutung des monetären Haushaltssparens in den letzten vergangenen Jahren wird durch die nun folgende Tabelle illustriert.

Monetäres Haushaltssparen anhand der Bankenstatistik, 1950 - 1955 (Veränderungen in v.H. und pro Kopf)

Jahr	Ersparnis in Mrd. DM (1)	Veränderg. i. v.H. geg. üb. d. Vorjahr (2)	i.v.H.d.ges. monet. Sparens (3)	pro-Kopf Betrag i.DM monatlich (ca.) DM
1950	2,2		17,5	3,75
1951	2,7		12,1	4,65
1952	4,9		[illegible]	7,65
1953	5,8		23,2	9,40
1954	6,9	+19,6	25,6	11,65
1955	6,8	- 2,2	21,5	11,30

Tabelle 9: Monetäres Haushaltssparen 1950 - 1955

Die privaten Haushaltsersparnisse haben einen für den Laien überraschend geringen Anteil an der gesamten Ersparnisbildung. Die für den letzgenannten Zeitabschnitt erkennbare Stagnation des Sparwachstums läßt sich auf vier Faktoren zurückführen, die teilweise auf eine Verminderung der individuellen Sparneigung schließen lassen:

a. Wegfall der steuerlichen Begünstigungen für einige Sparformen zu Beginn des Jahres 1955.

b. Verstärkte Konsumneigung unter dem Einfluß einer labileren Preissituation.

---

(1) Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften, Monatsber. der BDL, Okt. 1956, S. 61.
(2) Monatsberichte der BDL, Juli 1956, S. 43. (Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung im Jahre 1955).

c. die rückläufige Entwicklung der Gutschriften von Einzahlungen der Altsparer und Ausgleichsguthaben der Vertriebenen.

d. die vorsichtigere Festlegung der Sparmittel von Geschäftsleuten seit der Kreditrestriktion Mitte 1955.

Zu etwas abweichenden globalen Spargrößen auf Grund anderer Größenabgrenzungen und teilweise auch anderen Materialquellen kommt das Institut für Wirtschaftsforschung; die Grundtendenz der Entwicklung ist jedoch dieselbe. In der dazu unten zitierten Tabelle erscheint das Sparen im Verband mit anderen Globalgrößen.

Die privaten Haushaltungen im Einkommenskreislauf.
(in Mrd. DM)

	1952	1954	1955	1956/I.	1956/II.a
Verbrauch	72,1	83,2	92,5	23,8	24,9
Erfaßte Sparung	3,4	7,4	6,3	1,8	1,0
Bargeldzuwachs	1,2	0,8	1,2	0,4	0,1
Kreditnahmen	-0,5	-0,6	-0,7	0,2	0,5
Priv. Wohnungsbaumittel	0,7	1,0	1,4	0,3	0,4
Summe	76,9	91,8	100,7	26,5	26,9

Tabelle 10: Globalgrößen des Sektors der privaten Hauswirtschaft (1)

In Tabelle 10 wird die Zunahme des Konsums deutlich, die Sparbeträge zeigen abnehmende Tendenz, die privaten Wohnungsbaumittel bewegen sich mit merklichen Zuwachsraten nach oben, während die anderen Größen wenig Trendwirkung zeigen. Aus den positiven Größen der Kreditnahme in den ersten beiden Quartalen 1956 kann nicht auf eine strukturelle Veränderung zugunsten der Rückzahlungen geschlossen werden, da erst das 4. Quartal die Masse der kreditären Vorgriffe mit sich bringt (saisonale Sparungen in den übrigen Quartalen ist die Regel). Bei den Positionen der zi-

---

(1) Zahlenanhang in Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, 1956, H.3, S.225. (Auszüge). Legende: Verbrauch an Hand der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze, Sparungen auf Grund der Daten von Kreditinstituten, Sparkassen, Lebensversicherungen und Saldo der Bausparkassen, Bargeldzuwachs einschließlich Sichteinlagen; private Wohnungsbaumittel sind Rückzahlungen der Bausparkassen zuzüglich Tilgung sowie sonstige Eigenfinanzierungen von Eigentümerwohnungen.

vierten Tabelle entsprechenden Prokopfziffern, auf durchschnittliche Monatsbeträge umgerechnet, betragen für 1954:

Verbrauch	154,- DM
Sparungen	10,50 DM
Bargeldzuwachs	2,- DM
Kreditnahme	1,17 DM
Priv. Wohnungsbaumittel	2,34 DM
Summe (Ausg.)	166,- DM

Die Geldvermögensbildung und die Finanzierungsarten der Vermögensbildung vermittelt eine Tabelle des Monatshaushaltes der Bundesdeutscher Länder gegenüberzustellen, die hier auszugsweise wiedergegeben werden soll.

Vermögensbildung und Finanzierung der privaten Haushalte 1954 bis 1955 in Mrd. DM.

Verziffern	1954	1954	1955
A. Vermögensbildung			
I. Sachvermögen			
II. Auslandsforderungen		-	
III. Geldvermögensbildung	6,48	8,28	7,75
1. (a) Banken	4,84	3,54	4,49
darunter			
a. Sicheinlagen (einschl. Bargeld)	(1,79)	(0,92)	(1,30)
b. Termineinlagen	(0,07)	(0,97)	(0,02)
c. Spareinlagen	(3,48)	(4,65)	(3,51)
2. bei Bausparkassen	0,85	1,36	1,51
3. bei Versicherungen	0,67	1,84	0,92
4. Erwerb v. Wertpapieren	0,27	0,60	0,84
Summe	6,48	8,28	7,75
B. Finanzierung der Vermögensbildung			
I. Ersparnis	5,91	6,95	6,79
II. Vermögensübertragungen	0,33	1,08	0,47
III. Kreditaufnahme bei Banken	0,34	[illegible]	0,49
Summe	6,48	8,28	7,75

Tabelle 11: Vermögensbildung und Finanzierung der privaten Haushalte.

Infolgedessen der Anbau einzelner Sparförderungsmaßnahmen im Bereiche des Kontensparens wurden die Bausparkassen, bei denen die angesparten Beträge immer noch Steuerermäßigungen oder Ansprüche auf Wohnungsbauprämien genießen. Die ähnlich begünstigten Versicherungen haben dasselbe Verhalten an Überschußgelder, nämlich eine Steigerung des Angebots, kann Anzeichen, nach sich gezogen. Beide Entwicklungen sind sowohl in Tabelle 11 als auch in den folgenden Kreisdiagrammen zu erkennen (1):

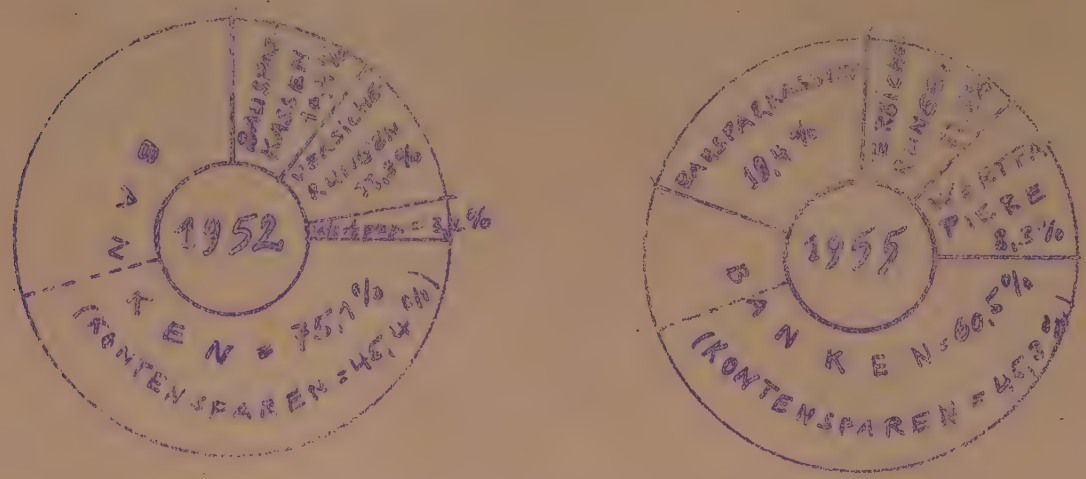


Diagramm 4: Die Geldvermögensbildung 1952 und 1955.

Die Größenordnungen zeigen, daß Bausparen, Versicherung und Wertpapiere zwar zusammen (= 39,5 %) allmählich dem Kontensparen, das 1955 (= 45,3 %) betrug, nahe kommen. Die Unternehmensfinanzierungen, die über Nichtbanken erfolgten, z.B. Aktienemissionen, haben ebenfalls an der Entwicklung der Geldvermögensbildung bei den Banken wesentlichen Anteil. Alle zitierten Beispiele zeigen die sensible Reaktion der Sparer oder besser einzelner Sparergruppen auf gewisse Sparanreize.

3.4. Für den Bereich des Kontensparens liefern statistische Hinweise des Jahresberichtes des Deutschen Sparkassen und Giroverbandes für 1955 eine zwar bescheidene aber umso interessantere Basis für eine Typologie des Sparens, die in den letzten Jahren ein analytisches Bedürfnis geworden ist. In der Geldvermögensbildung wird festgestellt, daß die Kapitalbildung von 7,5 Mrd. DM, die durch die Kapitalsammelstellen bewirkt werden konnte, zu 2,0 Mrd. DM aus Sparleistungen stammte, von denen wiederum 2,6 Mrd. DM von Sparkassen herrührten, die von 17 v.H. der Inhaber von Sparkonten aufgebracht wurden. Für die restlichen 83 v.H. blieben also dennoch noch 1,6 Mrd. DM Sparsumme. Dieser Tatbestand gewinnt besonders dann typologische Bedeutung, wenn man die Hypothese aufstellt, daß unter den 83 v.H. Kleinkontensparern und den nicht registrierten Nichtsparern sich die Mehrzahl der Leute befindet, deren Anreiz zur Sparvorsorge man im Rahmen

(1) Monatsbericht der BdL, Juli 1956, S. 51. Die dort genannten Zahlen sind Ausgangspunkte der Kreisdiagramme.

einer Sozialreform erhalten will (1). Diese Fakten beweisen allerdings nicht, daß zusätzliche Sparanreize in bisher sparträgen Sektoren wirkungslos verlaufen würden, und damit die Eigenvorsorge via Sparen keine breitere Streuung erfahren.

3.5 Das Bausparen konnte dank seiner Begünstigungen und wegen der prekären Wohnungsmarktlage seine Anziehungskraft noch um zweifaches [illegible] fühlbar vergrößern. Allein die öffentlichen Bausparkassen erlebten zwischen 1939 und 1954 eine Verzehnfachung ihrer Vertragssummen (2). Dabei ist der Anteil der abhängigen Beschäftigten unter den Vertragsschließenden ständig gewachsen, so daß schließlich 1953/54 ergab sich hier folgendes Bild:

Anteil der einzelnen Berufsgruppen an den Bausparverträgen

Berufsgruppe	Von den Neuabschlüssen entfallen i.J. 1953	Vom Vertragsbestand z. 31.12.53 entfallen	Von d. Verträgen m. Wohn. Baujahr f. 1955 entf.
Angestellte	25,26%	19,46%	[illegible]
Arbeiter	20,70	20,16	[illegible]
Beamte	8,[illegible]	9,44	[illegible]
Selbständige Gewerbetreibende u. Landwirte	39,48	34,19	14,5
Freie Berufe	6,48	7,50	1,6
Sonstige Berufe	6,22	5,96	8,3
Priv. u. öff. Körperschaften	2,99	3,35	–

Tabelle 12. Anteil der einzelnen Berufsgruppen an den Bausparverträgen 1953/54 (3).

Die Disposition des Arbeitnehmerhaushaltes, die auf die Schaffung eines eigenen Heimes zielen, sieht der Entlastung des Pauschalbudgets im höheren Lebensalter bei kleineren Einkommenserwartungen und der Erfüllung des sozialpsychologischen Wunsches nach einer familiären Eigenwelt. Oft ist dieser Wunsch nur latent vorhanden und das auslösende Moment dieses Zwecksparens wird durch augenblickliche Begünstigungen dieser Sparkategorie verursacht, so wie es die zuvor genannten Beispiele auch zu beweisen scheinen. Wichtig für die Beurteilung des langfristigen Bausparens ist

---

(1) Vgl. dazu Hensen, Hermann, Die volkswirtschaftliche Problematik langgehaltener Renten ist Höcker, Ges. Fortschr. 1956, S. 208.
(2) Statistischer Anhang i. Sparkasse, 1954, H. 20, S. 338.
(3) op. cit. S. 339.

der Vertragsbestandteil, der den Zahlungen auf die entsprechenden Konten einen gleichsam zwingenden Charakter verleiht und die Einkommensverwendung in die Nähe des Ausgabenrechts rückt.

Das Sparen und V e r s i c h e r n ist gemeinsam, daß sie dem Wirtschaftssubjekt Konsumverzicht auferlegen, und beide auf die Innenfinanzierung in kritischen Einkommenslagen einwirken können. Beim Sparen bleibt das Ersparte jedoch Eigentum und Vermögensteil, während bei der Versicherung nur ein Anspruch auf den Einritt des Versicherers im Versicherungsfall vorliegt. Ähnlich der Vorsorge mit Hilfe des Bausparens ist die Versicherung durch den fühlbaren Zwang zur regelmäßigen Leistung und die damit verbundene Belastung des Haushaltsbudgets gekennzeichnet. Die Messung des Risikos, die Berechnung der Prämienraten und die Schätzung der Entschädigungsausmaße überbleibt dem Versicherer, der sein nomologisches Wissen über die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Versicherungsfällen, die Erforschung der Ursachen und der Ergebnisvergleich des Versicherungsgeschäftes zum Gegenstand einer spezifischen, unternehmerischen Tätigkeit macht. Für die Wahrung von Risiken durch ein Versicherungsunternehmen ist die Versicherbarkeit Voraussetzung. Als versicherbar gelten solche Risiken, die sich einem durch Erfahrung gewitzten Wahrscheinlichkeitskalkül fügen (1). Nur dort, wo die Versicherung eigentlich schon Spekulation ist, kann die normative Grenze des empirischen Wahrscheinlichkeitskalküls überschritten werden (2). Die Versicherungen schalten sich normalerweise in die individuellen Wirtschaftspläne soweit ein, als Risikomeidung und - vorbeugung bei der Abwendung schwieriger Einkommenslagen versagen. Solche Situationen können bei privaten Versicherungsverträgen an drei allgemeine Ursachenformen geknüpft sein:

a. an Einkommensausfälle (fehlender Mittelzugang), z.B. Versicherungseintritt bei Krankheiten und Unfällen unter Anwendung von Tagegeldern,

b. an das Auftreten nicht erwarteter Ausgaben: Krankenbehandlung, Heilkosten, Haftpflichtansprüche.

c. an Vermögensänderungen: Untergang oder Beschädigung von Vermögensgegenständen in allen Sachbereichen (3).

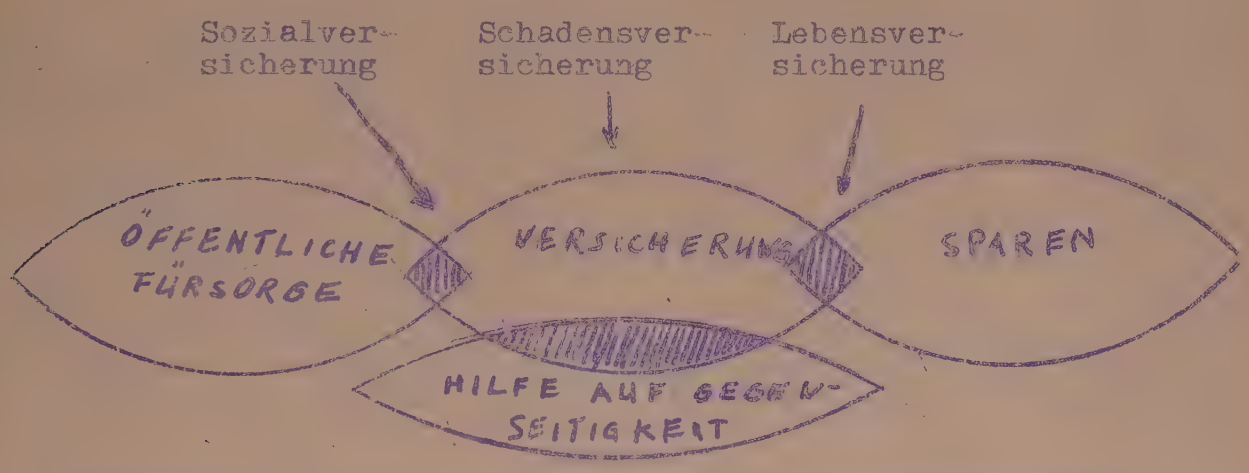
Eine Sonderstellung nehmen die Versicherungsverhältnisse ein, die auf die Erfüllung eines langfristigen Sparplanes gerichtet sind, wie etwa die gemischten Kapitalversicherungen im Lebens- und Unfallversicherungszweig, die Aus-

---

(1) Vgl. Mahr, Werner, a.a.O. S. 75
(2) Beispiele dafür sind gewisse Versicherungsabschlüsse bei Lloyd's London.
(3) Mahr, Werner, loc. cit.

bildungs- und Aussteuerversicherung. Sie beruhen auf dem Risiko, daß das versicherte Wirtschaftssubjekt niemals weiß, "ob im Zeitpunkt seines Todes oder seines Eintritts in den Ruhestand die für die Versorgung der Angehörigen, die Fortführung des Betriebes (Erbschaftssteuerzahlung, Hypothekenpfandbrief) oder im Zeitpunkt der Verheiratung der Töchter, der Ausbildung der Söhne die dafür erforderlichen Mittel angesammelt sind" (1).

2.7. Die wichtigste Form der Kapitalansammlung auf Versicherungsbasis ist die Lebensversicherung. Sie enthält Wesenszüge des Sparens und der reinen Versicherung. Damit verifiziert sie eine Mittelstellung zwischen dem Privatprinzip des Sparens und dem Gegenseitigkeitsprinzip der Versicherung und bildet ein Pendant zur Sozialversicherung, dem Grenzfall zwischen Gegenseitigkeitsprinzip und Sozialprinzip. Nach ihrem Verwirklichungsprinzip hat S h i r a s u g i (2) die einzelnen Formen der Unterhaltssicherung miteinander verknüpft und systematisch nebeneinandergestellt, so wie es im folgenden Schema wiedergegeben wird:



Sozialprinzip — Gegenseitigkeitsprinzip — Privatprinzip

Diagramm 5: Die Verwirklichungsprinzipien der Unterhaltssicherung.

Die Prämien der Lebensversicherung enthalten ein Risiko- und ein Sparelement. Versicherungstechnisch werden die Sparbeiträge beim Versicherer jährlich angesammelt und dem Deckungskapital des Versicherungsunternehmens zugeführt. Das Deckungskapital repräsentiert bei der Lebensversicherung damit die

(1) Mahr, Werner, a.a.O. S. 73
(2) Shirasugi, Saburo, Die technischen Grundlagen der Versicherung in Versicherungswissenschaft, Festschrift für Rohrbeck, Berlin, 1955, S. 363.

Sparakkumulationen der Versicherten (1). Der Sparbeitrag ist mit der gemischten Lebensversicherung wesensgemäß verbunden, denn mit Rücksicht auf die Sterbewahrscheinlichkeit müßte die Beitragsprämie mit wachsendem Lebensalter stets wachsen, um jeweils risikoädaquat zu sein. Der Gedanke, die Prämie zu nivellieren, verlangt also jedenfalls die Kombination mit dem Sparen, wenngleich dieser zusätzliche, reine Sparakt vom Versicherten kaum empfunden werden dürfte. Eine gleichbleibende Prämie läßt sich erzielen, wenn T_x die Zahl der im Alter x Sterbenden, L_x die Zahl der Lebenden im Alter x, V die Versicherungssumme und r ein Aufzinsungsfaktor ist und dabei (2)

$$P_x = \frac{T_x \cdot V}{L_x \cdot r}$$

gilt. Vertragsdauer, technischer Zinsfuß und andere versicherungstechnische Einzelheiten, die zu einer praktizierten Prämienformel gehören, können hier nicht weiter untersucht werden. Es galt nur zu zeigen, welche Art des Kalküls hinter den Vertragsabschlüssen zwischen Versicherern und ihren Klienten steht, und daß der spezifische Aufbau der Bevölkerung die Größe der gegenseitigen Hilfeleistungen nachhaltig beeinflußt.

3.8. Die Prämienleistungen an die Lebensversicherungen in der Bundesrepublik haben sich zwischen 1952 und 1955 verdoppelt. Das geht aus der Entwicklung der Größe der von privaten Versicherungsgesellschaften zur Verfügung gestellten Finanzierungsmitteln hervor, die 1952 = 0,5 Mrd. DM und 1955 = 1,0 Mrd. DM betrugen. Pro Kopf der Bevölkerung bedeutet das grob einen Zuwachs von Versicherungsleistungen von 10,-- auf 20,-- DM jährlich. Für eine sachgerechte Beurteilung der Substitution einzelner Versorgeformen untereinander sind Vergleichskalküle ratsam. Während der Versorgegeber gewöhnlich eine Größenvorstellung von den substitutiven Eigenschaften der Versorgungsgebiete hat, sind die Optionen der Versorgenehmer nicht selten von weit weniger rechenhaften Momenten bestimmt. Allgemein gilt für das Verhältnis zwischen Versichern und Kapitalakkumulation, daß verzinsliches, regelmäßiges Sparen einen desto geringeren Mehrbetrag gegenüber der Versicherung aufzuweisen hat, je kürzer die Laufzeit der Versicherung ist (3).

---

(1) Ecole Nationale d'Assurance, L'Assurance, Bd. 2, Paris, o.J. S. 9
(2) Mahr, Werner, a.a.O. S. 142.
(3) Kraus, Max, Sparen und Versichern als Mittel der Altersvorsorge, Jena, 1941, S. 85.

4. Die öffentlichen Formen der zeitlichen Einkommensübertragung und Einkommenssicherung.

4.1. Nachdem die industrielle Revolution des neunzehnten Jahrhunderts einseitig das Kapitaleinkommen gegenüber dem Arbeitseinkommen begünstigt hatte, und derselbe wirtschaftliche Wandlungsprozeß die sozialen Lebensbedingungen derart gestaltete, daß eine Selbstsorge und Selbstvorsorge der Industriearbeiterschaft nicht mehr als gesichert gelten konnte, entwickelte sich der Gedanke sozialer, öffentlicher Hilfe. Ihr Kern wurde, unabhängig von den Leitbildern der vorindustrieller Armenpflege, die Einrichtung einer Krankenkasse, einer Unfall- und einer Altersversicherung. In Deutschland wurden 1883 und in den Folgejahren entsprechende Gesetze und Institutionen in Kraft gesetzt, die ohne unmittelbare Vorbilder entstanden. Die erste soziale Schicht, auf die obligatorische Versicherungen angewandt wurden, waren die Fabrikarbeiter und Fabrikangestellten, die ein Jahreseinkommen bis zu 2000 Mark verdienten. Bei der Rentenversicherung waren die Beiträge niedrig, entsprechend sollten die Leistungen der Versicherung nur subsidiär zu anderen Alterseinkommen wirken. Die Versicherung erfolgte im ganzen durch die Prämien der Versicherten, die des Arbeitgebers und durch Zuschüsse des Staates. Die Tendenz ging im Grunde dahin, jeden Versicherten, nach den schon bekannten versicherungstechnischen Wahrscheinlichkeiten, seine Altersaufwendungen seinem eigenen Einkommen entnehmen zu lassen. Bei den dafür angestellten Kalkulationen wurde angenommen, daß lange Zeit stabile Währungsverhältnisse vorliegen, der Lebensstandard in den einzelnen Sozialgruppen relativ gleich bleibt und sich eine bestimmte soziologische Familienstruktur erhält. Weiter wurden gleiche Hilfegewohnheiten für versorgungsbedürftige Menschen, konstante Lebenserwartungen und ein normal wachsender Aufbau der Bevölkerungspyramide vorausgesetzt (1). Zu den besonderen Bedingungen der Einführungsphase der Sozialen Sicherung gehörte das Maximum des Bevölkerungswachstums in Deutschland zwischen 1875 und 1900, die gleichmäßig hohe

---

(1) Vgl. hierzu im besonderen: Wagnitz, Lothar, Zur Neuordnung der sozialen Rentenversicherung, Arbeit und Sozialpolitik, 1953, S. 300 ff. – Und weiter zum gesamten Problemkreis: Hanke, Wilhelm, Zweig, Gerhard, Volkswirtschaftliche Grundfragen der Sozialreform, Köln-Deutz, 1956. – Veldkamp, M.J. Le Financement des Assurances Sociales, Finance Publique, 1955, S. 270 ff. Caesar, Paul, Grundriß der deutschen Sozialversicherung, Stuttgart, Köln, 1950, Laroque, Pierre, De l'assurance à la Securité Sociale, in Revue Internationale du Travail, 1952; S. 1 ff. Durand, Paul, La Politique Contemporaine de la Sécurité Sociale, Paris, 1953, Getting, André, La Sécurité Sociale, Paris, 1955; Mahr, Werner, a.a.O. insbesondere S. 332 ff.

Sterblichkeit in allen Altersklassen und die Tatsache, daß nur wenige die Altersgrenze erreichten, die zum Bezug der Sozialrente berechtigte. Mit einer vorzeitigen Invalidität wurde nicht gerechnet und auf die Angehörigen der Versicherten wurde zunächst keine Rücksicht genommen. Aus der Verknüpfung der historischen Planداten lassen sich leicht die dynamischen Konsequenzen der faktischen Entwicklungsgeschichte ablesen, die die ursprüngliche Konzeption und ihr konstruktives Ergebnis als wirksame Faktoren der Sozialpolitik später in Frage stellten und zu Reformen drängten.

4.2. Die schrittweise Ausdehnung des Systems der Sozialen Sicherung ging zunächst über drei Stufen:

a. Das Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter vom 18.6.1883,

b. das Unfallversicherungsgesetz vom 6.7.1884 und

c. das Gesetz betreffend die Invalidität und die Altersversicherung vom 22.6.1889.

Die ersten drei Gesetze wurden in der Reichsversicherungsordnung (RVO) vom 19.7.1911 zusammengefaßt. Alsbald erfolgte eine Ausweitung des Personenkreises, die von sozialen Sicherungsmaßnahmen kollektiv betroffen wurden, durch das Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20.12.1911. Weitere Meilensteine der gesetzlichen Entwicklung des sozialen Sicherungssystems bildeten das Reichsknappschaftsgesetz vom 12.6.1923, das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16.7.1927, das Gesetz für die Altersversorgung für das deutsche Handwerk vom 21.12.1938 und schließlich das Kindergeldgesetz vom 13.11.1954 (1). Neben den eben zitierten Sicherungsinstitutionen die alle getragen sind vom Gedanken einer partiellen Selbsthilfe und an das Gegenseitigkeitsprinzip anknüpfen, umfaßt das ganze System der sozialen Sicherung auch die Maßnahmen zur öffentlichen Versorgung und Fürsorge. Beide sind für bestimmte Haushalte wesentliche Sicherungselemente eines Minimumstandards. Dabei zielt die Versorgung auf die Ausstattung von Haushalten mit Mitteln hin, ohne daß eine vorherige Selbsthilfe die Einleitung einer solchen öffentlichen Leistung bedingt. In diesem Rahmen gewähren in der Bundesrepublik Sonderversorgungen einen Ausgleich bestimmter Schäden (Kriegsfolgelasten), die eine staatspolitisch erhebliche Ursache haben. Während die öffentliche Versorgung eines Haushaltes von typischen Ursachen abhängt, aber die Bedürftigkeit des Einzelfalles nicht verlangt, ist die Fürsorge auf die individuelle Hilfe ausgerichtet.

---

(1) Für Informationen über gesetzgeberische Einzelheiten: Jahn, Walter, Grundfragen des Rechts der sozialen Sicherung und seiner Reform, Berlin 1955, insb. S. 35 ff. Fuchs, Johannes, Bericht über das finanzielle Gebaren der deutschen Sozialversicherung, Finance Publique, 1955, S. 427 ff. · Caesar, Paul, a.a.O.

Die Fürsorge tritt subsidiär ein, wenn alle anderen Möglichkeiten der Selbsthilfe ausgeschöpft sind.

4.3 Der Begriff der sozialen Sicherheit ist relativ neu; er entstammt der Diskussion sozialer Sicherungsmaßnahmen in den USA Mitte der Dreißigerjahre. Inhalt, Abgrenzung und Zielrichtung sind nicht völlig einheitlich. Die gesamtwirtschaftliche Deutung als "Summe aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die darauf hinzielen, auf dem Wege der Vollbeschäftigung jedem Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen unter möglichst günstigen Bedingungen eine ausreichende materielle Existenz aus eigenem Einkommen zu verschaffen" (1), ist ein soziales Programm, das vielfach vertreten, das bei perfekter Realisierung nicht der Gefahr entgeht, nicht nur den Fortschritt zu opfern, sondern unter Umständen auch das Ziel der Sicherheit zu verfehlen (2). Die sozialpolitische und einzelwirtschaftliche Bestimmung der sozialen Sicherheit und Sicherung zielt auf die Verhütung sozialer Notstände wirtschaftlich schwacher Personenkreise und die Sicherung der materiellen Existenz jeden Individuums im Falle der Arbeitslosigkeit, der Minderung der Erwerbsfähigkeit und der Erwerbsunfähigkeit infolge Krankheit, Schwangerschaft, Invalidität, Alter oder Tod des Ernährers und schließlich der Sonderlagen einer Haushaltes, die durch die generativen Aufgaben der Familie verursacht werden. Für die verschiedenen Grade der Erwerbsfähigkeit wird dazu gegenwärtig folgendes System von Sicherungsmaßnahmen praktiziert (3):

a. für die noch nicht Erwerbsfähigen: Kinderbeihilfen,

b. für die vorübergehend nicht Erwerbsfähigen: Wochengeld, Krankengeld, vorübergehende Hinterbliebenenrente zur Eingliederung in den Wirtschaftsprozeß als Ergänzung zu Sterbegeldern, Waisenrenten.

c. für vorübergehend in der Erwerbsfähigkeit Geminderte: befristete Teilrenten. Bei unfreiwilliger Erwerbslosigkeit und bei unfreiwillig verkürzter Arbeitszeit: Arbeitslosengeld und Kurzarbeiterunterstützung.

d. für dauernd in der Erwerbsfähigkeit Geminderte: laufende Teilrenten.

e. für dauernd nicht mehr Erwerbsfähige: Dauerrenten in der Form der Invaliden-, Alters- und Hinter-

---

(1) Wörterbuch der Sozialpolitik, o.J. Stichwort: Soziale Sicherheit. Weiter: Achinger, Hans, Soziale Sicherheit, Stuttgart, 1953

(2) Fisher, A.G.B. Fortschritt und Soziale Sicherheit, Dtsch. Übersetzung, Bern 1947, S. 38 und 44.

(3) Auerbach, W. Die Sozialreform, 1956, Nr. 4, S. 3.

Betriebsunfällen

f für den Ausfall eines Hauptverwerbstätigen durch Tod, als einmalige Leistung: Sterbegeld.

2.4 Die Sozialleistungen in der Bundesrepublik haben sich seit Ende Juni 1949 verdoppelt. Diese Aufwärtsentwicklung entspricht in etwa der Bewegung der Größe des Sozialproduktes im selben Zeitraum. Die Nettoausgaben für die soziale Sicherheit betrugen 1949 mit 14,7 Mrd. DM 18,5% des Volkseinkommens, die Ausgaben von 24,6 Mrd. DM im Jahre 1954 nehmen entsprechend 20,4 % des Volkseinkommens ein. Je Kopf der Bevölkerung sind die Ausgaben für die soziale Sicherheit von 249 DM auf 436,15 DM im Jahre 1954 gestiegen. Für die Nettoeinnahmen ergeben sich entsprechend folgende Ziffern: (1)

	1949	1954
Nettoeinnahmen in Mrd. DM	12,5	24,0
d.i. in v.H. des Volkseinkommens	19,5	22,1
Nettoeinnahmen je Kopf der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in DM	393,60	712,-

Die Krankenversicherung als Teileinrichtung, die ihre Einnahmen 1954 aus Beiträgen der Versicherten (1,8 Mrd. DM), der Arbeitgeber (1,4 Mrd. DM), Staatsbeteiligungen (27 Mio DM) Vermögenserträgnissen (25 Mio DM) und sonstigen Einnahmen in Höhe von 17 Mio DM
Vermögenserträgnissen (25 Mio DM), Verrechnungen mit anderen sozialen Einrichtungen (659 Mio DM) und sonstigen Einnahmen in Höhe von 17 Mio DM finanzierte und dabei insgesamt über einen Betrag von 3,9 Mrd. DM verfügen konnte, hatte Ausgaben in Höhe von 3,8 Mrd. DM, davon Sachleistungen = 2,6 Mrd. DM, für Barleistungen 980 Mio DM, für Verwaltungskosten 247 Mio DM, Verrechnungen 2 Mio DM und für sonstige Ausgaben in Höhe von 18 Mio DM. Dabei blieb ein Überschuß von 100 Mio DM. In der gleichen Form wie hier für die Krankenversicherung, ließe sich jeder Zweig der Sozialversicherung, die Leistungen der Familienbeihilfe, der Beamtenversorgung, der Fürsorge, des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Kriegsopferversorgung an Hand des Sozialhaushaltes der Bundesrepublik aufschlüsseln (2). Im übrigen soll hier den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen des sozialen Sicherungssystems nur am Rande nachgegangen werden. Das Hauptinteresse gilt hier den mikroökonomischen Aspekten der Einrichtungen des sozialen

---

(1) Die Ausgaben für die soziale Sicherheit und ihre Rechnung in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West), Arbeits- und sozialstatist. Mitteilungen, 1956, S. 78.

(2) Für gesamtwirtschaftliche Aspekte und Zahlenübersichten vgl. die unter (1) genannte Publikation, weiterhin: Hans K. Zweig, a.a.O., u. Herman Hartmann, Die Finanzen der Sozialen Sicherheit im Kreislauf der Wirtschaft, Kiel, 1955.

Sicherung. Dabei soll erörtert werden, welche Sicherungsmöglichkeiten für das Wirtschaftssubjekt durch die angeführten Sicherungsformen ermöglicht werden. Das Hauptinteresse gilt der Rentenversicherung; sie überspannt den Lebenszyklus normalerweise am weitesten, läßt sich systematisch in eine Anspar- und eine Entsparperiode unterteilen und gibt langfristigen, mikroökonomischen Gleichgewichtsüberlegungen den breitesten Raum. Die gewöhnliche Voraussicht einer einkommensunsicheren Invaliditätsperiode oder Altersruhezeit fördert die übrigen mikroökonomischen Planüberlegungen und Verhaltensweisen.

4.5 Doch zunächst noch einige Angaben über andere soziale Sicherungseinrichtungen: Die K r a n k e n v e r s i c h e r u n g kompensiert dem Haushalt Einkommensausfälle, garantiert natürliche und geldliche Leistungen für ärztliche Hilfe, sorgt für die Verhütung von Krankheiten durch präventive Maßnahmen. Leistungsaufschübe und nur teilweise Entschädigungen sollen verhindern, daß die Institution mißbraucht wird. Die Einkommenshöhe bestimmt die Höhe der Beiträge; jedoch besteht zwischen Leistungen und Beiträgen kein proportionaler Zusammenhang. Der Beitragssatz ist regional nicht einheitlich; festgelegt wird die jeweilige Höhe durch die Satzung der lokalen Krankenkasse (1). Dabei gilt für Versicherte, die im Krankheitsfalle mindestens zwei Wochen Arbeitsentgelt erhalten, ein ermäßigter Beitragssatz. Jede der lokalen Krankenkassen hat demnach mindestens zwei Beitragssätze, einen allgemeinen, der gewöhnlich für die Arbeiter zutrifft, und einen ermäßigten, der meist den Krankengeldbedingungen für Angestellte entspricht. Die Sätze liegen gegenwärtig in der Regel zwischen 5% und 6.5% des Bruttoentgeltes der Arbeitnehmer. Seit 1941 sind die Bezieher von Invaliden-, Altersinvaliden-, Angestellten-, Knappschafts- und Hinterbliebenenrenten in den Kreis der sozial krankenversicherten Personen einbezogen. Die Rentner zahlen keine Beiträge, ein Verrechnungsbetrag wird periodisch von den zuständigen Landesversicherungsanstalten an die Krankenkassen überwiesen. Die Rentner erhalten Sachleistungen, keine Barleistungen, aber wohl ein Sterbegeld. Zu den Sonderheiten der Krankenversicherung gehört (2), daß die Leistungen von den Versicherten für einen Risikoausgleich aufgebracht werden, an dem sie selbst unmittelbar teilnehmen. Hier liegt also nicht wie bei anderen Einkommensübertragungen des Haushaltes an eine öffentliche Sicherungseinrichtung eine unmittelbare und zunächst ausschließliche Leistung für Dritte vor (3). Die A r b e i t s l o s e n v e r -

(1) Vgl. Statistik der Ortskrankenkassen, 1955, hrsg. von der Vereinigung der Ortskrankenkassen, Bad Godesberg, 1956.
(2) ausgenommen die Rentenkrankenversicherung.
(3) Hankel, W. Zweig, G. a.a.O. S. 23.

s i c h e r u n g ist darauf gerichtet, objektiv bedingte Arbeitslosigkeit zu entschädigen. Arbeitslosigkeit liegt dann vor, wenn der Arbeitnehmer vorübergehend unfreiwillig in keinem Beschäftigungsverhältnis steht. Die Vorläufer dieser öffentlichen Sicherungsmaßnahme sind bei Institutionen verschiedener Berufsverbände (Buchdrucker 1879) und städtischer Organe der Erwerbslosenfürsorge (Straßburg 1907, München 1905, Mainz 1902) zu suchen. Einen Rechtsanspruch auf Reichsebene brachte das Gesetz von 1927. Die Zugehörigkeit zur Arbeitslosenversicherung ist bis zu einer Einkommensobergrenze obligatorisch. Der Beitrag wurde Ende 1956 im Rahmen der Anpassungen zur Sozialreform von 4 % des Bruttoentgeltes auf 3 % gesenkt. Mit dem Charakter der Arbeitslosenversicherung eng verknüpft sind die Maßnahmen der Kurzarbeiterentschädigung. Die U n f a l l v e r s i c h e r u n g hat die Nachteile auszugleichen, die einem Wirtschaftssubjekt durch Arbeitsunfall oder Berufserkrankung entstehen. Die Mittel zu dieser Form der Einkommenssicherung werden von den Unternehmern an die Berufsgenossenschaften geleistet, die ihrerseits den Versicherungsschutz mit geringen staatlichen Subventionen übernehmen. Im Jahre 1954 brachten die Arbeitgeber zur Unfallsicherung 964 Mio DM auf, zu denen 14 Mio DM Staatszuschüsse, 13 Mio DM Vermögenserträgnisse und 13 Mio DM sonstige Einnahmen kamen. Die Ausgaben blieben mit 51 Mio DM unter den Einnahmen. Bei der Unfallversicherung besteht mit der Aufwandsseite der Arbeitnehmerhaushalte nur ein indirekter Zusammenhang, da dieser Versicherungsbeitrag wohl in den die Lohnkosten des Unternehmens, aber nicht mehr in das verfügbare Arbeitseinkommen eingeht (1).

4.6 Die wichtigste Familienbeihilfe bilden die Leistungen nach dem Kindergeldgesetz. Das Gesetz sieht Kindergelder in Höhe von DM 25.-- DM für sämtliche Arbeitnehmer, für Selbständige und für mithelfende Familienangehörige vor, wenn ein drittes Kind in den Versorgungsbereich der Familie gehört. Selbständige Berufslose und Haushaltsvorstände, die von der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden, sind ebenfalls vom Kindergeldgesetz begünstigt. Es erfolgt mit dieser Institution eine Einkommensumschichtung zugunsten der Familien mit drei und mehr Kindern in einer Höhe, die von S t e i n (2) auf 515 Mio DM für 1955 geschätzt wird; das sind 0,46% des Volkseinkommens von 1954, 0,63 % des privaten Verbrauchs von 1954, 2,37 % der öffentlichen Sozialleistungen von 1955 und 0,86 % der Bruttolohn- und Gehaltssumme von 1955. In den Genuß von Kindergeld kommen etwa 8,5 % der Nehrpersonenhaushalte in der Bundesrepublik. Das erste Halbjahr 1955 brachte eine Übertragung von

(1) Zu den Zahlen der Unfallversicherung: Arbeits- und sozialstistische Mitteilungen, 1956, S. 74.
(2) Stein, Bernhard, a.a.O. S. 226. Im Laufe des Jahres 1957 soll das Kindergeld auf DM 30.-- erhöht werden.

190 Mio DM Kindergeld, finanziert aus den Beiträgen der Arbeitgeber über die Berufsgenossenschaften zu den empfangsberechtigten Haushalten in Höhe von 181 Mio DM. Das Zugestehen von Kindergeldern, zu dem sich die Bundesrepublik nicht zuletzt durch den Wiedereintritt in die Internationale Arbeitsorganisation verpflichtet sah, in deren Charta das Übereinkommen Nr. 1o2 die Leistung von Familienbeihilfen vorsieht, versucht die familiielle Sonderlage des generativen Aufbaus zu berücksichtigen. Bisher erfüllten diese Funktion in bescheidenem Umfang Steuerermäßigungen und Kinderzuschläge zu Sozialversicherungsleistungen. Sonst gehörte der Aufwand für "die Produktion der menschlichen Arbeitskraft" (1) zu den vernachläßigsten Faktoren der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Eine Variante der Familienbeihilfen bilden die Leistungen auf Grund des Mutterschutzgesetzes. Für die 34 Mio DM, die 1954 für dieses sozialpolitische Projekt aufgewendet wurden, dienten allein Staatsmittel als Finanzierungsquelle. (2). Die noch immer sehr bescheidene Honorierung der Kinderaufzucht läßt vermuten, daß die oft beobachtete Parallelität zwischen Einkommen des Haushaltsvorstandes und des Familieneinkommens auf ein rationales Verhalten der Eltern bezüglich der Kinderzahl zurückzuführen ist. A c h i n g e r , A r c h i n a l und B a n g e r t (3) stellten in ihrer Studie fest, daß die Prokopfeinnahmen der Ungelernten mit Familie leicht an die Elendsgrenze geraten. Sie kritisierten in diesem Zusammenhang die Einkommensstaffelung nach dem Alter, die für die Aufbaufamilie allgemein ungünstig sei, sich bei Qualifizierten Arbeitern jedoch noch am günstigsten ausnehme. Dieses Faktum ist bei Empfehlungen für ein harmonisches lebenszyklisches Einkommen in besonderem Maße zu berücksichtigen.

4.7. Die o f f e n t l i c h e F ü r s o r g e tritt da ein, wo eine Sicherung selbst bescheidener Lebensbedingungen nicht mehr aus eigener Kraft gemeistert werden kann. Die Fürsorge unterliegt lokalen Differenzierungen, eine grobe Obergrenze für die Geldleistungen ist in der Höhe gegeben, die 85 bis 9o v.H. des Lohnes der örtlich am häufigsten vorkommenden Hilfsarbeiter ausmacht (4).

Ausgabe der Fürsorge, 1954 in Mio. DM

	Sachleistg.	Barl.	Verw.-Verr.	Ges.Ausg.
Arbeitslosenfürsorge	-	737	139	876
Öff. Fürsorge	447	576	-	1 o23

---

(1) Siemeling, Hertha, Zur Ökonomie der Arbeitskraft, i. Bundesarbeitsblatt, 1955, S. 374.
(2) Arbeits- und sozialstat. Mitteilungen, 1956, S. 74.
(3) Achinger, Archinal, Bangert, Reicht der Lohn für die Kinder? Frankfurt a.M. 1952, S. 62.
(4) Henkel, Zweig, a.a.O. S. 22.

Die Stellung der Empfänger öffentlicher Fürsorge hat in den letzten Jahren eine merkliche Besserung erfahren. Zu den Anzeichen einer Annäherung zwischen den einzelnen öffentlichen Versicherungsformen und der Fürsorge gehören die Aufbesserungen der Leistungen der Fürsorge und die rechtliche Überprüfung des Fürsorgeanspruchs, so daß nunmehr in begrenztem Rahmen auf Fürsorgeleistungen geklagt werden kann. (1). Die Fürsorge bleibt damit eine Art Versorgung ohne individuelle Fürsorge, aber sie wird für den einzelnen Haushalt sicherer voraussehbar und gewinnt damit größeren Einfluß auf die Vorsorgeplanung des Haushaltes. Nicht zuletzt auch deshalb weil die psychologischen Hemmungen die aus der Zeit der Armenpflege dem Fürsorgebezug anhaften, im Schwinden begriffen sind. Es kann ein "Frühinvalider" zu der Überlegung kommen, daß es günstiger sei, sich mit 125,- DM aus der Fürsorge zuzüglich 75,- DM Nebenverdienst (zulässige Höchstgrenze) zu begnügen, als bei vollem Arbeitseinsatz nur einen unwesentlich höheren Verdienst zu erhalten (2). Die Auffassung von B o g s , daß es oft einträglicher sei, auf die Fürsorge als auf die Sozialversicherung zu vertrauen, scheint durch die Ähnlichkeit der Leistungen wie sie auch bei der Sozialenquête im Frühjahr 1955 herausstellten, zumindest teilweise bestätigt zu sein (3).
Die Annahme von B o g s trifft besonders im Hinblick auf die Hinterbliebenenrente und ihr Verhältnis zur Fürsorgeunterstützung zu (4). Insbesondere hier bedürfen die Leistungen an die Sozialversicherungsempfänger merkliche Aufbesserungen, ehe die durchschnittlichen Fürsorgesätze gewährleistet werden.

---

(1) Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 24.6.1954. Vgl. dazu Deutsches Verwaltungsblatt, 1954, S. 704. B o g s, Walter a.a.O. S. 36. Auerbach, W. Mut zur sozialen Sicherheit. Köln.Deutz, 1955, S. 23.
(2) Bogs, Walter, a.a.O. S. 41.
(3) Deleffe, Peter, Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Rentnerhaushalte, Sozialer Fortschritt, 1956, Nov. Dez.- Beilage, S. 5.- Die wichtigsten Ziffern dazu sind in dem auf Seite 63 folgenden Tabellenexkurs wiedergegeben!
(4) Vgl. Hierzu Spalte VI der Tabelle auf Seite 63; die Spalte VII der zitierten Tabelle zeigt darüberhinaus, welche geringe Rolle die privaten, zusätzlichen Einkommen bei Sozialleistungsempfängern spielen.

Die Sozialleistungen für die Einzelpersonenhaushalte aus der Invalidenrente, der Angestelltenrente und der Fürsorgeunterstützung. Frühjahr 1955 (1).

Art der vorwiegend bezogenen Rente o. Unterstützung	I	Männliche Personen II	III	Durchschn. Monatseink. in DM davon stammten aus IV	V	VI	VII
Vorwiegend von Renten und Unterstützungen lebende Haushaltungen							
Invalidenrente	V	59	126	-	14[illegible]	94	13
Invalidenrente	H	[illegible]	50		50	50	
Angestelltenrente	V	35,2	168	6	146	140	16
Angestelltenrente	H	[illegible]	138	25	105	94	11
Fürsorgeunterstützg.		11,5	99	2	92	82	5
Alle Unterst. Arten		314,9	139	4	126	114	10

	I	Weibliche Personen II	III	Durchschnittl. Monatseink. in DM davon stammten aus IV	V	VI	VII
Invalidenrente	V	381,3	[illegible]	3	103	70	7
Invalidenrente	H	222,4	[illegible]		87	66	12
Angestelltenrente	V	90,6	143	4	126	111	12
Angestelltenrente	H	103,2	122	3	103	82	16
Fürsorgeunterstützg.		74,8	91	1	85	80	5
Alle Unterst.Arten		1366,3	118	3	103	83	8

Erläuterungen der römischen Ziffern:

I Art der Rente (V = Versichertenrente, H = Hinterbliebenenrente
II Anzahl der Haushaltungen in Tausend
III Durchschnittliche Monatseinkommen in DM insges.
IV davon entstammen aus Erwerbstätigkeit
V davon entstammten aus Renten und Unterstützungen
VI wiederum daraus entstammten aus der vorwiegend angegebenen Renten- oder Unterstützungsart
VII aus sonstigen Einkommensquellen des durchschnittlichen Monatseinkommens.

(1) Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Rentnerhaushalte, Beilage der Zeitschrift Sozialer Fortschritt, 1956, Nov.-Dez. S. 5.

5. Das Teilproblem der öffentlichen Alters- und Invalidenversicherung.

5.1. Die wichtigste Rolle in der Altersvorsorge fällt ganz allgemein der Rentenversicherung zu, denn hier ist mit einer festen Leistungsaussage dem unbequemsten Risikoelement für alternde Menschen, dem der wechselnden Sicherheitsaussichten in den meisten Fällen am wirksamsten begegnet. Die Regelmäßigkeit der Fürsorgeleistungen scheint der Rentenversicherung - wie zuvor zu zeigen versucht wurde - diese Funktion streitig zu machen. Aber diese Wiederannäherung der Prinzipien von Versicherung und Fürsorge ist, in anderem Lichte betrachtet, nur eine äußerliche, denn beide scheinen sich einem dritten Prinzip, dem der Solidarität, zu nähern, das aus beiden Prinzipien seine Erfahrungen schöpft (1), "Die Altenlast wird in dem Umfang eine öffentliche Last, in dem die Familien unfähig werden, für ihre Alten zu sorgen, zugleich auch in dem Maße, wie die Verantwortung des Arbeitgebers erlischt und schließlich in dem Umfang, in dem sich die persönliche Vorsorge durch Vermögen oder Versicherung als unmöglich oder unwirksam herausstellt und zugleich die Möglichkeiten, Arbeit oder Teilarbeit zu bekommen, nicht mehr vorhanden sind" (2). Alle Tatbestände haben sich im Laufe der Zeit so entwickelt, daß sich die einflußreichsten Sozialpolitiker bewogen fühlten, obligatorische Maßnahmen im Bereiche der Altersversicherung zu empfehlen; ein solches System der obligatorischen, sozialen Rentenversicherung wird in Deutschland seit rund 7o Jahren praktiziert. Darin muß der einzelne Arbeitnehmer das Risiko, im Alter oder bei Eintritt einer vorzeitigen Invalidität ohne ausreichende Einkommensquellen zu sein, mit öffentlicher Hilfe über die soziale Rentenversicherung decken, wenn er zu den von diesem Versicherungszweig erfaßten Sozialschichten gehört. Darüberhinaus stand es bisher jedem Staatsbürger vor der Vollendung seines 4o. Lebensjahres offen, sich freiwillig in die Obhut der sozialen Rentenversicherung zu begeben.

5.2. In der Bundesrepublik gibt es gegenwärtig 3 soziale Kategorien von Beschäftigten, die der obligatorischen öffentlichen Altersversicherung unterliegen und jeweils einen Sonderstatus der Alten- und Invalidenversicherung in Anspruch nehmen, 1. die Arbeiter im allgemeinen, 2. die Bergarbeiter im besonderen und 3. die Angestellten, alle drei, soweit seine Einkommensobergrenze nicht erreichen. Bei der Invalidenversicherung betrug der Rentenbestand am 3o.6. 1956: 4 758 3oo; darunter befanden sich 2 556 ooo Invaliden, 1 419 4oo Witwen- und 782 ooo Waisenrenten (3).

---

(1) Achinger, Hans, Soziale Sicherheit, Stuttgart, 1953, S.34.
(2) Achinger, Hans, a.a.O. S. 112.
(3) Arbeits- und Sozialstatist. Mitteilung, 1956, S. 363.

1954 hatte die Invalidenversicherung Einnahmen aus Beiträgen in Höhe von 1 760 Mio DM, aus Arbeitgeberanteilen 1 632 Mio DM aus Staatsbeteiligungen 1 488 Mio DM, aus Vermögenserträgnissen 129 Mio DM, aus Verrechnungen 212 Mio DM und aus sonstigen Einnahmen 6 Mio DM. Das bedeutet eine Gesamteinnahmen von 5 227 Mio DM. Daraus erfolgten Sachleistungen in Höhe von 235 Mio DM, Barleistungen von 3 313 Mio DM, Verwaltungskosten von 103 Mio DM, Verrechnungen von 334 Mio DM und sonstige Ausgaben in einer Größenordnung von 9 Mio DM. Die Gesamtausgaben unterschritten mit 4 014 Mio DM die Gesamteinnahmen um 1 213 Mio DM. Die knappschaftliche Rentenversicherung, die mit Rücksicht auf die traditionellen Vorläufer dieser bergmännischen Invalidenversicherung und auf die volkswirtschaftliche Sonderstellung des Bergarbeiterberufes außerhalb der allgemeinen Arbeiterversicherung betrieben wird, weicht in Leistungsstandard und Beitragsregelung von den übrigen Sicherungsformen fühlbar ab. Die knappschaftliche Rentenversicherung, die aus sieben regionalen Knappschaften besteht, hatte Mitte 1956 einen Rentenbestand von 655 700, darunter waren 94 651 Knappschaftsrenten, 241 150 Knappschaftsvollrenten, 29 097 Witwenrenten, 192 939 Witwenvollrenten, 66 076 Waisereinzelrenten und 31 834 Empfänger von Knappschaftssold. (1). Die Bilanz der knappschaftlichen Rentenversicherung hatte 1954 folgendes Aussehen: (2)

Beiträge der Versicherten	253 Mio DM
Beiträge der Arbeitgeber	450 " "
Staatsleistungen	308 " "
Vermögenserträgnisse	1 " "
Verrechnungen	92 " "
Sonstige Einnahmen	10 " "
Gesamteinnahmen	1 114 Mio DM
Sachleistungen	18 Mio DM
Barleistungen	948 " "
Verwaltungskosten	21 " "
Verrechnungen	69 " "
Sonstige Ausgaben	5 " "
Gesamtausgaben	1 061 Mio DM
Überschuß	53 Mio DM

Die Gesamtzahl der laufenden Renten erhöhte sich bei der Angestelltenversicherung im 2. Quartal 1956 auf einen Gesamtbestand von 1 537 400, davon waren am 30.6. 1956

(1) Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen, 1956, S. 363. - Über Einzelheiten der bergmämischen Rentenarten siehe Höffner, Joseph, Sozialpolitik im deutschen Bergbau, Münster, 1955.

757 100 Ruhegelder, 541 100 Witwen- und 279 200 Waisenrenten. Bei der Angestelltenversicherung sah die Einnahme Ausgabenrechnung für 1954 so aus. (1)

Beiträge der Versicherten	940 Mio DM
Beiträge der Arbeitgeber	638 Mio DM
Staatsbeteiligungen	465 Mio DM
Vermögenserträgnisse	61 Mio DM
Verrechnungen	55 Mio DM
Sonstige Einnahmen	3 Mio DM
Gesamteinnahmen	2 162 Mio DM
Sachleistungen	85 Mio DM
Barleistungen	1 388 Mio DM
Verwaltungskosten	38 Mio DM
Verrechnungen	99 Mio DM
Sonstige Ausgaben	2 Mio DM
Gesamtausgaben	1 612 Mio DM
Überschuß	550 Mio DM

Die Durchschnittssätze des Renteneinkommens, wie sie an Hand der Sozialenquête in der Bundesrepublik im Frühjahr 1955 ermittelt wurden und die Haushalte betreffen, die vorwiegend von Renten und Unterstützungen lebten, wurden auf Seite 63 wiedergegeben. Für denselben Beobachtungszeitraum (Frühjahr 1955) hat das Bundesarbeitsministerium folgende Durchschnittsrenten ermittelt (2):

	Inval.Vers.	Angest.Vers.	Knappsch.Vers.
Invalidenrenten	92,76 DM	–	–
Ruhegelder	–	146,20 DM	–
Knappsch.Renten	–	–	161,29 DM
Knappsch.Vollrenten	–	–	168,01 DM
Knappsc haftssold	–	–	55,10 DM
Witwenrenten	59,29 DM	77,61 DM	52,73 DM
Witwenvollrenten	–	–	98,02 DM
Waisenrenten	33,90 DM	45,92 DM	36,97 DM

Aus beiden Statistiken läßt sich erkennen, daß die darin angegebenen Rentensätze solange keinen befriedigenden Standard garantieren können, als nicht zusätzliche abgeleitete Einkommen ergänzend wirken (z.B. im Fall der Rentenkumulation) oder die Rente ohnehin nur eine willkommene Beigabe in einem sonst wirtschaftlich gesicherten Haushalt bilden.

---

(1) Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen 1956, S.74
(2) Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen 1955, S.65 ff.

5.3. Der Beitrag beträgt für die Pflichtmitglieder der Rentenversicherung 11 v.H. des Arbeitsentgeltes, die im Lohnabzugsverfahren einbehalten werden. Für die Pflichtversicherung der Selbständigen, die freiwillige Weiterversicherung und die freiwillige Höherversicherung sind durch das Sozialversicherungsanpassungsgesetz 12 Beitragsklassen formuliert: (1)

Beitragsklasse	bei wöch. Arbeitsverdienst von mehr als DM	bis zu DM	Beitragshöhe DM
I		6.-	0,50
II	6.-	12.-	1.-
III	12.-	18.-	1,50
IV	18.-	24.-	2.-
V	24.-	36.-	3.-
VI	36.-	48.-	4.-
VII	48.-	72.-	6.-
VIII	72.-	96.-	8.-
IX	96.-	120.-	10.-
X	120.-	144.-	13.-
XI	144.-		16.-
XII			20.-

Beitragsklasse	bei monatlichem Verdienst ... von mehr als DM	bis zu DM	Beitragshöhe DM
I		25.-	2,50
II	25.-	50.-	4,50
III	50.-	75.-	6,50
IV	75.-	100.-	9.-
V	100.-	150.-	13,50
VI	150.-	200.-	18.-
VII	200.-	300.-	25.-
VIII	300.-	400.-	35.-
IX	400	500	45.-
X	500.-	625.-	55.-
XI	625.-		70.-
XII			90.

Für alle Versicherungen ist die Zahl der geleisteten Beiträge, ihre periodische Verteilung über den Versicherungszeitraum und die Beitragshöhe maßgebend für die Erfüllung der Wartezeit, die Aufrechterhaltung der Anwartschaft und die Höhe der Steigerungsbeträge. Besonders die Existenz einer spezifischen Wartezeit unterscheidet die sozialen Rentenver

---

(1) Wörterbuch der Sozialpolitik, o.J. Stichwort: Sozialversicherung. - Die Beitragssätze gelten für die Zeit vor der Rentenleistungsreform vom 1.1.1957. Die neuen Beitragsklassen (§1207 RVO, 3. Gesetz, Bl.I, S.1, 65)sind nach [illegible] Arbeit [illegible] und gestellt [illegible] Beitragsklasse

sicherung wesentlich von der Individualversicherung und verleiht ihr damit ökonomisch einen besonderen Zwangssparcharakter. Die Leistung der Versicherung kann nicht wie bei der meisten Individualversicherungen schon durch einen oder wenige Beiträge erworben werden. Die Invalidenrente setzt sich grundsätzlich aus einem festen Grundbetrag und einem von der Zahl der Beitragsleistungen abhängigen Steigerungsbetrag zusammen. Einschließlich der Zuschläge des Grundbetragserhöhungsgesetzes vom 17. April 1953 haben die Grundbeträge der Invalidenrente folgende Höhe:

bei Invalidenrenten	156.-DM + 60.-DM per annum
bei Witwenrenten	132.-DM + 48.-DM " "
bei Waisenrenten	84.-DM + 24.-DM " "

Die strukturelle Zusammensetzung der Invalidenrente ist durch Leistungsanpassungen verschiedener Art aus ihrer ursprünglichen Konstruktion herausgewachsen. Durch das Sozialversicherungsanpassungsgesetz von 1949, das Rentenzulagengesetz vom 15.10.1951, das eben genannte Grundbetragserhöhungsgesetz und das Rentenmehrbetragsgesetz vom 23.11. 1954 ergibt sich bezüglich der Kostenträger der Rente folgende Struktur (1):

Rentenbestandteil	Kostenträger
1. Grundbetrag	Staat (Landesversicherungsanstalt)
2. Grundbetragserhöhung	ebenso
3. Steigerungsbetrag	Versicherung auf Grund der Mitgliederbeiträge
4. a. Zuschlag durch das Soz.Vers.Anp.Ges.	Versicherungsleistung
b. gegebenenfalls Auffüllungsbetrag	ohne Gegenleistung
5. Rentenzulage	Staat
6. Rentenmehrbetrag	Versicherung ohne Gegenleistung
7. Teuerungszulage	Staat (kein allgemeiner Rentenbestandteil)

Der jährliche Steigerungsbetrag beläuft sich von der Durchführung der sogenannten Rentenreform an der Jahreswende 1956/57 auf 1,2% der bezahlten Entgelte. Die Rentenhöhe wird also bestimmt: 1. von der Entwicklung des versicherungspflichtigen Einkommens, 2. von der Kontinuität und Länge der Versicherungsbeiträge, 3. von der gesetzlichen Festlegung der Steigerungsbeträge, 4. von der gesetzlichen Fixierung des Grundbetrages und 5. von möglichen Sonderleistungen. Welche durchschnittlichen Renten sich aus diesen Momenten in den letzten 30 Jahren entwickelt haben, versucht die folgende Zusammenstellung zu zeigen.

---

(1) Fisholz, Konrad, zit.n. Wagnitz, L. Elementarunterricht in Sozialreform. Arbeit und Sozialpolitik, 1956, S. 49.

Die durchschnittlichen Beträge der Renten des Bestandes in der Invaliden- und der Angestelltenversicherung (1).

Jahr	I	II	III	IV	V	VI	VII	Bemerkungen
1926	24,90	80	14,30	10,-				
1931	33,30	117	21,70	15,-				vor der Notverordnung v. 14.6.32
1938	31,-	100	19,-	11,-	69,-			(1941)
1948	42,-	135	25,-	15,50	78,40	36,-	25,40	vor dem Soz. Vers.Anp.Ges.49
1951	60,60	195	34,30	21,80	92,10	45,10	24,-	vor d. Renten zuschl.Ges.
1952	73,-	235	41,00	28,90	115,-	57,60	34,20	nach dem Rentenzulag.Ges.
1953	78,90	255	49,40	31,80	121,-	63,-	37,80	nach d. Gr.Betr. Erhöh.Ges.
1954	79,60	257	50,-	32,10	122,-	63,50	38,-	
1955	89,70	289	57,50	32,70	137,-	73,30	38,20	nach d.Rentenmehrbetr.Ges.

Erklärungsbedürftige römischer Ziffern:

I - Durchschnittlicher Monatsbetrag der Invalidenrente in DM

II - Index des durchschnittlichen Monatsbetrages der Invalidenrente 1938 = 100

III - Witwenrente zur Invalidenrente

IV - Waisenrente zur Invalidenrente

V - Ruhegeld der Angestelltenversicherung

VI - Witwenrente zur Angestelltenrente

VII - Waisenrente zur Angestelltenversicherung

---

(1) Auszüge aus Tabellen von Röcktäschel, Otto, Die Rentenbemessung und -gestaltung in der Invaliden- und Angestelltenversicherung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Bundesarbeitsblatt, 1956, S. 116.

Die Übersicht über die Durchschnittsrenten läßt erkennen, daß die Leistungen der Sozialversicherung in den letzten 3o Jahren bei der Invalidenversicherung nominal um das vierfache bei der Witwenrente um das viereinhalbfache und bei der Waisenrente um das dreieinhalbfache gestiegen sind. Die zitierten Mittelwerte zeigen, daß der Prozentsatz, den die Renten im Verhältnis zu den Durchschnittslöhnen der Verdienstperiode bilden, relativ ungünstig ist. Die Durchschnittsrente nimmt für Männer etwa 7o%, für Frauen etwa 3o% der Verdienste ein, die vor der Alersinvalidität erreicht wurden (1). Auch die Ergebnisse der Sozialenquete vermögen dieses Ergebnis nicht in ein wesentlich besseres Licht zu stellen. Nachzutragen bleibt als ergänzender Rentenbestandteil der Kinderzuschuß. Gesetzliche Grundlage dieser Rentenleistung bilden die Bestimmungen des neu erlassenen Kindergeldanpassungsgesetzes in Verbindung mit dem Kindergeldergänzungsgesetz.

5.4. Wie sieht das individuelle Rentenkalkül für den Zeitpunkt des Rentenbeginns im einzelnen rechnerisch aus? Das Rechenverfahren läßt sich am besten an einem praktischen Beispiel vorführen:

Fall: Berechnung der monatlichen Rente für einen Versicherten der Invalidenversicherung mit einem Kind unter 18 Jahren (2)

I. Berechnung des Steigerungsbetrages (aus den in den Quittungskarten eingetragenen Entgelten unter Anwendung des § 1o der 2. Lohnabzugsverordnung.)

Anzahl der Beiträge	Klasse	Steigerungssatz	Steigerungsbetrag	Summe
a. für die Zeit bis zum 31.12.1923.				
7o	II	14	9,8o	
15	III	2o	7	
54	IV	26	14,o4	
16o	III	2o	32,--	
				A = 62,84
b. für die Zeit vom 1.1.1924 - 31.12.1938				
61	II	14	8,54	
4	III	2o	o,8o	
37	IV	26	9,62	
99	V	32	31,68	
17o	VI	38	64,6o	
17	VII	44	7,48	
				B = 122,72

(1) "Arbeitslosenversicherung". Probleme der Sozialreform, im Sammelband: Sozialreform. Bd. Godesberg, o.J. H.V.4.

(2) Noch nicht berücksichtigt sind hier die Neuregelungen der Rentenversicherung. Zur Umstellung der Renten vgl. Artikel 2, §32 der Übergangsvorschriften z. ArVNG. Bu. Ges.Bl. I, v.26.2.1957, S. 73 ff.

c. für die Zeit vom 1.1.1939-31.5.1949

2	V	32	0.64
44	VI	38	16.72
23	VII	44	10.12
21	VIII	50	10.50
18	IX	56	10.08

C = 48.06

d. für die Zeit nach dem 1.6.1949

10	IV	24	2.40
12	VI	48	5.76
15	IX	120	18.--

D = 26.16

e. Beiträge im Lohnabzug

25 000 DM mal 1.2 % 300.--

Gesamtsteigerungsbetr. 559.78

II. Berechnung der Invalidenrente

A. Grundbetrag	156.--	DM
B. Steigerungsbetrag	559.78	"
C. Kinderzuschuß	120.--	"
zusammen jährlich	835.78	DM
das sind monatlich	69.64	DM

D. Berechnungen

1. Ges. Vers. Anp. Ges.

a. zur Rente	15.--
b. z. Kinderzuschlag	5.-
c. Auffüllbetrag	--.--
Monatl. Rente n. SVAG	89.64 DM

2. Rentenzulag. Ges.
(Rente o. Kinderzuschl.
89,64 - 15,- = 74,64)

a. Zulage	17.56
b. z. Kinderzuschlage	5.--

3. Grundbetr. Ges. Ges. 5.-

4. Rentenmehrbetragsgesetz

a. 80% von Summe A/12	
b. 40% von Summe B/12	
= (50.27 + 49.09):12 =	8.28
Rentensumme	125.42
abgerundet	125.40 DM (1)

(1) Daten und rechtliche Grundlagen des Beispiels: Wörterbuch der Sozialpolitik. Köln-Deutz, o.J. (1954 ff.). Stichwort: Berechnung der Renten.

In der gezeigten Rentenrechnung wurde beachtet: 1. die klassenweise Differenzierung der Versicherungsbeiträge als Funktion des Einkommens; dabei ist zu berücksichtigen, daß nach dem 1.6.1949 eine Neuformulierung der Klassen mit anderen Steigerungssätzen in Kraft trat. 2. Die Versicherungsperioden vor dem 1.6.1949 wurden mit Rücksicht auf die anzuwendenden Änderungen der Mehrbetragssätze in Abschnitte unterteilt. Für die Periode bis zum 31.12.1923 wird dabei eine Aufwertungsquote von 80 %, für die Periode vom 1.1.1924 bis zum 31.12.1938 wird eine solche von 40 % angewandt (Vgl. II Pos. in der Berechnungsleiter). Durch den Mehrbetrag wird versucht, die relativen individuellen Beitragsleistungen in den einzelnen Perioden zu berücksichtigen. Wie sich das in prax. auf die einzelnen Rentenmehrbeträge verschiedener Altersklassen auswirkt, soll die nachstehende Tabelle wiedergeben.

Durchschnittl. Rentenmehrbetrag bei den am 1.12.1954 laufenden Renten.

Geburts-jahrklasse	Alter d. Renten	Invalidenversicherung Invalidenrenten a. Männer	a. Frauen	Wirw. Rent.	Angestelltenvers. Ruhegelder a. Männer	a. Fr.	Wit Rent
1922-1918	30-35	1.60	1.10	2.20	2.10	1.90	2.60
1917-1913	35-40	1.80	1.60	2.90	3.20	2.10	3.--
1912-1908	40-45	4.30	2.10	3.40	4.80	3.--	3.90
1907-1903	45-50	5.30	2.60	3.90	7.40	4.60	5.80
1902-1898	50-55	7.60	3.10	4.90	11.10	7.60	9.30
1897-1893	55-60	9.80	3.60	6.10	17.30	11.--	11.80
1892-1888	60-65	11.80	4.30	7.10	20.20	13.30	13.30
1887-1883	65-70	14.80	5.30	8.10	21.40	14.50	14.50
1882-1878	70-75	17.90	6.70	9.20	21.80	15.40	15.40
1877-1873	75-80	19.50	8.--	9.90	22.90	16.10	17.80
1872-....	80 u.m.	20.--	8.70	10.30	23.20	16.30	18.--

Tabelle 13. Durchschnittlicher Rentenmehrbetrag bei den am 1.12.1954 laufenden Renten, aufgestellt nach Geburtsjahrgangsklassen der Rentenempfänger in DM pro Monat (1).

3. Die pauschalen Erhöhungen des Sozialversicherungs-Anpassungsgesetzes schlagen sich in Zuschlägen zur Rente selbst, zur Grundrente oder bei unzureichender Zuschlagsbasis in

---

(1) Nachtrag zu den versicherungstechnischen Bilanzen, Bundesarbeitsblatt, Beihefte zu den amtlichen Nachrichten, Heft 10, 1956, S. 9.

Auffüllbeträgen nieder. 4. Die Rentenzulage verlangt eine getrennte Aufbesserung der Renten nach dem Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz in eine Rentenzulage ohne Rücksicht auf die schon gewährten Kinderzuschläge und eine gesonderte Kinderzulage. Nicht berücksichtigt werden bei der Ermittlung der monatlichen Rentenhöhe die Sonderzulagen nach den Gesetzen vom Dezember 1955, Juni 1956 und November 1956. Die Sonderzulagen bestehen in der Zahlung des sechsfachen Mehrbetrags, mindestens aber in der Höhe von 2o.-- DM. Die Sonderzulagen sind zeitlich begrenzte Sonderleistungen. Als Beispiele der Rentenberechnung wurden die Varianten der Witwen- und Waisenrenten fortgelassen; in gleicher Weise soll das wiedergegebene Rechenschema exemplarisch für die analogen Kalküls der anderen Zweige der sozialen Rentenversicherung gelten.

5.5. Ein Frühinvalider, der in seiner Erwerbstätigkeit behindert ist, wird unter den augenblicklichen Rechtsverhältnissen wie ein durch chronologisches Alter Rentenberechtigter behandelt. Die Ausgleichsrente beträgt monatlich (ab 1.1.1955) bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit:

um 5o v.H.	52.-- DM
um 6o v.H.	55.--
um 7o v.H.	65.--
um 8o v.H.	78.--
um 9o v.H.	98.
bei Erwerbsunfähigkeit	12o.--

Für die Ehefrau und jedes Kind werden weitere 2o.-- DM bezahlt. Diese Rente wird nur gewährt, soweit mit dem sonstigen Einkommen folgende Ausschlußgrenzen nicht überschritten werden:

bei 5o v.H.	Erwerbsminderung	1oo.-- DM
bei 6o v.H.	"	1o5.--
bei 7o v.H.	"	115.--
bei 8o v.H.	"	13o.--
bei 9o v.H.	"	15o.--
bei Erwerbsunfähigkeit		175.--

Die Invalidenrente als Rente für vorzeitige Invalidität ist grundsätzlich an dieselben Wartezeiten geknüpft wie die Invalidenrente im allgemeinen (1).

5.6. Die Angestelltenversicherung verdankt ihre Existenz dem politischen Wunsch, den Angestellten über das Medium der sozialen Sicherung einen höheren Lebensstandard zu gewähren als den Arbeitern. Die Unterschiede in der Rentenhöhe sind allerdings in den letzten

---

(1) Über die Verteilung der Renten auf die verschiedenen Altersstufen vgl. ergänzend: Ostermayer, Adam, Was ergibt sich aus den Statistiken der deutschen Rentenversicherung? in Versicherungswissenschaft. Festschrift für Rohrbeck, hrsg. v. H. Möller, Berlin, 1955, S. 3o4 f.

zwanzig Jahren fühlbar eingeschrumpft. Die Invalidenrenten haben nach mehrfachen Leistungsrevisionen im Durchschnitt das zur Zeit erreichte v. H. der Angestelltenrenten erreicht. Zu den besonderen Rücksichten, die die Angestelltenversicherung auf eine standardgemäße Beschäftigung nimmt, gehört die Regelung, daß der Versicherungsnehmer beim Eintritt einer vorzeitigen Teilinvalidität nur zum auf Arbeiten verwiesen werden kann, die an ihn die Anforderungen einer typischen Angestelltentätigkeit stellen (1). Die Beiträge der Angestelltenversicherung weisen gegenüber der Invalidenversicherung keine Unterschiede auf, auch die formale Zusammensetzung der Rente ist nach dem neuen Gesetz gleich. (2). In der bisher privilegierten Rentenversicherung der Angestellten erreichten die ruhegeldberechtigten Männer durchschnittlich 52 %, die ruhegeldberechtigten Frauen ca. 36 % des zuvor realisierten Bruttierwerbseinkommens. Damit war das ursprüngliche Ziel, zwei Drittel des lebenszeitlich durchschnittlichen Arbeitseinkommens zu sichern, nicht mehr erreichbar. Demgegenüber auf den Durchschnitt bezogen, erreichten die Ruhegeldempfänger höchstens noch eine Größe von 46 %. Die Ursache für diese eingängige Größenentwicklung, insbesondere bei der Angestelltenversicherung, lag darin, daß der relativ hohe Grundbetrag der Rente sich bei inflationärer Tendenz entwertete, ohne daß eine Kompensation durch hinlänglich hohe Steigerungsbeträge eintrat. Der höhere Steigerungssatz der Invalidenrente hat in deren Bereich wirksamer angepaßt; hier war es möglich unter günstigen Umständen 65 v.H. des langfristigen Einkommens als Rente zu erzielen (3)

5.7. Die soziale Rentenversicherung bildet für den Haushalt ein mehrschichtiges Problem. Der obligatorische Teil der Rentensicherung läßt sich, unter den Einschränkungen die für jede Planung und jede Form der wirtschaftlichen Prognose gelten, aus der Einkommensentwicklung, den Grund-, den Steigerungsbeträgen und den Kinderzuschlägen zur Rente errechnen. Damit sind zugleich die Grenzen vorgezeichnet, über die hinaus eine zusätzliche Versorge einzusetzen hat, um das gewählte Standardziel zu verwirklichen. Eine Höherversicherung, Weiterver

(1) Mahr, Werner, a.a.O. S. 352.
(2) Vgl. § 1254 RVO in der Fassung v. 23.2.1957 (ArVNG) und § 31 AVG in der Fassung vom 23.2.1957 (AnVNG); Der Jahresbetrag des Altersruhegeldes ist für jedes anrechnungsfähige Versicherungsjahr (§§ 1258 RVO, 35 AVG) 1,5 v.H. der für den Versicherten maßgebenden Rentenbemessungsgrundlage (§§ 1255 a, 1); es erhöht sich um die Steigerungsbeträge für entrichtete Beiträge der Höherversicherung (§§ 1261, 38) und um den Kinderzuschuß (§§ 1262,39)
(3) Hankel, Wilhelm, Zweig, Ludwig: Volkswirtschaftliche Grundfragen der Sozialreform, Köln-Deutz, 1956 S.13.

sicherung oder freiwillige Versicherung bei öffentlichen Versicherungseinrichtungen fällt in den Bereich substitutiver Entscheidungen. Hier trifft das periodische Zinskalkül verzinslicher Vorsorgeanlagen mit der Summe der unverzinslichen, öffentlichen Einkommensübertragungen in Wettbewerb. Ein rein numerisches Vergleichskalkül geriet zur wirtschaftlichen Beurteilung solange nicht, als der besonderen Sicherheitsspanne, die die Versicherungsnehmer der öffentlichen Altersversicherung beimessen, kein genauer zahlenmäßiger Ausdruck verliehen werden kann. Bis heute hat sich das politisch-wirtschaftliche Klima in der Bundesrepublik noch nicht so gestaltet, daß mit einer solchen zusätzlichen Sicherheitsspanne nicht mehr gerechnet werden müßte.

5.8. Die Unzulänglichkeiten des bisher gültigen Sozialrentensystems, als da waren: die unbefriedigenden Leistungen, die mangelhafte Anpassung an strukturelle Verschiebungen der Einkommenslage, die Unübersichtlich keitder Rechtsvorschriften und die sozial unzuträglichen Rentenkumulationen unter besonderen Rechtsumständen, haben die Vorbereitung einer umfassenden Reform der Sozialleistungen, insbesondere der Rentenversicherung angeregt. Die Richtungen, die von den Reformvorschlägen eingeschlagen wurden, lassen sich in eine k o n s e r v a t i v e Richtung, die grundsätzlich am Versic herungsprinzip und an der orthodoxen Gruppierung der Sicherungsformen festhält, eine r e v i o n i s t i s c h e, diedurch automatische Leistungsanpassungen die Schwächen des klassischen Versicherungsprinzips zu überlagern suc ht und eine n e u k o n s t r u k t i v e Richtung unterscheiden, die auf dem Prinzip der Staatsbürgerversorgung (im Sinne Lord Beveridges) die Frage der Sozialrenten zu lösen versucht. Die Vorschläge der konservativen Reformrichtung haben in dem jüngst verabschiedeten Reformgesetz den stärksten Niederschlag gefunden. Zwei Gedanken waren den maßgeblichen parteipolitischen Programmentwürfen gemeinsam, obwohl über ökonomische Größenvorstellungen wesentliche Gegensätze bestanden:

1. Die Renten sind von vornherein so zu gestalten, daß tunlichst ein Abfall des Versorgungsniveaus zwischen aktiver und passiver Lebensperiode verhindert wird.

2. Alle Gefährdungen des Lebensstandards und seiner Entwicklung , die sich dennoch aus bestimmten Datenänderungen ergeben, ist in der Form von möglichst raschen Anpassungen Rechnung zu tragen (1)

(1) Vgl. Müller, J.Heinz. Die Auswirkungen der Rentenindexautomatik auf das wirtschaftliche Wachstum und die Stabilität der Währung, Sonderdruck aus den "Politischen Studien", München, o.J. S. 2.

5.9. Die jüngst vollzogenen Sozialreform brachte keine wesentlichen Ansätze zu einem sozialen Umbau; eine bedeutsame Veränderung der Strukturen zeichnete sich nicht einmal im Bereiche der Rentenversicherung, dem Nahziel der reformatorischen Bemühungen ab. Der sachliche Bereich der "Reform" zielte im wesentlichen auf die sozialen Leistungen und die damit zusammenhängenden Aufbringungs- und Organisationsmethoden (1). Schwerpunkte der gesetzlichen Neuerungen bildeten, unter Berücksichtigung einiger Strukturwandlungen des Sozialkörpers, die typischen Sonderlagen des Lebenszyklus' und die Revision der Bestimmungen über die Grundsätze der Selbstverantwortung, der Solidarität und der Subsidiarität auf dem Gebiete der Sozialen Sicherung. Materiell hatten das Rentenmehrbetragsgesetz und verschiedene Sonderzulagengesetze mit der Aufwertung der Altrentenbeiträge und allgemeinen Standardbegünstigenden Aufbesserungen Teile der eigentlichen Leistungsrevision vorweggenommen (2). Die Neuregelung der sozialen Rentenversicherungen hat die Vorsorgedispositionen der Haushalte auf vier grundsätzlichen Gebieten berührt: 1. die Bedingungen über die Zugehörigkeit zum Kreise der Sozialversicherten hat sich geändert. 2. Die für die Leistungsverhältnisse maßgebenden Altersdaten der Versicherungsnehmer blieben unverändert. 3. Die Beiträge an die Institutionen der öffentlichen Alterssicherung wurden angehoben. 4. Die Rentenhöhe und die Bestimmungen über die Berechnung der Renten wurde geändert.

ad 1) Zu den Programmpunkten der Reform der Alterssicherung gehörte eine beschränkte Neuschichtung des zu versichernden Personenkreises. Option und Obligation zu den Institutionen der öffentlichen Alterssicherung erschienen nach der Einführung der neuen Gesetze für den einzelnen Versicherungs-

---

(1) o.Verf. Sozialpolitik 1955, Bundesarbeitsblatt, 1956, S.22.

(2) aus der umfangreichen Literatur zur Rentenreform sei hier nur auf einige bedeutsame Publikationen hingewiesen: Richter, Max, Die Sozialreform (Sammelband), Band 2, Bad Godesberg, o.J. (Résumés wichtiger Diskussionsbeiträge). - Die Aufsätze der Zeitschrift "Die Sozialreform", hrsg. v. Robwer Kahlmann, Jahrgang 1956 und Heft 1 1957. - Achinger, Höffner, Muthesius, Neundorfer, Neuordnung der sozialen Leistungen, Köln. 1955.- Jecht, Horst, Ökonomische Probleme der Produktivitätsrente, Stuttgart, 1956.- Liefmann-Keil, Elisabeth, Rentenreform in wirtschaftlicher Sicht, Gewerkschaftliche Monatshefte, 1956, S. 274 ff. - Müller, J.Heinz, a.a.O.- Schewe, Dieter, die Arbeit des Beirats für die Neuordnung der sozialen Leistungen in den letzten zwei Jahren, Bu.Arb.Blatt, 1956 S. 335 f.

nehmers unter neuen Bedingungen. Zu den angenommenen Reformvorschlägen gehört die Einschränkung der Selbstversicherung. Unter dem gleichen Gesichtspunkt wurde eine Verschärfung der Bedingungen für die Weiterversicherung eingeführt. Diese auf die Wahrung des Versicherungsprinzips und des horizontalen Gruppenausgleichs zielenden Regelungen, standen bei der Vorbereitung der Neuregelungsgesetze der Sozialrenten den Projekten entgegen, die auf eine volkssolidarische Verteilung der Altersslast zielten. Mit einer derartigen Vergrößerung des Beteiligtenkreises hätte die soziale Vorsorge für die Altersjahre ihren Versicherungscharakter verloren, und ihre Beiträge wären dann einer Besteuerung der von den Gesetzen Betroffenen zugunsten der inaktiven Bevölkerung gleichgekommen (1).

ad 2) Die normale Verdienstperiode endet nach der Rentenneuordnung für beide Geschlechter weiterhin mit dem konventionellen Pensionsalter von 65 Jahren. Die Gewährung eines Altersruhegeldes setzt nach wie vor die Erfüllung einer gesetzlichen Wartezeit voraus. (2).

ad 3) An den bisherigen Regeln der Beitragspflicht wurde grundsätzlich festgehalten. Der allgemeine Beitragssatz wurde auf 14 v. H. der Bezüge des Versicherten erhöht. (3)
Eine solche Beitragserhöhung war notwendig, wenn bei gegebener demographischer Struktur und gegebenen Leistungsverpflichtungen, die staatlichen Zuschüsse aus Steuergeldern nicht erhöht werden sollten. Ein elastischer Periodenausgleich soll der sozialen Rentenversicherung dadurch ermöglicht werden, daß für die Gesamtheit der Versicherten ein durchschnittlicher Beitragssatz berechnet wird, der abschnittsweise eine jeweils zehnjährige Deckung des Rentenfonds ermöglichen soll (4). Die Basis des erforderlichen Kalküls bilden die versichungstechnischen Bilanzen, die periodisch aufzustellen sind. Für unvorhergesehene Defizite tritt der Bund mit einer besonderen Garantie ein (5).

ad 4) Das bedeutsamste Moment in der Diskussion um die

---

(1) Vgl. Liefmann - Keil, Elisabeth, Rentenreform in wirtschaftlicher Sicht, a.a.O. S. 276. - Ferner: Schewe, Dieter, a.a.O. S. 335. - Zur Neuregelung der Weiterversicherung vgl. § 1233 RVO und § 1o AVG in der Fassung des ArVNG v. 23.2.1957, Bundesgesetzblatt, I, v. 26.2.1957, S. 5o u. S. 92.
(2) § 1248 RVO und § 25 AVG.
(3) § 1385 RVO und § 112 AVG.
(4) § 1333 RVO und § 11o AVG.
(5) § 1334 RVO und § 111 AVG.

Rentenreform bildete das Problem der Rentenhöhe. Eine fortschrittliche Weise, die Rentenhöhe zu bestimmen, war in dem Vorschlag angedeutet, die Rentenanpassung an das herrschende Lohnniveau einer Indexautomatik zu überlassen. Das stärkste Interesse wandte sich dabei dem nach seinem Verfasser benannten "Schreiberplan" zu. Darin sollte unter Verwendung sogenannter Anspruchspunkte und eines Lohnindexes eine fortgesetzte dynamische Anpassung der Rentenhöhe nach bestimmten Kriterien der Wirtschaftsentwicklung erfolgen. S c h r e i b e r hat sich von seinem Programm relativ gleiche Rentenleistungen ohne Staatszuschüsse und ohne das politische Unruhemoment eines Rentenanpassungsgesetzes versprochen. Die Indexautomatik, die Schreiber vorgeschlagen hatte, wurde einmal wegen der inflationsträchtigen Verbindung zwischen Lohnexpansion und Rentenexpansion und zum anderen wegen der Unschärfe des vorgeschlagenen Indexbegriffes angegriffen. Die Einwände gegen die Indexautomatik wurden durch den Austausch des Lohnindexes gegen einen Produktivitätsindex zwar gemildert, aber nicht ausgeräumt (1). Die Sozialleistungsreform verzichtete auf die Indexautomatik zugunsten periodischer Revisionen der Rentensätze entsprechend den Fortschritten der Produktivitätsentwicklung. Eine Bevorzugung der Sozialrentner durch die automatische Anpassung der Renten ist nur solange zu befürchten, als keine Aussicht besteht, das vermeintliche Privileg auch auf andere Vorsorgeformen zu übertragen (2). Eine wichtige Auseinandersetzung über die Erhaltung des Standards in der passiven Lebensperiode wurde über das Verhältnis zwischen Arbeitseinkommen undRentenhöhe geführt. Die Reformvorschläge des DGB und der SPD nannten eine Ziffer von 75 % des Endlohns als Gewähr für die Erhaltung des erzielten Lebensstandards. Der Arbeitgeberverband hält demgegenüber eine Höchstgrenze der Rentenstaffelung von

---

(1) Vgl. Jecht, Horst, a.a.O.

(2) Private Lebensversicherungen versuchen schon seit längerer Zeit, neue Wege zu finden, um den Kaufkraftschwund ihrer Versicherungsverpflichtungen Herr zu werden; vgl. hierzu Hax, Karl, Kapitalanlagenpolitik der Lebensversicherungsunternehmen im Hinblick auf das Problem der wertbeständigen Versicherung, i. Versicherungswissenschaft, Festschr. f. Rohrbeck, Berlin,1955, S. 147 ff. - Seit 1948 wird in Finnland ein Versicherungssystem praktiziert, das auf einer konstanten Grundprämie aufgebaut und von einer mit wachsendem Lebensalter abnehmenden Versicherungssumme begleitet ist. Beide sind an den Lebenshaltungskostenindex gebunden. In ähnlicher Weise hat die Karlsruher Lebensversicherung einen Plan ausgearbeitet. Währungspolitische Bedenken haben bisher die Anwendung des letztgenannten Planes verhindert.

60 % für angemessen. Aus diesen unterschiedlichen Zielen der Standardsicherung resultierten entsprechend unterschiedliche Vorstellungen über die Höhe der jährlichen Steigerungsbeträge, die zwischen 1,5 % und 1,8 % lagen. Schließlich wurde in die Neuregelungsgesetze zur Sozialen Rentenversicherung der einheitliche Satz von 1,5 % aufgenommen. (1). Die Angleichung der Steigerungssätze bei Angestellten- und Invalidenversicherung ist eine Konzession an die Stimmen, die eine Trennung der beiden Sicherungsformen für untunlich halten.

In der Diskussion um die Sozialreform tauchten gelegntlich Zweifel über die Zweckhaftigkeit der sozialen Rentenversicherung im allgemeinen auf. Maßgebliche Äußerungen in dieser Richtung bildeten die Vorschläge von Franz B l ü c h e r und der "Plan 26" von Bernhard S k r o d z k i (2). Insbesondere S k r o d z k i ging es darum, an die Stelle der Rentenversicherung gesperrte Sparkonten treten zu lassen und jede subsidiäre Sozialhilfe der Fürsorge zu überlassen. Das maßgebliche Mittel seiner zeitlichen Einkommensübertragung bildet das Investmentsparen in einer obligatorischen Form. Diese Art hoheitlich veranlaßten Zwangssparens ist in ihrer gedanklichen Konstruktion nicht neu. Schon 1884 schlug S c h ä f f l e zur Verhinderung des Mißbrauchs der Sozialversicherung einen besonderen Spardienst vor. Ähnlich agitierte Gustav H a r t z, nach dem Ersten Weltkrieg, als er die augenscheinlichen Vermögensnachteile der Sozialversicherung durch Zinsverluste mit Hilfe eines gesetzlichen Sparzwangs zu kompensieren suchte (3). Eine solche Revision stände vor dem Neuaufbau von Sicherungsformen und der Liquidation der alten Sicherungsrechte. Ein einfaches Kalkül vermag die gesamtwirtschaftlichen Schwierigkeiten einer derartigen Lösung zu verdeutlichen. Am 13.9.1950 lebten in der Bundesrepublik in 2,5 Mio Haushalten, deren Haushaltsvorstand über 65 Jahre alt war, 5,9 Mio Personen. Unterstellen wir, daß diese Ziffern noch exemplarische Gültigkeit haben und daß für die Sicherung eines minimalen Standard 15 DM für einen Monat nötig seien, dann beträgt in der Bundesrepublik die Alterslast im Jahre 10 620 Mio DM. Bei einer guten Rendite der Investmentpapiere in der Höhe von 6 %, wäre zur Versorgung der Altershaushalte allein ein Vermögensbestand von 177 Mrd. DM nötig, das ist mehr als das Bruttosozialprodukt von 1955. - Das nominalle Ansparen solcher Beträge würde die Überdeckung des Sozialbedarfs in der Zukunft zu Ungunsten des Gegenwärtigen bedeuten (4). Daneben ist es von entscheidender

---

(1) Vgl. § 1254 RVO und § 31 AVG.
(2) Skrodzki, B. u. Blücher F. i. Sozialreform, Bd. 2, a.a.O.
(3) Hartz, Gustav, Irrwege der deutschen Sozialpolitik. Berlin 1928, - Voigt, Fritz, a.a.O. S. 149 ff.
(4) Vgl. Hankel, Zweig, a.a.O. S. 38 ff.

Bedeutung, für ein solches Vorhaben nicht nur Sparbeträge, sondern in gleicher Weise Investitionsgelegenheiten bereit zu halten.

5.10. In beschränktem Maße kann das Abfallen des Lebensstandards der Sozialrentner nach dem neuen Gesetz dadurch verhindert werden, daß die allgemeine Bemessungsgrundlage zur Bestimmung der Rentenhöhe "vom durchschnittlichen Bruttojahresentgelt aller Versicherten der Rentenversicherung der Angestellten und der Arbeiter ohne Lehrlinge und Anlernlinge im Mittel des dreijährigen Zeitraumes vor dem Kalenderjahr, das dem Eintritt des Versicherungsfalles vorausgegangen ist", abhängig gemacht wird (1). Diese allgemeine Bemessungsgrundlage wird jedes Jahr von der Bundesregierung nach Anhören des Statistischen Bundesamtes und nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates neu festgelegt oder gegebenenfalls in der bisherigen [illegible]-Größe beibehalten (2). Diese Regelung ist eine schwache Form der Indexanpassung. Die verschiedenen Phasen zurückgelegter Beitragszeiten werden für die Rentenberechnung durch Verhältnisziffern zur Bemessungsgrundlage, die ihrerseits gesetzlich festgelegt sind, nach Altersklassen an eine fiktive Standardnorm angepaßt. Dieses Verfahren dient als Übergangsregelung für die Rentenfälle, deren Bemessungsgrundlage noch nicht periodisch revidiert wurde. (3).

---

(1) § 1255, Art. 2, RVO und § 32, Art. 2 AVO.
(2) § 1256, Art. 1, RVO und § 33, Art. 1 AVO.
(3) Anlage 3 z. § 32 der Übergangsvorschriften z. RVO und Anlage 3 z. § 31 Ar. 3, AVO.

III. Teil: Die Struktur des Lebenszyklus und seine mikroökonomische Gleichgewichtsfunktion.

1. Die analytische Bedeutung des Lebenszyklus.

1.1. Vorstellungen über die Struktur des menschlichen Lebenszyklus' im allgemeinen und seinen ökonomischen Aspekt im besonderen gehören zu den allgemeinen Einsichten der Wirtschaftssubjekte. Die Literatur geht dennoch oder gerade deshalb nur wenig auf die Probleme der ökonomischen Wechsellagen des menschlichen Lebenszyklus' ein und weist noch seltener auf die Möglichkeiten hin, das Modell eines Lebenszyklus' zur Analyse des hauswirtschaftlichen Verhaltens heranzuziehen. Die Untersuchung von hauswirtschaftlichen Bestands- und Bewegungsgrößen einerseits und von deren zeitlichen Sicherungsformen andererseits haben in früheren Abschnitten dieser Analyse Hinweise auf ein gemeinsames strukturelles Bestimmungselement gegeben, das sich mit dem genannten Lebenszyklus identifizieren ließ. Dabei hat sich weiter gezeigt, daß die Zeitachse, die die verschiedenen Punkte des Lebenszyklus miteinander verbindet, die Interdependenz zwischen verschiedenen Haushaltstypen, Haushaltsgrößen, Wohlstandslagen und Sicherung erheischender Situationen herstellt.

1.2. Für eine langfristige Untersuchung der hauswirtschaftlichen Einkommensentwicklung mit Rücksicht auf die Einzelheiten individueller Lebenspläne, die typischen wirtschaftlichen Unsicherheiten und die Entwicklung des Verbrauchsstandards soll von der Modellhypothese des Lebenszyklus ausgegangen werden. Zunächst ist zu prüfen, welche innere Struktur der Zeitskala des Lebenszyklus zukommt, welche Verhaltensweisen und Handlungsmuster bestimmte Situationen charakterisieren und welche Rolle die Zeit als Dauer spielt. Das Ziel dieser Erklärung ist nicht allein auf eine theoretische Auslegung beschränkt, es soll darüber hinaus versucht werden, praktische Zahlen in die Untersuchung einzubeziehen. Dabei ist nicht an die Quantifizierung von Einzelfällen gedacht; vielmehr soll mit Repräsentativzahlen, die zusammen einen "homo statisticus" vorstellen, ein mikroökonomisches Größengerüst gebildet werden. Mit den Größenmerkmalen, die im folgenden Abschnitt skizziert werden sollen, werden zwei Ziele verfolgt:

a. Eine systematische Übersicht über die Struktur- und Entwicklungselemente des menschlichen Lebenszyklus.

b. die Sammlung repräsentativer, für praktische und aktuelle Aufgaben geeigneter Strukturelemente zur Bildung lebenszyklischer Haushaltsmodelle.

Nach der Untersuchung der typischen, konsekutiven Haushaltsereignisse ist zu zeigen, inwieweit die untereinander existierenden Beziehungen dem Konzept eines partiellen, zeitlichen Gleichgewichtes entsprechen.

1.3. Die gesonderte empirische Untersuchung der Ökonomie des menschlichen Lebenszyklus wurde durch die englischen Sozialenquêten der Jahrhundertwende gefördert und brachte eine bedeutsame sozialpolitische Arbeitshypothese. Das Auf und Ab des Einkommens der Erwerbstätigen und des entsprechenden Familieneinkommens beschäftigte R o w n t r e e und führte ihn zur Konstruktion des Schemas einer zweigipfligen lebenszyklischen Kurve, die in der Version des Familieneinkommens einen familiengenetischen Wohlstandsindex widerspiegelt. E g n e r hat den von Rowntree geschilderten Verlauf des lebenszyklischen Prokopfeinkommens einer Familie R o w n t r e e z y k l u s genannt (1). Rowntree interpretierte seine Sozialstatistiken etwa wie folgt: der Arbeiter erreicht das Maximum seines Arbeitsverdienstes etwa in seinem 30. Lebensjahr, das Maximum des Familieneinkommens liegt in der Periode des Mitverdienstes der Kinder. Mit dem Selbständigwerden der Kinder und dem Altern des Familiengründers sinkt das Gesamteinkommen ab. Rowntreezyklus ist also im engeren Sinne eine Erscheinung des Arbeiterhaushaltes; diese ursprünglich enge Begrenzung ist geradezu Kriterium für diese soziale Haushalsform und Gegensatz des Agrarhaushaltes mit der größeren Elastizitä seiner archaischen Haushwirtschaft. Es gibt keinen weiteren Grund, warum analoge Einkommensentwicklungen, die typische Kriterien der ursprünglichen Rowntreezyklen aufweisen, bei Nichtarbeiterhaushalten nicht ebenso bezeichnet werden sollen. Westdeutsche Untersuchungen haben in der Nachkriegszeit gezeigt, daß im Haushalt des ungelernten Arbeiters in der Regel mit dem 3. Kind die Auffanggrenze der öffentlichen Fürsorge unterschritten wird, d.h., daß der Rowntreezyklus in Zonen gerät, in denen der Tatbestand objektiver Armut gegeben ist (2).

---

(1) Rowntree, Seebohm, Poverty, A Study in Townlife, 2. Aufl. London, 1922. Egner, Erich, Ökonomische Probleme der Familienpolitik, Schmollers Jahrbuch, 1955, S. 837. Reichenau, Charlotte von, Haushaltsrechnung im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart, Tübingen, Göttingen, o.J. (1952), S. 70 ff.

(2) Achinger, Archinal, Bangert, a.a.O. S. 44 ff. Münke, Stefanie, Die Armut in der heutigen Gesellschaft, Berlin 1956.

2. Die periodische Gliederung des Lebenszyklus.

2.1. Bei der Periode des Lebenszyklus handelt es sich in erster Annäherung um einen ökonomisch exogenen und historischen Ablauf, der durch einige näher zu bestimmende Ereignisse in ökonomisch bedeutsame Teilperioden untergliedert werden kann. Allgemein wird die Periode durch ein zeitliches und ein räumliches Moment bestimmt und kann allein dimensioneller Rahmen oder strukturbestimmendes Element, purer historischer Ablauf oder Achse logischer Sequenzen sein (1). Die empirische Zeitserie vermag das Verhalten des Individuums und seiner lebenszyklischen Planakte nicht hinreichend zu erklären, denn die zeitlich gegenwärtigen Entscheidungen lassen sich nicht allein aus der Bestimmungsstruktur der Gegenwart erklären und zeitenüberwiegende Antizipationen kommen ohnehin nicht ohne komplexe Periodenvorstellungen aus.

2.2. Das ökonomische Kalkül des Individuums läßt sich mit zwei Periodenaspekten verbinden (2):

a. mit der objektiven Periode, d.h. mit einem Aggregat von Zeitkoeffizienten, die sich dem Wirtschaftssubjekt auferlegen, seine Voraussicht und seine Reaktionen beeinflussen.

b. mit der subjektiven Periode, d.h. mit einem Aggregat von Koeffizienten, die die Entfaltung ökonomischer Aktivität, die Voraussicht in der Form des ökonomischen Horizontes und die individuellen Planungsintervalle und Bewertungen bestimmen.

Diese Doppelnatur des Periodenaspektes kann keine eindeutige Zuordnung einzelner faktischer Perioden nach sich ziehen. Als objektive Perioden können am ehesten die Lebenslänge, die Zeit der Leistungshergabe des individuellen Kräftepotentials, das Potential der Zeit ehelicher Fruchtbarkeit, wahrscheinliche Krankheits- und Invaliditätsperioden angesehen werden. Im Grenzgebiet der subjektiven und objektiven Periodeninterpretation liegen die Zeiträume der individuellen Zuordnung zu Berufs-, Standard- und Nationalgruppen, die Ehedauer, die Länge der Kinderversorgung und -erziehung, die Perioden obligatorischer und quasi obligatorischer Vorsorge und die Länge der Arbeitszeit. Stärker in den Bereich subjektiver Periodenbildung fallen die Perio-

---

(1) Barre, Raymond, La Période dans L'Analyse Economique, Paris, 1950, S. 28 ff. Lindahl, Erik, Etudes sur la Théorie de la Monnaie et du Capitale, Paris, 1950, S. 39. speziell zum Problem des Lebenszyklus: Lydall, Harold, The Life Cycle in Income, Saving, and Asset Ownership, Econometrica, 1955, S. 131 ff.

(2) Barre, Raymond, a.a.O. S. 71 u. 78.

den freiwilliger zeitlicher Einkommensübertragungen, die Abschreibungslängen für dauerhafte Konsumgüter, das Erbensparen und andere periodische Erscheinungen, die von subjektiver Voraussicht und subjektiver Bewertung abhängig sind.

2.3. Die Länge des Lebenszyklus wird ex ante und versicherungstechnisch durch die mittlere Lebenserwartung bestimmt. Die Sterbetafeln ermöglichen für jedes Lebensalter die wahrscheinliche Länge des restlichen Lebenszyklus zu bestimmen.

Die mittleren Lebenserwartungen 1901/1910 und 1949/51

Alter i.Jahren	Männliche Personen 1901/10	Männliche Personen 1949/51	Weibliche Personen 1901/10	Weibliche Personen 1949/51
0	44.82	64.56	48.33	68.48
15	46.71	54.98	49.00	57.99
20	42.56	50.34	44.84	53.24
30	34.55	41.32	36.94	43.89
35	30.53	36.80	33.04	39.26
40	26.64	32.32	29.16	34.67
45	22.94	27.93	25.25	30.14
50	19.43	23.75	21.35	25.75
55	16.16	19.85	17.64	21.50
60	13.14	16.20	14.17	17.64
65	10.45	12.84	11.09	13.72
70	7.99	9.84	8.45	10.42
75	5.97	7.28	6.30	7.68
80	4.33	5.24	4.65	5.57

Der bevölkerungstheoretische Satz, daß "die Sterblichkeit das strukturunabhängigste Element einer generativen Struktur" sei, charakterisiert auch die Stellung dieses Phänomens im ökonomischen Datenkranz des individuellen Lebenszyklus. Das gilt auch unter der Voraussetzung der langfristig variablen Sterblichkeitsziffer, wie es der oben angeführte Vergleich dokumentiert. Die Dehnung des Lebenszyklus ist auf die Fortschritte der Medizin, der Hygiene, die bessere Ernährung und Kleidung und einige soziale Momente zurückzuführen (2). Für die Länge des Lebenszyklus ergeben sich aus der Untersuchung der mittleren Lebenserwartung folgende repräsentative Merkmale: 1. Ein Zwanzigjähriger, der am Beginn seiner aktiven Lebensspanne steht, hat nach der Sterbetafel 1949/51 eine objektive Lebenserwartung von 50.34 Jahren, eine Frau in derselben Situation kann dem gegenüber mit 53.24 Jahren rechnen. Beide Geschlechter haben

(1) Abgekürzte Wiedergabe einer Tabelle des Statistischen Jahrbuchs 1956, S. 59.
(2) Vgl. Mackenroth, Gerhard, Bevölkerungslehre in Soziologie, hrsg. v. Schelsky u. Gehlen, Düsseldorf, Köln, 1955, S. 25.

auf der genannten Altersstufe eine um sieben Jahre höhere Lebenserwartung als die Sterbetafel aus dem Beobachtungszeitraum 1901/10 angibt. 2. Im konventionellen Invaliditätsalter von 65 Jahren verbleiben einem Manne durchschnittlich noch weitere 12.84 Lebensjahre, einer Frau 13.72 Jahre, das sind über zwei Jahre mehr als die Sterbetafel vor rund 50 Jahren erwarten ließen. Als subjektive Schätzungskriterien der Länge des Lebenszyklus konkurrieren mit der mittleren Lebenserwartung subjektive Gesundheitsempfindungen, erbkonstitutionelle Faktoren und das allgemeine Sterblichkeitsmaximum. Es zwischen dem 75. und 80. Lebensjahr liegt (Von 5[illegible] Sterbefällen des Jahres 1954 in der Bundesrepublik [illegible] die Maximalgröße von 84 882 in dieser Altersgruppe).

2.4. Ein anderer wichtiger Einschnitt auf der Skala des Lebenszyklus bildet der Zeitpunkt des Beginns der aktiven Vorbereitungsperiode. Der regelmäßige Erwerb setzt normalerweise nach oder schon vor der Berufsausbildung ein oder wird ohne eigentliche Ausbildung in einem Zeitpunkt nach Ablauf des Schulbesuches aufgenommen. Einen quantitativen Überblick über die altersabhängige Aufnahme der Erwerbstätigkeit erlaubt die Statistik über die Entwicklung der Erwerbsquoten nach Altersgruppen. Kriterien sind dabei nicht die Ziffern selbst, sondern die Differenzen, die durch konsekutive Altersgruppen gebildet werden.

Erwerbsquoten im Bundesgebiet nach Altersgruppen 1925 und 1955 (1).

Altersgruppe von...bis unter...Jahre	Männliche Personen 1925	Männliche Personen 1955	Weibliche Personen 1925	Weibliche Personen 1955
14 - 16	71.9	-.-	50.8	-.-
16 - 18	88.7	-.-	69.9	-.-
15 - 18	-.-	83.3	-.-	74.9
18 - 20	93.7	93.1	75.3	86.1
20 - 25	94.9	93.4	66.3	74.7
25 - 30	97.5	97.8	47.2	54.5
30 - 40	97.7	97.9	38.5	46.2
40 - 50	96.9	97.5	37.4	36.7
50 - 60	92.6	91.4	37.4	31.6
60 - 65	80.7	74.6	33.2	20.7
über 65	-.-	26.5	-.-	8.1

Die Tabelle weist auf ein Zurückweichen der Erwerbsquote in jungen Altersgruppen hin, die ihre wesentliche Ursache im verlängerten Schulbesuch hat. Es sind vor allem

(1) Der Einfluß von Veränderungen der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur auf die Erwerbsquote. Wirtschaft und Statistik. 1956. S. 398.

[illegible] weiterführenden Mittel- oder Höheren Schulen, die Berufsfachschulen und ähnliche Institutionen, die die Jugendlichen noch aus dem Erwerbsleben fernhalten. Die Aufnahme der Erwerbstätigkeit kennzeichnet den Beginn der aktiven Verdienstperiode; und fortan ist das Problem der Erhaltung der nunmehr erschlossenen Einkommensquellen gegeben. Die Tabelle der Erwerbsquoten weist ebenso wie das auf Seite 13 angegebene Diagramm auf eine für Männer bis zum 4. Lebensjahrzehnt anhaltende Erwerbsaufnahme hin; für Frauen dagegen hingegen ist das globale Erwerbsmaximum schon zu Beginn des zweiten Lebensjahrzehntes erreicht.

2.3. Dieser zuletzt genannte Größenverlauf steht in Verbindung mit einem weiteren entscheidenden Einschnitt in das individualökonomische Geschehen, mit dem der Eheschließung und der gewöhnlich damit verbundenen Haushaltsgründung. Der Lebenszyklus der dominierenden Gattenfamilie wird durch Heiratsalter- Heiratshäufigkeit, innereheliche Fruchtbarkeit, Nachwuchsbeschränkungen, durch religiöse und sozialethische Motive, durch Aufwandsnormen oder ganz allgemein nach einem selbstgesetzten Lebensplan bestimmt (1). Die Heiratshäufigkeit steht bei dem genannten Familientyp auf hohem Niveau, das Heiratsalter liegt relativ niedrig; beide Größen unterliegen in den letzten Dezennien nur unwesentlichen Schwankungen. Nebenstehende Tabelle zeigt die Heiratsziffern der Bundesrepublik (1950) an. Sie zeigt, daß die Heiratshäufigkeit für Männer bis zum 30. Lebenshjahr ansteigt,

Heiratsziffern der Ledigen 1950

Alter von ... bis unter ... Jahren	Eheschließungen 1000 Ledige Gleichen Alters Männer	Frauen
16-17	-	3.5
17-18	0.0	15.2
18-19	2.8	42.1
19-20	13.0	75.0
20-21	29.2	103.4
21-22	95.0	145.2
22-23	105.5	165.2
23-24	131.9	183.3
24-25	158.4	194.3
25-26	175.6	192.2
26-27	200.4	192.6
27-28	224.9	190.3
28-29	234.3	174.5
29-30	243.1	161.2
30-31	230.3	129.5
31-32	239.5	122.4
32-33	232.6	106.9
33-34	228.0	93.4
34-35	217.6	83.2
35-40	176.8	53.7
40-45	103.5	13.9
45-50	52.9	12.7
50-55	24.2	6.0
55-60	14.2	2.7

Tab. 14. Heiratsziffern der Ledigen (2)

(1) Mackenroth, Gerhard, a.a.O. S. 79.
(2) Wirtschaft und Statistik. 1955, S. 200.

für Frauen aber ihr Maximum schon mit 25 Jahren erreicht. Neben den mittleren Beträgen verteilt in die Altersunterschiede der Eheschließenden Hinweise auf repräsentative Strukturen des menschlichen Lebenszyklus.

Altersunterschied der Eheschließenden 1954

Durchschn. Altersunterschied bei der Eheschl.	Eheschl. Männer nach d. Altersunterschied gegenüber den Frauen	
	Anzahl	%
Mann älter	335 486	72.6
und zwar		
10 u. mehr Jahre	45 397	9.6
7 bis 9 Jahre	44 [illegible]	9.9
4 bis 6 Jahre	89 [illegible]	[illegible]
1 bis 3 Jahre	134 174	31.9
Mann u. Frau gleichaltrig	36 872	8.0
Mann jünger	78 066	16.6
und zwar		
1 bis 3 Jahre	55 099	11.6
4 bis 6 Jahre	16.267	3.9
7 u. mehr Jahre	8 700	2.1

Tabelle 15. Altersunterschiede der Eheschließenden 1954 (1)

Für die Beziehung zwischen Eheschließung und Alter kann allgemein folgendes gelten: 1. Rund zwei Drittel der Ehen werden zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr geschlossen. 2. Der durchschnittliche Altersunterschied zwischen den Ehegatten betrug 1954 = 3.4 Jahre, um die der Mann älter ist als die Ehefrau. 3. In 72.6 % aller Eheschließungen ist der Mann älter als die Ehefrau.

2.6. Für die Frauen verbindet sich häufig mit der Ehe die Einstellung der Berufstätigkeit und damit eine bestimmte

---

(1) Die Eheschließungen nach dem Alter, Wirtschaft und Statistik 1956, S. 201.

Bedingung für die Versorgungslage des Haushaltes. Der Miterwerb der Ehefrauen ist besonders in den Beschäftigungen möglich, zu denen die Ehefrau die Örtlichkeit ihrer Wohnung nicht zu verlassen braucht. Das ist eine Situation, die für die mitarbeitenden Ehefrauen im Handwerk und im Handel häufig gegeben ist, wenig jedoch für die Arbeitnehmerin der gewerblichen Wirtschaft (1). Bei der allgemeinen Altersgruppierung der Ehefrauen zeigt sich für ihre Erwerbstätigkeit vom 2. Lebensjahrzehnt an ein ständiger Rückgang der Erwerbsquote. Die Ausscheidungsquote vermindert sich noch einmal zwischen dem 32. und 47. Lebensjahr. Diese Zugänge werden insgesamt allein durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in eigenen Betrieben verursacht, während bei den Arbeitnehmerinnen ein dauernder Abfall vom 18. bis zum 68. Lebensjahr festzustellen ist. 1950 waren im Eheschließungsjahr noch etwa 22 %, nach zweijähriger Ehedauer 10 % und nach fünfzehnjähriger Ehedauer noch etwa 6 % der Ehefrauen in abhängiger Arbeit. Die Annahme eines zweijährigen Miterwerbs in einem repräsentativen Haushaltsmodell läßt sich nach diesen Zahlenwerten vertreten. Das entscheidende Moment für das Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit ist jedoch gewöhnlich nicht die Ehedauer an sich, als vielmehr die in die Familie lebende Zahl der Kinder. Eine Untersuchung (2) hat für den Ehejahrgang 1939 ergeben, daß bei wachsendem Alter kein Rückgang der Erwerbstätigkeit festzustellen ist, solange die Kinderzahl eins beträgt. Bei zwei Kindern dagegen ist ein deutlicher Rückgang, bei drei Kindern ein starker nachzuweisen. In den Haushalten der Selbständigen spielt die Kinderzahl für den Miterwerb der Ehefrau allerdings eine relativ untergeordnete Rolle. - Eine Befragung in den USA ergab, daß etwa die Hälfte der jungen Menschen eine Mitarbeit der Frau in den ersten Ehejahren für erwünscht hielt. Demnach scheint die Neigung zu einer Zweiphasenfamilie sehr verbreitet zu sein, deren erster Abschnitt der gemeinsamen Beschaffung der Einrichtung und deren weiterer der Aufzucht der Kinder gewidmet werden soll (3). Eine ähnliche Beobachtung ließe sich sicher auch in Deutschland machen.

2.7 Die Erwerbsperiode der Ehefrau steht in engem Zusammenhang mit anderen Einschnitten in das wirtschaftliche Geschehen des Familienhaushaltes, nämlich denen der Geburt von Kindern und denen ihres späteren Ausscheidens aus dem Familienverband. Aus der gleichzeitigen Betrachtung von altersspezifischen und ehedauerspezifischen Fruchtbarkeitsziffern läßt sich für alle

---

(1) Die Erwerbstätigkeit der Ehefrauen nach der sozialen Stellung ihrer Männer, dem Alter, der Ehedauer, der Zahl der Kinder und der Größe des Haush. Wi.u.Stat. 1956 S.459.
(2) Wirtschaft und Statistik. loc.cit. S. 463, vgl. auch Mackenroth, G. Bevölkerungslehre. Bln.-Göttg. 1953 S. 63
(3) Pfeil, Elisabeth, Soziologie der Großstadt, in Schelsky-Gehlen, Soziologie. Düsseldorf, Köln 1955, S. 239.

Altersstufen eine Maximalfruchtbarkeit im Ehejahr 1 erkennen. Die Geburtshäufigkeit ist also in hohem Maße von der Ehedauer und nur wenig von dem Heiratsalter abhängig (1). Die periodische Einordnung der ersten Geburt kann für einen repräsentativen Haushalt demnach am Ende des ersten Ehejahres erfolgen. Der Abstand von der ersten Geburt zu denen höherer Ordnungszahl hat sich in jüngster Zeit verlängert. Um die Jahrhundertwende wurden in Sachsen durchschnittliche Geburtenintervalle von 2 1/2 Jahren beobachtet, 1954 betrug in der Bundesrepublik das durchschnittliche Geburtenintervall 3 1/2 Jahre (genauer 41,3 Monate). Die Ursache dieser Entwicklung liegt nicht so sehr in der Vergrößerung der Geburtenabstände innerhalb Familien mit mittlerer Fruchtbarkeitsnorm, als vielmehr in der allgemeinen Geburtenbeschränkung, die schon mit der Prävention der Erstgeburt einsetzt. Wenn auch die kurzen Geburtenabstände in ihrer relativen Häufigkeit abgenommen haben, so kann bei durchschnittlichen Mehrkinderfamilien doch das Maximum der Zeugung in die Zeit vier bis fünf Monate nach einer Geburt gelegt werden (2). Die rückläufige Entwicklung des ehelichen Kinderreichtums wird durch den Vergleich verdeutlicht, daß 1950 nach zwanzigjähriger Ehedauer 2,1 Kinder auf eine Ehe, 1933 aber noch 2,8 Kinder kamen. Noch augenfälliger wird diese Entwicklung durch die nachstehende Tabelle angezeigt:

Die bestehenden Ehen 1933, 1939 und 1950 nach der Zahl der lebendgeborenen Kinder (3).

Ehen mit Kindern	Bundesgebiet 13.9.1950	Reichsgebiet 17.5.1939	16.6.1933
kein Kind	22,7 %	20,5 %	20,6 %
ein Kind	26,6	25,0	23,6
zwei Kinder	23,3	21,0	19,7
drei Kinder	12,4	12,4	12,4
vier Kinder u. mehr	15,0	21,1	23,7
	100,0	100,0	100,0

Während sich die Erstgeburten seit 1880 relativ nur unwesentlich verändert haben, sanken die Geburten höherer Ordnungsnummer, besonders die vom dritten Kind an aufwärts stetig. Zur Erklärung der sinkenden Geburtenrate und der Entwicklung die diesem Prozeß innewohnt, ist es wichtig auf soziologische Strukturänderungen hinzuweisen. Die moderne "Bevölkerungsweise der Gattenfamilie" (M a c k e n r o t h) läßt sich durch das immer stärkere Hervortreten der

(1) Mackenroth, G. Bevölkerungslehre, Berlin-Göttingen, Heidelberg 1953, S. 65. - O. V. Neue Beiträge zum deutschen Bevölkerungsproblem. Wirtsch. u. Stat. 1935, S. 72.
(2) Die Zeitfolge der Geburten in einigen Ländern des Bundesgebietes 1954, Wirtsch. u. Stat. 1956, S. 362 ff. - Fernerler, S., Zum Problem des Geburtenabstandes, Archiv f. Bevölkerungswiss. u. Bevölkerungspol. 1954, H. 1/2.
(3) Wirtschaft u. Statistik, 1956. S. 362.

persönlichen Komponente in der Gestaltung des generativen Verhaltens und dem damit verbundenen demographischen Prinzip der gewollten Nachwuchsbeschränkung in der Ehe erklären. "Man wünscht nicht die volle Ausnutzung der Gebärkraft, sondern eine Beschränkung auf eine bestimmte Kinderzahl nach einem Lebensplan, der eine selbstgesetzte Fortpflanzungsnorm enthält"(1). Diese Norm wird gewöhnlich in wenigen Ehejahren erfüllt, und die sie in Deutschland immer geringer geworden ist, erklärt sich auch ihre Unabhängigkeit vom Heiratsalter, denn auch für einen späten Entschluß zu der geringen Norm bietet die unveränderte Fruchtbarkeitsperiode noch Gelegenheit. Die selbstgesetzte Fortpflanzungsnorm wird von einer Reihe sozialwissenschaftlicher Autoren wie Mackenroth, Boulding, W.W. Rostow, Modigliani, Brumberg und René König in direkten Zusammenhang gebracht mit dem ökonomischen Spielraum, der der Familie zur Verfügung steht (2). Über Art und Grad der Beziehungen zwischen Kinderzahl und ökonomischem Potential bestehen unterschiedliche Auffassungen. Die orthodoxe Wohlstandstheorie hat die Minderung der Kinderzahl vielfach auf den Zuwachs an Einkommen und Vermögen zurückgeführt. Rostow sieht die Einkommenschwankungen als eine Ursache der Variabilität der Neigung, Kinder zu haben, an (3). Er macht dabei - umgekehrt übrigens wie die orthodoxen Wohlstandstheoretiker - den Fehler, eine positive Korrelation zwischen Einkommenshöhe und Kinderzahl zu unterstellen und versäumt die Vorfrage zu lösen, ob Einkommens- oder Vermögensgrößen überhaupt ein echtes Korrelat zur Kinderzahl bilden können. Demgegenüber macht Mackenroth (4) für die rückläufige Entwicklung der Fortpflanzungsnorm nicht das Einkommen, sondern die Steigerung der Konsumnorm verantwortlich, die selbst die größte materielle Wohlstandssteigerung in ihrer Wirkung kompensieren könne. Die bevölkerungsweite Durchsäuerung durch bestimmte Verbrauchsnormen hat dabei auf einen fortschreitenden Abbau der schichtenspezifischen Differenzierung der generativen Strukturen hingewirkt und die Unterschiede, die noch vor wenigen Menschenaltern fühlbar waren, eingeebnet. Eine positive Entwicklung hat die Fortpflanzungsnorm dort genommen, wo das Motiv, Kinder zu haben, unter "die sozialen Emulationseffekte" gewechselt ist, und wo man sich um die soziale Überwindung der Familienkrise durch den Ausbau der sozialen Sicherung gekümmert hat, wie das in Frankreich geschehen ist.

---

(1) Mackenroth, Gerhard, Bevölkerungslehre, a.a.O. S. 391
(2) Mackenroth, G., a.a.O.- Modigliani, Brumberg, a.a.O. Boulding, A Reconstruction of Economics, a.a.O. Rostow, W.W. The Process of Economic Growth, New York, 1952, S. 30 - Für Rostow spielen außerdem geographische und religiöse Momente entscheidend mit. - König, René, Soziologie der Familie i. Gehlen-Schelsky, a.a.O. S. 150.
(3) Rostow, W.W. a.a.O.
(4) Mackenroth, G., a.a.O. S. 399

2.8. In der Regel tritt für den Familienhaushalt, der sich für Jahre generativen Aufgaben gewidmet hat, der Zeitpunkt ein, in dem diese Aufgabe erfüllt scheint oder durch die beginnende Aktivität der Kinder ein anderes Gewicht erhält. Aus dieser besonderen Wachstumssituation des Haushaltes ergeben sich ökonomisch bedeutsame Konsequenzen. Es wird eine verstärkte Neigung der Ehefrau zur Neu- und Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit möglich. Mitverdienst der Ehefrau und Eintritt der Kinder in ein eigenes - zunächst meist partielles - Verdienstverhältnis üben einen nachhaltiger Einfluß auf die Wohlstandslage des Haushaltes aus. Die angestrebte Konsumnorm (level of aspiration) empfängt dabei eine günstigere Voraussetzung zur Realisierung. Die Entwicklung des Erwerbseinkommens unter diesen Bedingungen ist gleichbedeutend mit einer Aufwärtsentwicklung des erwähnten Rowntreezyklus oder der "poverty line", wie sie Rowntree selbst nannte. Wie die Verdienstverhältnisse des Familienhaushaltes sich lebenszyklisch entwickeln, wird wir wenig durch die verfügbaren Statistiken illustriert. Gewisse Hinweise zu den Mitverdiensten der Haushaltsangehörigen (des Typs A der Statistik des Statistischen Bundesamtes) lassen sich durch zahlproportionale Umdeutungen aus der nachfolgenden Statistik entnehmen(1):

Zahl der Mitverdiener in Familienhaushaltungen (Typ A) Bayern 1950

Zahl der Personen im Haush.	v.H.	Aller Familienhaushaltungen hatten ... Einkommensbezieher 1	2	3	4	5 u.m.
2	0,4	72.9	26.7	-	-	-
3	0,2	54.9	37.5	7.4	-	-
4	0,1	50.5	30.3	16.6	2.3	-
5	0,1	40.0	33.0	18.7	7.6	0.8
6	-	31.9	33.3	20.4	10.7	3.7
7		27.4	30.8	21.0	13.3	7.5
8 u.m.		22.9	26.0	19.5	15.5	15.9
insges.	0.2	55.3	31.7	9.6	2.5	0.7

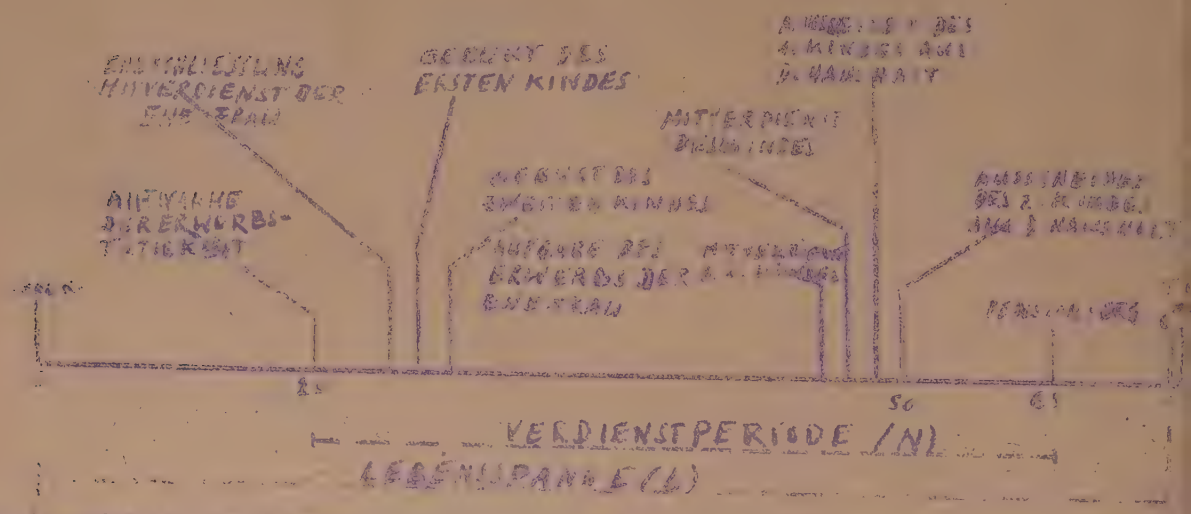
Tabelle 16: Zahl der Mitverdiener in Familienhaushaltungen (Typ A) nach der Größe der Haushaltungen im Jahre 1950 im Bayern.

---

(1) Schrucker, Helga, Haushaltsstatistik im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften S. 87 f.

Die zusätzlichen Einkommensbezieher können in etwa den lebenszyklischen Situationen zugeschrieben werden, die außerhalb der engeren generativen Phase des Familiendaseins liegen. Ebenso läßt sich aus der Tabelle erkennen, daß mit wachsender Familiengröße und gleichzeitig zunehmendem Anteil an Nichtverdienern, weitere Familienangehörige zur Ergänzung des Haushaltseinkommens beitragen.

2.9. Weitere bedeutsame Abschnitte des Lebenszyklus bilden die sozial und ökonomisch wichtigen Stufen einer bestimmten Berufslaufbahn. Hier ist es durch die Zahl und die unterschiedliche zeitliche Lagerung der Stufen weit weniger möglich, aus globalen Durchschnittszifern wirklichkeitsnahe Zyklusdaten zu gewinnen. Nur ein repräsentatives Modell sind ergänzend spezifische Gruppenerhebungen nötig. Mit diesen sind auch wichtige Angaben über die lebenszyklische Entwicklung der Arbeitseignung und Leistungsfähigkeit der Haushaltsangehörigen angedeutet (1). Das Ergebnis der repräsentativen Lebenszyklusuntersuchung läßt sich bis hierhin auf einem skalaren Schema abbilden:



Im Anschluß an dieses repräsentative Modell stellt sich die Frage, inwieweit die zeitliche Lagerung der zyklischen Etappen einer Gleichgewichtsbeziehung gehorcht. Diesem Problem ist der folgende Abschnitt gewidmet.

---

(1) Vgl. hierzu Schaumann, D.E., Die Lebens- und Leistungskurve des Mannes in Statistik und Biographie, Zentralblatt f. Arbeitswissenschaft u. soz. Betriebspraxis, 1956, S. 113 ff. Vgl. Sieukowski, Ich v. Untersuchungen über Arbeitseignung und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft einer Zapelfabrik. Schriften des Vereins für Sozialpolitik 1910, Bd. 133, S 8, Einfluß des Alters auf die Leistungsfähigkeit.

3. Die Tendenzen eines ökonomischen Gleichgewichtes innerhalb des Lebenszyklus.

3.1. Der Gedanke, dem menschlichen Lebenszyklus, wie er sich ökonomisch dokumentiert, eine Gleichgewichtshypothese zu unterlegen, die seiner Analyse nützlich ist, verlangt zunächst eine Überprüfung der Elemente der Gleichgewichtsanalyse und die Frage, um welche Art des Gleichgewichts es sich dabei handeln soll. Zunächst bei wohl ist der Begriff des Gleichgewichts nicht mehr als ein wissenschaftliches Postulat, das Angelpunkt einer Erklärung ist, die über ein rein historisches oder umstandsbestimmtes Ereignis hinausgeht (1). So wenig beschränkt dieser Umschreibungsversuch waren die Assimilationen, die mit dem Gleichgewichtsbegriff zustande kamen, nicht zuletzt durch die Anlehnung an naturwissenschaftliche Vorbilder. Der Begriff des Gleichgewichtes findet sich in der Ökonomie abwechselnd zur Beschreibung von Zuständen, zur Charakterisierung von parallelen Größenbewegungen, von Spannungsverhältnissen zwischen ökonomischen Größen oder dient allgemein als Arbeitshypothese. Als Versionen des Gleichgewichtskonzeptes finden sich in der Literatur:

a. eine ethische oder normative Version bei J.St. Mill, aber auch in der Thomistik und bei Aristoteles (2)

b. eine harmonische Version bei den Klassikern der Nationalökonomie.

c. eine mechanische Version in der klassischen und neoklassischen Preis- und Verteilungstheorie.

d. eine kalkulatorische Version bei den Merkantilisten, bei J.M. Keynes in Verbindung mit einer monetären Gleichgewichtsvariante.

e. eine psychologische Version in der Marginalanalyse.

f. eine strategische Version in der Theorie der Entscheidungsmodelle wie sie Neumann, Morgenstern und Marschak darstellen.

g. eine statistisch - methodische Version in stochastischen Modellen.

h. eine biologische Version bei Alfred Marshall (3)

(1) Dupriez, Léon, Du Concept de l'Equilibre en Economie Politique, Revue d'Econ. Pol. 1948, S. 337 ff.
(2) Granger, Gilles-Gaston, a.a.O. S. 86.
(3) Marshall, Alfred, Principles of Economics, London 1928, 8. Aufl. S. 323.

i. eine teleologische Version bei Hans Bayer (1) als Kriterium der Überwindung des Spannungsverhältnisses zwischen Wirtschaftsziel und Mitteleinsatz.

k. zeitliche Versionen, deren Varianten durch die Antinomie statischer komparative Statik und Dynamik gekennzeichnet sind.

Diese verschiedenen Versionen der Gleichgewichtsanalyse schließen sich gegenseitig nicht aus, vielfach sind sie voneinander nicht trennbar. Eine besondere Bedeutung im Zusammenhang mit dem hier behandelten Problem kommt der mechanischen, der biologischen, der psychologischen und den zeitlichen Versionen zu.

3.2. Unabhängig von der Isolierung spezieller Versionen, die in ihren Gewichten keineswegs für die moderne ökonomische Theorie gleich groß sind, lassen sich zwei generelle Funktionen des Gleichgewichtes verallgemeinern (2):

a. das Gleichgewicht ist zunächst ein analytisches Instrument, das dazu dient, wesentliche Mechanismen zu entdecken, und erlaubt, mit ihnen den Weg von der Abstraktion zur Wirklichkeit zurückzulegen,

b. das Gleichgewicht ist ein Idealzustand, in dem jeden Augenblick die Gesamtheit eines in Bewegung befindlichen Systems tendiert, um den sich die ökonomischen Größen systematisch herumbewegen, oder von dem sie konsequent hinwegführen.

Diese moderne Formulierung steht in erkennbarer Verbindung zum orthodoxen Begriffsapparat, der sich vor allem auf zwei Gleichgewichtsformulierungen stützte: 1. das allgemeine Gleichgewicht Walras' seiner Prägung als intellektuelle Hypothese zur gesamtwirtschaftlichen Erklärung des Marktmechanismus, und 2. das Marshall'sche partielle Gleichgewicht, das Input und Output einer mikroökonomischen Einheit als Reaktionen zu ein Nutzenmaximum beschreibt, das nach außen unter ceteris paribus -Bedingungen steht. Walras [illegible] begnügte sich nicht mit einer Theorie, die die Preisbildung erklärte, sondern suchte nach einem allgemeinen ökonomischen Gleichgewicht, wie er es sich als Ergebnis synthetischen Zusammenwirkens aller ökonomischen Aktivitäten vorstellte. Sein Mechanismus sollte unter den Bedingungen vollständiger Konkurrenz ein automatischer sein. Walras wollte dort fortfahren, wo die Physiokraten mit ihren synthtischen Tafeln und ihren Irrtümern über Nutzen und Produktivität gescheitert waren (3). Die Version Marshalls

(1) zit. i. Dammer, Doris, Von geteroganen Familieneinkommen zum Familienlohn, Köln 19[illegible], S. 23.
(2) Magaud, Charles, L'Equilibre Economique à travers la Pensée Moderne, Paris 1950, S. 6
(3) James, Emile, Histoire des Théories Economiques, Paris 1950, S. 168.

kann im vorliegenden Zusammenhang nicht nur deshalb das größere Interesse beanspruchen, weil sie auf ein mikroökonomisches Gleichgewicht hinzielt, sondern auch deshalb, weil Marshall das Zeitmoment, das in unserer Untersuchung unentbehrlich ist, in sein Gleichgewichtskonzept aufnimmt. Marshall unterscheidet ein allgemeines, stationäres Gleichgewicht, ein partiell langfristiges und ein kurzfristiges Gleichgewicht. Die Einführung des Zeitmomentes in die ökonomische Theorie des Gleichgewichtes hat Marshall zu zwei Gleichgewichtstypen geführt, zu einem mechanischen, der sich nachhaltig in der neoklassischen Theorie fortpflanzte, und einem biologischen (1). Das letztgenannte Konzept enthält die Idee eines lebenszyklischen Gleichgewichtes, das allerdings nur sein Vorbild im Bereiche des menschlichen Lebens hat; genauer ist es auf den Lebenszyklus eines Unternehmens gerichtet: "A business firm grows and attains great strength and afterwards perhaps stagnates and decays, and at the turning point there is a balancing or equilibrium of the forces of life and decay". Die hier wirkenden biologischen Kräfte sind jene, die einen jungen Mann zum Höhepunkt seiner Kraft führen und ihn dann allmählich Elastizität und Aktivität verlieren lassen (2). Diese vereinfachte Phänomenologie des Gleichgewichtes ist für ein adäquates Zeitkonzept des Lebenszyklus wesentlich. Überdies verläßt Marshall die für seine Zeit herrschende Ansicht, daß der Einfluß subjektiver Voraussicht zu vernachlässigen sei, und berücksichtigt den sogenannten "subjektiven" Ungewißheit mit einem subjektiven Diskontierungsfaktor. Damit folgt er einem Hinweis W.S. Jevons (3). Wenn Δh das Element des künftigen Ertrags anzeigt, der durch die Ausnützungsmöglichkeit eines Gutes in einem künftigen Zeitabschnitt realisiert wird, und die Wahrscheinlichkeit des Besitzes dieses Gut in der Zeit $t = w_t$ ist, dann gilt als aktueller Wert dieses Gutes:

$$\sum_{0}^{T} w_t \, (1+r) \quad - \quad t \, \frac{\Delta h}{\Delta t} \, \Delta t$$

oder in der integrierten Form, die Marshall für den funktionalen Zusammenhang verwendet (4).

(1) Marshall, Alfred, a.a.O. S. 323
(2) Marshall, Alfred, loc.cit.
(3) Jevons, W.S. The Theory of Political Economy, 3. Aufl. London 1931, Chap. II; die erste Aufl. dieses Werkes erschien 1871.
(4) Marshall, Alfred, a.a.O. Mathematischer Appendix, S. 841; vgl. auch Granger, a.a.O. S. 103.

$$\int_0^T w_t (1 + r)^{-t} \frac{dh}{dt} \quad dt$$

Die Größe r stellt einen Diskontierungsfaktor eines Gutes dar, das einen zeitlich verzögerten Nutzen stiftet. Diese Kalkulationsform eines zeitlichen Nutzungsgewichtes führt in gerader Linie zur Sparcheorie F. P. Ramsays (1), über deren Bedeutung und Inhalt noch zu sprechen sein wird.

3.3 Die Daten aufeinanderfolgender statischer Haushaltsgleichgewichte werden durch die typischen Entwicklung des menschlichen Lebenszyklus beeinflußt. Ein statisches Budgetgleichgewicht des Haushaltes liegt unter den Annahmen einer Marginalanalyse dann vor, wenn die Grenzausgaben für alle Güter so groß sind, daß keine Neigung zu weiteren Substitutionen besteht, und die geldlichen Grenznutzen bei den einzelnen Güterverwendungen ausgeglichen sind. Dieses statische Marginalgleichgewicht gilt solange, als das Verhalten des Haushaltes hinreichend nutzenbestimmt ist. Bei der Bestimmung eines derartigen statischen Gleichgewichtes ist das Zeitmoment weitgehend ausgeschaltet; im extremsten Fall bedeutet das für ein entsprechendes theoretisches Modell:

a. Die Gleichzeitigkeit der Handlungen und Wirkungen.

b. die Notwendigkeit vollständiger individueller Voraussicht (2)

c. die Austauschbarkeit und die Wechselwirkung der beteiligten Gleichgewichtsfaktoren (3)

d. Die Kontinuität der Größen und die Einmaligkeit der Lösungen.

Unter weniger strengen Voraussetzungen läßt sich Zeit im statischen Modell noch vorstellen, dann hat sie aber keinen bestimmenden Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen. In allgemeinen sind in einer prognostizierenden Untersuchung weder die Daten noch ihre Veränderungen ohne weiteres voraussehbar. Die als Hilfsmittel eingesetzten antizipierten Größen der tatsächlichen Erwartungen sind durch das Risiko der Unsicherheit belastet; der Grad der Unsicherheit läßt sich jedoch dadurch mindern, daß die Analytiker die Wahrscheinlichkeitsrechnung anwenden und an die Fiktion vollkommener Voraussicht

---

(1) Ramsay, F.P. A Mathematical Theory of Saving, Economic Journal, 1928, S. 543 ff.

(2) In Walras'schen Gleichgewicht sind die Wirtschaftssubjekte entweder völlig blind oder verfügen über völlige Voraussicht.

(3) Vgl. Granger, G.G. a.a.O. S. 99. Rosenstein-Rodan, P.N. Das Zeitmoment in der mathematischen Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichtes, ZfN, 1936, S. 129 ff.

anknüpfen (1). Die zeitinvolvierende Statik unterstellt dem Zeitelement die Eigenschaft der mechanisch verlaufenden Dauer, eine Zeitbetrachtung, die den Naturwissenschaften entlehnt ist. Man sieht dabei "von der fundamentalen Einmaligkeit und Augenblicklichkeit des Zeitgeschehens ab, um sich ausschließlich an seine Dauer zu halten" (2). Man insistiert bei der Annahme dieser Betrachtungsweise, daß "die Zeit eine unendliche, stetige Reihe von Jetztpunkten" sei, und die späteren Ereignisse stetig aus den früheren folgen (3). Eine solche Betrachtung ist höchst sinnvoll für den Techniker, dem Sozialwissenschaftler aber nur zu raten, wenn die beobachteten

Abläufe sich erkennbar periodisch verhalten, die chronologischen Reaktionen mit den chronometrischen identisch sind.

3.4 Demgegenüber versuchen einige dynamische Theorien das Zeitelement explizit einzuführen. Dabei kann unter dynamischer Betrachtungsweise nicht alles verstanden werden, was als ökonomisches Phänomen eine prozessuale Dauer hat; und umgekehrt ist nicht jede prozessuale Modifikation mit einer dynamischen Gegenwartsbezogenheit der Entwicklungsrichtungen und Größenverhältnisse eine Analyse eines dynamischen Gleichgewichtes. Die Abgrenzung zwischen Statik und Dynamik wird in der Literatur verschieden behandelt (4). Diese Unterschiede rühren vielfach aus verschiedenen Auffassungen über die Funktion des Zeitmomentes innerhalb der Antinomie Statik - Dynamik her. Mit der Vorstellung eines mechanischen, rein auf die Dauer gerichteten Zeitbegriffes, lassen sich, wie in Zusammenhang mit der Statik erörtert wurde, zeitbenannte, stationäre Bewegungsvorgänge analysieren. Für R.F.Harrod (5) ist eine dynamische Analyse erst dann notwendig, wenn die zeitbezogenen Größen sich evolutorisch verhalten; für seine Art der Statik braucht Simultaneität der Aktionen und Wirkungen, individuelle Voraussicht und vollständige Beweglichkeit der Faktoren nicht erfüllt zu sein. Zu einer ähnlichen Auffassung über eine größere Zuständigkeit der Statik kommt auch Samuelson, wenn er ihr ebenfalls eine Datierungsmöglichkeit der Variablen zu-

---

(1) Vgl. Paulsen, Andreas, Liquidität und Risiko in der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin, 1950, S. 17, Morgenstern, Oskar, Vollkommene Voraussicht und wirtschaftliches Gleichgewicht, Z.f.N. 1935, S. 337 ff.
(2) Krüger, Gerhard, Christlicher Glaube und modernes Denken, Studium Generale, 1948, S. 197. - (3) aa.O S. 19.
(4) Frisch, Ragnar, On the Notion of Equilibrium and Disequilibrium, Rev. of Econ. Studies, 1935/36, S.100 Baumol, William, J. Economic Dynamics, New York, 1951 S. 1 ff.
(5) Harrod, R.F. Dynamische Wirtschaft, Wien, Stuttgart, 1949, S. 12 ff.

schreibt (1). Anders jedoch H i c k s (2), der von Dynamik dann spricht, wenn die ökonomischen Größen jeweils mit spezifischen Zeitaussagen versehen sind. Er sucht das Dynamische seiner Größenreihen nicht so sehr im evolutorischen als im analytischen Bereich. Hicks hat die unbenannte Zeiteinheit der Marshall'schen Theorie unter Berücksichtigung der psychologischen Zeitperspektive des Grades der Voraussicht und der Planung in eine besondere ökonomische Zeitberechnung umzuformen versucht und als synthetische Zeiteinheit die Woche bestimmt. Das Zeitphänomen, das Hicks zum Ausdruck bringen will, illustriert Granger (3) mit folgendem Satz: "Le déroulement des événements eux-mêmes, pure apparance du dynamique renvoie à une structure complexe du phénomène humain, en général, cette aptitude de l'homme à vivre hors du présent, qui conditionne précisément toute représentation et toute expérience du temps". Der Marshall'sche Begriff der Substitution wird bei Hicks zu einer "substitution over time" die Antizipation der Preise veranlaßt eine Transformation in der die Zeit nicht nur Rahmenvariable, sondern viel eher ökonomisches Gut ist. Der Marshall'sche Elastizitätsbegriff wird dabei im Hinblick auf die zeitorientierten Erwartungen angewandt (4). Der ökonomisch modifizierte Zeitbegriff hat zur Folge, daß die Zeit sich nunmehr in eine Ereigniszeit und eine ökonomische Repräsentationszeit unterteilen läßt (5). Diese Dualität reflektiert sich augenfällig in der funktionalen Beziehung zwischen der ex-post- und der ex-ante-Betrachtung der Sequenzanalyse.

3.5. Welche Zeitberechnung für ein mikroökonomisches Modell des Lebenszyklus vorzuziehen ist, hängt von der Art des Problemes ab. Solange es sich um relativ kurzfristige Reaktionen unter den Variablen des Modells handelt, unter Berücksichtigung möglicher Wirkungsverzögerungen, hat die Version Vorteile, die die psychologischen Planelemente berücksichtigt. Die genannte Sequenzanalyse mit den nichtsimultanen Ereignissen des Planens und der Resultatkorrektur ist ein Beispiel eines solchen Verfahrens. Bei langfristigen Größenbeziehungen und solchen, in denen die divergierende Vielfalt der Voraussicht sich aufhebt oder an Bedeutung verliert, kann der Verzicht auf das prozessuale Verfahren, der Analyse eine größere Stringenz verleihen. Diese engere Auffassung verweisf die typisch

---

(1) Samuelson, Paul A., Foundation of Economic Analysis, Cambridge, Mass. 1948, S. 311 ff.
(2) Hicks, J.R. Value and Capital, London 1948, S. 115.
(3) Granger, Gilles-Gaston, a.a.O. S. 163.
(4) Hicks, J.R. a a.O. S. 251.
(5) Granger, Gilles-Gaston, a.a.O. S. 142. Für einfache (makroökonomische) Beispiele von Modellen vgl. Baumol, William, J., a.a.O. S. 21o ff.

stationären Verläufe des Lebenszyklusmodells, das etwa aus zeitparalleien Querschnittsdaten zusammengesetzt ist, in den Bereich der zeitinvolvierenden Statik.

3.6. B o u l d i n g hat versucht, im Rahmen einer statischen Analyse für die Existenz eines Haushaltes ähnliche Kalküls anzuwenden, wie er sie für das Unternehmen für angemessen gefunden hat, nach denen ein negatives Nettoeinkommen die Gründung einer Firma verhindert oder ihr Ausscheiden bewirkt. Boulding (1) transponiert diese Schlußfolgerung auf die Existenz des Haushaltes und wagt dabei die kühne Hypothese, daß die Gründung eines Haushaltes auf günstige Veränderungen der komplizierten Nutzen Produktionsfunktion zurückgeführt werden kann, eine Betrachtung des menschlichen Handelns, die das ökonomische Moment überaus akzentuiert. Die Auflösung des Haushaltes durch Tod als Ausdruck der Erschöpfung der natürlichen Reserven oder auf Grund des "Unnutzens" (disutility) der Partnerschaft, beruht für Boulding auf der negativen Form dieser Funktionsbeziehung. Dazu deduziert er aus der modernen Sozialstruktur die Planung der Haushaltsgröße durch Kinderzuwachs als Ergebnis des Abwiegens ökonomischer Vor- und Nachteile.

3.7. Boulding stellt die Anwendbarkeit einer Theorie des Gleichgewichtes für einen Lebenszyklus ganz allgemein in Frage, denn er glaubt, daß dem Lebenszyklus eine Theorie der Ungleichgewichte nützlicher sein könne. Irreversible Prozesse und Dominationsbeziehungen fördern Veränderungen, die gegen bestimmte Widerstände angehen, die aber ihrerseits erst von einem "kritischen Druck" an nachgeben (2). Die Mehrzahl der Menschen neigt zur Unbeweglichkeit und folgt dem Wege des geringsten Widerstandes, bis schließlich "das Gleichgewicht des Sterbezeitpunktes erreicht ist". Boulding billigt höchstens die Interpretation eines Gleichgewichtspfades komplizierten Verlaufes; eine Gleichgewichtsidee ist für ihn an fortgesetzte Revisionen geknüpft.

3.8. Boulding betrachtet das Maximierungsprinzip in der zeitlichen Gleichgewichtsanalyse als einen Spezialfall seiner allgemeinen Theorie der "Homeostasis". Er versteht darunter die individuelle Neigung, auch ohne besondere Antizipationen eine bestimmte Zusammensetzung der Aktiva der Haushaltsbilanz zu erhalten, wenn der status quo gestört zu werden droht. Die eine Variable, die gewöhnlich über den Zyklus maximiert wird, ist das Nettoeinkommen, das sich im Haushalt nicht als objektive Variable, son-

---

(1) Boulding, Kenneth, E., A Reconstruction of Economics, London, New York 1950, S. 35.
(2) Boulding, Kenneth E., a.a.O. S. 37.

dern als Vektor der subjektiven Variablen Nutzen dokumentiert. "The principle of the maximizing a maximand under the limitations imposed by an opportunity function is basic to what is normally called the marginal analysis" (1). Obwohl das Maximierungsproblem in Verbindung mit der Indifferenzkurvenanalyse schlüssig erscheint, wendet Boulding ein:

a. Das Maximum selbst muß nicht eine Spitze darstellen, es kann ein breites Plateau sein, wobei Größenveränderungen eintreten können, ohne das der Maximand vermindert wird.

b. Es kann geschehen, daß im Augenblick, wo der Maximand unter den Maximalwert fällt, kein genügender Zwang besteht, die Hindernisse einer Änderung zu überwinden. In beiden Fällen existiert kein Gleichgewichtspunkt sondern eine Zone neutralen Gleichgewichts. "The maximization of utility is a purely formal solution, incapable of any interpretive power, because the divergence of the maximand from its maximum value is not an operative force besirring the organism to change" (2).

3.9. Beide kritischen Einwände Bouldings erhalten unter der Perspektive, daß die lebenszyklischen, ökonomische Planung nicht nur die Aufgabe des planenden Individuums selbst, sondern, wie im Falle des obligatorischen Sparens die von sozialpolitischen Institutionen ist, einen anderen Aspekt. Hier erhält das Prinzip der Maximierung den Ansatz zu einer Norm, die unter einer gegebenen Verhaltensstruktur die rationalste zeitliche Verteilung des Nutzens und seines ökonomischen Äquivalents angibt. Die Maximierungsfunktion erfüllt auch in ihrer formalen Version im sozialpolitischen Bereich die Rolle eines Plafonds, an dem, ceteris paribus, die Möglichkeiten individueller, ökonomischer Rationalisierung enden.

---

(1) Boulding, Kenneth, E, a.a.O. S. [illegible].
(2) Boulding, K.E., a.a.O. S. 37.

IV Teil: Die Analyse des mikroökonomischen Sparens im Haushalt.

1. Die Entwicklung der Spardeterminanten (Dogmengeschichtlicher Exkurs).

1.1. "Sparen gehört neben Familie und Arbeit zu den häuslichen Tugenden des liberalen Kapitalismus. Sparen verbürgt für den Liberalen auf der Basis von Freiheit und Eigentum die Sicherheit der Person" (1). Sparen unter diesen Voraussetzungen bedeutet ein Höchstmaß an Wahrnehmungsmöglichkeit persönlicher, materieller Freiheit. Das Ergebnis des Sparens zu nutzen, wenn es durch Anlage und Zinsnehmer gewachsen ist, ist in der liberalen Ökonomie legitim und moralisch. Für den katholischen Christen, dem am längsten die Freiheit des Zinsnehmens eine Gewissensfrage sein mußte, räumte die päpstliche Bulle "Non esse inquietandos" von Papst Pius VIII (1829/30) das letzte Hindernis für die Sparform aus dem Wege, die in der liberalen Expansion dominierte. Die individualistische Blickrichtung ließ dabei einige wichtige gesamtwirtschaftliche und soziale Auswirkungen des Sparens in den Hintergrund treten und manche merkantilistische Schlußfolgerung, die Luxus predigte, um Einkommen verteilen zu können, paradox erscheinen. Der Pfad des optimalen Kompromisses zwischen diesen antinomen Sparfunktionen ist immer eines der zentralen Probleme der Verkehrswirtschaft geblieben, ein Problem, das hier jedoch nicht angeschnitten werden kann. Der Förderung des Sparens kommt jedenfalls die Idee des sorgsamen Verbrauchs der Güter als ökonomisches Kardinalprinzip entgegen, das bei der Lösung eines der Minimumprobleme in der Ökonomie beteiligt ist (2). Die Klassiker der Nationalökonomie, die in einer Epoche dauernder Expansion, das heißt des kontinuierlichen Übergangs individueller Ersparnisse in Investitionen lebten, haben im Sparen eine Akkumulation von Produktionsgütern gesehen. Sie beschäftigten sich hinsichtlich des Sparens nur mit dem Resultat, da sie Sparen nicht von der Kapitalbildung isolierten.

---

(1) Piettre, André, Les Trois Ages de l'Economie, Paris, 1955, S. 236. - Für Piettre ist der Kapitalismus gleichzeitig eine Form der Technik, ein Regime, das die Organe zu einer spezifischen Ausnützung der Produktionsfaktoren bildet und eine Geisteshaltung, die vom Primat des Geldes bestimmt ist, a.a.O. S. 185.

(2) Schack, H., Wirtschaftsphilosophie, Schmollers Jahrbuch, 1951, S. 357.

Die Klassiker führten den gesamten Sparmechanismus auf den Zinsfuß zurück. Unterschiedliche Sparmotive waren ihnen wohl bekannt, aber sie subsumierten sie alle unter der Zinsdeterminante. Ohne Einschaltung des Zinskriteriums war ein Sparvorgang ökonomisch nicht weiter zu beurteilen. Für John Stuart M i l l sparten diejenigen, die auf einen Teil ihres Einkommens in der Weise verzichteten, daß sie es für Bezahlung der produktiven Dienste der Arbeit zur Verfügung stellten. Die Sparbeiträge waren für Mill Beiträge zu einem Lohnfonds, den er nicht sorgfältig von den Kapitalgütern trennte (1).

1.2. Eine substantielle Fortentwicklung der Spartheorie vollzogen gegenüber den Klassikern J e v o n s , W a l r a s , B ö h m - B a w e r k und W i c k s e l l. Böhm-Bawerk formulierte, wenn auch nicht mit genügender Schärfe, das Gesetz der Minderschätzung künftiger Bedürfnisse. Böhm-Bawerk und seine Schüler führten diese Minderschätzung auf lückenhafte Vorstellungen von den künftigen Bedürfnissen, auf die Verschiedenartigkeit der Versorgung in der Gegenwart und Zukunft und schließlich auf einen menschlichen Willensfehler zurück, die Versorge bedarfsgerecht zu vollziehen. Böhm-Bawerk führte in die Kapitaltheorie das Zeitmoment mit der durchschnittlichen, gesellschaftlichen Produktionsperiode ein, unterstellte die Möglichkeit der Verlängerung des Produktionsumweges durch die Bildung eines Subsistenzmittelfonds und erwartete von einer solchen Verlängerung die Vergrößerung der Produktivität. Die Dauerhaftigkeit der Güter berücksichtigte er in seiner Analyse nicht. Sein Zins ist Ertragszins (2), also kein Marktzins und damit auch darüber hinaus kein subjektiver hauswirtschaftlicher Zeitdiskont. Im Mittelpunkt der kapitaltheoretischen Diskussion steht auch nach Böhm-Bawerk die globale Perspektive und der Gesichtspunkt des Marktgleichgewichtes. Wicksell hat in Konzept Böhm-Bawerks für das Zeitkalkül den Zinseszins eingeführt, und seit Gustav Åkerman beginnt man sich ausführlicher um die Lebensdauer von dauerhaften Gütern zu kümmern (3). C a s s e l schrieb dem Zins als Spardeterminante eine komplexere Funktion zu als Böhm-Bawerk; er glaubte an eine Untergrenze des Zinses, von der an keine Sparfonds mehr angeboten würden.

1.3. Bei Irving F i s h e r (4) liegt der Akzent der Spardetermination nicht so sehr bei dem Kriterium der

---

(1) Mill, J.St. zit. bei Bresciani-Turroni, The Theory of Saving, Economica, 1936,
(2) von Böhm-Bawerk, Eugen, Positive Theorie des Kapitals 4. Aufl. Jena 1921. dazu: Lutz, Friedr.A. Zinstheorie, Zürich, Tübingen 1956, S. 9 ff.
(3) Lutz, Friedrich A., a.a.O. S. 36.
(4) Fisher, Irving, The Theory of Interest, New York 1930 ferner: James, Emile, Histoire de la Pensée Economique, Bd. 1, Paris 1955, S. 152.

Produktivität, sondern eher im Bereiche der Bedürfnisbefriedigung. Fisher entwickelt den Gedanken der Minderschätzung der Zukunft weiter, berücksichtigt aber daneben stärker die sparbegrifflich negative Abstinenz im Sinne Seniors. Seine Theorie entbehrt aber weiterhin des monetären Aspektes und muß deshalb in der Spar- und Zinsbeschreibung eine Reihe von Erklärungen schuldig bleiben. Das Wirtschaftssubjekt der Fisher'schen Partialanalyse spart in der vom Autor definierten Einheitsperiode solange, als seine psychologisch bedingte "Grenzgegenwartsvorliebe in dieser Periode gleich dem Zins der Periode ist" (1). Damit unterstellt Fisher, wie Lutz kritisch einwandte, daß das Wirtschaftssubjekt die prospektiven Perioden unabhängig voneinander betrachte; damit bleibt unberücksichtigt, dass das Wirtschaftssubjekt "für das nächste Jahr spart, bis die Grenzgegenwartsvorliebe gleich dem Zins dieses Jahres ist" und gleichzeitig auch den des übernächsten Jahres, und zwar soweit, "bis als Resultat dieses Sparens plus dem eventuellen Sparen im zweiten Jahr die Grenzgegenwartsvorliebe in diesem zweiten Jahr - die von den für das erste Jahr gesparten und zu Beginn den zweiten Jahres zwecks Erhöhung des Einkommens eventuell aufgelösten Betrag mit abhängt - gleich dem Zinssatz des zweiten Jahres ist". (2) Darüber hinaus bemängelt Lutz, daß das Wirtschaftssubjekt bei Fisher nur dann spare, wenn die sichere Erwartung zutrifft, eine höhere Summe als die angesparte zurückzuerhalten. Damit schließt Fisher alle die Sparmotive aus, die unabhängig vom Zins existieren. Die Vorstellung eines subjektiven Wertzuwachses im Sparkonzept Fishers widerspräche dem Grundsatz der Minderschätzung künftiger Bedürfnisse.

1.4. Mit der Revision des orthodoxen Konzeptes der Ökonomie durch J.M.Keynes bekamen die monetären Momente eine zentrale Bedeutung. Zu den unabhängigen Variablen seines makroökonomischen Gleichgewichtssystems gehören die drei psychologischen Faktoren: Konsumneigung bzw. Sparneigung, psychologisches Verhalten zur Liquidität und psychologische Erwartungen des zukünftigen Erträgnisses aus Kapitalwerten. Keynes wies darauf hin, daß die Zinsvariationen nicht zwingend auf die Zuordnung von Konsum und Sparen einwirken. Seine psychologische Analyse ergab, daß Sparen residuale Eigenschaften habe. Für Keynes ist der Zins die Summe, die der Unternehmer dem Sparer dann zahlt, wenn er auf die Liquidität einer bestimmten Summe verzichtet. Der Verzicht auf Liquidität wird nach seiner monetären, von Wicksell inspirierten Zinsauffassung, durch

---

(1) Lutz, Friedrich, A., a.a.O. S. 92
(2) Lutz, Friedrich, A., a.a.O. S. 93

die drei Präferenzmotive der Transaktion, der Vorsicht und der Spekulation bestimmt. Die mengenhafte Determinationswirkung des Zinses wurde für Anlagen durch die Untersuchungen der "Harvard School of Business Administration" und die der "Oxford Research Group" bestätigt. Zum Verständnis der Keynesschen Kritik der Spar- und Zinsdetermination ist es wichtig, an die Nichtunterscheidung zwischen Sparen und Horten und an die Kurzfristigkeit seiner theoretischen Betrachtungsweise zu erinnern. Hier fand die Antikritik fruchtbaren Ansatz (1). In der Keynesschen Theorie kommt das Horten in der Nachfragekurve nach Kasse zum Ausdruck und nicht in der eigentlichen Sparfunktion. Die Vergrößerung der Horte wurde vor Keynes durch eine Verschiebung der Angeboteskurve von Fonds nach links, bei Keynes durch eine Rechtsverschiebung der Nachfragekurve nach Geld dargestellt. Damit beeinflußt das Horten zwar nicht die Sparfunktion, wohl aber die absolute Menge des Sparens(2). Richtungweisend für die Weiterentwicklung der Spartheorie und die Diskussion um ihre Bestimmungselemente war die Formulierung des sogenannten "psychologischen Gesetzes" durch Keynes. Dieses Gesetz diente ihm zur Interpretation der makroökonomischen Verbrauchslücke, die einer Aufwärtsentwicklung des Einkommens zu folgen scheint; es basiert auf der Annahme, daß bei der genannten Zunahme des Einkommens, der Konsum zwar zunehme, aber nicht im selben Maße wie das Einkommen. Bei permanent wachsenden Einkommen entsteht so makroökonomisch eine immer größere Lücke zwischen Konsum und der Ausbringung die für die Vollbeschäftigung nötig ist. Dadurch wird eine konstant zunehmende Rate von Investitionen notwendig, um eine deflationistische Phase zu verhindern und an der Gefahr der Stagnation vorbeizukommen. An die Zweifel der Richtigkeit dieser Stagnationsthese knüpfte sich eine systematische Untersuchung der quantitativen Hintergründe des psychologischen Gesetzes und förderte wesentliche Annahmen über autonome, bisher wenig beachtete, Spardeterminanten zutage (3). Die damit eingeleiteten empirischen und theoretischen Untersuchungen machen das im eigentlichen Sinne Moderne der heutigen Spartheorie

---

(1) James, Emile, Histoire de la Pensée a.a.O. Bd. 2 S.353
(2) Lutz, F.A., a.a.O, S, 128
(3) Vgl. Modigliani, Brumberg a.a.O. S. 389. - Keynes zum psych. Gesetz: "the fundamental psychological law, upon which we are entitled to depend with great confidence both a priori from our knowledge of human nature and from the detailed facts of experience, is that man are disposed, as a rule, and on the average to increase their consumption as their incomes increases, but not by as much as the increase in their income". (The General Theory ... a.a.O. S. 96)

aus. Zwei Entwicklungslinien kennzeichnen diese Untersuchungsphase: 1. eine ausgedehnte Anwendung von Korrelationsbeziehungen zwischen Konsum oder Sparen einerseits und Einkommen neben einer größeren Zahl von zusätzlichen Variablen andererseits, 2. die systematische Auswertung von Querschnittsdaten (cross-section-data) zur Isolierung fester Größenbeziehungen (1).

1.5 Die Überprüfung des Keynesscher psychologischen Gesetzes hat sich nicht nur auf den makroökonomischen Gehalt, sondern auch auf den mikroökonomischen bezogen. Eine solche Fragestellung der Untersuchungsweise läßt sich auch unschwer aus dem psychologischen, also auch individualbezogenen Charakter der Keynesscher Lehre und der Übertragungsfähigkeit des dabei verwendeten Instrumentariums der Marginalanalyse ableiten. Diese Übertragung hat Keynes jedoch nicht selbst vollzogen. H i c k s war es vorbehalten, darauf hinzuweisen, daß die Keynessche makroökonomische Konsumfunktion nur ein Spezialfall einer allgemeinen Theorie des Konsumentenverhaltens darstelle (2), und er arbeitete einige zusätzliche Annahmen aus. Bis dahin konnte sich die Theorie des mikroökonomischen Sparens allein im Bereich der Präferenz- und Nutzentheorie weiterentwickeln. Mit der Hicksschen Synthese verschiedener analytischer Elemente ist die Möglichkeit fruchtbarer Untersuchungsverfahren ebenso angekündigt wie zusätzliche Unverträglichkeiten durch methodisch kollidierende Determinanten. Keynes geht bei der Aggregation seiner Funktionsgrößen noch davon aus, daß das Konsumverhalten und damit auch das Sparverhalten bei den einzelnen Individuen unabhängig voneinander bestimmt ist. Interrelationen der Determinanten, die auf den Sparvorgang modifizierend einwirken, etwa in der Weise, wie sie D u e s e n b e r r y (3) im Anschluß an die Hicksche Synthese so bedeutsam erschienen, sieht er nicht vor. Daneben unterstellt Keynes, daß die Beziehungen zwischen Einkommen und Sparen bezw. Konsum reversibel seien. Schon die ersten empirischen Zeitreihen amerikanischer Aggregatgrößen, die Kuznets zusammengestellt hat, machten auf Fehlannahmen des Keynesschen Modells aufmerksam (4). Bei der weiteren Überprüfung der statistischen Ergebnisse hat sich herausgestellt, daß Einkommensänderungen, erwartetes Einkommen und die Vermögensgröße auf das Sparen Effekte ausüben die nicht additiv

---

(1) Modigliani, Brumberg, a.a.O., S. 389
(2) Duesenberry, James S., Income, Saving, and the Theory of Consumer Behavior, Cambridge, Mass., 1952, S. 1
(3) Duesenberry, J.S. a.a.O.
(4) Kuznets, Simon, National Product since 1869, New York 1946

1.6. Der Versuch, die Spardetermination aus den Motiven heraus zu erklären, kann nicht hinlänglich befriedigen, wenngleich die Suche nach den Sparmotiven als wesentliche Vorarbeit einer quantitativen Untersuchung der absoluten und relativen Bedeutung der einzelnen Bestimmungsvariablen angesehen werden kann. Die Motive üben demgegenüber in einer quantitativen Analyse, wie sie in älteren Beschreibungen gewöhnlich ist, de facto die Funktion von Determinanten aus. In der nachklassischen aber Vor-Keynesschen Sparen-Literatur zeichnet sich eine allmähliche Abkehr der Spardetermination von der Abstinenzvorstellung im Sinne Seniors ab. Eine Vorstellung, wie sie noch etwa v o n M a n t e u f f e l (1) zum Ausdruck bringt, für den Sparen "eine vorwiegend passive Tätigkeit des Menschen ist, die durch die Einschränkung des Verbrauchs eine Vermögensbildung ermöglichen soll". Mäßigkeit, angeborener Spersinn und in gewissem Sinne Berechnung geben bei ihm den Anlaß zu seinem "Abstinenzsparen". Ohne den Versuch einer Quantifizierung kommt R. L i e f m a n n (2) zu einer unabhängigen und eigentlich modern anmutenden Selektion der Spardeterminanten. Er führt die Sparneigung nicht auf wachsendes Einkommen zurück; er macht Sparen von verschiedenen Sparinteressen wie Familienpflege, Erhaltung des Standards und von der Art des Einkommens, Arbeitseinkommen oder fundiertes Einkommen, abhängig. Liefmann wandte sich auch gegen die Bezeichnung des Zinses als eine selbständige Ursache des Sparens. Er kritisierte die Zinserklärung Böhm-Bawerks in Verbindung mit dem Sparen als eine occupatio principii. Nachdem sich im Anschluß an die makroökonomischen Determinationselemente der Keynesschen Theorie immer mehr ein relativ komplexer Bestimmungszusammenhang ergeben hatte (3), denn nämlich, als sich herausstellte, daß die durchschnittliche Spar- bzw. Konsumneigung nicht - wie Keynes angenommen hatte - relativ konstant sei, sondern erheblich nach sozialen Schichten, geographischem Milieu, nach der Zeit und nach anderen Merkmalen variiere, schien die Erörterung der relativen Bedeutung der einzelnen Variablen innerhalb eines stark erweiterten Aggregates von Determinanten zweckmäßig. Dabei geht die Tendenz dahin, eine funktional geordnete Hierarchie der Bestimmungselemente zu entwickeln. Einer dieser Versuche, die Determinationsbeziehungen quantitativ

---

(1) Manteuffel, C. von, Das Sparen, sein Wesen und seine volkswirtschaftliche Bedeutung, Jena 1900, S. 2 u.17

(2) Liefmann, Robert, Theorie des Sparens undder Kapitalbildung, Schmollers Jahrbuch, 1912, S. 1565 u.1585.

(3) Vgl. hierzu Duesenberry a.a.O. Haavelmo, Trygve, Family Expenditures and the Marginal Propensity to Consume, Econometrica 1947. Jeanneney, J.-M La fonction keynésienne de consommation à l'épreuves des faites, Rev. des Sciences Economiques, 1952.

zu ordnen, bilden die Korrelationsanalysen. M o r g a n (1) unterstellt bei seiner Varianzanalyse einen besonderen Typ der Korrelationsanalyse, daß die Haushalte faktisch über ein Sparkonzept verfügen und sparvariationen quantitativ empfinden. Ohne diesen quantitativen Reflex auf die ökonomische Vorstellung des Individuums hätte es wenig Sinn, funktionale Determinationsbeziehungen zu untersuchen; dann käme es vielmehr darauf an, eine Theorie der Sparentscheidungen zu entwickeln. So wie es H a m b u r g e r (2) als wünschenswert bezeichnet hat, der das Stadium der ökonomischen Analyse unmittelbar in Anschluß an K e y n e s' "Allgemeine Theorie", das mehr Informationen über das Verhalten von Variablen als das von Individuen gebracht hat, überwunden sehen will. Ihn geht es darum, statt historischer nunmehr kausale Zusammenhänge aufzudecken und für die Analyse nutzbar zu machen. Von derselben Auffassung lassen sich T o b i n , M o d i g l i a n i und Brumberg leiten (3). Noch erscheint es jedoch verfühlt, die empirische Breitenarbeit im Instrumentarium der modernen Spartheorie in eine inferiore Rolle zu verweisen, denn die Kriterien für eine neue Phase vorwiegend deduktiven Analysierens auf dem angezeigten Gebiet, mit Hilfe von ausreichenden Vorstellungen über gesicherte fundamentale Zusammenhänge, können noch nicht als genügend bestimmt gelten.

---

(1) Morgan, James N., Factors Related to Consumer Saving when it is Defined as a Net-Worth Concept, in L.R. Klein (Herausg.) Contributions to Survey Methods..., New York 1954, S. 89 ff. Vgl ebenso in derselben Publikation die Beiträge von L.R. Klein, George Katona und John B. Lansing.

(2) Hamburger, William, The Determinants of Aggregate Consumption, The Review of Economic Studies, 1954/55, S. 23 ff.

(3) Modigliani, Brumberg, a.a.O. - Tobin, James, A Theoretical and Statistical Analysis of Consumer Saving, Harvard University, 1947 (Dissertation).

2. Neuere Untersuchungsmethoden des mikroökonomischen Sparens.

a. empirisch-stochastische Analyse der Spardeterminanten.

2.a 1. Ein neuer Abschnitt der Sparanalyse setzt mit der empirisch-stochastischen Untersuchung der Bestimmungsstücke des Sparens ein. Die Sicherheit des Zusammenhangs einzelner Bestimmungsverhältnisse wird dabei mit Hilfe der Korrelationsanalyse ausgedrückt. (1). Neben der Regressionsgleichung zur Untersuchung gleichzeitiger Wirkungen verschiedener Veränderlicher wird die Bestimmungsanalyse des Sparens neuerdings auch mit Hilfe der sog. Varianzanalyse vollzogen (2). Die Teilveränderungen der Varianzanalyse stellen Beziehungsverhältnisse zwischen Gruppen ähnlicher und identischer Ereignisse her. Die Varianzanalyse ist bestimmt für Situationen, in denen alle Variablen kontrolliert werden können. In einer Varianzanalyse treten die grundlegenden Beziehungen zwischen liquiden Vermögensteilen, Einkommen oder Einkommensveränderungen und Sparen als ihre wichtigsten Bestandteile auf, dagegen sind sie in eine Regressionsgleichung einzeln und explizit einzuführen. Als statistische Quellen aller Korrelationsrechnungen der Einkommensanalyse dienen Zeitserien und Feldstudien. In der mikroökonomischen Sparanalyse hat sich die Verwendung von Daten aus Feldstudien eingebürgert und bewährt. Das dabei ausgeschaltete Zeitmoment kann durch wiederholte Erhebungen ausgeglichen werden. Bei einer sachgerechten Einführung des Zeitmomentes in die Feldstudie werden die beiden Typen von Durchschnittswerten - die der Querschnittsanalyse und die der Zeitserie - nur zufällig nicht gleich sein (3)

(1) Vgl. hierzu Mackenroth, Gerhard Methodenlehre der Statistik, Göttingen, 1949, S. 156. - Wold, Herman, Demand Analysis, a.a.O. S. 30 - 36. Zu den Erhebungsformen des Materials: Institut für Sozialforschung, Empirische Sozialforschung, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart, Tübingen, Göttingen, 1954, S. 421, ferner Katona, George, Variability of Consumer Behavior in Survey Methods in Klein et alias, Contributions, a.a.O. S. 49 ff.

(2) Zur Methodenlehre der Varianzanalyse und ihrer Verfahrenstechnik vgl. Goulden, Cyril, H., Methodes of Statistical Analysis, 2. Aufl. New York 1952, Pak. 5,9, u. 14 Morgan, James, N., Consumer Saving as Net-Worth Concept, in Klein et alias, Contributions, a.a.O. S. 101 u. 121. Lydall, Harold, The Life Cycle in Income, a.a.O. S. 145 f.

(3) Klein, Lawrence R., Statistical Estimation of Economic Relations from Survey Data, in Klein et alias, Contributions, a.a.O. S. 19. Klein, L.R. A Textbook in Econometrics, Evanston, 1953.

2.a.2. Die Fiktion eines ökonomischen Lebenszyklus läßt sich statistisch durch eine sinngemäße Verkettung von Zufallsquerschnitten verschiedener Altersstufen bilden. Eine solche Verkettung ist ein Modell, das in erster Annäherung keine dynamischen Momente enthält, aber gleichwohl bedeutsame Einsichten in die individuellen Pläne über lebenszeitliche ökonomische Vorhaben erlaubt. Die Versuche, spezielle, auf die Länge des Lebenszyklus eingestellte Einkommensuntersuchungen zu machen, haben in den letzten Jahren zwei größere Kreise von Wirtschaftswissenschaftlern beschäftigt:

a. das Survey Research Center of the University of Michigan, das durch die Aufgaben der "American Surveys of Consumer Finances" zu entsprechenden Untersuchungen angeregt wurde. Eine enge Zusammenarbeit besteht mit dem Board of Governors of the Federal Reserve System. Die Untersuchungsunterlagen stammen aus sogenannten "reinterview materials", die in einem zweijährigen Befragungszyklus gesammelt wurden (1949 - 1951). Die wissenschaftliche Vorarbeit wurde besonders durch den Einfluß von L.R. Klein James N. Morgan und George Katona bestimmt. Einer der wichtigsten Einzelbeiträge im Hinblick auf das Problem des lebenszyklischen Sparens wurde von Janet A. Fisher publiziert (1).

b. im Anschluß an das ältere amerikanische Vorbild organisierte das Oxford Institute of Statistics den "Survey of Personal Incomes and Savings in Britain", 1952 und 1953. Das Oxforder Institut wurde maßgeblich unterstützt durch den "British Social Survey", einer Regierungsstelle zur Veranstaltung von Feldstudien. Eine umfassende Auswertung des Materials aus diesem Untersuchungsprojekt wurde von Harold Lydall vorgenommen (2).

Einen früheren Versuch einer lebenszyklischen Einkommensanalyse kleineren Umfangs erwähnt O. Aukrust, (3)

---

(1) Fisher, Janet A., Income Spending and Saving Patterns of Consumer Units in Different Age Groups, Studies in Income and Wealth, Bd. XV, S. 75 ff. Vgl. ferner Klein, Katona, Lansing, Morgan, Contributions of Survey Methods...a.a.O. S. 7 ff. und die Literaturübersicht im Anhang.

(2) Lydall, Harold, The Life Cycle in Income, Econometrica, 1955, S. 131 ff.

(3) Aukrust, Odd, Diskussionsbeitrag zum Referat von Lydall, Upsala - Meeting of Econometric Society, zit. in Econometrica, 1955, S. 211.

Er weist auf eine norwegische Enquête aus dem Jahre 1930 hin, die sich in etwa mit dem lebenszyklischen Feldstudien modernen Datums decken. Aukrust leitet aus der strukturellen Kongruenz der Ergebnisse eine universelle Gültigkeit der wichtigsten Fiktionen und Arbeitshypothesen ab. In Deutschland sind Arbeiten auf diesem Gebiet noch ziemlich spärlich. Eine gewisse Pionierleistung kommt hier den Publikationen von H. Schmucker zu (1).

2.a.3. Die Revision des Sparkonzeptes in seiner sachlichen und methodischen Grundlage war bei den modernen Untersuchungen von drei Gedanken geleitet (2):

a. die Konsumenten verfügen über einen Raum für freie Sparentscheidungen; die hohen laufenden Einkommen, die bedeutsamen liquiden Vermögensteile, die Vielzahl der vertragbaren Ausgaben, der aktuelle Konsum und das Sparen stehen in keinem starren Zusammenhang;

b. Die Bewegungen der Spar- und Konsumgröße sind beeinflußt durch Motivationen, Attituden und Erwartungen; dabei wird von einer Quantifizierbarkeit psychologischer Variablen ausgegangen und die Bestimmungsmöglichkeit gruppenweiser Unterschiede angenommen;

c. der Aussagewert von Aggregatgrößen ist solange beschränkt, als nicht ihre Dispersion bekannt ist; mikroökonomische Daten sind für eine Erörterung dieser Dispersion unentbehrlich.

Vor allem in den beiden ersten Problemkomplexen sind die Ansätze zu einer Neukonzeption der sparwirksamen Determinanten enthalten. Aus der modernen, durch psychologische und soziologische Elemente ergänzten Selektion, erfährt der Bestimmungszusammenhang gegenüber dem bisherigen Modus eine veränderliche wirtschaftliche und soziale Bedeutung. Der Erörterung der wichtigsten Determinationsbeziehungen sind die folgenden Abschnitte gewidmet. Zu beachten ist bei der Isolierung einiger dualer Relationen, daß es sich dabei um eine ceteris paribus Prozedur handelt, die den multiplen Charakter des gesamten Determinationsvorgangs nicht aufheben soll. Die übliche Abgren-

---

(1) Schmucker, Helga, Grundsätzliches zur repräsentativen Erfassung, a.a.O. Schmucker, H. Studie zur Frage des Familieneinkommens, Allgemein Stat. Arch., 1954, S. 28 ff. und Neuere Methoden des Auslandes zur Erforschung der Einkommensverwendung im Privathaushalt, Allg. stat. Archiv, 1950.

(2) Katona, George, Variability of Consumer Behavior and the Survey Method, J. Klein, Contributions, a.a.O. S. 49. Klein, L.R. Estimating Patterns of Saving from Sample Survey Data, Econometrica, 1951, S. 403.

zung der Haushaltssphäre zur Erklärung des makroökonomischen Sparverhaltens aus dem Rechenwert der Haushaltsstatistik abstrahiert einige Momente, die zum integralen Verständnis des mikroökonomischen Haushaltssparens unentbehrlich sind. Viel Unternehmer betrachten beispielsweise "ihre Betriebe als wirksamste Lebensversicherung und Sparkasse und ziehen geschäftliche Investitionen jeder anderen Form der Ersparnis vor"(1). Erst der Charakter der Sparentscheidung kann danach endgültig bestimmen, was als Sparen anzusehen ist. Das allgemeinste Bestimmungskriterium des Sparens muß sich darauf beschränken, an die Tatsache der zeitlichen Differenzierung zwischen Verbrauch von Gütern und Diensten einerseits und Einkommensbildung andererseits anzuknüpfen. Eine Aufzählung von Variablen im Sinne eines revidierten Sparkonzeptes, kann wegen deren Vielfalt nur beschränkt geschehen. Wichtig für die Auswahl ist einmal die Bedeutung der Beziehung zum Bestimmungsganzen, aber auch die Rolle, die den einzelnen Variablen für die Interpretation sozialer Nöte und der Wohlfahrtslage der Haushalte zufällt. Aus verschiedenen Determinationskonzepten wurden so einige Variablen selegiert, deren Beziehung zum Sparen einzehender untersucht werden soll (2):

1. die gegenwärtige und frühere Einkommensgröße

2. das erwartete Einkommen in the short run und das langfristige Pfad einer spezifischen Einkommenslaufbahn.

3. die liquiden Forderungen des Haushaltes,

4. die Forderungen des Haushaltes: Anlagen und Versicherungen.

5. die demographische Struktur des Haushaltes; sie setzt sich zusammen aus dem Alter der Haushaltsangehörigen, der Größe des Haushaltseinheit und der ökonomischen Stellung der maßgeblichen Hausmitglieder.

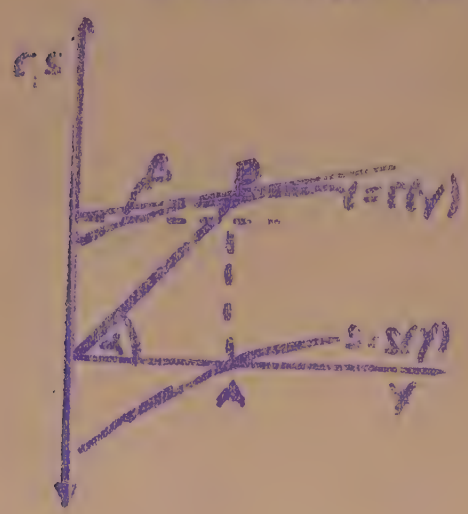
6. der Lebensstandard (level of aspiration, demonstration effect, émulation) und bestimmte Konsumgewohnheiten (conspicuous consumption, le consommateur incompressible, niveau de vie).

---

(1) Schmucker, Helga: Grundsätzliches a.a.O. S. 333.
(2) Morgan, J.N., Variotre related a.a.O. S. 94. Klein, Estimating Patters ...a.a.O. - Lydall, H., a.a.O. u.a. Über die Rechengrundlagen der einzelnen Sparkonzepte vgl. Friend, Irwin, Individuals' Saving, New York, London, 1954, S. 4ff.

2.a.4. (E i n k o m m e n - S p a r e n). Eine Regel über eine quantitative Verbindung des Sparphänomens mit dem des Einkommens formulierte Keynes in seiner Beschäftigungstheorie. In dem schon erwähnten psychologischen Fundamentalgesetz spiegelt sich die Korrelationsvorstellung des Autors für diese Beziehung wider. Seine Vorstellung veranlaßte Harrod und Hansen zu einer darauf bauenden Beschreibung des Konjunkturzyklus (1). Sparen und Entsparen wird dabei durch das sogenannte Pagisein kommen voneinander getrennt (2). Robertson versuchte den von Keynes beschriebenen Zusammenhang zu dynamisieren und eine Untergrenze für die Wirksamkeit des Gesetzes zu finden. Grundlage für das Dreiecksverhältnis zwischen Einkommen, Konsum und Sparen Keynes'scher Observanz ist die negative, residuale Betrachtungsweise des Sparens. Die Funktion der Einkommens-Sparbeziehung in der Keynesschen Theorie ist die einer Sammeldeterminante. Der korrelative Zusammenhang dieser Aggregatvariablen läßt sich algebraisch und geographisch mit Hilfe dreier Techniken im Keynes'schen Konzept darstellen; alle drei können jedoch nur wenige Dimensionen berücksichtigen:

a. mit Hilfe der durchschnittlichen Sparquote, einer supplementären Formulierung der durchschnittlichen Konsumquote,



$$\frac{C}{Y} = \frac{AB}{CA} = \operatorname{tg}\alpha =$$

durchschnittliche Konsumquote,

$1 - \frac{C}{Y}$ = durchschnittliche Sparquote; diese Größenrelation eignet sich zur globalen Beschreibung verschiedener Lebensgewohnheiten von Haushalten mit verschiedenen Einkommen.

b. mit Hilfe der marginalen Sparquote, einer infinitesimalen Beziehung zwischen dem Aggregat Sparen als Inferungsgröße und einer Variation des Einkommens, die eine supplementäre Formulierung zur marginalen Konsumneigung darstellt,

---

(1) Hansen, Alvin, Business Cycles and National Income, New York, 1942, S. 148 ff. ebenso Hansen A., Fiscal Policy and Business Cycles, New York, 1941, S. 285.

(2) Vgl. die Literaturhinweise unter (1), ferner Schneider, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Tübingen, 1949, u. folg. Auflagen, S. 4, ff.

$$\frac{dC}{dY} = Tg\beta = \text{marginale Konsumneigung}$$

$$1 - \frac{dC}{DY} = \frac{dS}{dY} = \text{marginale Sparneigung,}$$

Keynes selbst hat die beiden Größenbeziehungen nicht streng auseinandergehalten und damit verursacht, daß die Konsumneigung einmal für eine funktionelle Kurve und ein anderes Mal zur Bezeichnung eines Punktes auf dieser Kurve verwendet wird.

c. mit Hilfe der Elastizität des Einkommens,

$$e = \frac{dS}{S} : \frac{dY}{Y} = \frac{Y}{S} \cdot \frac{dS}{dY}$$

Die Ergebnisse der Elastizitätsanalyse in verschiedenen Gruppen und zu verschiedenen Zeitpunkten weisen für Zu-, Abnahme oder Konstanz des Einkommens nur wenig einheitliche Tendenzen auf. In zahlreichen amerikanischen Untersuchungen erscheinen lediglich Nettosparen und Liquiditätsüberschüsse von Familien, die Anlagesparen verzeichnen, eine Ausnahme zu machen. Nettosparen zeigt dann bei fallendem Einkommen eine fallende Einkommenselastizität, die Liquiditätsüberschüsse dagegen halten sich relativ konstant (1).

Die in Verbindung mit der Keynesschen Einkommenstheorie genannten Größenbeziehungen sind Qualifikationen der Spar- bzw. Konsumfunktion, letztere können ihrerseits das Ergebnis einer Regressionsanalyse sein. Die Größenbeziehungen zwischen Einkommen und Sparen unterscheiden sich von den Korrelationskoeffizienten der Spardetermination durch, daß letztere eine Aussage über die Genauigkeit der erprobten Relation machen, während Einkommenselastizität oder marginale Sparneigung den Verlauf der Sparfunktion qualifizieren. - Für die Masse der Einkommensbezieher gilt, soweit Informationen über mehrere Jahre vorliegen, eine relativ stabile Beziehung zwischen Einkommen, den Ausgaben und dem Sparen (2). Ob dabei die Spargröße stärker durch Einkommens- oder durch Ausgabenvariationen beeinflußt wird, ist eine umstritte-

---

(1) Vgl. hierzu: Mack, Ruth P., Economics of Consumption, i. Survey of Contemp. Economics, Vol II, ed. by Bernh. t. Haley, Homewood, 1952, S. 54, Curry, George, The Role of Dissaving in Economic Analysis, Journ. of Pol. Ec. 1948, S. 416 ff. Katona, George, Analysis of Dissaving, Am. Ec. Rev. 1949, S. 672 ff.

(2) Vgl. Kuznets, Simon, Shares of Upper Income Groups in Income and Saving, New York, 1953, S. 121 ff.

ne Frage. V i c k r e y (1) hat den Ausgaben den Vorrang gegeben. Aber die von ihm unterstellte Variabilität der Ausgaben in einem festen Verhältnis zur Einkommensentwicklung hat sich statistisch nicht nachweisen lassen. Auf sinkendes Einkommen folgten die Ausgaben auch nach hinlänglich langer Zeitdauer nicht in proportionalem Maße. Aus dieser Beobachtung haben D u e s e n b e r r y und M o d i g l i a n i (2) ihren sgenannten "Ratchett-Effekt" abgeleitet, der als Theorem erklärt, in einem Haushalt bestände die Neigung, eine einmal erreichte Verbrauchsstufe in folgenden einkommensärmeren Preioden beizubehalten. Bei langanhaltendem und bedeutsamem Einkommensausfall dürfte für den Konsumenten jedoch kaum eine Möglichkeit bestehen, an allen seinen Konsumgewohnheiten festzuhalten und die von Duesenberry formulierte Beziehung:

$$\frac{dS_t}{dY_t} = \frac{df}{dY_t} + \frac{df}{\frac{d(Y_t)}{Y_o}} \cdot \frac{d(Y_t / Y_o)}{dY_t}$$

zu realisieren; darin ist $s = f(Y_t / Y_t / Y_o)$, wobei Y_o das höchste zuvor erreichte Einkommen repräsentiert. Der dynamische Ansatz zu der sowohl makro- als auch mikroökonomischen Sparanalyse, den Duesenberry zu formulieren suchte, kann nur für relativ kurze Perioden die Beziehung zwischen Einkommen und Sparen bestimmen, darüber hinaus bleibt die Frage offen, ob der vermeintliche Funktionalzusammenhang nicht nur eine Resultante dritter, komplexerer Beziehungen darstellt. Wenig geeignet scheint das vorwiegend unter dem Eindruck des Konjunkturzyklus formulierte Theorem Duesenberrys für die Erklärung des Sparverhaltens innerhalb des menschlichen Lebenszyklus. Diese vor allem in ihrer Zeitperspektive neue Problemstellung veranlaßte Modigliani, unabhängig von seiner früheren Formulierung, die Unabhängigkeit seiner früheren Formulierung des Sparens von der Einkommensentwicklung zu behaupten. Er stellt zusammen mit Brumberg fest (3), daß das lebenszyklische Sparen durch k u r z f r i s t i g e

---

(1) Vickrey, William, Resource Distribution Patterns... a.a.O. S. 273 ff.

(2) Duesenberry, James S., Income Saving and the Theory of Consumer Behavior, New York 1949, S. 84, ders. Income-Consumption Relations and their Implications, in Income, Employment and Pub. Policy, Essays in Honour of A. Hansen, New York 1948, S. 77, Modigliani Fr., Fluctuations in the Saving Inc. Ratio, Stud. i. Inc. and Wealth, Vol. XI.

(3) Modigliani, F. Brumberg, R. a.a.O. S. 430.

Bewegungen des Einkommens um eine gegebene Verdienstkapazität des Haushaltes bedingt sei. An diese Form der Sparer zu erklären knüpfen sich zwei Postulate:

a. daß der wichtigste Sparzweck in der Anlage eines "Polsters" begründet ist, das Einkommensänderungen auffangen soll, die im Laufe des Lebenszyklus der vom Haushalt angestrebten Kapazität bedrohen.

b. daß entsprechend die Planung der Vorsorge für die Zeiträume individueller Unter- und Nichtbeschäftigung der durchschnittlichen Verdienstkapazität des Haushaltes angemessen ist. Die Zahl der Jahre, in denen vorgesorgt werden soll, wird dabei als vom verwirklichten Einkommensniveau unabhängig angesehen.

Die durchschnittliche Verdienstkapazität ist eine vom Lebensstandard des Haushaltes und der Höhe des verfügbaren Einkommens bestimmte Größe. Die Bedeutung des verfügbaren Einkommens als wesentliches Bestimmungsstück des lebenszyklischen Wirtschaftsplanens wird von Hamburger (1) angezweifelt. Für diesen hat lebenszyklischer Konsum und lebenszyklisches Sparen durch die auf Lebenszeit gemachten Verbrauchsüberlegungen bestimmt, und diese drücken sich ihrerseits durch die Größe des angesammelten Vermögens und die Lohnrate aus. Der Marktwert des gegenwärtigen Kapitals wird bei Hamburger aus den voraussichtlichen Veränderungen des Eigentumseinkommens abgeleitet. Sowohl bei Modigliani und Brumberg als auch bei Hamburger wird die ältere, einfache Kausalbeziehung zwischen Einkommen und Sparen aufgegeben (2).

2.a.5. (Einkommenserwartungen Sparen). Die Beziehungen zwischen Einkommenserwartungen und Sparen gehen teilweise schon aus dem vorangegangenen Abschnitt hervor; es bleiben nur noch einige Hinweise nachzuholen. Es geht dabei vor allem um die quantitativen Ausdrucksformen künftiger Größen in einer gegenwärtigen Rechnung. Um die individuellen Erwartungen und die psychologische Einstellung zu bestimmten Entscheidungen zahlenmäßig ausdrücken zu können, wurden in den "Surveys of Consumer Finances" bedeutsame Verfahren entwickelt und eine Anzahl von quantitativen Überprüfungen

---

(1) Hamburger, William, The Relation of Consumption to Wealth, Econometrica, 1955, S. 1o

(2) Einen Hinweis auf die Kompliziertheit des wirtschaftlichen Bestimmungszusammenhanges läßt sich aus den Ergebnissen der Korrelationsanalyse Vorgang erkennen, Factors Related to Consumer Saving...a.a.O. S. 1o6 ff.

geliefert (1). Aus sukzessiven Feldstudien wurden dabei Relationen ermittelt, die das aktuelle Verhalten mit subjektiven, psychologischen Variablen verbinden. Amerikanische Befragungen (reinterview) brachten in einer Stichprobe folgende Beziehungen über Einkommenserfahrungen und Einkommenserwartungen zu Tage:

Die Beziehung zwischen früherem Einkommen, erwartetem Einkommensveränderungen und dem gesparten Einkommen.

Sparrate 1947	1947 Eink. kleiner als 1946.-Voraussichten f. 1948			1947 Eink. gl. wie 1946, erw. f. 48			1947 E gf. a. s erw. f.	
	größer	gleich	kleiner	gr.	gleich	kl.	gr.	gl.
negativ	44	32	33	36	23	32	32	28
null	6	3	7	7	17	7	6	2
positiv								
1-19% d. Eink	37	44	39	46	5o	4o	45	53
2o u.m.% "	13	21	21	11	1o	21	17	17

Tabelle 17: Die Beziehungen zwischen früheren Einkommen, erwarteten Einkommensveränderungen und dem gesparten Einkommen 1946/47, (2).

Die meisten Wirtschaftssubjekte, die in den Bereich der Surveys of Consumer Finances fielen, hatten - wie aus den Untersuchungen K a t o n a s hervorgeht - eine Vorstellung über den Fortgang der ökonomischen Entwicklung innerhalb eines hinreichend nahen ökonomischen Horizontes und vermochten Angaben über den Erwartungstrend zu machen. Zwei Ergebnisse glaubt Katona dabei über eine bloße Spekulation hinaus gewonnen zu haben (3):

a. daß es zu einer gegebenen Zeit möglich ist, zu bestimmen, welcher Anteil einer beobachteten Haushaltsgruppe erwartet, daß sein bisheriger Einkommenstrend sich fortsetzt und welcher Anteil substantielle Veränderungen erwartet.

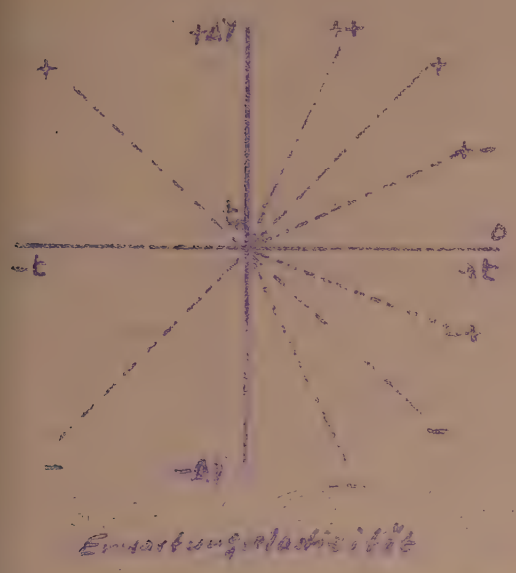
b. daß das ökonomische Verhalten der Wirtschafts-

---

(1) Klein, L.R. Application of Survey Methods and Data to the Analysis of Economic Fluctuations, i. Contributions of Survey Mehtods...a.a.O. S. 241 ff.
(2) Katona, George, Psychological Analysis...a.a.O. S. 18o.
(3) Katona, George, op.cit. S. 95.

subjekte variiert, je nachdem, ob vergangene Einkommensänderungen subjektiv als temporär, permanent oder mit der Wahrscheinlichkeit einer Fortsetzung angesehen werden können. Auch die nichterfüllten Erwartungen sind für die individuellen Dispositionen ausschlaggebend.

Jede Entwicklungsform der Erwartung läßt sich mit einem Elastizitätskoeffizienten beschreiben (Hicks), der zumindest gewisse Tendenzen der faktischen kurzfristigen Sparplanung erklärt. Die dabei verifizierten Trendformen lassen sich in vier Typen unterteilen:



1. der bisherige Entwicklungstrend wird beibehalten: Einkommensentwicklung von (-) nach (+) gleichförmig steigend oder von (+) nach (-), gleichförmig fallend;
2. der bisherige Entwicklungstrend erfährt eine gleichgerichtete Trendverstärkung, Einkommensentwicklung von (-) nach (++) oder von (+) nach (--);
3. der bisherige Entwicklungstrend wird in seiner geradlinigen Fortentwicklung durch eine Abschwächung der Erwartungen abgelenkt; Einkommensentwicklung von (-) nach (+-) oder von (+) nach (-+) (Unelastische Erwartungen);
4. Eine völlige unelastische Situation liegt in dem Grenzerwartungsfall vor, der sich auf der Nullinie lokalisieren läßt. Daneben lassen sich die theoretischen Fälle diskutieren, die in t_0 einen Entwicklungsumschwung zu verzeichnen haben.

Katona (1) fand im einzelnen, daß es kurzfristig unter Wirtschaftssubjekten, die ein höheres Einkommen erwarten, mehr Entsparer als im umgekehrten Falle gab. Analog können mehr Sparer unter denen gesucht werden, die eine bemerkenswerte Abnahme innerhalb desselben Zeithorizontes erwarten. Den größten Teil der Entsparer fand Katona unter denen, deren vergangenes Einkommen abgenommen und die zunehmende erwarteten. Eine geringe Tendenz zum Sparen oder Entsparen kennzeichnete die Wirtschaftssubjekte, die keine Änderung der Einkommensentwicklung

---

(1) Katona, George, Psychological Analysis...a.a.O. S. 158 u. 180 (Tabelle 17 auf Seite 121 dieser Arbeit) ferner Katona, George, Variability of Consumer Behavior...a.a.O. S. 49 ff.

voraussahen und die entsprechend in der Vergangenheit denselben Erwartungen unterlagen. Die Übertragung der Untersuchungsergebnisse K a t o n a s aus den ersten Nachkriegsjahren (1946/48) zur Erklärung des Verhaltens der deutschen Sparer muß mit einigen Abweichungen rechnen; das bedeutet um so mehr, als es hier in erster Linie um die Verhaltensweise des abhängig beschäftigten Einkommensbeziehers geht. Im einzelnen ist folgendes zu bedenken:

a. Das deutsche System der Sozialen Sicherung hat in Einkommenskrisen eine stärkere Tendenz, die gewohnte Verbrauchsgröße zu gewähren. Der sozialversicherte Arbeitnehmerhaushalt reagiert auf pessimistische Erwartungen mit zeitlichen Einkommensübertragungen aus eigener Initiative nicht ebenso deutlich wie der amerikanische Haushalt, der in der Regel nur wenig durch obligatorische Maßnahmen gesichert ist.

b. Der Beitrag zur sozialen Sicherung wird dem deutschen Arbeitnehmer nicht in gleicher Weise als Sparhandlung bewußt wie dem amerikanischen, für den das Kalkül des "do ut des" auch in diesem Vorsorgebereich ausschlaggebend ist.

Eine andere Bedeutung kommt den mengenmäßigen Schätzungen der Einkommenserwartungen in dem von Katona angewandten Verfahren dann zu, wenn der Gegenstand der Voraussicht nicht kurzfristige Kaufwünsche, Marktbeurteilungen oder rasch schwankende Bedürfnisregungen, sondern subjektive Meinungen über die berufliche Laufbahnentwicklung und ihre Einkommensaussichten, langfristige Zahlungs- und Leistungsverhältnisse oder individuelle Vorausschätzungen haushaltstypischer Vorsorgeaufgaben beinhaltet. Auskünfte über derartige Größenvorstellungen sind dem Verfasser bisher nicht begegnet; gleichwohl kann die dauernde Vornahme individueller Antizipationen als sicher gelten; zumindest soweit, daß eine grobe Vorstellung von den gemachten Annahmen gewonnen werden könnte. Eine hinlängliche Kenntnis der individuellen Voraussichten würde eine empfindliche Lücke in den Voraussetzungen für eine systematische Gesamtplanung der hauswirtschaftlichen Vorsorge ausfüllen können.

2.a.6. (L i q u i d e G u t h a b e n - S p a r e n). Als Determinationselement wird das Vermögen unterschiedlich behandelt, da "nichtliquide" Vermögensteile auf das Sparen einen anderen Einfluß ausüben als liquide. Die Grenzen sind realiter fließend. Kriterien waren für amerikanische Enquêten die Zeitdauer, die Ausgabe- und Verlustmöglichkeiten bei der Umwandlung der Vermögenswerte in Bargeld. Wesentlich ist für eine Zuteilung, wie die Wirtschaftssubjekte ihre Guthaben selbst bestimmen (subjektive Liquidität). Liquide Vermögen haben eine vierfache ökonomische Bedeutung im Zusammenhang mit der Sparanalyse (1):

a. sie sind Medium zeitlicher Konsummöglichkeiten in Zeiten fühlbaren Ausgabedrucks,

b. sie sind Resultat der Versorgeplanung für Perioden erhöhten Ausgabedrucks,

c. sie bilden ein Kriterium für beabsichtigte größere Ausgaben,

d. sie kennzeichnen die Standardziele des Sparens (level of aspiration).

Die relative Bedeutung dieser Aspekte der Ökonomie liquider Aktiva kann nur durch langjährige Beobachtung identischer Verbrauchseinheiten ermittelt werden. Die bisher vorgenommenen Untersuchungen bilden hier zum Anfang. Über einige korrelative Zusammenhänge liegen aus den Untersuchungen des "Michigan Research Center" und des "Oxford Institute" Basisergebnisse vor. - Ex ante bilden Vermögenswerte eine positive Korrelation mit den Ausgaben und eine negative mit dem Sparen. Vermögenswerte als Indikator für vergangenes Sparen bilden die umgekehrte Korrelationsbeziehung (2). Die reziproke Beziehung zwischen Sparen und liquiden Guthaben, die besonders für die unteren Einkommensgruppen gilt, schwächt sich nach oben hin ab und kehrt sich schließlich um, d.h. die Grenzneigung zum Sparen wächst mit zunehmendem Vermögen. Der Effekt, der so auf das Sparen ausgeübt wird, beruht auf einer Interrelation zwischen Vermögen und Einkommen. Das Phänomen des Entsparens ist an die Existenz von Haushaltsaktiva gebunden, wenn nicht Kreditmöglichkeiten zu Gebote stehen. Inwieweit die Determinationswirkung liquider Mittel auf das Sparen des Haushaltes durch die Wirkung von Kreditmöglichkeiten substituiert werden kann, ist statistisch schwer nachzuweisen; besonders in den

---

(1) Vgl. Morgan, James, "Analysis of Residuals from "Normal" Regressions", in: Contributions ... a.a.O., S. 185 f.
(2) Klein, L.R., Statistical Tests, in: Contributions ... a.a.O., S. 69.

unteren Einkommensgruppen wird versucht, die Zahlungskomponente des Sparvorgangs zu vertagen (1). Das Ergebnis der von L.R. Klein vollzogenen Matrizenanalyse (2) zeigte für die systematischen Beziehungen der liquiden Mittel zum Sparen, daß bei vier seiner acht Einkommensklassen negative und bei ebensovielen positive Beziehungen zwischen den beiden Variablen herrschen. Bemerkenswert ist dabei, daß hauptsächlich die unteren Gruppen eine negative Korrelation aufzuweisen haben. Eine negative Korrelation zwischen Sparen und liquiden Mitteln neben einer positiven zwischen liquiden Mitteln und Schuldbeträgen deutet darauf hin, daß die Reduktion von Schulden als Sparen anzusehen ist. Unter den vielfältigen Relationen, die zwischen liquiden Guthaben und anderen sparrelevanten Größen im Laufe der verschiedenen Untersuchungen hergestellt wurden, kommt in bezug auf die Ökonomie des Lebenszyklus der Altersgruppierung eine besondere Bedeutung zu. Anhand einer englischen Statistik lassen sich im einzelnen folgende Basisbeziehungen erkennen:

Guthaben, Verbindlichkeiten und Nettowert 1953
(nach Altersgruppen i. £)

Alter des Haush.Vorst.	Guthaben liq.GutH.	Wohn.	And[x]	Ges	Verbindl.	Nettowert
18-24	30	10	10	50	10	40
25-34	90	170	170	430	110	320
35-44	140	450	340	930	170	760
45-54	290	510	500	1300	140	1160
55-64	310	600	380	1290	90	1200
üb 65	280	450	470	1200	20	1188
alle Gruppen	190	380	330	900	100	800

Tabelle 18. Guthaben, Verbindlichkeiten und Nettowert, 1953 nach Altersgruppen i. engl. Pfunden (3)

x) And. = andere Guthaben
Ges. = gesamte Guthaben

---

(1) Kisselgoff, Avram: Factors Affecting the Demand for Consumer Instalment Sales Credit, New York, 1952.
(2) Klein, L.R.: Assets, Debts and Economic Behavior, Studies in Income and Wealth, 1951, S. 24.
(3) Lydall, Harold, a.a.O. In den Nettowert sind eingerechnet: Fahrzeuge, Realvermögen, Geschäftsvermögen; auf der Schuldenseite: Hypotheken, Abzahlungsschulden, Überziehungen von Bankkonten und persönliche Geldleihen, ausgeschlossen sind dagegen: Barwert, Haushaltungsgegenstände, Lebensversicherungspolicen und antizipierte Pensionsleistungen; op.cit.S. 142.

Aus der angezeigten Relationen läßt sich eine relativ hohe Bedeutung der liquiden Guthaben in unteren Altersgruppen erkennen. Mit steigendem Alter büßen die liquiden Guthaben diese Sonderstellung ein, um schließlich in der Pensionierungsphase am meisten an Gewicht zu verlieren. Eine bedeutende Rückentwicklung der gesamten Guthaben (Ges.) ist auch in hohen Altersstufen nicht zu verzeichnen.

Die Zuordnung einzelner Sparvariablen zu einer Basispsychologie des [illegible] hat ergeben, daß die Standardziele einen wesentlichen Einfluß auf die liquide Vermögensbildung haben. Morgan (1) kam dabei zu der Hypothese, "that the more [illegible] a person has accumulated, the more likely he is to accumulate savings out of current income. Assets then become a level of aspiration to save". Es ist dabei nicht nur von Bedeutung, daß große Einkommensbezieher mehr sparen, wenn sie mehr Vermögen haben, sondern daß der Zuwachs an Einkommen einen größeren Sparanteil bedeutet, wenn die Haushaltseinheit mehr Vermögen hat. Leute mit fluktuierendem Einkommen haben sehr Anlaß, eine hohe marginale Sparneigung anzustreben, um damit eine hohe liquide Vermögensposition in schmäleren Jahren zu erreichen und bereit zu sein, bei geringeren Einkommen zu entsparen. Der Sparertypus, der einer solchen Verhaltenspsychologie unterliegt, wird aber den abhängig Beschäftigten nicht die Regel bilden. - Aus den gesammelten Hinweisen scheint sich in summa zu ergeben, daß die liquiden Mittel sowohl unmittelbar determinierende Variable als auch Ergebnis und Indikator für andere grundsätzlichere Variablen innerhalb des mikroökonomischen Sparprozesses bilden.

2.a.7. Auf die Unterschiede zwischen liquiden und anderen Guthaben im Rahmen der Spardispositionen wurde im vorangegangenen Abschnitt schon hingewiesen. Darüberhinaus wurde Grundsätzliches über die Beziehung A n l a g e - s p a r e n - G e s a m t s p a r e n schon in der Erörterung der Strukturdaten (S. 23 ff.) gesagt. Eine Rechtfertigung, den Marktzins als Variable der Spardispositionen in der Diskussion des Anlagesparens im Haushalt vernachlässigen zu können, leitet Hamburger (2) aus Untersuchungen über den Zusammenhang von Lohnantizipationen, Konsum- und Vermögensbewertungen ab. Preise und Zinsen üben dann einen gewissen Einfluß auf das Sparen aus,

---

(1) Morgan, James N., Analysis of Residuals, a.a.O. S. 485.
(2) Hamburger, William, The Relation of Consumption to Wealth, Rennes-Paris, 1955, S. 10

wenn festumrissene Antizipationen vorliegen und der Haushalt in der Lage ist, ein Zinskalkül überhaupt zu erfassen. Für den Kauf von dauerhaften Konsumgütern, die als typisches Anlagesparen des Haushaltes gelten können, sind es vor allem Preiserwartungen, die einen determinierenden Einfluß ausüben können. Amerikanische Feldstudien haben gezeigt (1), daß eine größere Zahl von Haushalten, die fallende Preise erwarten, einen Teil ihrer geplanten Anschaffungen zurückstellte. Die Überprüfung des Verhaltens dieser Einheiten ergab jedoch am Ende der Periode, daß die Gruppe mit den spezifischen Preiserwartungen, statt Einkäufe getätigt, im selben Maße liquide Mittel für dauerhafte Güter bereitgestellt hatte.
Die Korrelation zwischen dauerhaften Konsumgütern und den übrigen Spararten in bezug auf das Alter hat sich anhand einer englischen Untersuchung als negativ erwiesen:

Sparen und Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter 1952, nach Altersgruppen in £ (Mittl. Betr. p.Haush.)

Alter des Haush.Vorst.	Dauerhafte Konsumgüter	Kontr. Sparen	Andere Sparformen
18-24	13	4	0
25-34	26	20	+ 5
35-44	29	28	0
45-54	21	27	-27
55-64	14	20	+ 7
üb.65	4	5	-19
alle Gr.	18	18	+ 4

Tabelle 19: Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter, kontraktuelles Sparen und übriges Sparen, analysiert nach Altersgruppen, mittlerer Betrag pro Einkommenseinheit in englischen Pfunden, 1952 (2).

Aus der zitierten Tabelle geht hervor, daß der "Verbrauch" von dauerhaften Konsumgütern sein Maximum in der Altersperiode von 35 bis 44 Jahren erreicht; danach ist ein rasches Fallen zu verzeichnen. Die herausgestellte Periode, die in der Regel durch den Aufbau der Familie gekennzeichnet ist, spiegelt eine typischen Reaktionen auch im Bereich des kontraktuellen Sparens mit einem wei-

(1) Katona, George, Psychological Analysis, a.a.O. S. 257
(2) Lydall, Harold, a.a.O. S. 147 f.

teren Maximum und bei den elastischen, übrigen Spararten einen fühlbaren Abfall wider.

2.a.ß. (D e m o g r a p h i s c h e S t r u k t u r - S p a r e n) Die demographische Struktur ist eine Kombination von Einzelphänomenen, die die Haushaltsökonomie separat beeinflussen. Gemeinsam bilden sie grosso modo das, was als Struktur des menschlichen Lebenszyklus gelten kann. Zur demographischen Struktur sind im einzelnen zu zählen:

a. das Alter des Haushaltsvorstandes und in bestimmtem Maße das seiner Haushaltsangehörigen

b. die ökonomisch relevante Größe des Haushalts,

c. die soziologische Innenstruktur des Haushaltes (Heiratsstand, Beziehung der Haushaltsangehörigen untereinander),

d. die Ausbildung des Haushaltsoberhauptes und dessen berufliche Laufbahn (Kollision mit dem Faktor Einkommenserwartungen),

e. der Wohnungsstatus (Eigenheim, Mietswohnung).

Die Beziehung zwischen Lebensalter und Sparen kann nie sein isoliertes Ursache-Wirkungsverhältnis darstellen, da das Lebensalter seinerseits im Verbund edener Ursachen mit anderen Entwicklungsmomenten des Daseins korreliert ist. Alter und Familienverantwortlichkeit schreiten für die Mehrzahl der Menschen voran, zusammen. Das Alter ist weiterhin eng mit den Veränderungen des Beschäftigungsstatus liiert. Für den Analytiker kann die Relation zwischen Sparen und dem Alter dadurch verdunkelt werden, daß Jahre starker Einkommenszunahme gewöhnlich für jüngere Jahrgänge einen größeren Zuwachs bringen als für ältere und bei Einkommensabnahme vice versa. Von besonderem Interesse war seit jeher die Art der Abhängigkeit des Sparens vom Lebensalter. Dabei ließen sich aus allen untersuchten Studien einige gemeinsame Merkmale ablesen (1):

1. In der untersten Einkommensklasse der verschiedenen Untersuchungen weisen die beobachteten Einheiten gewöhnlich permanentes Entsparen auf; dabei erreichen sie ihre relativ günstigste Periode in der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre, die Entsparsituation gelangt an ihren oberen Kulminationspunkt in der Altersgruppe

---

(1) Lydall, Harold, a.a.O. S. 148 f. Brady, D.S. Family Saving 1.: a Study of Saving in the United States ed. R. Goldsmith, D.S. Brady u. H. Mendershausen, Vol. III, Princeton, 1955 S. 194, - Morgan, J.N. i. Contributions, a.a.O. S. 128.

Tabellenexkurs. Lebensalter und Sparen.

I. Sparen ohne dauerhafte Konsumgüter im Verhältnis zu Alter und Einkommen 1952, (1).- Mittleres Sparen pro Einkommenseinheit in jeder Einfachsgruppe, i. £

Nettoeinkommen nach der Besteuerung	Alter des Hauptes der Einkommenseinheit. 18-24	25-44	45-64	65 u.m.	Alle Altersgruppen
unter £ 200	- 1	-10	-31	-27	-16
£ 200 - 399	- 2	- 1	+ 4	-34	- 1
£ 400 - 599	+ 8	- 1	2	0	1
£ 600 - 999	+25	+18	+34	+74	+20
£ 1000 u.m.	.	+43	+440	+132	+308

II. Durchschnittliches Sparen einer Zweipersonenfamilie klassifiziert nach dem Alter der Ehefrau und nach dem Einkommen, Nachkriegszeit, Nord-Zentral USA, kleine Städte, Dörfer und Farmen (2) i. $.

Durchsch. Einkommen	Alter der Ehefrau unt. 30	30-40	40-50	50-60	60 u.m.
$ 500	60	80	75	100	+145
$ 750	50	0	1[illegible]	[illegible]	- 20
$ 1000	- 10	+ 50	+ 20	+ 20	50
$ 1250	- 5	+100	+ 90	+ 5[illegible]	+110
$ 1500	+ 80	+180	+160	+200	+325
$ 1750	+140	+240	+250	+225	+410
$ 2000	+200	+500	+335	+375	+500
$ 2500	+290		+550	+625	+640

Für weiteres Zahlenmaterial über dieselbe Relation sei verweisen auf:

a. Fisher, Janet, Income Spending, and Saving Patterns of Consumer Units in Different Age Groups, Studies in Income and Wealth, Vol. XV, S. 75 ff. und von derselben Autoren, Postwar Changes in Income and Saving among Consumers in Different Age Groups, Econometrica, 1952, S. 47 ff.

b. auf die schon mehrfach zitierten "Contributions", insbesondere auf die Tabelle 15 auf S. 128.

---

(1) Lydall, Harold, a.a.O. S. 148

(2) Brady, Dorothy S. in: Study of Savings, a.a.O. Vol. III, S. 194.

zwischen 45 und 54 Jahren (bei Morgan, in der weniger genauen Klassifizierung von Lydall zwischen 45 und 64 Jahren). Das Ausmaß des Entsparens verändert sich dabei nach geographischen Gesichtspunkten umgekehrt zur Änderung des Urbanitätsgrades. Die Sparentwicklung in den untersten Einkommensgruppen verschiebt sich auch dann nicht, wenn die Gruppierung statt an das Alter des Haushaltsvorstandes an das der Ehefrau gekoppelt wird (vgl. Tabelle II, S. 124).

2. Eine andere, bisweilen konträre Entwicklung zeigt die nächsthöhere Einkommensgruppe (in der englischen Statistik £ 200 - 399). Hier bestätigt sich am ehesten die intuitive Vorstellung, daß die Haushalte nach dem Ausscheiden der Kinder aus dem Haushalt, zu sparen beginnen können.

3. Beim weiteren Anwachsen des Einkommens verschiebt sich das relative Maximum des Sparens in immer höhere Lebensalter. Die Entwicklung wird aber vom Pensionierungsalter an gruppen- und länderweise unregelmäßig.

Aus den zitierten statistischen Daten läßt sich keine einheitliche Ordnung für die Funktion Lebensalter-Sparen erkennen. Die hyperbolischen oder parabolischen Annäherungen, die sich für die Einzelgruppen empfehlen könnten, beweisen ihrer konträren Verläufe wegen nichts gegen die Behauptung L.R. Kleins, daß in größeren Aggregaten Sparen und Lebensalter eine lineare Beziehung zueinander bilden (1). - Für das kumulierte Sparen ist - bei Ausschluß der subnormalen Gruppen - die stärkste Zunahme im Zeitabschnitt zwisvhen 35 und 55 Jahren zu verzeichnen. Die Einbeziehung der dauerhaften Konsumgüter in das Sparkonzept ändert die Lage der Spitze nicht, mindert jedoch im allgemeinen die Steilheit der Kurve vor dem 40. Lebensjahr (2). Das Halten von liquiden Vermögenswerten und Güterreserven nimmt mit dem Alter zu. Für die meisten Aktiva werden Maximalbestände zwischen dem 55. und dem 64. Lebensjahr erreicht; Ausnahmen machen die liquiden Mittel, die ihre Spitze in der Einfallsgruppe 45 - 54 haben, Lebensversicherungen, Pensionsfonds, Geschäftszinsen und Schulden erreichen ihr Maximum schon zwischen den Altersdaten 35 und 44. Nur wenige Haushalte verfügen - amerikanischen Verhältnissen zufolge - über ein Guthaben, die als Subsistenzmittel für mehr als ein Jahr ausreichen

---

(1) Vgl. Lydall, Harold, a.a.O. S. 145, Morgan, J.N., a.a.O. S. 186

(2) Goldsmith, Raymond, in: A Study of Saving..., a.a.O. Vol. I, S. 216.

würden. Das eigene Heim ist oft das einzige Vermögenselement, das über lange Perioden hinweg gehalten wird und bildet dabei eine Leistungsreserve, die die Erhaltung eines unabhängigen Haushaltes gewährleistet.
Für die übrigen Faktoren der demographischen Struktur lassen sich die Beziehungen zum Sparen wie folgt charakterisieren:

a. Die Familiengröße bestimmt die Pro-Kopf-Haushaltskosten und damit auch den Spielraum für die Sparkapazität. D.S. B r a d y (1) gibt für die partielle Regression zwischen Sparen und Familiengröße bei konstantem Einkommen die Funktionsbeziehung:

$$S = Y - A k^{b}$$

an. Darin ist A die Basis des Regressionsverhältnisses, k die Familiengröße, S das Sparen und b der Regressionskoeffizient (Y = Einkommen). Die korrelative Beziehung des überprüften Materials paßte sich am besten einem hyperbolischen Funktionsverlauf an. Weiter ergab sich aus dem amerikanischen Material, daß die Durchschnittsgröße der Haushalte sich als rückläufig erwiesen, ihre Zahl sich aber im gleichen Zeitraum vermehrt hat. Der Nettoeffekt dieser Entwicklung wirkte sich in einer Verminderung des Pro-Kopf-Sparens aus.

b. Die Regressionsanalyse des Sparens mit verschiedenen Berufsgruppen (occupation-groups) zeigte in praxi wenig substantielle Unterschiede. M o r g a n vermutet (2), daß dieses überraschende Ergebnis darauf zurückzuführen ist, daß entweder das Sparen nicht mit dem professionellen Status direkt sondern eher mit einer Kombination von Beschäftigung, Ausbildung, Einkommen und Vermögen parallel läuft, oder daß nur einzelne Sparformen eine ausgeprägte Korrelation aufweisen.

c. Für den Wohnungsstatus stellte sich heraus, daß der Spielraum für Spardispositionen am geringsten bei den Haushalten war, die bei gleichem Einkommen in Miete wohnten (3).

---

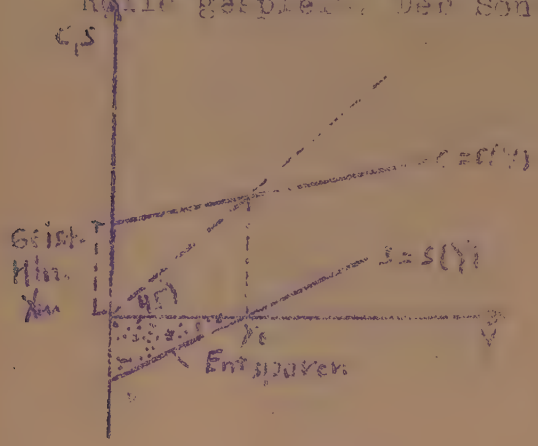
(1) Brady, D.S. Family Saving ... a.a.O. Tafeln S. 209-219
(2) Morgan, J.N. Factors Related to Consumer Saving ... a.a.O. S. 142.
(3) The Financial Positions and Commitments of Consumers. in: Fed.Res.Bull. 1954, Juli, S. 705.

2.a 9. (L e b e n s s t a n d a r d S p a r e n.
Die Erörterung einer Beziehung zwischen Sparen und dem Lebensstandard, auf der manche Hoffnung der sparlichen rekischen Ursachenforschung ruht, wird zunächst behindert durch die mang-lnde Einheit des Standardbegriffes. Zwei grundsätzlich verschiedene Interpretationen sind zunächst auseinanderzuhalten, ehe subtilere Unterschiede weiteren Namen zu Tage fördern.

a. Zunächst läßt sich unter dem Lebensstandard die Stufe des im Augenblick realisierten Konsums verstehen, als ein Resultat der Entwicklung des Einkommens, der beruflichen Situation, der Höhe des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, der Niveaus der Lohnqualitäten unter konkreten nach bestimmten Zeitzeit. Der Standard ist aber auch abhängig von der im Zeitraum Stufe bereits realisierten gesellschaftlichen Wohlfahrt. Allgemein ist diese Form des Lebensstandards das, was die französische Literatur als "Niveau de vie" bezeichnet. In dieser Definitionsweise ist die Vorstellung eines objektiven Existenzminimums als Untergrenze eines sozial vertretbaren Lebensstandards gehäuft: (physisches Existenzminimum). Dieser an realen Inhalten ausgerichtete Interpretationsansatz repräsentiert einen "objektiven" Lebensstandard.

b. Eine zweite Vorstellung geht, vorwiegend von subjektiven Momenten aus, die sich der Vorstellung jedoch ebenfalls sachlicher Wertkriterien bedient. Danach kann der Lebensstandard als ein Bündel von Normenvorstellungen gelten, die das Handeln des Wirtschaftssubjektes bestimmen. Diese Standards beruhen auf Erfahrungen des Wirtschaftssubjektes, auf Überlieferungen, auf dem Verhalten bestimmter Vorbilder und einer Reihe individueller Ziele. Diese Standards sind Indikatoren der sozialen Selbsteinschätzung, sie legen den Verbrauch bestimmter Güter an, fixieren und variieren Qualitätsvorstellungen und sind nicht zuletzt auch Triebfeder für zeitliche Einkommensübertragungen, die der Erhaltung und Förderung von Verbrauchsnormen dienen sollen. Die Inanspruchnahme des "sozial geprägten" Standards gehört zu den Voraussetzungen des sozialen Ansehens und damit [illegible] im Bereich ökonomischer Behauptung im Sozialprozeß. Die hedonistische Quintessenz dieses Strebens wird in dem Begriff Geltungsnutzen.

Für die Bestimmung einer Sparfunktion hat die zweite, subjektive Version des Lebensstandards bisher eine geringe Rolle gespielt. Der Sonderfall eines physischen Existenzminimums aus dem Bereich der objektiven Definitionsweise dagegen wurde mit der Untergrenze der Konsumfunktion C = C(Y) identifiziert (vgl. nebenstehende Skizze). Eine solche Definitionsweise ist zulässig, aber ein Determinantenelement für das Sparen kann aus dieser Fassung mit dem vermeintlichen Lebensstandard nicht abgelesen werden. Denn unglücklicherweise gibt es kein Lebensniveau, das nach seiner Erreichung als individuelles oder soziales Minimum



Konsumfunktion und Existenzminimum

gelten könnte. Ein objektiver Standard kann als Minimumstandard nicht mehr bedeuten als ein Maß für das Ergebnis wirtschaftlicher Aktivität. Der Charakter eines Elementes kommt ihm nicht zu; er kann auch nicht dazu dienen, die Armut oder den Reichtum eines Wirtschaftssubjektes zu beschreiben, denn "es ist nicht wesentlich, ob sich die, die als reich gelten, sich wirklich reich vorkommen, es kommt vielmehr darauf an, ob die Bedürftigen ihre eigene Lage an der der Reichen messen" (1). Die Ablehnung einer objektiven Untergrenze des Lebensniveaus als Spardeterminante bedeutet nicht, daß nicht andere Phasen der Standardentwicklung - zumal wenn sie subjektive Faktoren implizit berücksichtigen - einen determinierenden Einfluß ausüben. Die sogenannten Engelkurven, denen hypothetisch ein "sigmoider" Verlauf gemäß dem allgemeinen Weber-Fechnerschen Gesetz über die logarithmische Reaktion auf ein Stimulans unterstellt wird, sind möglicherweise eher als objektive Kriterien der Sparbereitschaft zu werten und als ein Bindeglied zwischen Standard und Sparen zu gebrauchen (2).

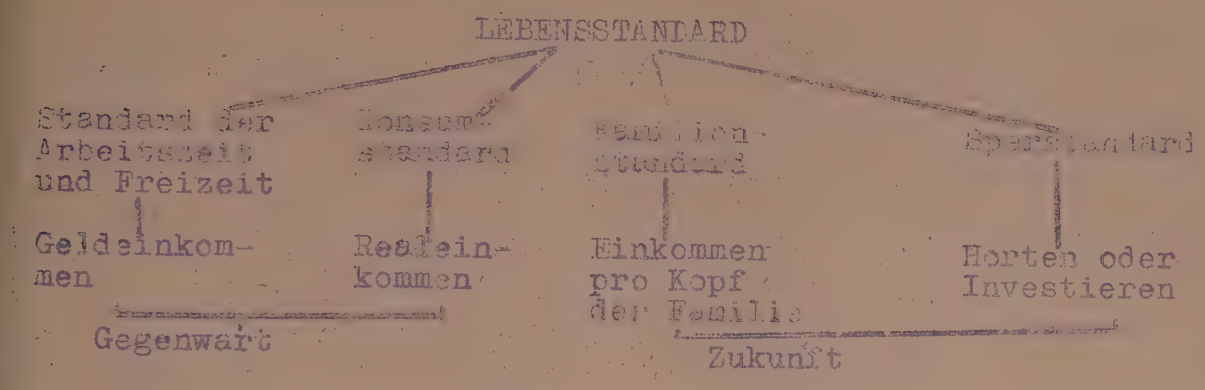
In dieser Richtung hat sich besonders die subjektiv normative Version der Standardbetrachtung entwickelt. Hier wird unterstellt, daß beim Überschreiten gewisser Reaktionsschwellen die individuelle Präferenzstruktur variiert und die Sparkapazität des Haushaltes in systematischer

---

(1) Wiese, Leopold, Über die Armut, Kölner Zeitschr. für Soziologie, 1960

(2) Aitchison, J., Brown, J. A. C., A Synthesis of Engel Curve Theory, The Rev. of Ec. Studies, 1954-55, S. 37.

Weise berührt wird. Eine Eigenheit der Standardprogression ist der irreversible Charakter der dabei geschaffenen subjektiven Verbrauchsnormen (1), die sich über gruppenweise unterlegenheitsbedingte Differenzen fortpflanzen. Für D u e s e n b e r r y (2) plant das Individuum so, daß die Nutzenmaximierung in Abhängigkeit von Konsum anderer Wirtschaftssubjekte vorgenommen wird. Um eine Bestandsanalysierung der normativen Standardelemente im Bereich der Konsumnorm hat sich P i p p i n g (3) bemüht. Er unterscheidet dabei vier gruppenbestimmte Standardtypen, die sich in der Zeitperspektive und der Art der Einkommensdisposition verschieden dokumentieren:



Zur Kritik dieses Schemas ist zu sagen, daß es zwar ermöglicht, einzelne Wirkungskomponenten zu isolieren, andererseits aber den Eindruck erweckt, als ob die einzelnen Determinationsbeziehungen divergieren. Die Frage nach der inneren Dynamik der einzelnen Wirkungskomponenten ist nicht gelöst. Weiterhin spricht wenig dafür, den Sparstandard sachlogisch und systematisch mit dem Konsumstandard zu koordinieren, denn die Einbeziehung von subjektiven Standardvorstellungen übt in erster Linie durch die Modifikation der Konsumnorm einen Effekt auf das Sparen aus und bedeutet für es im wesentlichen eine Änderung seiner Rolle als Medium zeitlicher Wertausgleichsdifferenzierung. Die Einführung einer psychologischen Dimension in das Bild der Komponenten in der Form des angestrebten Niveaus (level of aspiration) vermag das Bewegungsmoment der Standardentwicklung etwas deutlicher zu machen; dieses angestrebte Niveau ist Antriebs-

(1) Weingarten, Ives, Im Gleichgewicht Inkompressibilität, Economia Aperiodica 1948 S. [illegible]
(2) Duesenberry, James S., Saving ... a.a.O. S. 37
(3) Pipping, Hugo, The Concept Standard Life, in Economic Essays in Honour of Gust. Cassel, London 1933, S. 516.

moment des Verhaltens. Es liegt unter dem idealen Niveau. Aus einem Verhältnis zum realisierten Niveau resultiert die Befriedigung und Aktivierung, die Resignation des Sparers und das Bilden geht die weitere Verhaltensbereitschaft und läßt eine Nonsaversionen hervor. Um die Bewertung des Niveaus als Handlungsdeterminante haben sich bemerkenswerterweise besonders C a n t r i l , C e n t e r s und K a t o n a bemüht (1). Die Quantifizierung von Elementen des Sparens für eine aussagefähige ökonomische Beziehung steht noch in den Anfängen. Die Einführung als exogene Variable in ein Determinationsmodell ist, besonders des mangelnden Basismaterials wegen, nur sehr begrenzt möglich.

2.a.12. (Z u s a m m e n f a s s u n g) Welche Bedeutung hat nun die Einführung einer empirisch-stochastischen Determinationsuntersuchung für das Verhältnis des Sparens zur sozialen Sicherung?

a. Es hat sich gezeigt, daß die Stellung des Einkommens innerhalb eines ursächlichen Bestimmungsverhältnisses des Sparens nicht so dominierend ist, als daß die institutionelle Ordnung der sozialen Sicherung allein allein an ihr orientieren könnte, wenn sie versucht, eine Vorstellung über die individuelle Belastbarkeit und das subjektive Handlungsresultat zu gewinnen. Mit Hilfe der Sondierung durch empirische Korrelationsbeziehungen läßt sich die Beteiligung anderer relevanter Kriterien de facto und quantitativ erkennen.

b. Nur wenn es hinreichend gelingt, die Rolle des ungebundenen Sparverhaltens sich quantitativ darzustellen, können die sozialpolitischen Maßnahmen der Vorsorge auf ihre d u r c h s c h n i t t l i c h e Zweckerfüllung im Individualbereich untersucht werden; nur so können gewisse, ökonomisch und sozial sinnvolle Abgenzungen zwischen den Bereichen des obligatorischen und freiwilligen Sparens gewonnen werden.

c. Die Untersuchung einzelner Korrelate und Hinweise auf den Tätigkeitsverlauf einzelner Verhältnisse fördert eine Revision der zweifelhaft gewordenen Annahme einer Minimalversorgung im Sinne der sozialen Sicherung.

---

(1) Centers, Richard, Cantril, Richard Hadley, Income Satisfaction and Income Aspiration, Journal of Abnormal and Social Psychology, 1946, S. 64 ff. - Katona, George, Psychological Analysis, a.a.O. S. 92 u. 121

d. Die quantitativen Beziehungen, die sich aus den empirischen Zeit- und Querschnittreihen bilden lassen, erlauben in begrenztem Maße die Wirkungen stimulierender sozialer Maßnahmen vorauszuberechnen.

Während die empirische Analyse darauf hinzielt, möglichst alle an der Sparbestimmung beteiligten Variablen zu berücksichtigen, ist eine rationale Analyse des Sparzusammenhangs auf eine engere Gruppe der wichtigsten Variablen gerichtet und versucht den Determinationszusammenhang nach bestimmten Handlungsmaximen zu ordnen. Die empirische Korrelationsanalyse hat zwar in der komplexen Form der multiplen Korrelation eine Verfeinerung hervorgebracht, daß in der Lage ist, eine Vielzahl von Durchschnittswerten in den Bestimmungszusammenhang einzuführen, so wie es L.R. K l e i n über J. N. W h i t g a n für das Sparen in allerdings vorwiegend makroökonomischen Systemen zeigten (1). Aber diese Korrelationen eröffnen ex constructione keine Freiheitsgrade für Variationen einzelner Bestimmungselemente in Richtung auf ein individuelles Plangleichgewicht, ein Planoptimum oder maximum. Eine solche Möglichkeit ist den normativen Modellen vorbehalten. Ziel dieser anderen analytischen Orientierung ist die Vorbereitung eines ex ante Modells, das durch eine einfache Konstruktion das Übersehen wichtiger Größenbeziehungen und Antizipationen erlaubt. Die empirische Analyse nimmt bei dieser Änderung des Untersuchungsverfahrens die Stellung einer Materialsammlung ein und ermöglicht dazüberhinaus eine quantitative und auch qualitative Kontrolle der Modellannahmen.

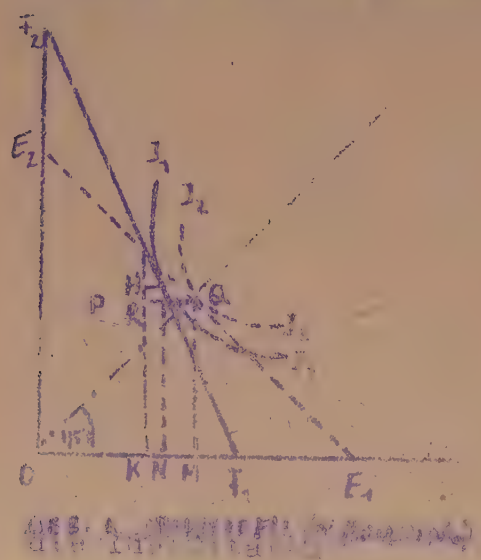
---

(1) Klein, L.R. in Contributions ... a.a.O., Jahrbuch S. 215. Vgl. ferner vom selben Autor: Assets, Debts, and Economic Behavior, a.a.O. S. 220 - 227, und Estimating Patterns of Saving Behavior, a.a.O. 446. Morgan, James N. in Contributions ... a.a.O. Jahrbuch S. 140 ff.

b funktional rationale Elemente der Sparbestimmung.

2.b.1. Es ist zweckmäßig, bei der Untersuchung einer rationalen mikroökonomischen Sparplanung gleich zu Beginn zwei analytische Betrachtungsweisen auseinanderzuhalten: die langfristige, die wir bisher schon als lebenszyklische Analyse kennen gelernt haben und die kurzfristige. Die beiden analytischen Aspekte unterscheiden sich wesentlich in der Einstellung zum Problem der Ungewißheit künftiger Ereignisse, im Rationalitätsgrad der damit verknüpften individuellen Entscheidungen und im prozessualen Charakter des Ablaufes. Je länger der Planungszeitraum ist, desto geringer wird die Bedeutung des Unsicherheitsmomentes im Gefüge des Plansystems et vice versa für die Planelemente, die typisch lebenszyklisch sind. Dieses Paradoxon läßt sich - grob gesehen - aus dem Zwang gewisser Wechsellagen des menschlichen Lebenszyklus erklären (1). Da es in der hier vorgenommenen Untersuchung vor allem auf die langfristige Version ankommt, können aus der kurzfristigen Analyse nur einige allgemein wichtige Daten skizziert werden.

2.b.2. In zwei Dimensionen läßt sich die Alternative Verbrauchen oder Sparen für zwei Perioden oder Periodengruppen in einer planen Koordinatenhalbebene darstellen.



Eine solche Technik ist von V. Pareto, by Stackelberg, K.E. Boulding u.a. angewandt worden (2): Boulding geht in seiner statischen Studie von der Annahme aus, daß in zwei aufeinanderfolgenden Perioden einem Haushalt die Einkommen Y_1 und Y_2 zufließen, konsumiert wird entsprechend C_1 und C_2; auf Akkumulationen wird verzichtet, die zeitliche Einkommensübertragung ist dann Zinssatz i völlig elastisch. Nur die beiden betrachteten Perioden spielen [illegible] die Nutzenbetrachtung dann

(1) Diese Einstellung zum Unsicherheitsmoment hat nur wenig [illegible] das Modell von Hicks [illegible] Ignoranz?
(2) Vgl. Ricci, Umberto, Der Sparen in der Individualwirtschaft, ZfN, 1935, S. [illegible] ff. - v. Stackelberg, Beitrag [illegible] a.a.O. S. 187 ff. Boulding, Kenneth, E., Economic Analysis, London 1948, S. 746 f

$$Y_1 + Y_2 + (Y_1 - C_1) i = C_1 + C_2 \quad \text{oder}$$

$$C_1 (1 + i) + C_2 = Y_1 (1 + i) + Y_2$$

Die Gleichungen sind linear, die daraus resultierenden Geraden E_1E_2 beim Zins $i = o$ und F_1F_2 beim Zins $i > o$ geben die Konsumkombinationen an, die in den beiden Perioden bei einem Einkommen von $Y_1 + Y_2$ möglich sind. Für die Gerade E_1E_2 wird die beste Kombination auf der Indifferenzkurve I_1I_1 gebildet. Je nachdem, ob die Konzentration des Einkommens für das beobachtete Wirtschaftssubjekt in die Periode 1 oder 2 fällt, bedeutet die Existenz eines positiven Zinssatzes eine Verbesserung oder Verschlechterung der Wohlfahrtslage des Haushaltes. In Abb. A wird das Wirtschaftssubjekt bei einer Konzentration des Einkommens in der zweiten Periode zunächst $\overline{ON}$ konsumieren und für die erste Periode dazu $\overline{KN}$ ausleihen; in der folgenden Periode wird es $\overline{NP}$ konsumieren und $\overline{KN}$ zurückzahlen. (Im letzten Vorgang ist der Sparakt des Haushaltes zu suchen). Die Existenz des Zinssatzes verschlechtert die Wohlstandslage des Haushaltes, denn die höhere Indifferenzkurve I_1I_1 beim Zinssatz $i = o$ muß bei den vorgegebenen Dispositionen zugunsten der niedrigeren I_2I_2 aufgegeben werden.

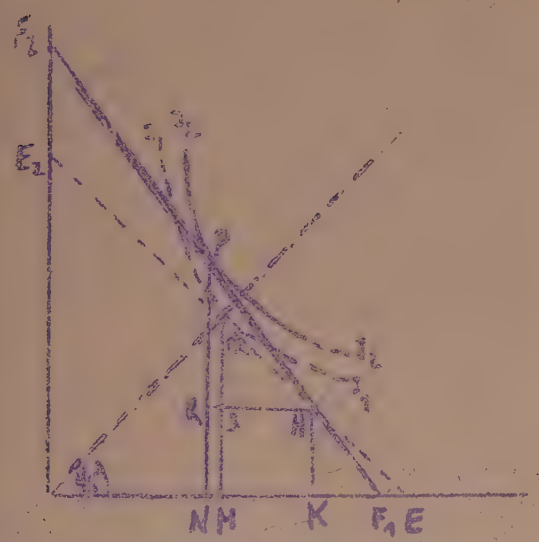


Abb. B, Wohlfahrtseffekt (nach Boulding).

Der Optimalpunkt wandert für die Aufteilung des Verbrauchs von Q nach P. Dieser Vorgang vollzieht sich auch bei einer für den Haushalt umgekehrten Einkommenskonzentration in der ersten Periode (Abb. B). Der Wohlfahrtseffekt des Zinses ist nunmehr umgekehrt. In der ersten Periode erhöht sich der Sparbetrag von $\overline{MK}$ auf $\overline{NK}$. Die Rückzahlungen der Ausleihen von $\overline{NQ}$ auf $\overline{RP}$. Beim Vergleich der beiden Vorgänge läßt sich sich beobachten, eine positive Zinsrate führt immer dazu, daß in der ersten Periode weniger konsumiert wird als in der zweiten, da : immer oberhalb der Linie OQ liegt (1). Damit äußert sich in diesem voraussetzungsarmen, hypothetischen Modell die klassische Antinomie zwischen Sparhöhe und Zinshöhe.

---

(1) Boulding, Economic Analysis, a.a.O. S. 749.

2 b.2. Das einfache Spurmodell von Koelzing, das als Beispiel für eine größere Zahl ähnlicher Formulierungen gelten kann, schafft einen Funktionszusammenhang zwischen Einkommensgröße, Verbrauch und Zins in unmittelbar aufeinanderfolgenden Perioden der Hauswirtschaft. Der Abstraktionsgrad des Modells ist so groß, daß z.B. die Bedeutung des Zinseinkommens in offenem Widerspruch mit den Ergebnissen der empirischen Untersuchung gerät; und dennoch ist diese Beziehung ein methodisch wertvoller Ansatz für den Zugang zu komplexeren funktionalen Modellen. Die Kritik der Beziehung richtet sich bei dieser bewußten Vereinfachung deshalb sowenig wie keine nicht gegen die Resultate, sondern gegen die Annahmen. Dazu ist im einzelnen folgendes zu bemerken:

a. Das Modell Bouldings unterstellt die Gültigkeit der ordinalen Nutzentheorie im Sinne Paretos. Damit wird ein geordnetes Präferenzfeld des Wirtschaftssubjektes vorausgesetzt, d.h. es wird angenommen, daß das Wirtschaftssubjekt in der Lage ist, ein künstliches Güterbündel oder ein Budget q mit einem anderen zu vergleichen und zwar so, daß q anderen Bündeln vorgezogen wird, andere Bündel q vorgezogen und gewisse Bündel oder Budgets zu q indifferent angesehen werden (Erfüllung des Ophemilitäts-, des Transitivitäts- und des Grenzpostulates der Nutzentheorie) (1).

b. Die Ordnung des Präferenzfeldes ist weiter abhängig von einer sogenannten Integrabilitätsbedingung (2), der zufolge sowohl die marginale Substitution als auch die Nachfragekurve als Annäherungen an das individuelle Präferenzfeld anzusehen sind. Der Nutzen U und die Substitutionsrate R stehen in einem funktionalen Zusammenhang $U = f_1 R$, wobei $f = f(q_1 \ldots\ldots q_n)$ eine Funktion der Koeffizienten der Vergleichsbudgets bildet. Die Kontinuität der Substitution und die Verallgemeinerung dieses Tatbestandes in der Indifferenzkurve sind der Kritik ausgesetzt, daß dem handelnden Individuum nur jeweils eine eng begrenzte Zahl alternativer Wahlmöglichkeiten offen stehe (3). Das Axiom, daß sich durch eine getroffene Güterauswahl tatsächlich eine individuelle Präferenz offenbart,

---

(1) Vgl. Georgescu-Roegen, Nicholas, The Theory of Choice and the Constancy of Economic Laws, Quat. Journal of Economics, 1950, S. 125 ff.
(2) Wold, Herman, a.a.O. S. 82 f.
(3) Fittig, Gerhard, Die Indeterminiertheit des Preissystems, Jahrb. f. Soz Wiss. 1951, S. 72 - Hahler, Heinz, Bemerkungen zur Haushaltsökonomik, Z.f.ges Staatswiss. 1955, S. 577 ff. (beide mit Hinweis auf die Kritik v. Hans Mayer).

gilt dabei gleichfalls als sehr speziell. In einer allgemeineren Formulierung müßte Platz sein für Situationen, in denen das Individuum etwa spieltheoretische oder andere Strategien anwendet. Die Notwendigkeit zu einer solchen Ausweitung besteht nur solange nicht, als geordnete Bedürfnisse und vollständiger Wertbewerb angenommen werden können.

c Neben die Ordnung des Präferenzfeldes tritt bei der zeitinvolvierenden Sparanalyse die Ordnung des Transformationsfeldes. Die Transformationsbedingungen hängen darin von besonderen Zinskonstellationen ab. Unter dem Einfluß von Unsicherheitsmomenten sind die zeitlichen Transformationsgleichungen, wie sie auch Boulding angibt, nicht mehr allgemein gültig. Theoretisch kann zur Behebung dieses Mangels Sicherheit angenommen werden oder die höchste Wahrscheinlichkeit künftiger Ereignisse (Erwartungen) als Sicherheit betrachtet werden (1). "We may call this situation the situation of a game of chance and consider it as a better although still incomplete approximation to reality" (2). Eine solche Neuformulierung der Nutzentheorie geschieht bei Neumann, Morgenstern oder Ramsay (3) ohne die Vorstellung einer Indifferenzkurve und unter Annahme bestimmter Wahrscheinlichkeitsverteilungen. Eine Maximierung des erwarteten Nutzens in einem solchen Modell ist von den beiden Axiomen abhängig: 1. daß ein Individuum eine vollständige Ordnung seiner Bedürfnisse hat und daß es 2. imstande ist, sich eine Kombination von mindestens zwei Bedürfnissen vorzustellen. Das Pendant des Spiels als Schema der Verhaltensweise in den individuellen Auseinandersetzungen mit der Ungewißheit stellt die Versicherung dar. Arrow gibt für die

---

(1) Das Wahrscheinlichkeitskalkül kommt dabei neben den schon diskutierten Anwendungsbereichen in ökonomischen Modellen zur Bildung rekursiver Systeme und in der Stichprobe zum Vollzug der Regression der kleinsten Quadrate zu einem dritten Verwendungsgebiet innerhalb der spartheoretischen Diskussion.

(2) Marschak, Jakob, Money and the Theory of Assets, Econometrica, 1938, S. 320.

(3) Morgenstern, Oskar, Die Theorie der Spiele und des wirtschaftlichen Verhaltens, Jahrb. f. Soz. Wiss. 1950, S. 113 ff. u. Arrow, Kenneth J., Alternative Approaches to the Theory of Choice in Risk-Taking Situations, Econometrica, 1951, S. 423.

Rationalität dieser Handlungsmuster folgende Regel: die Versicherung ist dann rational, wenn die Nutzenfunktion eine durchschnittlich abnehmende Ableitung im Intervall zwischen zwei möglichen Einkommen hat, während Spiel dann rational erscheint, wenn dieselbe Funktion eine vorwiegend zunehmende Ableitung hat (1). Boulding gewährt in seinem Modell wohl Raum für die Psychologie der Bewertung, aber nicht für die der Entscheidungen und Strategien (2), die auch im Bereich des Sparens weit verbreitet sind. Die üblichen Gedanken von Gleichgewicht und Lösungen sind unter einer revidierten Axiomatik kaum mehr zu gebrauchen; auf die Bedeutung der Varietät der Axiomatik für eine rationale Spartheorie kann hier nicht weiter eingegangen werden (3).

d. Die Bindung an das zweidimensionale Indifferenzkurvensystem - und die damit verbundene Nutzenanalyse - verhindert eine variablere Einführung des Zeitelementes und ermöglicht damit kaum Anhaltspunkte für eine lebenszyklische Hypothese individuellen Sparverhaltens.

Ähnliche Einsichten wie durch das Gleichgewichtsschema des Sparens bei Boulding empfängt der Leser bei G.

---

(1) Arrow, K.J.a.a.O. S. 426. - Eine andere - auf der Indiffrenzkurvenanalyse basierende Lösung des Problems der Verhaltensantinomie Spiel - Versicherung hat Boulding selbst in anderem Zusammenhang gegeben: i. A Reconstruction of Economics, a.a.O.S.118ff.

(2) Einen Schritt über die orthodoxen Spieltheoretiker hinaus geht auf diesem Wege Jakob Marschak in Rational Behavior, Uncertain Prospects and Measurable Utility, Econometrica, 1950, S. 111 ff. Er bildet einen Raum-Zeit-Begriff der Güter, worin die zeitlichen Dimensionen, die zu beobachtenden Zeitintervalle $t_1, \ldots t_n$ darstellen. Jeder Punkt des umschriebenen Raumes repräsentiert eine sogenannte "Geschichte", das heißt den Verbrauch der Mengen $x_1 \ldots x_m$. Die Summe der einzelnen Geschichten in diesem Raum machen eine Zahl N aus, die die Anzahl der Dimensionen bestimmt. Die Wahrscheinlichkeit jener "künftigen Geschichte", die sich gegenseitig ausschließen, bilden die Koordinaten der Punkte des Systems. Anstelle des Nutzens wird das komplexe Substitut des "Prospektes" gemessen. Für ihn hat die Theorie der Wahlhandlungen durch statistische Hypothesen über den Grad der Information einen neuen Aspekt erhalten.

(3) Zu anderen Varianten theoretischer Axiomatik: Vgl. Thrall, C.M.a.O., David, Decision Processes, London, New York 1954.

R i c c i. Hier wie dort wird angenommen, daß das Individuum versucht, eine Gleichheit zwischen den Grenznutzen des Einkommens der beiden Perioden herzustellen (1). Die ähnlichen Voraussetzungen führen erwartungsgemäß zu einem ähnlichen Prinzip des Sparmechanismus, nämlich daß das individuelle Angebot an Ersparnissen und die Höhe des zukünftigen Einkommens in jeweils umgekehrtem Sinne schwanken. Ricci berücksichtigt in seinem Sparmodell außerdem Geldwertschwankungen und Variationen des Zinsfußes, ohne dabei die ceteris paribus-Klausel aufzugeben.

2 b 4. Über eine größere Zahl von Annahmen verfügt das Modell von S t a c k e l b e r g. Der Vorgang zur Lösung langfristiger Sparprobleme wird bei ihm dadurch gefördert, daß er die Zweidimensionalität des bisher unterstellten, elementaren Schemas verläßt und darauf hinarbeitet, alle möglichen n-jährigen Einkommenslagen des Sparers als Punkte im positiven Quadranten eines n-1 dimensionalen Koordinatensystems darzustellen. Dabei bilden indifferente Einkommenslagen eine n-1 dimensionale Mannigfaltigkeit, darstellbar - soweit die Integrabilitätsbedingung ihrer Differentialgleichung erfüllt ist - durch eine einparametrige Schar, deren Differentialgleichungskoeffizienten die Grenzraten der Substitution repräsentieren (2). Zur Kritik dieses Verfahrens sei auf die Erläuterungen zum Faktum der Substitutionsrate im Anschluß an Boulding's Modell verwiesen. Von Stackelberg nimmt eine Qualifikation der Perioden durch Einführung der Böhm-Bawerkschen Hypothese von der Knappheit künftiger Bedürfnisse an (3). Mit einer Naturursachen, der "Kürze und Unsicherheit" des Lebens kommt er zu einer spezifischen Ophemilitätsfunktions über die Zeit des Lebenszyklus, aus der er bei freier Wahl der Laufzeit einer Kapitalanlage den ökonomischen Vorteil einer Zeit- oder Leibrente ableitet (4). Daß er bei seinen weiteren Deduktionen mit der Maßeinheit des absoluten Existenzminimums arbeitet, vermindert den Erkenntniswert seiner Studie nur in bezug auf die daraus abgeleiteten Größenverhältnisse. Für den Zins sieht von Stackelberg einen starren Mechanismus nur in bestimmten Bereichen vor; besonders in Extremfällen variiert er den Determinationscharakter des Zinssatzes. Im ganzen bedeutet die Analyse von Stackelberg eine Auflockerung des engen Funktionalzusammenhangs und eine stärkere Differenzierung des Zinselementes, ohne daß dabei die Grundlagen eines rationalen Sparmodells aufgegeben werden.

---

(1) Ricci, Umberto, a.a.O. S. 230
(2) Von Stackelberg, Heinrich, a.a.O. S. 174
(3) Vgl. hierzu auch in dieser Arbeit S. 102 f
(4) Von Stackelberg, a.a.O. S. 185

2 b 5 Die traditionelle Theorie des geordneten Präferenzfeldes als Basis einer Hypothese der Sparentscheidungen beschäftigte für den Fall eines lebenszyklischen - also mikroökonomischen langfristigen - Modells F.P. R a m s a y (1). Er hält ähnlich wie h i c k s , J.R. H i c k s , J. T u e s e n b e r r y und T. S c i t o v s k y (2) an der vorwiegend abstrakten Nutzenbetrachtung fest, nicht jedoch ohne spezifische Elemente einzuführen, die eine Anwendung seines Modells auf das Problem lebenszyklischen Sparens erlauben. Wichtigste Annahme ist bei Ramsay, daß die Genußrate eine Funktion des Kapitals sei, und der Genuß sich asymptotisch einer endlichen Grenze (maximum obtainable rate of enjoyment) nähere. Wenn die Zinsrate für Warten und der Grenznutzen des Konsums verschwinden, ist für ihn dieser Idealzustand erreicht. Die makroökonomische Konstruktion seines Modells unterscheidet sich von der mikroökonomischen nur dadurch, daß die Verhaltensweise einer Gesellschaft auf einen unendlichen Zeitraum gerichtet ist, während dem Einzelnen eine beschränkte Lebenszeit (T) eine separate Verhaltensvorstellung aufoktroyiert. Die Einführung der Lebenszeit bewirkt, je nach den Erwartungen ihrer Dauer, eine Modifikation des aktuellen Genußmaximums in ein zeitlich differenziertes. Je größer K (das modifizierte Maximum) ist, also je länger die Lebenserwartungen sind, desto größer wird die Sparrate sein.

$$S = \frac{K - (U(x) - V(a))}{u\ (x)}$$

(K = zeitabhängiges Genußmaximum, U(x) = gesamter Konsumnutzen, V(a) = gesamtes Arbeitsleid, u(x) = Grenznutzen des Konsums). Das zeitabhängige K ist von der Vielzahl der aktuellen Maxima (B) durch

$$K = \int_0^{\infty} (B - U(x) - V(a))\, dt$$

bestimmt. - Eine weitere Modifikation seines Basismodells läßt Ramsay mit der Einführung eines zeitlichen Nutzenabkommens zu, einer subjektiven Rate (ρ), die sich von einer monetären Diskontrate (r) unterscheidet. "My marginal rate of discount for money is therefore necessa

---

(1) Ramsay, F.P. A Mathematical Theory of Saving, Economic Journal, Bd. XXVIII, 1928, S. 543 ff.
(2) Hicks, J.R. Value and Capital, Oxford 1946, S. 227 ff. - Hicks, J.R. Tuesenberry, S.S. Income, Saving, a.a.O. S. 6 ff. - Scitovsky, Tibor, Capital Accumulation, Employment and Price Rigidity, Rev. of Ec. Studies, 1940/41, S. 69 ff.

rily r but my rate of discount for utility may be quite different, since the marginal utility of money to me may be varying by my increasing or decreasing my expenditure as time goes on" (1). Die Differenz zwischen den beiden Raten determiniert für Ramsay die Entwicklung des Funktionalzusammenhangs entweder zu einem Grenznutzen des Konsums, der als unendlich angesehen werden kann ($\rho > r$) und bei dem der Konsum auf das Subsistenzniveau fallen wird, wenn die Möglichkeiten zu leihen erschöpft sind; umgekehrt wird bei $r > \rho$ der Effekt der Minderung des Grenznutzens des Konsums beschleunigt und die relative Bedeutung hoher Einkommen gemindert (2).

Das Besondere an dem Modell Ramsay ist in bezug auf unsere mikroökonomische Analyse:

a. Die Einführung eines relativen, zeitlichen Nutzenmaximums in Abhängigkeit von der individuellen Lebensdauer,

b. die Ableitung des Sparens aus dem zeitabhängigen Nutzenmaximum, der Differenz aus Konsumnutzen und Arbeitsleid und dem Grenznutzen des Konsums (vgl. die erste Formel auf S. 138)

c. die Einführung spezieller Determinationselemente durch das Größenverhältnis von subjektivem und monetärem Zeitdiskont

d. das Nutzenkonzept stützt sich auf einen erwarteten Nutzen, dessen a priori - Verteilung als Verhaltenspostulat gilt (Wahlakt unter Annahme von bestimmten Wahrscheinlichkeitsverteilungen des Nutzens), ein Axiom, das sich später wieder bei Neumann, Morgenstern und Marschak findet

Kritisch ist gegen Ramsay einzuwenden, daß das vorgeschlagene Sparmodell ex hypothesi nur gleichgewichtig konstruiert werden kann, wenn die Genußkapazität und das Maß des Arbeitsleides invariant sind; Genuß und Sparopfer müssen unabhängig berechnet und addiert werden können. Die dynamische Expansion des Geltungsnutzens kann unter einer solchen Annahme nicht erfaßt werden. Unter diesem Gesichtspunkt muß es zum zweifelhaft erscheinen, ob die Nutzenmaximierung als konstante Verhaltensmaxime gegenüber der Standardnorm, innerhalb eines sozialen Status eine "gute Figur zu machen", gehalten werden kann (3). Die Möglichkeit, eine sozialpsychologische Variable in das Sparmodell einzuführen,

---

(1) Ramsay, F.P. a.a.O. S. 553
(2) Ramsay, F.P. a.a.O. 554
(3) Vgl. Thrall, Coombs, Davis, a.a.O.

ist bei Ramsey nicht vorgesehen. Die Diskrepanz mit der Ramsey sein Modell vorgeführt hat, vermag aber nicht darüber hinwegzutäuschen, daß ein derart komplexes theoretisches Gebäude zumindest einer teilweisen statistischen Verifizierung bedarf, ehe der Analytiker aus einer solchen Konstruktion praktische Einsichten gewinnen kann.

2.b 6. Dennoch hat gerade die Arbeit Ramsays wesentlichen methodischen Anteil an Versuchen, eine gewisse Synthese zwischen dem rationalen und empirischen Instrumentarium der Sparthaorie herbeigeführt zu haben, in der sowohl ökonomische Verhaltensrationalität als auch de facto Regeln des sozialen Verhaltens enthalten sind. Zu solchen Versuchen kam es in den letzten Jahren vor allem durch James T o b i n , W. H a m b u r g e r , F. M o d i g l i a n i und R. B r u m b e r g. Besonders das Konzept Modiglianis und Brumbergs verspricht der angewandten Theorie wichtige Hinweise.

3. Die mikroökonomische, lebenszyklische Sparfunktion auf der Basis statistischer Querschnittsbeziehungen (unter Zugrundelegung des Modells von Modigliani und Brumberg).

3.1. Für Modigliani und Brumberg ist der Gegenwartswert aller vom Wirtschaftssubjekt erwarteten Einkommensquellen gleich der Summe des Gegenwartswertes aller seiner marktgängigen Vermögenswerte, seines laufenden und erwarteten künftigen Arbeitseinkommens. "Wenn die individuelle Nutzenfunktion in erster Ordnung homogen bezüglich des Konsumstreams in verschiedenen Altersstufen ist, ist die Beziehung zwischen Konsum in einem bestimmten Lebensalter und den Subsistenzquellen der ganzen Lebenszeit einfach proportional".(1)

$$C_t = b_{1t} Y_t + b_{2t} Y_t^e + b_{3t} a_t$$

Dabei stellt C_t den laufenden individuellen Konsum, Y_t das Nichteigentumseinkommen, Y_t^e das im Zeitpunkt t erwartete durchschnittliche Nichteigentumseinkommen, a den Gegenwartswert der Vermögensteile des Haushaltes das. Die Parameter b_1, b_2, b_3 sind vom Alter t des Konsumenten, von seinen Lebenserwartungen und seinen Verdienstmerkmalen abhängig. Dieser Beziehung liegen drei Formen von Annahmen zugrunde, die für die Kritik des Konzeptes von unterschiedlicher Bedeutung sind: 1. modelltypische, 2. modellvereinfachende und 3. materialbedingte.

<u>Modelltypische Annahmen:</u>

a. Derjenige Anteil der gesamten Einkommensquellen eines Haushaltes, der in einem gegebenen Jahr τ der verbleibenden Lebensspanne dem Konsum zugeführt wird, ist nur von den Bedürfnissen und nicht von den gesamten Einkommensquellen v_t abhängig, d.h.

$C = \gamma_\tau^t \cdot v_t$, wobei γ_τ^t die von den Bedürfnissen zum Verbrauch bestimmten Teile der Einkommensquellen benennen.

b. Alle Werte von γ_τ^t sollen gleich sein, d.h. der hypothetische Haushalt konsumiert in gleichen Raten:

---

(1) Brumberg, Richard, An Approximation to the Aggregate Saving Function, The Economic Journal, 1956, S. 66.- Modigliani, F. Brumberg, R. a.a.O. für die weiteren Zusammenhänge

$$\sum_{=t}^{L} \gamma^{t} = 1 - (L + 1 - t)_{t} = \frac{1}{L_t}, \text{ wobei}$$

$L_t = L + 1 - t$ die dem Haushaltsvorstand beim Alter t verbleibende restliche Lebensdauer bezeichnet. (L - ökonomisch relevante Lebensspanne insgesamt).

c. Der laufende und der geplante Konsum sind als Funktion des laufenden und geplanten diskontierten Einkommens anzusehen:

$$\bar{C} = f(v_c, t, \quad), \text{ bei } \quad = t, t+1, \ldots, L,$$

d. Die Anwendung der Grenznutzenanalyse. Maximiert werden soll die Funktion:

$$U = U(C_t, C_{t+1}, \ldots, C_L, a_{L+1}) \qquad (2)$$

e. Die Sparmotive der Vorsicht und der Unsicherheit werden ihrer geringen Bedeutung für das lebenszyklische Sparen wegen, im Untersuchungsmodell vernachlässigt

Modellbestimmende Annahmen:

a. Das Preisniveau der Konsumgüter soll sich im Zeitablauf nicht wesentlich ändern.

b. Der Zinssatz r soll gleich null sein.

Materialbedingte Annahme:

Der Mangel an verfügbaren Daten synchroner Art über Alter, Guthaben und durchschnittlich erwartete Einkommen zwingt dazu, die Grenzneigung zum Konsum als Substitut auszunützen (1).

Ohne auf die Einzelheiten der Ableitung einzugehen, läßt sich aus dem Modell Modigliani's und Brumbergs ableiten: Der laufende Konsum ist determiniert durch die Beziehung:

$$C = f(Y, Y^e, a, t) = \frac{1}{L_t} Y + \frac{N-1}{L_t} Y^e + \frac{1}{L_t} a$$

In dieser Gleichung bedeutet N die Verdienstspanne des Wirtschaftssubjektes und a den akkumulierten Nettowert.

---

(1) Modigliani, Brumberg, a.a.O. S 399 f.

(2) Bei den Vermögenswerten wird angenommen, daß weder Erbschaften angetreten, noch solche hinterlassen werden. $a_1 = 0$; $\bar{a}_{L+1} = 0$. (Ein Querstrich über einer Funktionsgröße bedeutet Maximalwert der korrespondierenden Gleichung).

für das Sparen folgt daraus:

$$S = Y - C = \frac{L - t}{L_t} Y - \frac{N - t}{L_t} Y^e - \frac{1}{L_t} a$$

Nur weil bisher keine synchronen Daten über Alter, Guthaben und durchschnittlich erwartete Einkommen existieren, kann diese Formel nicht für praktische Probleme verwendet werden, eine Modifikation ist mit Hilfe der Grenzneigung zum Konsum möglich.
Der Übergang von stationären zu nichtstationären Querschnittsdaten ist deshalb nötig, da die Haushalte am Beginn ihrer Existenz nicht erwarten, während ihrer ganzen aktiven Verdienstperiode ein konstantes Einkommen zu haben und weil nicht erwartet werden kann, daß sie in jedem Augenblick des Lebenszyklus ihre Erwartungen erfüllt sehen. Nur wenn diese Bedingungen tatsächlich erfüllt wären, würden sich laufender Konsum und Sparen proportional zum laufenden Einkommen verhalten. Das nichtstationäre Element eines Querschnitts soll in folgender Formulierung zum Ausdruck kommen (1):

$$S = \frac{1}{L_t} Y^e + \frac{L - t}{L_t} (Y - Y^e) - \frac{1}{L_t} (a - a(Y^e, r)).$$

Aus dieser Beziehung geht hervor:

a. daß Sparen ein konstanter Bruchteil der "permanenten Komponente" des Einkommens ist, unabhängig vom Alter und Einkommen; der angezeigte Bruchteil entspricht genau dem Sparverhältnis eines stationären Gleichgewichtes der Querschnittshaushalte,

b. daß Sparen ein Bruchteil der "nichtpermanenten Komponente" des Einkommens ist, d.h. des Überschusses des laufenden über das durchschnittlich in der Zukunft erwarteten Einkommens (vom Alter abhängig und im allgemeinen größer als der erste Summand),

c. daß Sparen von einem negativen Bruchteil abhängig ist, der seinerseits vom Alter undden Überschußguthaben bezüglich der "permanenten Komponente" des Einkommens abhängt.

3.2. Ohne die Einzelheiten der weiteren Ableitung zu berühren, weil das nur auf eine Wiederholung der Originaldarstellung hinauslaufen könnte, seien hier an Ergebnissen der Modelluntersuchung angeführt: 1. Nur Haus-

(1) Modigliani, Brumberg, a.a.O. S. 404.

halte, die über dem Einkommensniveau liegen, auf das sie sich verhaltensmäßig angepaßt haben, sparen übermäßig große Beträge, solche, die unter diesem Niveau liegen, sparen wenig oder entsparen. Das Verhältnis des Einkommens, das in einer bestimmten Einkommenskategorie gespart wird, variiert weniger nach Zeit und Raum als nach dem Verhältnis des gesparten Einkommens bei einem gegebenen Einkommensniveau (Ergebnis der Analyse von Brady und Friedman) 2. Neigung und Schnittpunkt der maximal erwarteten Kurve des Einkommens hängt vom Grad der kurzfristigen Variabilität des Einkommens und der Elastizität der Erwartungen ab. 3. Die individuelle marginale Sparneigung variiert mit dem Alter, solange der Haushalt in der Verdienstperiode steht: die Einführung einer linearen Altersvarialbe in die Regression von Konsum, Einkom und Vermögenswerten ist von geringem Wert, da sich Alter nicht linear verhält; allein eine Untersuchung des Verhaltens auf jeder Altersstufe kann die Funktion der Altersvariable erklären 4. Das Ungleichgewicht in den Vermögenswerten, das durch die Einkommensveränderungen hervorgerufen wird, ist umso größer, je älter der Haushalt ist, weil die kleine Zahl von noch verbleibenden Jahren nicht viel Zeit läßt, ein Ungleichgewicht auszutrieren (1).

5.3. Der schwerwiegenste Einwand gegen das Modell Modigliani und Brombergs wendet sich gegen die Benützung des Grenznutzenkalküls und des damit verbundenen Postulat der Nutzenmaximierung. Gegen die Realität eines solchen Prinzips sprechen alle jene Einwände, die davon ausgehen, daß die Anforderungen an die ökonomischen Fähigkeiten des Wirtschaftssubjektes bei dem Versuch einer Verwirklichung überspannt würden, und daß die Individuen in praxi sich damit begnügen, einen angemessenen Standard anstelle eines Maximums zu realisieren. Die bisher angestellten empirischen Untersuchungen widerlegen das Maximierungsprinzip ebensowenig wie sie es rechtfertigen. Ein quantitativer Vergleich von Modellkoeffizienten, die bei Klein einerseits und bei Modigliani - Brumberg andererseits ermittelt wurden, führte einmal ohne und einmal mit Annahme des Prinzips der Nutzenmaximierung, zu ähnlichen Analysenresultaten (2). Die Modifikation der Größen durch die Einführung der Nutzenmaximierung kommt in der Planung dem Umstand zugute, daß sie mitwirkt, ein w i r t s c h a f t l i c h optimales Kriterium zu bilden, das für die Praxis komplementärer Sozialhilfen als Untergrenze gelten kann.

---

(1) Modigliani, Brumberg a.a.O. S. 405 ff.
(2) Modigliani, Brumberg, a.a.O. S. 434.

Weiter krankt das Modigliani - Brumbergsche Modell am Fehlen einer Veränderlichen, die die unterschiedliche Haushaltsgröße zum Ausdruck bringt. L. R. K l e i n hat dieses Moment durch den Logarithmus der Kopfzahl in seine Sparfunktion eingeführt und damit zumindest eine Näherungsvariable eingeführt. Das Nettowertprinzip in der Vermögensrechnung bei Modigliani und Brumberg läßt sich sachlich gut rechtfertigen, aber die Möglichkeit immer die nötigen statistischen Angaben zu finden, ist nicht gerade günstig. Um hier ergiebigere Materialquellen ausschöpfen zu können, benützt L. R. Klein das sachlogisch weniger überzeugende Konzept der liquiden Guthaben. Beide Konzepte lassen wenig Raum für die Einführung des Standards als sichtbares Bestimmungsstück des Sparens. Die wenigen bisher gemachten Größenstudien lassen nicht erkennen, ob es genügt, die Stellung des Wirtschaftssubjektes in der Skala der Einkommens- und Vermögensverteilung als Ausdruck des individuellen Lebensstandards anzusehen. Modigliani und Brumberg gehen davon aus, daß mit der Position des Individuums in der Einkommensskale seine l e b e n s z y k l i s c h e n G l e i c h g e w i c h t s v o r s t e l l u n g e n h i n r e i c h e n d b e s t i m m t s i n d u n d s i c h d i e i n d i v i d u e l l e S p a r n e i g u n g d a d u r c h g e s t a l t e t. Eine solche Annahme scheint vor allem bei solchen Einkommensgruppen g e f ä h r d e t, d i e a n d e r U n t e r g r e n z e d e r E i n k o m m e n s s k a l a l i e g e n und die subjektive Armut empfinden (M ü n k e). Die Sparneigung wird sich in diesen wirtschaftlich ungünstigen Fällen f a k t i s c h kaum über eine durchschnittliche Lebensstandardlinie erheben; so zeigt die mikroökonomische Sparfunktion nur noch das zur Herstellung eines lebenszyklischen Gleichgewichtes e r w ü n s c h t e Sparverhältnis an, ohne weiter vertrauenserweckende Aussagen über das wirkliche hauswirtschaftliche Verhalten zu machen.

Modigliani und Brumberg kommt in ihrem Modell die offensichtliche Tatsache zugute, daß die Faktoren, die Einkommen und Sparen erklären, in ganz ähnlicher Weise entlang der lebenszyklischen Einkommensskala variieren. Die Stabilität der Sparkapazität wird gestützt durch die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der meisten Sparformen und deren relativ günstige, innere Austauschmöglichkeit. Dazu kommt die Neigung, eine relativ stabile Quote von Ausgaben zu nehmen, die über den Wohnungs- und Nahrungsbedarf hinausgehen (1)

Das Sparmodell von Modigliani und Brumberg berücksichtigt

---

(1) Brady, Dorothy. S., in Goldsmith, Brady, Mendershausen, a.a.O. S. 157.

langfristige reale Wachstum des Einkommens nicht, sowohl es unabhängig von den begrenzt möglichen i n d i v i d u e l l e n Vorausschätzungen zu erwarten ist. Diese vernachlässigten Daten berühren zwar gewöhnlich nicht die individuelle Planung, bestimmen aber wohl das voraussichtliche Planresultat. Diese Sicht ist für eine sozialpolitische Anwendung des Modells von ausschlagebender Bedeutung.

V. Teil: Untersuchung der individuellen Sparkapazität an lebenszyklischen Modellen des Haushaltes im Lichte der Sozialen Sicherung

1. Modellbildung an repräsentativen Beispielen

1.1. Die Fragen sozialpolitischer Probleme sowohl aus dem Bereiche sozialkonservativer als auch sozialradikaler Ideen heraus, hat exakteren Bemühen der Analyse des nationalwirtschaftlichen Geschehens gefördert, denn nur im Bereiche des Haushaltes läßt sich die endgültige Wirkung sozialpolitischer Maßnahmen erkunden. Eine Äußerung dieser systematischen Neuorientierung ist die Anwendung ökonometrischer Modelle auf die haushaltswirtschaftliche Sphäre (1). Im diesem Gedanken folgend soll in den folgenden Abschnitten versucht werden, das Problem der lebenszyklischen Einkommensverteilung unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen der Sozialen Sicherung an praktischen Beispielen quantitativ zu untersuchen. Als Elemente werden dabei die Hypothesen und Einsichten der bisherigen Untersuchungen dienen. Zu einer Modellsynthese fehlt noch eine exakte Verlaufsstatistik, die Auswahl alternativer Modellelemente und die Anpassung der Prozedur an bestimmte Fragestellungen. Die Auswahl der diskutierten Einzelfälle entbehrt nicht einer gewissen materialbedingten Willkür: soweit sie möglich wurden die Exempel jedoch auf ihre Repräsentationsfähigkeit für bestimmte Sozialgruppen untersucht.

1.2. Das erste lebenszyklische Haushaltsmodell ist einem vierköpfigen Arbeiterhaushalt gewidmet, der im Laufe seiner Existenz einen Haushaltsvorstand, dessen Ehefrau und zwei Kinder umfaßt. Die berufliche Laufbahn des Haushaltsvorstandes ist die des repräsentativen Arbeiters der deutschen Bundesbahn im Direktionsbezirk Frankfurt am Main. Die Lohnsätze, die den Tarifen Ende 1954 entnommen sind, beziehen sich auf die Ortslohnklasse 2 (2). Den Einkommenskategorien der verschiedenen Altersstufen sind Schichtlöhne zugrunde gelegt.

(1) Vgl. z.B. Prais, J.S., Houthakker, H., The Analysis of Family Budgets, New York 1955.
(2) Die Löhne in Hessen (DB Dir. Frankfurt) können als durchschnittlich inerhalb des Bundesgebietes angesehen werden, vgl. hierzu : Stat. Bundesamt, Die Verdienste der Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft i. Jahr 1954, Stuttgart 1954, S. 431.

Etwa 7o % der Arbeiter der deutschen Bundesbahn arbeiten im Prämien- und Gedingeverfahren, darüber kumuliert ein durchschnittlicher Aufschlag auf den Stundenlohn von ca. 25 % (1). Für das repräsentative Beispiel wurden die Querschnittsdaten des Leistungslohnes (Prämien- und Gedingeverfahren) zugrunde gelegt, da hierzu die stärkeren Parallelen zu sporadisch ermittelten Strukturdaten für den Arbeiter im allgemeinen bestehen. Abweichungen von demnach dem Lebensalter und dem Familienstand differenzierten Lohnstruktur des durchschnittlichen Arbeiters scheinen dabei nicht so sehr aus der finanziellen Sonderlage der Deutschen Bundesbahn, als aus allgemein geringeren Entlohnungen von Arbeitern im Verkehrssektor und einer stärkeren Tendenz zum Familienlohn bei öffentlichen Unternehmungen herzurühren (2).

Tabelle 2o, Gegenüberstellung der Entwicklung des Bruttolohnes des Durchschnittsarbeiters der Strukturerhebung des Statistischen Bundesamtes und des Bundesbahnarbeiters der zitierten repräsentativen Erhebung (3)

Durchschnittsarbeiter		Bundesbahnarbeiter	
Kriterium	Bruttolohn	Kriterium	Bruttolohn
lediger Arbeiter in allen Leistungsgruppen	386,23 DM	lediger Arbeiter der Bundesb.m. Prämienlohn 25 J.	354,2o DM
Arbeiter der Leistg.-Gruppe 3 ohne Kinder	351,5o DM	Verh.Arbeiter, 26 J. ohne Kinder, Präm.Lohn	362,5o DM
Arbeiter der Leist.-Gruppe 3 m.1 Kd.	369,6o DM	Arb. Verh. 28 J. 1 Kind Präm.Lohn	396,65 DM
Arbeiter der Leist.-Gr. 2 m. 2 Kindern	43o,43 DM	Arb. verh. 3o J. 2 Kd. Präm.Lohn	442,5o DM
Arbeiter der Leist.Gr. 1 m. 2 Kindern	465.-- DM	Arb. verh. 44 J. 2 Kd. Präm.Lohn	466,79 DM
Arbeiter der Leist. Gr. 1 ohne Kinder	432.-- DM	Arbeiter, verh. 5o J. oh.Kd.Pr.L.	379,5o DM

(1) Das Zahlenmaterial über die Berufslaufbahnen und die Einkommensgestaltung der deutschen Bundesbahn ist

In der Modelluntersuchung soll neben dem Einkommen des Haushaltsvorstandes - im Sinne der früher erörterten Ausgabeeinheit - auch das anderer haushaltsangehöriger berücksichtigt werden. Nebenerwerb aller Haushaltsangehörigen, öffentliche und private Unterstützungen, die Erträge eigener Bewirtschaftungen und Einkommen aus Forderungen des Haushaltes werden im Modell nicht berücksichtigt. Für die Ermittlung der direkten Steuern und der Beiträge zur Sozialversicherung gilt der Stichtag vom 1.1.1955. Bezüglich der Lebensstruktur der Familienwirtschaftlichen Vermögensentwicklung wird weiter angenommen:

a. daß der künftige Haushaltsvorstand mit 20 Jahren aus dem elterlichen Haushalt ausscheidet und damit zumindest zur sekundären Ausgabeeinheit des elterlichen Haushalts wird.

b. daß die Eheschließung im 26. Lebensjahre erfolgt.

c. daß die Ehefrau beim Erwerb des Familieneinkommens und damit zu der Rotierung des vorgesehenen Konsum- und Sparstandards beiträgt (1).

---

aus Untersuchungen von Lohnstatistiken bei der Bundesbahndirektion Frankfurt am Main und der Bundesbahnhauptverwaltung (zentralen in Frankfurt) hervorgegangen. Der Verfasser verdankt informatorische Hilfen hauptsächlich Herrn Hajek von der Bundesbahnhauptverwaltung und Herrn Käufer von der DB Dir. Frankfurt.

(2) Während der Durchschnittsarbeiter aller erfaßten Wirtschaftsbereiche 1951 bei einem Bruttostundenverdienst von 161,9 Ipfg. und Jahressonderzuwendungen von 68,66 DM, ohne Rücksicht auf Leistungs- und Familienstand also 355.-- DM im Monat erhielt, erreichte der Rotten- und Gleisarbeiter nach derselben Untersuchung, unter Zugrundelegung der höchsten tarifmäßigen Altersstufe, bei einem Bruttoverdienst von 138,6 Dpfg. und jährlichen Sonderzuwendungen von 28,32 DM einen Bruttomonatsverdienst von 298.-- DM. Vgl. hierzu: Die Verdienste der Arbeiter...a.a.O. S. 229 und 252 (Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten, Bruttostundenverdienste...in ausgewählten Berufen); Rotten- und Gleisarbeiter. In: ibid. S. 255

(3) Die Daten der Lohnstrukturerhebung (Die Verdienste der Arbeiter... 1951, loc.cit.) wurden mit Hilfe des für männliche Arbeiter ermittelten Lohnindexes 118 mit den Daten der Repräsentativerhebung über den Bundesbahnarbeiter (Ende 1954) aufbereitet gemacht.

(1) Die Ehefrau wird als Arbeiterin oder einfache Angestellte angesehen. Die Höhe eines entsprechenden Monatseinkommens wurde anhand der Strukturerhebungen

(Forts. S. 151)

Tabelle 31: Laufbahn eines Arbeiters der deutschen Bundesbahn an Hand der Lohnentwicklung, Ortslohnklasse 2, Stand Ende 1954 (1).

Mit 18 Jahren:	Einstellung in Lohngruppe VII 1. Stufe	259,48 DM
mit 19 Jahren:	Ernennung als qualifizierter Arbeiter in Lohngruppe VI, 1. Stufe	271,96 DM
mit 21 Jahren:	Aufrücken in die 2. Stufe	278,20 DM
mit 23 Jahren:	Aufrücken in die 3. Stufe	282,36 DM
mit 25 Jahren:	Aufrücken in die 4. Stufe	288,60 DM
mit 26 Jahren:	Eheschließung, keine Lohnveränderung	288,60 DM
mit 28 Jahren:	Geburt eines ersten Kindes	313,60 DM
mit 28 Jahren:	Ernennung zum Vorarbeiter	324,-- DM
mit 30 Jahren:	Geburt eines zweiten Kindes	349,-- DM
mit 34 Jahren:	Erstes Kind vollendet das 6. Lebensjahr	354,-- DM
mit 36 Jahren:	Zweites Kind vollendet das 6. Lebensjahr	359,-- DM
mit 42 Jahren:	Erstes Kind vollendet das 14. Lebensjahr	364,-- DM
mit 44 Jahren:	Zweites Kind vollendet das 14. Lebensjahr	369,-- DM
mit 46 Jahren:	Wegfall der Kinderzulage für das erste Kind, da eine weitere Berufsausbildung oder Schulbesuch nicht als repräsentativ gelten können	334,-- DM
mit 48 Jahren:	Wegfall der Kinderzulage für das zweite Kind aus denselben Gründen wie oben	299,-- DM
bis 65 Jahre:	Unveränderte Lohnhöhe	299,-- DM

(1) Zur Vereinheitlichung der Modelle wird angenommen, daß der Erwerbszyklus erst mit dem zwanzigsten Lebensjahr beginnt; der Lohn dieser Altersstufe wird in der weiteren Synthese als Laufbahnbasis benützt.

d. daß im 28. Lebensjahr des Haushaltsvorstandes der vorgegebenen Modellfamilie das erste Kind geboren wird. Nach der Geburt des zweiten Kindes im 3o. Lebensjahr des Haushaltsvorstandes vollzieht sich die von Soziologen als "Absturz in die Vollfamilie" bezeichnete Änderung der Wohlstandslage des Familienhaushaltes. Dabei wird die Weiterarbeit der Ehefrau verhindert (1) der Haushaltsvorstand ist nunmehr Alleinverdiener.

e. Bis zum Beginn der Erwerbstätigkeit der Kinder dotiert der Haushaltsvorstand seine Haushaltseinheit allein. Im 42. Lebensjahr kann er mit einer Stärkung des Familieneinkommens durch eine Erziehungsbeihilfe des Lehrherrn für das erste Kind rechnen (4o.-- DM). Im 44. Lebensjahre beginnt das zweite Kind eine Lehre (4o.-- DM), und für das erste wird die Beihilfe auf 6o.-- DM erhöhrt. Nach der Vollendung der Lehre des ersten Kindes und der Aufnahme einer standardgemäßen Beschäftigung, die in ihrer Einkommenslaufbahn der des Vaters ähnelt, erreichen alle Varianten des Familieneinkommens ihr Maximum.

f. Eine Wiederaufnahme der Berufstätigkeit der Ehefrau in späteren Altersjahren ist nicht vorgesehen.

g. Jeweils im Alter von 2o Jahren scheiden - nach unserer Modellvorstellung - die beiden Kinder aus der primären Ausgabeeinheit aus und reduzieren damit das Familieneinkommen auf einen Stand, der bis zum Ende der Verdienstperiode konstant bleibt (5o.- 65. Lebensjahr).

h. Die Änderung des monetären und realen Einkommens im Zeitablauf wird vorläufig ausgeschlossen, denn zunächst handelt es sich allein um die Verifizierung von Querschnittdaten.

i. Als Invalidenrente wird ein Betrag von 121.-- DM zugrunde gelegt.

Das Haushaltseinkommen wird zur Umwandlung in ein hauswirtschaftliches Wohlstandskriterium weiter in zwei Richtungen modifiziert: 1. es wird ein Nettoeinkommen

---

Die Verdienste der Arbeiter, a.a.O., S. 241, unter Berücksichtigung des Index 117 (1951 = 100) für Ende 1954 nach dem Durchschnitt aller Leistungsgruppen weiblicher Arbeiter ermittelt.

(1) Vgl. Sommer, Karl, Familiengerechte Wohnung, Einkommen und Mietaufwand, Soz. Fortschr. 1954, S. 1o7.

definiert, das durch den Abzug der gewöhnlich eintretenden Steuern (im Zeitpunkt der Untersuchung: Einkommenssteuer, Kirchensteuer und damals noch Notopfer Berlin) und der Sozialversicherungsbeiträge erzielt wird. 2. die Nettoeinkommensgröße wird entsprechend der durchschnittlichen Verbrauchsstruktur der jeweiligen Haushaltszusammensetzung durch spezielle Koeffizienten variiert. Eine Vollverbrauchsperson wird dabei gleich 1,0 gesetzt. Das Ergebnis einer solchen Rechenoperation ist das nach dem Familienverbrauch modifizierte Einkommen (vgl. Zeile n des Einkommensmodelles auf Seite 153). In Diagramm 4 (Seite 154) werden die vier analytisch bedeutsamen Verlaufsfunktionen des Einkommens über den Lebenszyklus des Modellhaushalts dargestellt: 1. das Bruttoeinkommen des Haushaltsvorstandes, 2. das Bruttofamilieneinkommen, 3. das Nettohaushaltseinkommen und 4. das verbrauchsbedingte Nettohaushaltseinkommen. Die letztgenannte Einkommensvariante zeigt am deutlichsten, wie nachhaltig das Hineinwachsen eines Haushaltes in die Vollfamilie die Versorgungsbasis schmälert und ihn die die Zone der Fürsorgerichtsätze bringt.

Fürsorgerichtsätze in Baden-Württemberg 1956.

	Allein-stehende	Haush. Vorst.	Pers. üb. 14 J.	Kinder v. 7-13 J	Kinder b. 6 Jahre
Städte üb. 500000 Einw.	80.--	72.--	58.--	51.--	36.--
Städte üb. 100000 Einw.	75.--	67.--	54.--	47.--	35.--
Landkreise	68.--	60.--	48.--	42.--	33.--

Tabelle 22: Die Fürsorgerichtsätze in Baden-Württemberg 1956. Mit diesen Sätzen steht das Land an der Spitze im Bundesgebiet. (1)

Alle Einkommenskurven des Modells haben zwei Gipfelpunkte, nur sind die Niveauunterschiede dabei im einzelnen beträchtlich. Es kann als ein wichtiges Vorergebnis angesehen werden, daß durch das höhere Minimalbudget im zweiten Gipfelpunkt - trotz des höheren Bruttofamilieneinkommens - für das verbrauchsbedingte Einkommen ein

(1) Oel, Anton, Die Neuordnung der Richtsätze in der öffentlichen Fürsorge, Bundesarbeitsblatt 1956, S. 311. Bei numerischen Vergleichen von Modellwerten mit den genannten Richtsätzen ist auf den örtlichen und zeitlichen Unterschied zu achten.

Tabelle 23: Die lebenszyklische Struktur des Einkommens eines Bundesbahnarbeiters (1), Monatslöhne, in DM.

Altersstufe:	20-21	21-23	23-25	25-26	26-28	28-30
Einkommenselemente						
Haushaltsvorst.						
a. Zeitlohn	271,96	278,20	282,46	288,60	288,60	324,--
b. Leist. Lohn	340,--	348,--	353,--	361,--	361,--	405,--
+ Sond. Zul.	5,--	5,--	5,--	5,--	5,--	6,--
c. Bruttoarb. Eink. nach b	345,--	353,--	358,--	366,--	366,--	411,--
d. Steuerabzüge LSt, NOB, KiSt	28,87	30,37	31,23	32,90	19,47	15,96
e. Sozialver. Abzüge JV, KV, ALV	32,16	32,95	33,35	34,14	34,14	38,10
f. Nettoeink nach d u. e.	283,97	289,68	293,42	298,96	312,69	356,94
Ehefrau oder Kinder					(Ehefrau)	
g. Bruttoarb. Eink					252,67	252,67
h. Steuerabzug					12,72	12,72
i. Soz. Vers.					23,45	23,45
j. Nettoeink.					216,47	216,47
Familie						
k. Brittofam.-Eink.	345,--	353,--	358,--	366,--	618,67	663,67
l. Nettofam.-Eink (abger.)	284,--	290,--	293,--	299,--	529,--	573,--
m. Verbrauchskoeffizient (2)	1,0	1,0	1,0	1,0	1,8	2,3
n. Einkommen modifiziert nach dem Familienverbrauch	284,--	290,--	293,--	299,--	294,--	249,--

(1) Modellbedingungen und Einkommenslaufbahn vgl. S. 148 ff.
(2) Zur Erörterung des Problems der Verbrauchskoeffizienten oder Bedürfnisindices siehe S. 17 ff. Zugrundegelegt wurde die Skala des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

30-34	34-36	36-42	42-44	44-46	46-48	48-50	50-65	üb. 65
349,--	354,--	359,--	364,--	369,--	334,--	299,--	299,--	
436,--	443,--	449,--	455,--	461,--	417,--	374,--	374,--	
6,--	6,--	7,--	7,--	7,--	6,--	6,--	6,--	
442,--	449,--	456,--	462,--	468,--	423,--	380,--	380,--	
11.28	12.51	13.75	14.50	15.90	18.11	21.38	21.38	
40,87	41,66	42,45	42,85	43.64	39,28	35,32	35.32	
339.85	394.83	399.80	404,65	408.46	366,--	323,--	323,--	

(Kinder) (3)

40,--	100,--	330,--	250,--
		16.08	12.75
		25.43	23.45
40,--	100,--	228,--	213,80

442,--	449,--	456,--	502,--	568,--	753	630,--	380,--	121,--
389,--	395,--	400,--	445,--	508,--	654,--	537,--	523,--	121,--
2.9	3.1	3.3	3.6	3.7	3.7	2.7	1.8	1.8
134,--	127,--	122,--	124,--	127,--	177,--	198,--	179,--	67,--

(3) Das erste Kind gilt als qualifizierter Arbeiter mit einem Monatslohn von 270,-- , wenn es seine Ausbildung beendet h das zweite als weibliche Fachkraft mit 250,-- Monatslohn. Die 330,-- DM der Altersstufe 46-48 setzen sich aus dem Monatslohn des ersten Kindes und der Beihilfe in Höhe von 60,-- DM für das zweite Kind zusammen.

geringerer Maximalwert zu verzeichnen ist.

1.3. Die Tatsache, daß ein großer Teil der Wirtschaftssubjekte zumindestens einige seiner wesentlichen ökonomischen Aufgaben systematisch, freiwillig und auch unter äußerem Druck über den voraussichtlichen Lebenszyklus hinweg plant (z.B. Berufslaufbahn, generative Aufgaben, Erschaffung eines Eigenheimes, Lebensversicherung oder Sozialversicherung), legt die Annahme gewisser, dem Lebenszyklus immanenter Gleichgewichtstendenzen nahe. Solche Tendenzen bleiben naturgemäß nicht ohne bestimmte Wirkungen auf die Entwicklung des lebnszeitlichen Sparens. Modigliani und Brumberg gehen in ihrem Modell von der Vorstellung lebenszyklischer Verhaltensgleichgewichte für Sparen und Konsum aus, dabei bringen sie die Ausrichtung dieses Gleichgewichtes mit der Stellung des Wirtschaftssubjektes innerhalb der Einkommensskala in Verbindung. Die Bedenken, die gegen das von den beiden Autoren skizzierte System vorgetragen werden und die bisher nur geringfügigen Testversuche sollen nicht verhindern, das Verfahren seiner vielversprechenden Integrität wegen als Arbeitshypothese in der Sparanalyse zu verwenden. Die oben genannten Planungen fördern die Vermutung, daß sie mit einem Abwägen nach ökonomisch rationalen Gesichtspunkten vorgenommen werden. Damit würde die postulierte zeitliche Nutzenmaximierung nicht ohne Beziehung zur Wirklichkeit sein. Wenn damit gerechnet werden kann, daß ein gewisses Maß dieser ökonomischen Rationalität le facto praktiziert wird, braucht es auch nicht länger zu wundern, daß Klein einerseits und Modigliani Brumberg andererseits mit verschiedenen Untersuchungsmethoden zu ähnlichen Resultaten kamen.
Als analytisches Instrument für unser Problem soll eine der nichtstationären Komponenten des Funktionensystems von Modigliani und Brumberg in das hier erörterte Sparmodell eingeführt werden (1). Hier noch einmal ihre algebraische Formulierung:

$$S = \frac{M}{L} Y^e + \frac{L-t}{L_t} (Y - Y^e) - \frac{1}{L_t} (a-a(Y^e,t)).$$

Eine wesentliche Schwierigkeit für die Verwendung dieses Modelles im hier behandelten Zusammenhang liegt darin, daß die zitierte Fassung eigentlich für die Interpretation des Sparverhältnisses im Gefolge von

---

(1) Modigliani, F. Brumberg, R. a.a.O. S. 464. - Vgl. in dieser Arbeit die Hinweise auf S. 143 f.

kurzfristigen Einkommensfluktuationen geschaffen worden ist. Die Gleichung ist dazu bestimmt, die unerwartete Zunahme des Einkommens im Zeitpunkt t als Komponente des Sparens zu erklären; dieselbe Aufgabe fällt der Komponente des Nettovermögens zu. Auch hier wird das kurzfristige Ungleichgewicht, verursacht durch bestimmte gehegte Erwartungen und durch die Rücksicht auf einen alters-angemessenen Status für das Ausmaß des Spareffektes verantwortlich gemacht. Die Umdeutung des Determinationszusammenhanges auf das langfristige, lebenszyklische Sparen verlangt einmal eine Dehnung der periodischen Zeitfolgen. Darüber hinaus ist das Verhältnis zwischen den verwendeten Einkommensgrößen etwas anders zu fassen. Die Abweichungen von der Einkommensnorm, die die transitorische Komponente $\frac{L_t}{r_t}(Y - Y^e)$ repräsentieren, beziehen sich auf ein lebenszyklisches Durchschnittseinkommen und nicht allein wie bei Modigliani und Brumberg auf das aktuelle Einkommen Y. Die Empfindung der Unangemessenheit des Vermögensstatus nach Einkommensänderungen in Verbindung mit Antizipationen über einen lebenszyklisch relevanten Bereich führt mutmaßlich zu Reaktionen, die denen auf kurzfristige Stimuli ähnlich sind. Daneben ist eine Interpretation der Nettowerthypothese allgemein davor zu bewahren, die in ihr ruhende Dynamik analytisch zu überspitzen und ihr Ausmaß zu überschätzen, denn das Vermögen eines Konsumenten wird im Zeitablauf zu einem erheblichen Teil durch die eigenen Sparpläne berührt (1). Diese Beziehung ist also in einem gewissen Grade umkehrbar. Der Gefahr einer Fehleinschätzung dieses Momentes ist die Nettowerthypothese bei Modigliani und Brumberg durch die starre Trennung von den Spareffekten des transitorischen Einkommens ausgesetzt, allerdings umso weniger, je kürzer die Beobachtungsperioden sind. Es liegt also nahe, in der Vermögenskomponente bei der Anwendung auf langfristige Probleme nicht nur die Momente zu berücksichtigen, die aus unerwarteten Wendungen der Wohlstandsentwicklung resultieren, sondern darüber hinaus das polare Verhältnis zwischen Vermögensplanung und Vermögensrealisierung in seiner Gesamtheit zu beachten.

1.4. Die Erörterung der individuellen Sparkapazität des vorgeführten Haushaltsmodells verlangt einige Erläuterungen. Zunächst zur Sparkapazität selbst: sie soll nichts anderes sein als die durch die speziellen Gleichgewichtsbedingungen bestimmte Sparneigung, die systematisch über den Lebenszyklus hinweg variiert. Die Einkommenserwartungen Y^e werden als Durchschnittsersatzwerte des Einkommens

(1) Vgl. Tobin, James, Asset Holdings and Spending Decision, American Economic Review, Papers and Proceedings, 1952, S. 121.

des noch verbleibenden Laufbahnturnus und der anschließenden Pensionsperiode in das Modell eingeführt. Die Perioden gleicher Determinationsdaten sind zur Vereinfachung des Modellbildes und mit Rücksicht auf einzelne Unterlagen auf je fünf Jahre fixiert. Die damit verursachte Glättung des Größenzyklus ist nur geringfügig, glücklicherweise bleiben dabei die symptomatischen Jahre des Haushaltsmodelles (3o,45,5o und 65 Jahre) von einer nivellierenden Wirkung unberührt. Die Erwartungsstruktur der einzelnen Modelldaten wird von einem Zeitpunkt aus bestimmt; Ausgangspunkt ist die Planperspektive des Berufsanfängers. Eine Auflockerung der starren Laufbahnvorstellung kann dann eintreten, wenn einzelne stationäre Laufbahndaten nach einem bestimmten Modus variieren. - Für die Länge des Lebenszyklus werden biometrisch wahrscheinliche Werte eingesetzt. Die aktuelle Sterbetafel verspricht dem Zwanzigjährigen eine mittlere Lebensdauer von weiteren 5o Jahren. Die Lebenserwartungen verändern sich auch in dem skizzierten Modell mit steigendem Lebensalter, wie das die Sterbetafel anzeigt. Bis zum konventionellen Pensionierungszeitpunkt im Alter von 65 Jahren wächst die ursprüngliche Aussicht auf eine fünfjährige Pensionszeit auf eine zwölfjährige (1). Dieses evolutorische Element beeinflußt auch die abgeleiteten Größen: $L + 1 - t$, $L - t$, $\frac{1}{T_t}$, $\frac{L_t}{T_t}$, $\frac{M}{L}$ und M. - Für das lebenszyklische Vermögensbudget, repräsentiert durch die Cuchabehkomponente der Spargleichung, sind typische Bestandsgrößen und ein adäquater, zeitlicher Beschaffungsplan aufzusuchen. Im untersuchten Arbeiterhaushalt kann unter Berücksichtigung gegenwartiger Preisverhältnisse, eines durchschnittlichen Lebensstandards und aktueller Konsumentenpräferenzen mit etwa folgenden Anschaffungen gerechnet werden (2):

Hausrat:	2 ooo DM	Basisausrüstung ohne Ergänzungen
Möbel und Heizkörper:	4 ooo DM	
Verkehrsmittel:	2 ooo DM	

Von der Planung eines Eigenheimes wird hier abgesehen. Für die zeitliche Lagerung der Anschaffungen können auf Grund spärlicher Schätzungen folgende Angaben gelten (3):

Hausrat, Hauptanschaffungen,	zw. 25.u. 3o.	Altersj.
Möbel, Zeizkörper "	zw. 25.u. 35.	"
Verkehrsmittel "	zw. 2o.u. 3o.	"

---

(1) Die hier zugrunde gelegte Sterbetafel ist auf S. 84 wiedergegeben.
(2) Die Beobachtungsbasis für diese Daten ist sehr klein, sie können deshalb nicht schlechthin als repräsentativ gelten.
(3) Federal Reserve Bulletin, 1954, Juni.

Für die Abschreibungen der dauerhaften Konsumgüter, die als wesentlicher Bestandteil des Vermögens im Arbeiterhaushalt angesehen werden, liegen nur wenige, teilweise auf groben Schätzungen beruhende Daten vor. Als Näherungswerte lassen sich aus den spärlichen Anhaltspunkten folgende Vermögensumschläge ableiten und in das vorgesehene Modell einführen.

Hausrat:	zweimal	während der Lebens-
Möbel und Heizkörper	einmal	dauer des Modell-
Verkehrsmittel:	zweimal	haushaltes

Neben den dauerhaften Konsumgütern werden geringe liquide Guthaben zum Vermögen des Haushaltes hinzugerechnet.

1.5 Das Ergebnis der Modellbildung sind die einzelnen Sparkomponenten, die sich lebenszyklisch, den Modelldaten entsprechend, verändern und die im Anschluß an diese Größen abgeleitete Sparkapazität (Tabelle 24 auf Seite 159). Eine Darstellung des Verlaufs der Sparkapazität gibt das Diagramm 5 auf Seite 160 wieder; dabei wird ein Vergleich mit dem Verlauf des verbrauchsabhängigen Einkommens angestellt. Aus diesem Vergleich ergeben sich Anzeichen auf relativ niedrige Anfangswerte der Sparkapazität in der vorehelichen Verliererstperiode, ein deutlicher Anstieg der Sparneigung in mittleren Lebensjahren und dann, nach dem Ausscheiden der Kinder aus dem elterlichen Haushalt, eine fast ununterbrochene aufwärts-entwicklung bis zum Pensionierungszeitpunkt. Zu erinnern ist dabei, daß eine derart gleichgewichtige Sparverhaltensweise auf der Annahme gleichmäßigen Konsums über den ganzen Lebenszyklus beruht. In dem hier angeführten Modell wird diese Annahme nur insofern eingeschränkt, als die verwendeten Einkommensgrößen schon an gewisse Veränderungen der Verbrauchsstruktur der Familie angepaßt sind. Eine Spielart zum Modell des Arbeiters wird dadurch eingeführt, daß in die Einkommensentwicklung und dabei in den Rahmen der Einkommensvorausschätzung ein Produktivitätszuwachs mit einem daraus folgenden Zuwachs der Bruttomonatsverdienste eingerechnet wird. Mit einer solchen Variante wird einmal versucht, den an sich stationärer Charakter des Querschnitts aufzulockern und zum anderen beabsichtigt, die Wirkweise einer bestimmten Lohn- und Rentendynamik zu zeigen. Nimmt man an, daß die Zunahme der industriellen Produktivität je Beschäftigten ein annähernd Maß für die Verteilgestaltung zwischen den Sozialpartnern anzeigt, dann stellt der jährliche Zuwachs des Indexes der industriellen Produktivität ein Maß für eine zusätzliche Versorgung des Haushaltes dar.

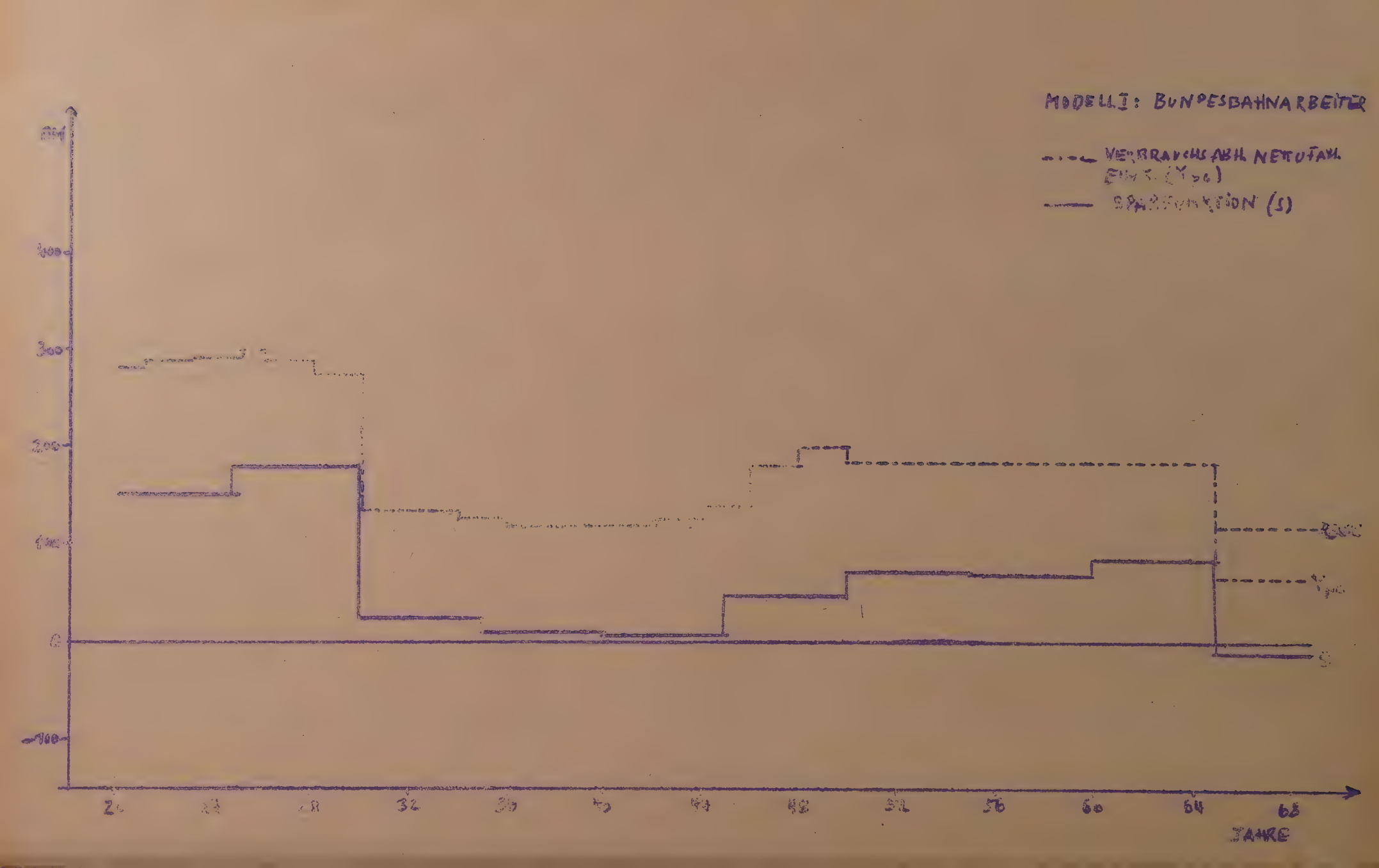
Tabelle 24: Arbeitstabelle zur Ermittlung der Sparfunktion des Haushaltsmodells I (1)

Alter	M	L	L-t	$\frac{1}{L_t}$	L_t	$\frac{L-t}{L_t}$	$\frac{M}{L}$
20 (0)	5	50	50	0,019	51	0,980	0,100
25 (5)	6	54	46	0,021	47	0,978	0,118
30 (10)	7	55	42	0,023	43	0,976	0,134
35 (15)	7	56	37	0,026	38	0,973	0,134
40 (20)	8	53	33	0,029	34	0,970	0,151
45 (25)	8	53	28	0,034	29	0,965	0,151
50 (30)	9	54	24	0,040	25	0,960	0,166
55 (35)	10	55	20	0,048	21	0,952	0,181
60 (40)	11	56	16	0,058	17	0,941	0,196
65 (45)	12	57	12	0,077	13	0,923	0,210

Alter	Y^e	Y	$Y-Y^e$	a	$a(Y^e, t)$	$a-a(Y^e, t)$
20 (0)	161	284	+123	500	12500	12000
25 (5)	150	299	+149	2000	10500	- 8500
30 (10)	134	134	0	5000	8000	- 3000
35 (15)	134	127	- 7	6000	5000	+ 1000
40 (20)	134	122	-12	5400	4500	+ 900
45 (25)	156	187	+ 31	4470	4000	+ 470
50 (30)	131	188	+ 57	4600	3500	+ 1100
55 (35)	118	179	+ 61	4100	2000	+ 2100
60 (40)	100	179	+ 79	3600	1700	+ 1900
65 (45)	67	67	0	3200	0	+ 3200

Alter	$\frac{M}{L} Y^e$	$\frac{L-t}{L_t}(Y-Y^e)$	$\frac{1}{L_t}(a-a(Y^e, t))$	S_t
20 (0)	16	121	19	156
25 (5)	18	146	15	179
30 (10)	18	0	6	24
35 (15)	18	- 7	2	9
40 (20)	20	-11	- 2	7
45 (25)	20	30	1	49
50 (30)	22	36	5	63
55 (35)	21	58	8	71
60 (40)	20	74	- 9	85
65 (45)	14	0	-21	- 7

(1) M = Tresorbildungsperiode, L = Normalen relevante Lebensdauer, $L_t = L + 1 - t$, Y^e = erwartetes Einkommen, Y = realisiertes Einkommen, a = Aktive des Haushaltsbilanz am Beginn der Altersperiode t, t = Spitzel Lebensjahre t.


MODELL I: BUNDESBAHNARBEITER
VERBRAUCHSABH. NETTOFAM. EINK. (Y_{DG})
SPARQUOTIENTEN (S)
DM
400
300
200
100
0
-100
20
24
28
32
36
40
44
48
52
56
60
64
68
JAHRE

Der Zuwachs der durchschnittlichen wirtschaftlichen Produktivität betrug in der Bundesrepublik zwischen 1936 und 1956 rund 30 %, das bedeutet im Mittel für ein Jahr 1,5 %. Vernachlässigt man in gewissem Maß die kriegsbedingten Rückschläge, so läßt sich eine Zwachsrate von 2 % in etwa rechtfertigen. - Im praktischen Modell sieht eine solche Modifikation so aus, daß konsekutiv für jedes Jahr die ursprünglichen Einkommensgrößen um 2 % erhöht werden. (Im vereinfachten Schema alle fünf Jahre um 10 %). Das Resultat eines solchen Verfahrens gibt das Diagramm 6 auf Seite 163 wieder. In der zitierten Modellvariante wird unterstellt, daß der Konsumstandard von der jeweiligen Einkommensentwicklung durch neue oder bisher zurückgestellte Bedürfnisse beeinflußt wird; zusätzliche Effekte durch den Einfluß einer Geldillusion bleiben unberücksichtigt. Sachlich unterscheidet sich diese Modellvariante von der ursprünglichen noch dadurch, daß die Anwartschaft auf die Sozialversicherung der Ehefrau erhalten wird und daß die Renten der Produktivitätsentwicklung folgen. Charakteristisch für diese Modellvariante sind die Merkmale (1):

a. stärkeres Fallen der Sparkapazität in mittleren Lebensjahren unter dem Eindruck höherer, späterer Einkommenserwartungen als im Ausgangsmodell,

b. ein nur mäßiges Fallen der Sparneigung beim Eintritt in die Pensionsphase, bedingt durch die Aussicht auf eine hinlängliche Standarderhaltung für den letzten Lebensabschnitt,

c. eine strukturelle Identität der Sparkapazität mit der des ursprünglichen Modells in allen anderen Lebensphasen.

1.6. Das zweite Modell zur Analyse des lebenszyklischen Sparens legt die Gehaltsstruktur eines Versicherungsangestellten zugrunde. Der repräsentative Vertreter dieser Berufsgruppe beginnt seine Laufbahn mit einem Bruttogehalt von 200.-- DM und erreicht bis zu seiner Pensionierung das Endgehalt von 565.-- DM (2). Gegenüber dem Modell des Bundesbahnarbeiters sollen einige Annahmen mit Rücksicht auf das ausgewertete Material geringfügig geändert werden; Die Eheschließung erfolgt mit 25 Jahren, die Geburt des ersten Kindes erfolgt im Lebensalter von 27 Jahren, die eines zweiten im 28. Lebensjahr. Alle übrigen Bedingungen sollen gleich sein ; diese Vereinfachung gilt auch für das lebenszyklische Vermögensumgeht. Es kommt

---

(1) Die nur unwesentlich verschiedene Arbeitstabelle dieser Variante wurde aus dem Text fortgelassen.
(2) DAG - Plan zur Neuordnung der Angestelltenversicherung, Zeitschr. f. Sozialreform, 1956, S. 128.

damit in erster Linie darauf an zu zeigen, wie die hier vorliegende laufbahntypische Einkommensentwicklung vergleichsweise die Sparkapazität beeinflußt.

Tabelle 25: Arbeitstabelle zur Ermittlung der Sparfunktion des Haushaltsmodells II (1).

Alter	Monatsgehalt	Alter	Monatsgeh.	Alter	Monatsgeh.
20	200.-	28	400.--	47	565.--
21	250.-	30	425.-	60	565.--
24	270.--	33	450.--	64	565.--
25	300.--	35	475.--	65	140.--
27	320.-	37	530.--		

Alter	Y^e	Y	$Y - Y^e$	a	$a(Y^e,t)$	$a - a(Y^e,t)$
20 (0)	179	175	4			
25 (5)	180	266	+ 86			
30 (10)	171	130	+ 41			
35 (15)	175	129	46			
40 (20)	182	141	- 41			
45 (25)	189	145	- 44		vgl. Modell I	
50 (30)	198	277	+ 79			
55 (35)	178	277	+ 99			
60 (40)	146	277	+131			
65 (45)	78	78	0			

Alter	$\frac{M}{L} Y^e$	$\frac{L-t}{L_t} (Y - Y^e)$	$\frac{1}{L_t} (a - a(Y^e,t))$	$\frac{1}{r_2}$	S_t
20 (0)	18	4	+19		+ 33
25 (5)	21	+ 84	+ 15		+120
30 (10)	23	- 40	+ 6		11
35 (15)	23	45	- 2		- 24
40 (20)	27	39	- 2		- 14
45 (25)	29	42	- 1		- 14
50 (30)	33	75	5		+103
55 (35)	32	+ 94	8		+118
60 (40)	29	+125	9		+143
65 (45)	16	0	-2		5

Das Monatsgehalt des Haushaltsvorstandes bildet die Basis der lebenszyklischen Einkommensreihe, die Ehefrau trägt im selben Zeitabschnitt bei gleicher Entlohnung wie im Modell des Arbeiters zum Familieneinkommen bei. Die Zusteuerung der Kinder ist - unter der Annahme, daß sie im väterlichen Berufsstand bleiben - ceteris paribus geringer als im Modell des Arbeiters.

---

(1) Die Arbeitstabelle zur Ermittlung der haushaltswirtschaftlichen Verbrauchsfunktion, die hier nur auszugsweise wiedergegeben wird, ist der Arbeitstabelle 53 auf S. 164 gegenüberzustellen. - Diagramm 7 zur Arbeitstabelle 25 auf S. 164.

DIAGR. 6 MODELL I (BUNDESB.-ARB)
(BERÜCKSICHTIGUNG EINES PRODUKTIV.-ZUWACHSES)

..... EINKOMMENSERWARTUNG (Y^E)
— — VERBR. ABH. EINKOMMEN (Y)
—— SPARKAPAZITÄT (S_x).

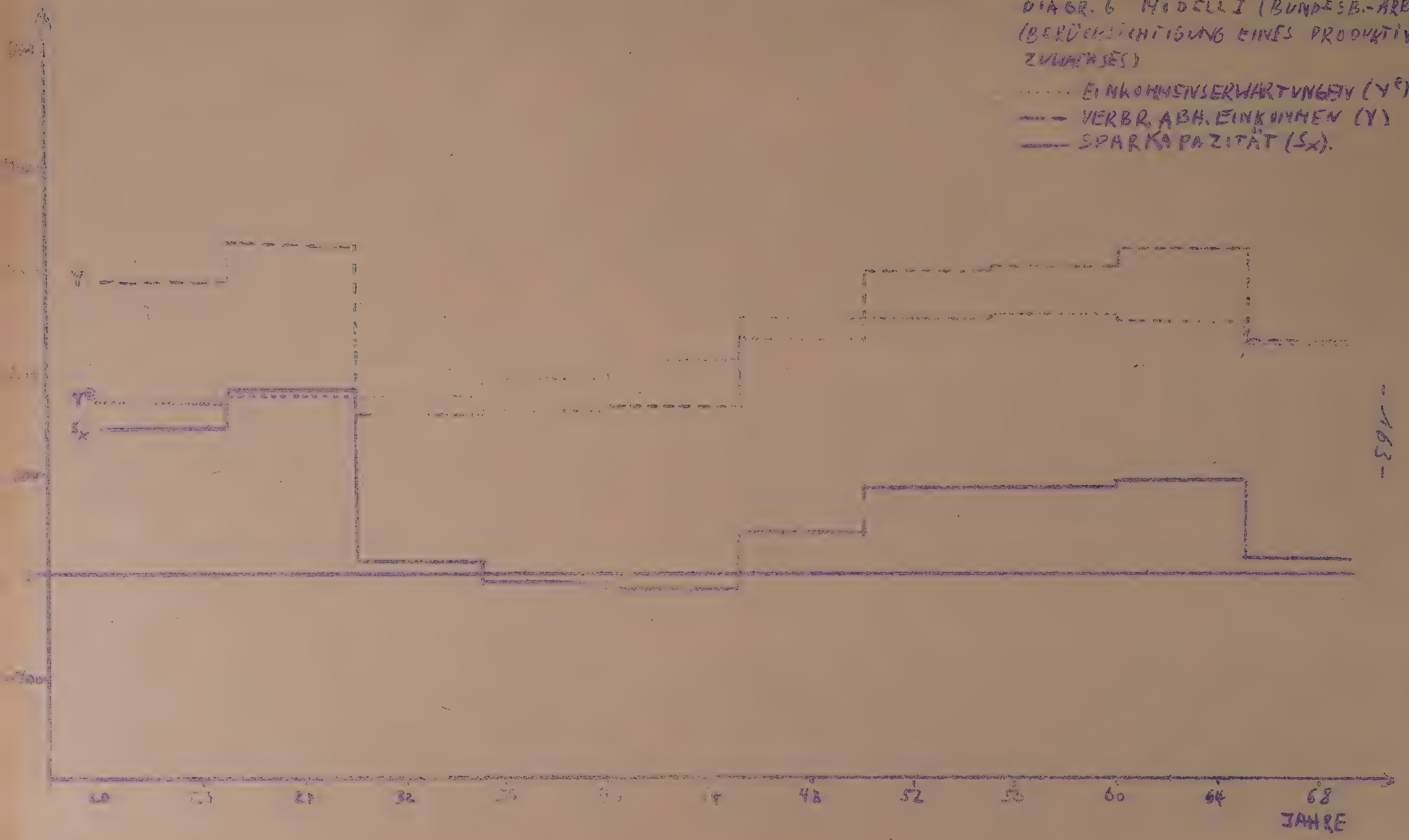
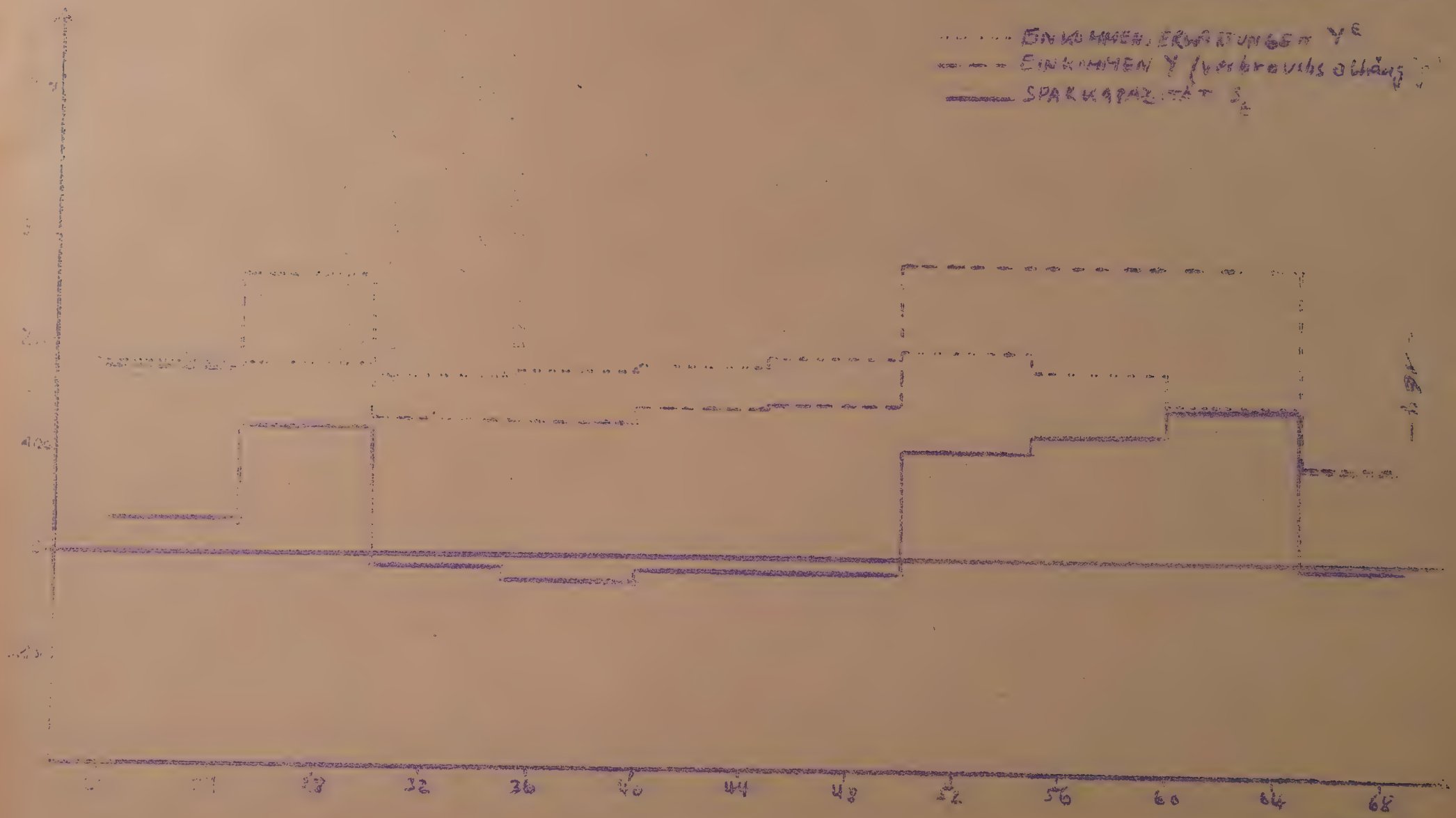


DIAGRAMM 7. MODELL II. (ANGESTELLTER)

..... EINKOMMENSERWARTUNGEN Y^E

— — — EINKOMMEN Y (verbrauchsobjekt)

——— SPARKAPAZITÄT S_t



1.7. In der Diskussion um die Sozialreform wurde verschiedenfach die Versorgung des Beamten als Reformvorbild zitiert. Der Grundgedanke dieses Hinweises lag offensichtlich bei den Vorstellungen über die Art der Standardsicherung in der Beamtenversorgung. Zwei Dinge sind zu beachten, wenn aus Gründen des Vergleichs das Modell eines Beamten neben die der übrigen Arbeitnehmer gestellt wird:

a. es gibt für den Beamten explizit keine Beiträge zur einer Altersversorgung; das Ruhegehalt ist - ebenso wie das Gehalt der aktiven Verdienstperiode - aus dem beamtentypischen Alimentationsprinzip abgeleitet. Eine fiktive Gehaltskürzung durch Niedrigerhalten der Übertragungen, die die öffentlichen Institutionen vornehmen, um aus einem bestimmten "Lohnfonds" sowohl die aktiven als auch die pensionierten Beamten mit einem Einkommen zu versehen, manifestieren sich nicht in der Kalkulationssphäre des Beamtenhaushaltes. Für einen sozialpolitischen Laufbahnvergleich ist eine Berücksichtigung dieses Sonderstatus jedoch unentbehrlich. Eine ähnliche Betrachtungsweise wie für die Altersversorgung des Beamten gilt im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit und Krankheit. Auch hier wären in einer Bruttorechnung fiktive Gehaltsgrößen zuzusetzen, denn der Beamte wird weder arbeitslos, noch bedeutet für ihn Krankheit eine familiäre Sonderlage. Müßte der Beamte vorsorgen, so würde ceteris paribus sein Gehalt größer sein müssen.

b. Es ist für den Beamtenhaushalt nichttypisch, daß die Ehefrau nach der Eheschließung einem Erwerb nachgeht. Ebensowenig ist ein Beitrag der Kinder zum Familieneinkommen in der Frühphase der Erwerbsmöglichkeiten die Regel. Die Tendenz zur Erhaltung des Berufsstandards, die in dieser Periode bei den anderen Berufsgruppen zu einer Aufbesserung des Familieneinkommens führt, verkehrt sich beim Beamten gewöhnlich zu einer zusätzlichen Belastung. Unter diesem Blickwinkle ist deshalb die typische Gehaltsstruktur des Beamten zu beurteilen.

Die Berücksichtigung fiktiver Zuschläge zum Beamtengehalt würde zu Laufbahnvergleichen nur in einer Bruttorechnung sinnvoll sein, einer Rechenweise, die aus besonderen Gründen für die übrigen Berufsgruppen nicht praktiziert worden ist. Deshalb soll es dafür nur bei dem Hinweis bleiben und hier die übliche Nettorechnung zur Erörterung faktischer Verhaltensweisen vorgeführt

werter. Als Demonstrationsbeispiel dient dabei die Laufbahn des nichttechnischen Eisenbahninspektors (Haushaltsnotl. I/).

Tabelle 26. Laufbahn des nichttechnischen Eisenbahninspektors (Laufbahnbewerber) Stand Ende 1954.

Mit 19 Jahren:	Im Anschluß an die Reifeprüfung Einstellung als Inspektor-Anwärter, Unterhaltsbeitrag	170.- DM
Mit 22 Jahren	Ernennung zum außerplanmäßigen Bundesbahninspektor, Diäten nach Besoldungsgruppe 7 in Ortsklasse A	371.-
Mit 24 Jahren:	Gehaltsaufbesserung	382,34
Mit 25 Jahren:	Gehaltsaufbesserung	392,68
Mit 26 Jahren:	Eheschließung:	417,68
Mit 27 Jahren	Ernennung zum planmäßigen Bundesbahninspektor	417,68
Mit 28 Jahren:	Geburt eines ersten Kindes	442,68
Mit 29 Jahren:	Gehaltsaufbesserung	471,84
Mit 31 Jahren:	Gehaltsaufbesserung	501,-
Mit 33 Jahren	Gehaltsaufbesserung	530,18
Mit 34 Jahren	Geburt eines zweiten Kindes, das erste Kind vollendet das 6. Lebensjahr	560,18
Mit 35 Jahren:	Gehaltsaufbesserung	589,34
Mit 37 Jahren	Gehaltsaufbesserung	612,68
Mit 39 Jahren:	Gehaltsaufbesserung und Beförderung zum Bundesbahnoberinspektor	694,34
Mit 40 Jahren:	Zweites Kind vollendet das 6. Lebensjahr	699,34
Mit 41 Jahren:	Gehaltsaufbesserung	728,50
Mit 42 Jahren:	Erstes Kind vollendet das 14. Lebensjahr	733,50
Mit 43 Jahren:	Gehaltsaufbesserung	762,83
Mit 45 Jahren	Gehaltsaufbesserung	797,68
Mit 47 Jahren:	Gehaltsaufbesserung (2)	832,68
Mit 48 Jahren:	Zweites Kind vollendet das 14. Lebensjahr	837,68
Mit 52 Jahren:	Erstes Kind beendet ein Studium, das Kindergeld fällt weg	862,68
Mit 53 Jahren:	Zweites Kind tritt nach der Reifeprüfung in einen Beruf ein, Kindergeld fällt weg	767,68
Mit 65 Jahren	Eintritt in den Ruhestand	[illegible]

(1) Durch die Gewährung [illegible] Note 1 auf S. 148
(2) Durch die Beförderung zum Bundesbahnamtmann und Oberamtmann erreicht der Durchschnitt nicht.

Tabelle 27: Arbeitstabelle zur Ermittlung der Sparfunktion des Haushaltsmodells III (1).

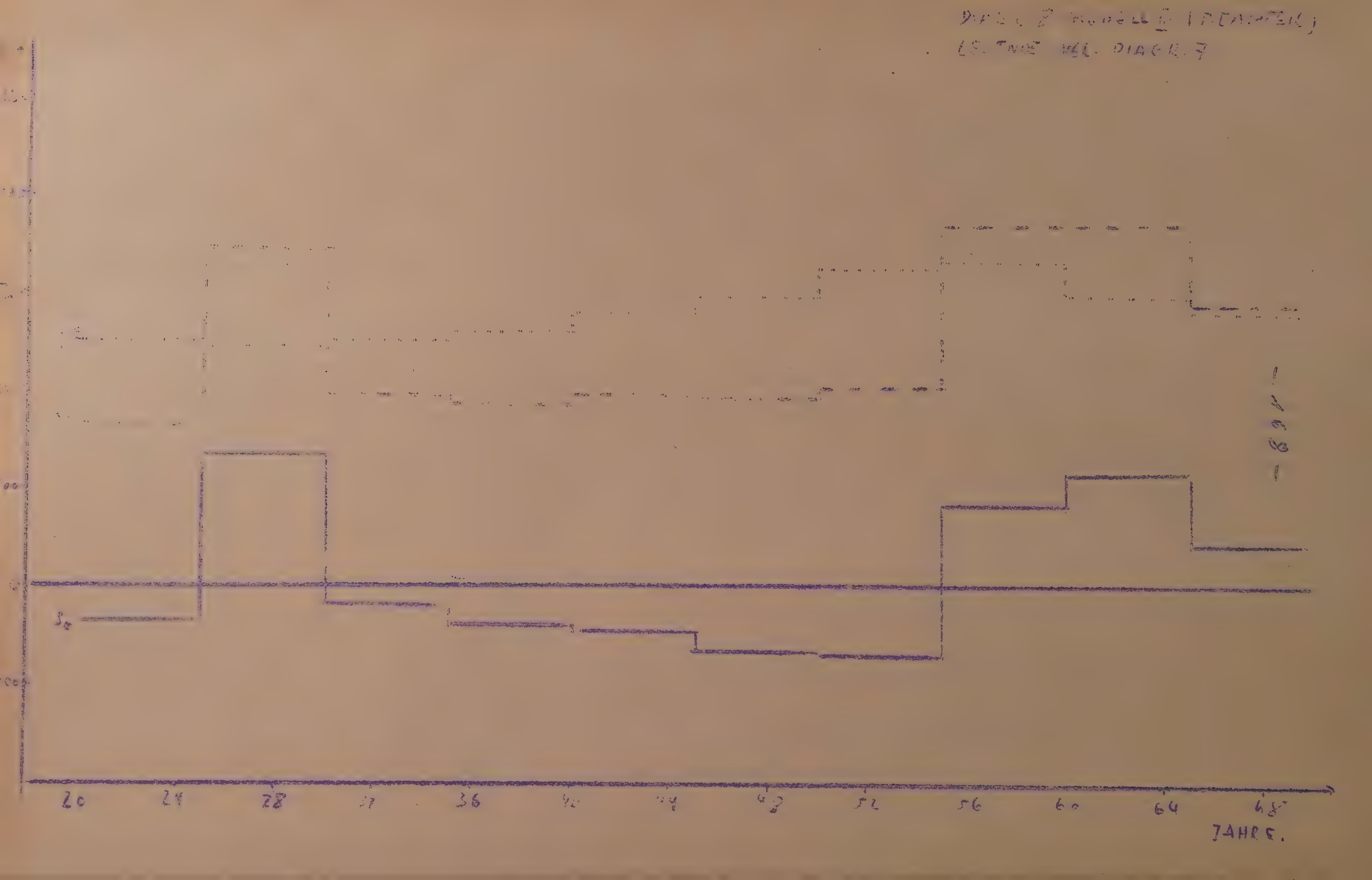
Alter	Y^e	Y	$Y - Y^e$	a	$a(Y^e, t)$	$a - a(Y^e, t)$
20 (0)	250	168	- 82	1500	13 600	- 12 100
25 (5)	247	348	+101	6000	3 800	2 000
30 (10)	250	194	- 56	6600	7 900	- 1 300
35 (15)	259	184	- 75	7100	6 600	500
40 (20)	258	197	- 61	8200	5 900	2 300
45 (25)	294	295	- 99	8500	4 500	4 000
50 (30)	326	201	125	9200	3 000	6 200
55 (35)	331	368	+ 37	6400	3 000	3 400
60 (40)	294	368	+ 74	3800	900	2 900
65 (45)	287	287	0	2800	0	2 800

Alter	$\frac{M}{L} Y^e$	$\frac{L-M}{L_t}(Y - Y^e)$	$\frac{1}{L_t}(a - a(Y^e, t))\frac{1}{12}$	S_t
20 (0)	25	- 80	+19	- 36
25 (5)	32	+ 99	+ 5	+136
30 (10)	34	- 55	+ 2	- 19
35 (15)	35	- 73	- 1	39
40 (20)	42	- 79	- 6	45
45 (25)	44	- 96	- 11	63
50 (30)	54	-120	- 21	67
55 (35)	62	+ 35	- 14	+81
60 (40)	58	+ 70	- 14	+114
65 (45)	60	0	- 18	+ 42

Die Sparkapazität des Beamtenhaushaltes sinkt während der mittleren Abschnitte der Laufbahn viel nachhaltiger ab als bei den beiden anderen Repräsentativhaushalten und steigt erst in den letzten zehn Berufsjahren wieder fühlbar an, allerdings ohne in der Pensionierungsphase auch nur in die Nähe negativer Werte zu kommen.

---

(1) Das Vermögensteuer wurde geringfügig modifiziert. Die Ableitung des Verbrauchseinkommens Z wurde auch hier weggelassen. Zur Systematik vgl. S. 144. - In Diagramm 8 auf Seite 168 werden die wichtigsten Modellwerte skizziert.


20
24
28
36
52
56
60
64
68
JAHRE.

2. Der Beitrag der Modellanalyse zur Frage der sozialen Sicherung des Haushaltes.

2.1. Die Modelluntersuchungen haben gezeigt, wie sich die Sparfunktion im Laufe des Lebenszyklus unter bestimmten Annahmen gestaltet. Diese Annahmen waren das Ergebnis einer eingehenden Erörterung eines wirklichkeitsnahen Datenkranzes, der neben dem traditionellen Element des aktuellen Einkommens, Faktoren wie das langfristig erwartete Einkommen, das Vermögensbudget des Haushaltes, die Planung des Budgetvermögens, das Alter des Haushaltsvorstandes, die wahrscheinliche Lebenserwartung in Verbindung mit der voraussichtlichen Verdienst- und Pensionszeit eine gleichmäßige Verbrauchsrate unter Berücksichtigung des jeweiligen Familienstatus und die rationelle Verwendung der Mittel im Sinne einer Nutzenmaximierung enthielt. Stillschweigend wurde in den Modellen gleichbleibender Geldwert, eine annähernd stationäre Größe der Bestimmungsvariablen und mikroökonomische Vollbeschäftigung vorausgesetzt. Lebenszyklisch kann Vollbeschäftigung angenommen werden, wenn ein Wirtschaftssubjekt zwischen seinem 20. und seinem 65. Lebensjahr 2250 Arbeitswochen oder 540 Monate tätig war (1). Dieses Faktum ist gleichzeitig für die Dotierung des Haushaltsbudgets und die Rentensteigerung der Sozialversicherung von Bedeutung. - Unberücksichtigt blieben sind Änderungen der Konsumnorm über die Grenzen der zuständigen Einkommensklassen hinaus, Geldwertschwankungen und deren Effekte auf das individuelle Verhalten, die zeitliche Übertragungswirkung des Zinses als Preis für zeitinvolvierende Anlagen und Veränderungen des Antizipationszeitpunktes zur Bestimmung eines lebenszyklischen Spargleichgewichtes. Diese Elemente wurden ausgelassen, weil ihre Einbeziehung die Modelle noch stärker kompliziert hätte, ohne die richtungsweisenden Tatbestände der Analyse unvergleichlich besser hervorzukehren. Erspart hat uns das angewandte Verfahren, die Notwendigkeit ein Existenzminimum zu bestimmen, um zu einer quantitativen Funktion des Sparens zu kommen. Dennoch erfüllt das praktizierte Verfahren nicht alle seine Funktionenen befriedigend. Der Vorgang des Entsparens im Alter kann von einem frühen Antizipationszeitpunkt nicht richtig erfaßt werden, denn mit steigendem Lebensalter wandelt sich - wie die Konstruktion des Koeffizienten der permanenten Komponente $\frac{Y}{L}$ erkennen läßt (2). - Die Bedeutung der Ein-

(1) Vgl., Rocktäschel, Otto, a.a.O. S. 119.
(2) Vgl. die Formel auf S. 154 u. die abgeleiteten Zahlenwerte auf S. 176.

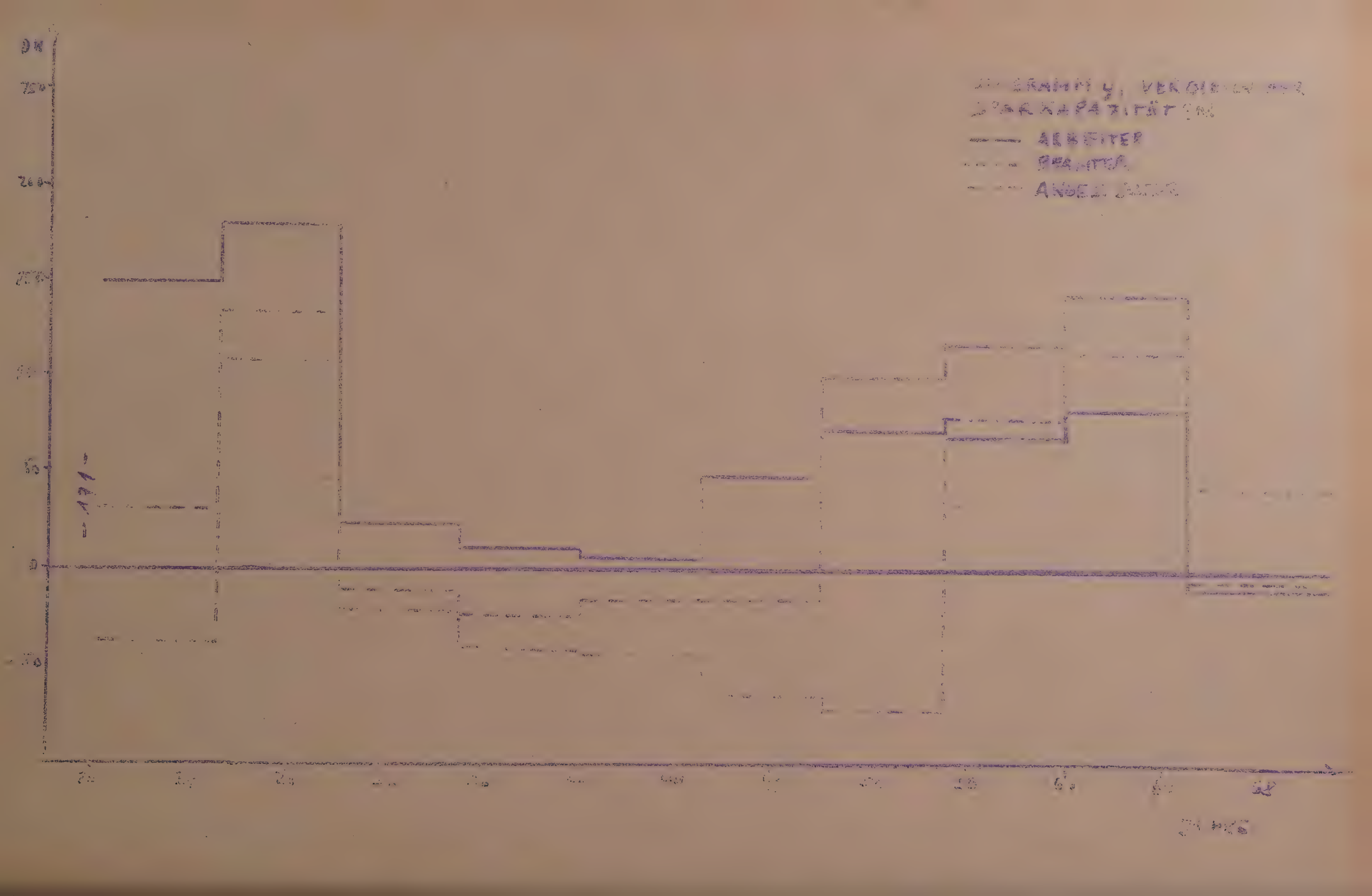
kommenserwartungen für diese Sparkomponente. Beginnt die lebenszyklische Planung im 65. Lebensjahr, dann wird M = L, und das erwartete Einkommen wird in seiner ganzen Fülle auf das Sparen, das zu diesem Zeitpunkt ein Entsparen geworden ist, bei einer solchen Betrachtungsweise werden die Übertragungseinkommen als n e g a t i v e Einkommensgrößen angesehen. Das Moment des Entsparens wird bei der Verwendung einer Altersskala, die im 20. Lebensjahr beginnt, unterschätzt, wie aus der typischen Konvergenz der Zahlenwerte zu erkennen ist. Unabhängig davon läßt sich feststellen, daß die Koeffizienten der einzelnen Sparkomponenten mit steigendem Lebensalter des Beobachtungsobjektes in zwei Richtungen variieren: der Koeffizient der permanenten Komponente $\frac{M}{L}$ steigt, mit negativem Vorzeichen wächst auch der lebenszyklische Koeffizient 1 : L, des variablen Vermögensbudgets, dagegen nimmt $\frac{M-L}{L}$, der Koeffizient der transitorischen Sparkomponente, mit wachsenden Altersziffern ab und wird schließlich völlig aus dem Kalkül eliminiert, so daß - von Rentenerhöhungen, Rentenkürzungen und dem vorzeitigen Ausscheiden eines Haushaltsmitgliedes abgesehen - zwischen erwarteten und realisierten Einkommen keine Unterschiede mehr bestehen. Die spezifische Entwicklung der Sparkomponenten bedeutet, daß zur Verwirklichung eines Spargleichgewichtes bei steigendem Lebensalter immer mehr die absoluten Einkommenserwartungen an Gewicht gegenüber den Veränderungsgrößen von Einkommen und Vermögen gewinnen.

2.2. Die vorgeführte Kasuistik mikroökonomischer Sparkapazitäten hat zu großenmäßig verschiedenen Funktionsverläufen geführt (Vgl. hierzu Diagramm 9 auf S. 171). Überraschend wirkt dabei die durchschnittlich hohe Sparkapazität des Arbeiters im Vergleich mit der Größenentwicklung bei den beiden anderen Berufsgruppen. Für diese Erscheinung lassen sich drei Erklärungen ins Feld führen: 1. die dauernd pessimistischen Einkommenserwartungen des Arbeiters im Hinblick auf später mögliche Einkommenszuwächse, dadurch wird aus der Perspektive des jeweils realisierten Einkommens ständig ein Übertragungsbedürfnis suggeriert, (1). 2. Die Identifizierung von Vermögens- und Konsumentnahmen allein anhand der Stellung des Haushaltes in der Skala der Einkommen, ohne Rücksicht auf bestimmte, gruppenweise unterschiedliche Stilelemente des häuslichen Wirtschaftens (2). 3. die Annahme einer nur durch den Familienstatus variierenden Konsumquote über die Länge des Lebenszyklus hinweg, eine solche Unterstellung ist aus physiologischen Gründen beim Arbeiter am wenigsten wahrscheinlich.

---

(1) Das Verhältnis Y^e spielt dabei die Rolle eines subjektiven Diskonts. Y

(2) Vgl. hierzu im einzelnen: Egner, Frisch, Der Haushalt, Berlin, 1952, u.a. S. 232.


ARBEITER
BEAMTEN
ANGESTELLTE

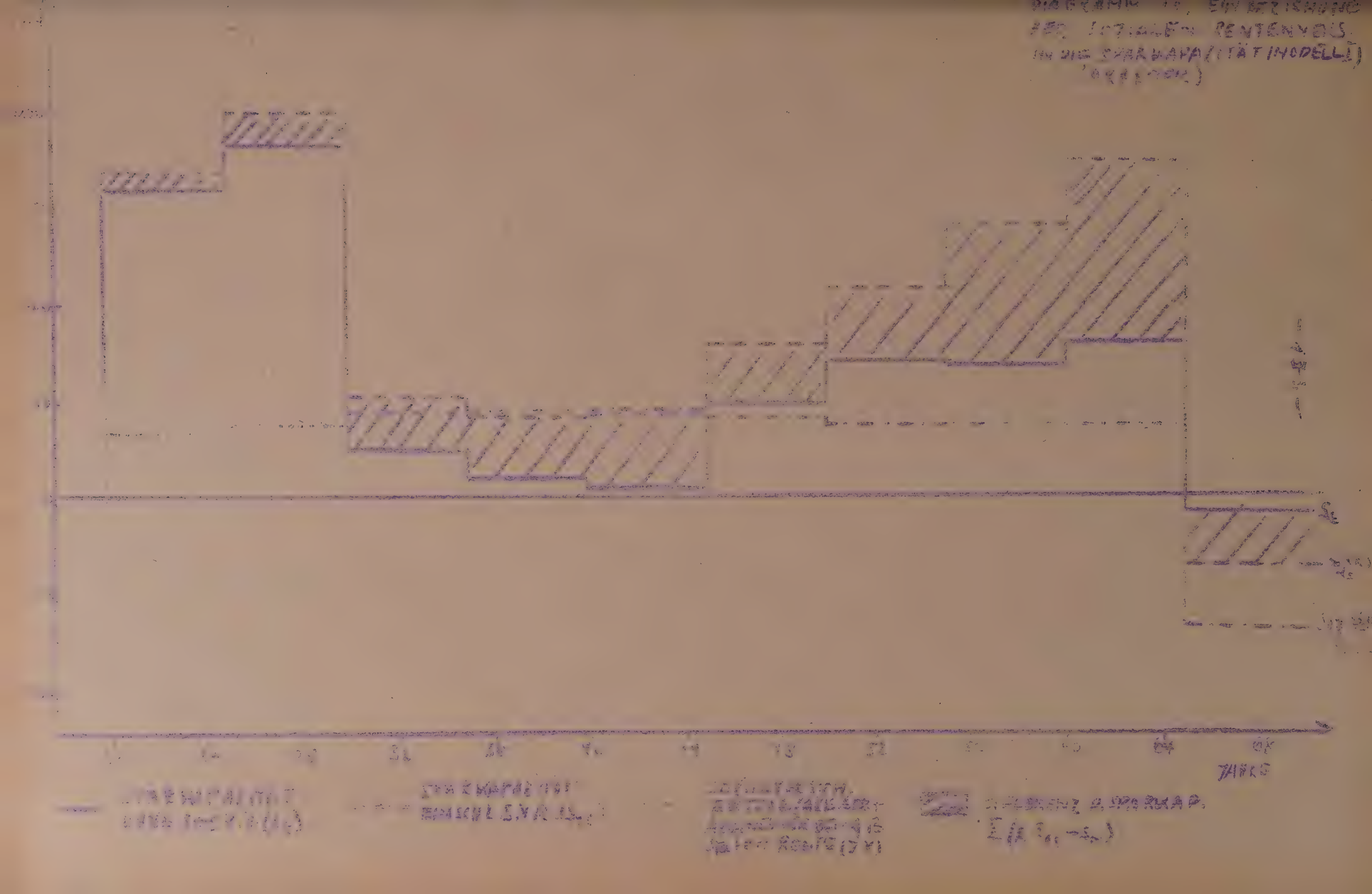
Im Haushaltsmodell des Angestellten eröffnen die Erwartungen den Wirtschaftssubjekt eine andere zeitliche Verteilungsperspektive. Die Erwartungen liegen besonders in den mittleren Altersperioden wesentlich über dem realisierten Einkommensniveau und bewirken dadurch negative, zeitliche Transpositionen von Einkommensteilen. Aber auch hier bedeutet unter den eingeführten Hypothesen die negative Sparkapazität kein numerisches Gleichgewicht mit der positiven. In verwandtem Ausmaß gilt für den Beamtenhaushalt das gleiche, obwohl hier Anrechnungen auf die Einkünfte in höheren Lebensjahren nachhaltig auf einen Ausgleich der Sparkapazitäten gewirkt haben.

2.3. Trotz langer Bedenken hinsichtlich der absoluten Größen läßt sich aus dem lebenszyklischen Verlauf der Sparkapazität dennoch deutlich erkennen, in welchem relativen Maße das Wirtschaftssubjekt Vorsorgeleistungen vollziehen kann, o h n e s e i n e n , a n e i n e r b e s t i m m t e n E i n k o m m e n s g r u p p e o r i e n t i e r t e n , l e b e n s z e i t l i c h e n A u f w a n d s p l a n ä n d e r n z u m i s s e n. Für die konstruktive Kritik der Tarif- und Leistungsgestaltung der Sozialversicherung ist die Kenntnis der haushaltsmäßigen Sparkapazität von großer Bedeutung. Letztere greift die Sozialversicherung dem individuellen Planverhalten vor und verhält sich dabei so, als ob es genüge, das Einkommen des Haushaltsvorstandes als Bredmesser des bezweckten Vorsorgepotentials anzusehen. Die gestaffelte, an zu wenig alternativen orientierte Ordnung der Vorsorgeleistungen weist erhebliche Diskrepanzen gegenüber dem Verlauf einer lebenszyklischen Sparfunktion auf (vgl. hierzu Diagramm 10 auf S. 173). (1). Aus dem Vergleich der Kurvenverläufe lassen sich folgende Schlüsse herleiten.

a. Die Verkopplung der Tarifhöhe bei der sozialen Rentenversicherung mit dem steuerbaren Brutto-Arbeitseinkommen des Familienvorstandes erweist

---

(1) Die lebenszyklische Nettosparfunktion, die bisher in den einzelnen Modellen vorgeführt wurde, hat die Beiträge zur Sozialversicherung wie Steuern behandelt, und die Leistungen wie ein reguläres Arbeitseinkommen. Damit sind die Einkommensübertragungen mit Hilfe der sozialen Sicherung aus dem engeren Sparkonzept herausgeblieben. Der spezifische Effekt der sozialen Sicherung innerhalb der Sparpotentiale läßt sich aber nur zum Ausdruck bringen, wenn das Rechenexempel einmal mit und einmal ohne sie dargestellt wird. Zu diesem Zweck werden nur Nettoeinkommensfunktion die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung hinzuaddiert und die Renten als negatives Einkommen angesehen. Das Ergebnis dieses Kalküls, eine spezielle



sich gerade in den kritischen Phasen des Familienaufbaus und -wachstums im Verhältnis zur individuellen Sparkapazität als unangemessen. Am Modell des Arbeiters läßt sich exemplizieren, daß die modifizierte Sparkapazität in der Phase zwischen dem 3. und 45. Lebensjahr gerade eben so groß ist, um die soziale Rentenversicherung als Sparakt auf zunehmen. In der angedeuteten Skizze läßt sich für andere Sparformen kein weiterer Raum erkennen. (Vgl. Diagramm 10) Weiter geht aus dem Vergleich der Sparkapazitäten hervor, daß mit wachsendem Lebensalter die Differenz zwischen beiden ständig größer wird. Das deutet darauf hin, daß, wenn weiter an dem bisherigen Modellvorraussetzungen festgehalten wird, eine Ausweitung der Sparkapazität bei nicht obligatorischer Vorsorge besonders in spätere Lebensperioden verlegt wird. Daran ändert sich prinzipiell nichts, wenn der Beginn der Verlierstperiode auch der Antizipationszeitpunkt auf einen späteren Termin verlegt wird. Bei einer solchen Verschiebung verändert sich nur die absolute Größe der Differenzen.

b) Die Periode einer umfangreichen Sparkapazität in der verhältnismäßigen Verdienstzeit wird des geringen Bruttoeinkommens wegen von obligatorischen Versorgungsleistungen relativ stark freigehalten. Das Moment dieser Periode anderer Sparziele, die der Beschaffung dauerhafter Konsumgüter vorbehalten zu müssen, kann nicht gelten, da die typischen Hauptinvestitionen im Budget des männlichen Ehe-

---

Nettosparfunktion (S_{ts}) wird der Sparkapazität ohne Einschluß der sozialen Rentenversicherung (S_t) und den gesamten Beitragssätzen und der Rente gegenübergestellt. Dabei werden folgende Größen konfrontiert:

Alter	S_t	S_{ts}	(S_{ts} S_t)	B. o. R
20	156	169	13	[illegible]
25	179	199	20	[illegible]
30	24	51	27	[illegible]
35	9	[illegible]	[illegible]	[illegible]
40	7	[illegible]	[illegible]	[illegible]
45	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
50	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
55	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
60	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
65	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

partners normalerweise erst nach der Gründung des neuen Haushaltes berühren.

c. Eine zweite Periode, die eine stärkere Vorsorgebelastung ertragen könnte, ist der Zeitraum nach dem Ausscheiden der Kinder aus dem ökonomischen Haushaltsverband. Je eher der Haushaltsvorstand von seinen Versorgungspflichten entbunden wird, desto eher müßte er in der Lage sein. Ausfälle in den Vorsorgeleistungen, die ihm auf Grund eines familienfreundlichen Tarifschemas zugestanden werden, wieder auszugleichen. Nur für kinderreiche Familien müßte dabei möglicherweise vom Prinzip der Volldeckung der Rentenansprüche abgegangen werden. Dadurch würde sich eine gewisse Umverteilung der Sicherungslasten zugunsten der kinderreichen und Frühehenfamilien vollziehen.

Im Normalfall mit zwei Abschnitten überdurchschnittlicher Sparkapacitäten läßt sich, auf einer mittleren Basis kalkuliert, am Prinzip des "Ansparens" der Steigerungsbeträge der Alterrente festhalten. Für jedes Beitragsjahr ließen sich spezielle Koeffizienten bestimmen, die den jeweiligen Beitragssatz auf eine dem typischen Gleichgewichtssparen angepaßte Höhe korrigieren.

2.4. Obwohl die Sparanalyse immer wieder gezeigt hat, daß der Zins als Sparmotiv nur in wenigen Fällen eine Rolle spielt, so kann daraus nicht auch seine Bedeutungslosigkeit als Bestimmungselement für die Auswahl einzelner Sparformen abgeleitet werden. Soweit der Zins im Wirtschaftssubjekt zu einem Austausch von Gegenwarts- und Zukunftsgütern veranlaßt, führt die Einführung eines Zinses bei gleichbleibenden Einkommenserwartungen zu einer weiteren Ausdehnung der Sparkapacität in den niederen Lebensjahren und zu einer noch stärkeren in den höheren Altersstufen. Für beide Perioden werden dabei weitere potentielle Vorsorgekapazitäten geschaffen. Die kritische Periode des Familienwachstums wird durch eine positive Zinsvariation - ceteris paribus - ihres Mangelsymptoms nicht entbunden, das hauswirtschaftliche Sparen bleibt unelastisch. - Im Bereiche der Substitutionsmöglichkeiten zwischen einzelnen Sicherungsformen gewinnt bei Wirtschaftssubjekten mit stärkerer Risikoneigung das Zinskalkül an Bedeutung. Unter bestimmten Voraussetzungen, wie konstanten Leistungen, konstanten Geldwert, permanenten Anlagemöglichkeiten und einer bestimmten Differenz des Zinsertrages würde bei der augenblicklichen Verfassung die Sozialversicherung aus einer Resultatvergleichung als schlechtes Übertragungsmedium hervorgehen. Andererseits wiegen die besonderen Sicherheitsparaktien der Sozialversicherung sicher manche irrealen Bedingungen eines alternativen Ertragssparens auf. Die Geschichte hat bisher nicht genügend Zeit gelassen, um den optischen Vorteil einer freiwilligen Vorsorge an einem Beispiel zu rechtfertigen.

Schlußbemerkungen:

1. Zum Schluß sollen noch einmal die Momente und Probleme berührt werden, die sich als Ergebnis der vorliegenden Studie betrachten lassen:

(a) Aus typischen Einkommensrisiken denen die Hauswirtschaft im Laufe ihrer Existenz ausgesetzt ist, ließen sich Sparmotive ableiten, die typische hauswirtschaftliche Dispositionen auslösen. Die Maßnahmen der Sozialen Sicherheit zum Schutze eines hauswirtschaftlichen Minimumstandards ließen sich als Dispositionen identifizieren, die für den Haushalt von außen obligatorisch geregelt werden. Eine Koordination der öffentlichen und privatwirtschaftlichen Sicherungsmaßnahmen besteht nicht. Ihre Rechenverfahren entbehren einer allgemeinen Grundlage.

(b) Einen wesentlichen Bestandteil der abgeleiteten Sparmodelle bildete die Hypothese eines lebenszyklischen Gleichgewichtes. Die Realität dieser Betrachtungsweise ist nicht unbestritten. Besonders gegen eine Verallgemeinerung der Gleichgewichtsidee im Bereiche der lebenszyklischen Einkommensentscheidungen gibt es bedeutsame Einwände. Für die allgemeine Verwirklichung eines lebenszyklischen Einkommensgleichgewichtes wäre in allen Einkommensklassen und Verbrauchsgruppen Sparfähigkeit Voraussetzung. Das würde im Sinne eines Gleichgewichtsmodells bedeuten, daß die Bezieher geringer Einkommen ihren verwirklichten Standard als Maßstab für ihr jeweiliges Spargleichgewicht benutzen. Eine Verallgemeinerung des Gleichgewichtsprinzips käme einer wohlwollenden Verbeugung vor der wirtschaftlichen Vernunft vor allem der sozial bedrohten Wirtschaftssubjekte gleich. Wieviele in der Lösung ihres lebenszyklischen Spargleichgewichtes scheiterten oder es als Problem überhaupt außer Acht ließen, kann nicht im einzelnen zahlenmäßig belegt werden, aber der subjektiv Arme, der Fürsorgeempfänger und derjenige, der allein durch den öffentlichen Zwang zur Vorsorge veranlaßt wird, weisen auf individuelle Sparungleichgewichte und vernachlässigte zeitliche Einkommensübertragungen hin.

(c) Die Vorbereitung repräsentativer, lebenszyklischer Einkommens- und Sparmodelle erforderte

die empirische Untersuchung demographischer Daten, generativer Verhaltensweisen und institutioneller Fakten. Motivbildende soziale Normen bedurften einer Einordnung; die an sich nötige historische Zahlenkasuistik der Einkommensgrößen wurde auch durch die Verwendung von sinngemäßen Querschnittsdaten substituiert. Als Ausdrucksmittel eines hauswirtschaftlichen Minimumstandards ließen sich - in erster Annäherung - die nach Verbrauchsgesichtspunkten modifizierten Einkommensgrößen verwenden.

(d) Die mikroökonomische Sparanalyse hat sich als bedeutsames Hilfsmittel erwiesen, um Modelle zu bilden, in denen sich unter bestimmten Annahmen lebenszyklisch typische Einkommensdispositionen darstellen lassen. Die Verwendung der Marginalanalyse schien für die Untersuchungen geeignet, da Größenvariationen beschrieben wurden, die relativ klein waren (1) und die Entscheidungsmöglichkeiten sich - zumindest à la longue - hinlänglich kontinuierlich aneinandereihen. Entscheidne bestimmt wurde die Größenverteilung in den lebenszyklischen Sparmodellen durch die Verwendung des Prinzips der Nutzenmaximierung. Einige empirische Untersuchungen scheinen die Möglichkeit seiner Verwendung zu bestätigen.

(e) Bei Anwendung der Spartheorie mußte eine Überprüfung der Selektion der Bestimmungsfaktoren vorausgehen. Es war zu fragen, inwieweit die ausgewählten Faktoren für eine quantitative Untersuchung geeignet sind. Dabei hat sich herausgestellt, daß sich die Spartheorie vom Produktivitätsaspekt gelöst hat und immer mehr soziographische Elemente berücksichtigt. Der Produktivitätsgesichtspunkt der orthodoxen Kapitaltheorie wurde weitgehend in die Investitionstheorie gedrängt. Diese Entwicklung kam der Verwendung der Spartheorie im Bereiche der Mikroökonomie des Haushaltes und auf dem Gebiete der Sozialpolitik zugute. Außer dieser Wandlung der Betrachtungsweise hat sich die Verwendung ökonometrischer Verfahren als das eigentlich Moderne in der Spartheorie erwiesen.

---

(1) Vg. zu den Grenzen der Marginalanalyse: Barna, Tibor, on the Structural Interdependance of the Economy, ed. Barna, New York, Malani, o.J. (1955) S. 22 ff.

(f) Als nervus rerum der Diskussion um die Bestimmungsfaktoren des Sparens hat sich allgemein die Einordnung des L e b e n s s t a n d a r d s und seines quantitativen Ausdrucks herausgestellt. Das Konsortium der durchschnittlichen Verbrauchsstruktur als eine Annäherungsform wurde schon erwähnt. F r i e d m a n , B r a d y , M o d i g l i a n i und Brumberg sehen darüber hinaus den Standard durch die Stellung des Wirtschaftssubjektes innerhalb der Einkommensskala ausgedrückt. Eine solche Betrachtungsweise kann sich für die mittleren Einkommensstufen eignen. Für die äußeren Enden der Einkommensskala erscheint sie jedoch fragwürdig.

(g) Innerhalb des zulässigen Bereiches erscheint das theoretische Instrument der S p a r k a p a z i t ä t als ein Maßstab, der es erlaubt, die individuelle zeitliche Ü b e r t r a g u n g s n e i g u n g von Subsistenzmitteln bei beschränktem Einkommen und variabler Verbrauchsstruktur darzustellen.

(h) Die Sparkapazität gibt eine normative, zeitliche Reihe von Sparneigungen an, an der die T a r i f e der Sozialen Sicherung ausgerichtet werden sollten, wenn diese bestimmten typischen ökonomischen Verhaltensweisen und Bedürfnissen entsprechen sollen.

(i) Die untersuchten Tarifsysteme sozialer Sicherungseinrichtungen passen sich den zum Vergleich herangezogenen individuellen Sparmöglichkeiten nicht genügend an. Die jüngste N e u r e g e l u n g d e r R e n t e n g e s e t z e für die Angestellten und Arbeiter im Rahmen der sogenannten Sozialreform (1.1.1957) hat hier keine wesentlichen Änderungen gebracht. Allein die Verbesserung der Rentensätze läßt erwarten, daß ein strukturelles Standardungleichgewicht gemildert wird, das vielfach bei Sozialversicherten festgestellt werden konnte.

2. Eine Darstellung des Verhältnisses zwischen der Vorsorgefunktion der Sozialen Sicherung und den zeitlichen Dispositionen des Sparens als umfassendere Aufgabe, kann im gegenwärtigen Stadium der Untersuchung nicht schließen, ohne einen nachdrücklichen Hinweis auf das noch unzulängliche statistische Ausgangsmaterial. Ohne weitere, anerwerkende makroökonomische Bezugsgrößen müßte jedoch weitere Experimentieren mit Modellen zu dem bereits wirklichkeitsfremder Spezialistischen führen. Demgegenüber wichtig ist

daß die in die Modelle eingeführten Determinationsbeziehungen an deutschem statistischem Material überprüft werden. Die einfache Übertragung amerikanischer Strukturdaten, Beobachtungsgesetze und intuitiv gebildeter Regeln kann nur ein Behelf sein, der sich zu einigen Testuntersuchungen eignet. - In Zukunft wird es wichtig sein, spezielle Strukturuntersuchungen anzustellen und die Ergebnisse problemangemessen auszuwerten.- Die Enquèten müssen sich an den soziologischen Verhältnissen der modernen Gattenfamilie ausrichten und die Mikroökonomie des Haushalts als ein Gemisch von evolutorischen und stationären Prozessen begreifen. Je stärker die sozialen Kommunikationen auf eine Nivellierung der Gruppenstandards hinwirken, desto einheitlicher werden die Konsum- und Sparverhaltensweisen sein, und umso deutlicher zeichnet sich dann die Norm einer lebenszyklischen Ökonomie des Familienhaushaltes ab. Das weit verbindlichere Standardvorbild der modernen Gruppengesellschaft verlangt ein hohes Maß von ökonomischen Sicherheitsmaßnahmen, um das sozial gefürchtete Absinken in eine tiefere Wohlstandslage zu verhindern. Der Empirie bleibt es vorbehalten, die Gleichgewichtswirkung einer derartigen mikroökonomischen Verhaltensweise quantitativ zu erfassen und den wirtschaftsbestimmenden Einfluß festzustellen. Die hauswirtschaftlichen Dispositionen, die im Dienste der Standardsicherung stehen, sollten bei der Analyse nicht isoliert betrachtet werden, sondern sinnvoll in eine zeitinvolvierende Wohlfahrtstheorie der Einzelwirtschaft eingeordnet werden, die sich ohne größere Schwierigkeiten mit einer makroökonimischen Wohlfahrtstheorie in Einklang bringen läßt. Auf die Ansätze eines solchen methodischen Zusammenbaus war die vorliegende Studie nicht zuletzt bedacht.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

A. Sammelwerke

Hanswörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart, Tübingen, Göttingen, (1952 ff.)

Dictionnaire des Sciences economiques, ed. Jean Romeuf, Vol. 1, Paris 1956

Die Sozialreform, hrsg. v. Max Richter(1956)

Wörterbuch der Sozialpolitik, Köln-Deutz (1954 ff.)

B. Bücher und Broschüren

Achinger, Hans, Soziale Sicherheit, Stuttgart, 1953

ACHINGER, Hans, ARCHINAL, BANGERT, Reicht der Lohn für Kinder? Frankfurt am Main 1952

ACHINGER, Hans HÖFFNER, Joseph, MUTHESIUS, Hans, NEUNDÖRFER, Ludwig, Neuordnung der sozialen Leistungen, Köln 1955

ASSOCIATION MATIONALE DES SOCIETES PAR ACTION, L'épargne et les valeurs mobilières, Paris 1955

BARRE, Raymond, La période das l'analyse économique, Paris 1950

BAUMOL, William J., Economic Dynamics, New York 1951

BAZLEN, Otto, Kann zuviel gespart werden? Stuttgart 1935

BEVERIDGE, William H, Full Employment in an free Society, London 1944

BEYRODT, Gustav, Sparzwang und Sozialversicherung, Jena 1930

BIONDO, Bruno, La sicurezza sociale nel mondo, Trento 1954

BOGS, Walter, Grundfragen des Rechts der sozialen Sicherheit und seiner Reform, Berlin 1955

BOULDING, Kenneth, Economic Analysis, London 1948

BRAUN, Heinrich, Ideologische und historische Motive sozialer Hilfeleistungen, Frankfurt a.M. 1955

BURNS, Eveline M., Social Security and Public Policy, New York, Toronto, London 1956

COCHRAN, William G., Sampling Techniques, New York 1953

CAESAR, Paul, Grundriß der deutschen Sozialversicherung, Stuttgart, Köln 1950

DAMMER, Doris, Vom heterogenen Familieneinkommen zum Familienlohn, Wien 1955

DERSCH, Hermann, Grundriß der sozialen Rentenversicherung Essen, 1952

DETRY, M., L'épargne obligatoire, Paris, 1942

DUESENBERRY, James S., Income, Saving, and the Theory of Consumer Behavior, Cambridge, Mass, 1949

DURAND, Paul, La politique contemporaine de la sécurité sociale, Paris 1953

ECOLE NATIONALE D'ASSURANCE, L'assurance théorie, pratiques, comptabilité, 3.Bd., Paris, o.J.

EGNER, Erich, Der Haushalt, Berlin 1952

ELSHOLZ, Konrad, Die Sozialreform als gesellschaftspolitisches und volkswirtschaftliches Probelem, Bonn 1955

FERBER, R.A., A Study of Aggregate Consumption function, New York 1953

FISHER, A.G.B. Fortschritt und soziale Sicherheit, Bern 1947 (aus d. Engl. übersetzt)

FISHER, Irving, The Theory of Interest, New York 1930 deutsche Ausgabe: Die Zinstheorie, Jena 1932

FOURASTIE, Jean, La civilisation de 1975 3.Aufl. Paris 1953

FRIEND, Irwin, Individuals Saving, Volume and Composition, New York-London 1954

FÜRST, Hildegard, Einkommen, Nachfrage, Produktion und Konsum des privaten Haushalts in der Volkswirtschaft, Stuttgart-Köln 1956

GEHLEN, Arnold, Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, Tübingen 1949

GEHLEN, Arnold, SCHELSKY, Helmut, Soziologie, Düsseldorf Köln 1955

GETTING, André, La sécurité sociale, Paris 1955

GOLDSMITH, Raymond, BRADY, Dorothy, MENDLHSHAUSEN, Horst, A Study in Saving in the United States, 3.Bd., Princeton 1955

GOULDEN, Cyril, H., Methodes of Statistical Analysis, 2.Aufl. New York 1952

GRANGER, Gilles-Gaston, Méthodologie économiques, Paris 1955

GURANCWSKY, I., De la nature et du rôle de l'épargne, Paris 1936

HANKEL, Wilhelm ZWEIG, Gerhard, Volkswirtschaftliche Grundfragen der Sozialreform, Köln-Deutz 1956

HANSEN, Alvin, Fiscal Policy and Vusiness Cycles, New York 1941

HANSEN, Alvin, A Guide to Keynes, New York 1953

HARROD, R.F., Dynamische Wirtschaft, Wien-Stuttgart 1949

HARTZ, Gustav, Irrwege der deutschen Sozialpolitik, Berlin 1928

HAYEK, Fr.v., Vom Widersinn des Sparens, Wien 1931

HELLER, BODDY, NELSON, Savings in the Modern Economy, A Symposion, Minn. 1953

HENSEN, Hartmut, Die Finanzen der Sozialen Sicherung im Kreislauf der Wirtschaft, Kiel 1955

HICKS J.R., Value and Capital, London 1948

HÖFFNER, Josef, Sozialpolitik im deutschen Bergbau, Münster 1955

JAMES, Emile, Historie de la théorie économique, Paris 1950

JAMES, Emile, Historie de la pensée économique au XXe siècle, 2 Bde. Paris 1955

JECHT, Horst, Ökomonische Probleme der Produktivitätsrente, Stuttgart 1956

IFO-INSTITUT, Zur volkswirtschaftlichen Problematik der dynamischen Sozialrente, Berlin-München 1956

KALECKI, M., Theory of Economic Dynamics, London 1954

KATONA, George, Psychological Analysis of Economic Behavior New York 1951

KATONA G., KLEIN, Lewrence, R. LANSING, John B. MROGAN, James N., Contributions of Survey Methodes to Economics, New York 1954

KATONA, G. MUELLER, Eva, Consumer Attitudes and Demand, 1950-52, Ann Arbor 1953

KEYNES, John Maynard, Allgemeine Theorie der Beschaftigung, des Zinses und des Geldes, dt. Ausg. Leipzig-München 1935

MISHELOFF, Avram, Factors Affecting the Demand for Consumer Instalment Sales Credit, New York 1952

KLEIN, L., A Textbook in Econometrics, Evanston 1953

KLEIN, L.R., The Keynesian Revolution, New York 1947

KOCH Waldemar, Die Entwicklung der Teilzahlungswirtschaft seit 1945 und ihre Problematik, Berlin 1956

KRUK, Max, Sparen und Versichern als Mittel der Altersversorgung, Jena 1941

KURIHARA, Kenneth K., (Herausgeber) Post-Keynesian Economics, New Brunswick, New Jersey 1954

KUZNETS, Simon, Shares of Upper Income Groups in Income and Saving, NBER, New York 1953

LAMPE, Adolf, Zur Theorie des Sparprozesses und der Kreditschöpfung, Jena 1926

LAMBERT, Maurice, La consommation, Paris 1956

LIBERT, P., Research in Consumer Motivation, London 1954

LIEF, Alfred, Münztheorie, München-Tübingen 1956

MACKENROTH, Gerhard, Bevölkerungslehre, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1953

MAGNIN, Charles, L'équilibre économique à travers la pensée moderne, Paris 1956

MAHR, Werner, Einführung in die Versicherungswirtschaft, Berlin 1951

MANTEUFFEL, gen. SZÖGE, C.v. Das Sparen, Jena 1921

MARSHALL, Alfred, Principles of Economics, 8. Aufl., London 1928

MARTIN, J., Das Sparen in der ökonomischen Theorie, Wien-Leipzig 1934

MAYNTZ, Renate, Die moderne Familie, Stuttgart 1955

MENICHINI, Enzo, Theorie des Einkommens, Zürich 1954

MÖLLER, Hans, (Herausgeber) Produktivitätsreserven sichern den Lebensabend, Bad Godesberg 1956

MÜLLER, J.H., Die Auswirkungen einer Rentenindexnomatik auf das wirtschaftliche Wachstum und die Stabilität der Währung, München, o.J. (Sonderdruck aus den "Politischen Studien")

NEISEL, H.E., Trends in Consumer Finance, Boston 1954

MÜNKE, Stephanie, Die Armut in der heutigen Gesellschaft. Berlin 1956

OKUTT, Roy, A Bibliography of Consumption Function, Cambridge o.J.

ÖFFENTLICHE EINKOMMENSHILFE UND RICHTSATZPOLITIK, Köln Berlin 1959

PAULSEN, Andreas Liquidität und Risiko in der marktwirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1956

PEACOCK, Alan T., The Economics of National Insurance, Edingurgh London-Glasgow 1952

DERSELBE (Hrsg.) Income Redistribution and Social Policy London 1954

PFISTER, Bernhard, Sozialpolitik als Krisenpolitik Stuttgart-Berlin 1936

PIETTRE, André Les trois âges de l'économie, Paris 1955

PRAIS, S.J., HOUTHAKKER, H.S. The Analysis of Family Budgets, Cambridge 1955

ROBERTSON, J.M., The Fallacy of Saving London 1892

ROTTIER, Georges ALBERT, J.F., Les services, [illegible] français de la redistribution des revenus Paris [illegible]

ROWNTREE, Seebohm, Poverty, a study in town life, [illegible] London 1922

SAMUELSON Paul A., Foundations of Economic Analysis, Cambridge 1948

SAUVY, Alfred, Théorie générale de la population Paris 1953. Bd. 1

SCHNEIDER, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Tübingen 1949 ff. 3 Bde.

SOMMER, A., Lehre vom Privathaushalt, Berlin 1936

STACKELBERG, Heinrich v., Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1948

STATISTISCHES BUNDESAMT, Die Verdienste der Arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft in Nov. 1956 [illegible]

STATISTISCHES BUNDESAMT, Die sozialen Verhältnisse der Rentner und Unterstützungsempfänger, [illegible]

STEIN, Bernhard, Der Familienlohn, Berlin 1956

STONE, Richard, The Measurement of Consumers' Expenditure and Behavior in the United Kingdom 1920-38 Cambridge 1954

THRALL, COOMBS, DAVIS, Decision Processes, London-New York 1954

VEREINIGUNG DER ORTSKRANKENKASSEN, Statistik der Ortskrankenkasse 1955, Bd. Godesberg 1956

VOIGT, Fritz, Der volkswirtschaftliche Sparprozess, Berlin 1955

WEBER, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, i.Grdrß der Sozialökonomik, 2. Aufl. Tübingen 1925

WOLD, Herman, Demand Analysis, Stockholm - New York 1952

ZAHN, Friedrich, Die Wirkung der dt. Sozialversicherung, München-Berlin-Leipzig 1915

C. Aufsätze

ABEL-SMITH, Brian, Lohngebundene und Leistungsrenten Soz. Fortschr. 1956, S. 226 ff.

AITCHISON, J.,Brown J.A.C., A Synthesis of Engel Curve Theory, The Rev. of Ec.Stud. 1954/55 S. 35 ff

ARROW, Kenneth J., Alternative Approaches to the Theory of Choice in Risk-Taking Situations, Econometrica 1951 S. 404 ff

ARROW, K.J., Diskussionsbeitrag zum Referat von Lydall, Upsala Meeting of the Econometric Society, Econometrica, 1955 S. 621

BABY, Dorothy, S., Research on the Size Distribution of Incomes, Stud. i. Inc. a. Welath Vol. XXI 1951 S. 52 ff.

BRADY, D., Influence of Age on Saving and Spending Patterns, Mthly Labor Rev. 1955

BROWN, T.M. Habit Persistence and Lags in the Consumer Behavior, Ec. 1952 S. 355 ff.

BRADY, D. FRIEDMAN, Rose, Savings and the Income Distribution, Stud.i.Inc.Wealth Vol. 8 S. 247 ff

BRESCIANI-TURRONI, The Theory of Saving, Econometrica, 1936 S. 14, S. 162 ff.

[illegible], Richard, An Approximation to the Aggregate Saving Function, The Ec. Jl. 1956 S. 66 ff

Brown, T. Household Structure and Income, Scottish Jl. of Pol. Ec. 1955 S. 27 ff.

[illegible], C.F. Personal Saving and Public Finance, Revue Publique, 1955 S. 105 ff.

CENTERS, Richard, CANTRIL, Hadley, Income Satisfaction and Income Aspiration, Jl. of Abnormal and Social Psychology 1946, S. 64 ff.

CHAMFIELD, Jerome, A. Comment, Stud. i. Inc. a. Wealth, Vol. XV S. 324

DENEFFE, Peter, Die Aufwendungen für Kinder in Arbeitnehmerhaushalten, Wirtsch. u. Stat. 1955 S. 450 ff.

DÖRNBACH, Wilhelm, Maßnahmen zur Kaufkraftsicherung der Renten in einigen Ländern, Zeitschr. f. Sozialref. 1956, S. 45 ff.

DUPRIEZ, Léon, Du concept de l'équilibre en économie politique, Rev. d'econ. Pol. 1948 S. 337 ff.

DUESENBERRY, James Income -Consumption Relation and their Implications, Essays in Honor of A. Hansen, New York 1948 S. 75 ff.

Edgeworth, F.Y. Risk i. Dictionary of Political Economy, Vol. III London 1926 S. 314

EGNER, Erich, Ökonomische Probleme der Familienpolitik, Schm. Jahrb. 1955 S. 837 ff.

EHRENBERG, Herbert, Sozialreform und Konjunktur, Soz. Sich. 1956 S. 129 ff.

ELSHOLZ, K., Die Sozialreform im staatspolitischen Zusammenhang, Soz. Wirtschr. 1955 S. 243 ff.

EPSTEIN, A. Leonore, Evaluation of Consumers' Tangible Assets, Stud. of Inc. a. Wealth, Vol. XII S. 409 ff.

FARREL M.J. Irreversible Demand Function, Econometrica, 1952 S. 171 ff.

FISHER, Janet A., Income, Spending and Saving Patterns of Consumer Units in Different Age Groups, Stud. i. Inc. a. Wealth, Vol. XV S. 75 ff.

FREIDENBERG, Karl, Zum Ausgleich der Familienlasten Der Arbeitgeber, 1952 S. 254 ff.

FRIEDMAN Milton, A Method of Comparing Incomes of Families Differing in Composition, Stud. i. Inc. a. Wealth, Vol. XV S. 9 ff.

FRIEND Irwin, Relationship between Consumers' Expenditures Savings and Disposable Income, The Rev. of Ec. a. Statistics, 1948

GARVY, Georges, Inequalities of Income, Causes and Measurement, Stud. i. Inc. a. Wealth, 1952 Vol. XV S. 27

GARVY, Georges, The Role of Negatives in Economic Analysis, Jl. of Pol. Ec. 1948 S. 418 ff.

GARVY, G. The Effect of Private Pension Plans on Personal Saving, The Rev. of Ec. a. Stat. 1950 S. 223 ff.

GEORGESCU-ROEGEN, Nicholas, The Theory of Choice and the Constancy of Economic Laws, Quat. Jl. of Ec. 1950, S. 125 ff.

GOLDSMITH, Raymond, W. A. Perpetual Inventory of National Wealth, Stud. i. Inc. a. Wealth, Vol. XIV S. 5ff

GOODMAN, Roe, MACCOBY, E.E. Sampling Methods and Sampling Errors in Survey of Consumer Finance, Intern. Journ. of Opinion a. Attitude Research, 1948 S. 349 ff.

HAVELMO, Trygve, Family Expenditures and the Marginal Propensity of Consumption, Econometrica, 19[illegible] S. 65 ff.

HALLER, Heinz, Bemerkungen zur Haushaltsökonomik, Zeitschr. f. d. ges. St. Wiss. 1955 S. 577 ff.

HAMBURGER, William, The Relation of Consumption to Wealth and the Interest Rate, Econometrica 1955 S. [illegible] ff.

HAMBURGER, W., The Determinants of Aggregate Consumption, The Rev. of Ec. Stud. 1954/55 S. 83 ff.

HANNAT, Wilhelm, ZWEIG, Gerald, Spar- oder Umlageprinzip in der Sozialversicherung, Arztl. [illegible] Blatt 1956.

HANNEY, W., ZWEIG G., Die Soziale Sicherheit in der Marktwirtschaft, Soz. Fortschr. 1955 S. 5 ff.

HANNEY, W., ZWEIG G., Das Sparen und die dynamische Sozialrente, Soz. Fortschr. 1956 S. 71 ff.

HENSEN, Hartmut, Die volkswirtschaftliche Problematik zweckgebundener Renten ist lösbar, Soz. Fortschr. 1956 S. 208

HICKS, Some Aspects of the Treatment of Time in Economic Theory, Canadian Jl. of Pol. Ec. 1948 S. 453 ff.

JEANTENET, Jean-Marcel, La fonction keynésienne de la consommation à l'épreuve des faits, Rev. des Sciences Ec. 1952

ISCHBOLDIN, Boris, Der gegenwärtige Stand der [illegible] in der Wirtschaftstheorie, Zeitschr. f. ges. St. Wiss. 1956 S. 240 ff.

KATONA, G., Effects of Income Changes on the Rate of Saving, The Rev. of Ec. a. Stat. 1949, S. [illegible] ff.

KATONA, G., FISHER, Janet, Postwar Changes in the Income of Urban Consumer Units, Stud. i. Inc. a. Wealth, Vol. XIII S. 62 ff.
D. ROBERTSON, The Analysis of Spending, Ec. Jl. 1949 S. 173ff

KLEIN, L., Estimating Patterns of Saving Behavior from Sample Survey Data, Ecomometrica, 1951 S. 438

KLEIN, L., Assets, Debts and Economis Behavior, Stud. i. Inc. a. Wealth Vol. XIV S. 99 ff.

LOWTSCHE, Alexander, Kapitalbildung durch Sparen, Schm. Jahrb. 1941, S. 47 ff.

KOLLER, Siegfried, Zum Problem des Geburtenabstandes, Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, 1944, H.1.

KROEN, Johannes, Bericht über das finanzielle Gebaren der deutschen Sozialversicherung, Finance Publique, 1955, S. 427 ff.

LANDING, John, B. WITMEY, Stephen, B. Consumer Anticipations their use in Forecasting Consumer Behavior, Stud.i.Inc. a.Wealth, Vol. XVII, S. 381 ff.

LABOQUE, Pierre, De l'assurance à la sécurité sociale, Revue Intern. du Travail, 1952, S. 1 ff.

LEDERER, Emil, Zum sozialpolitischen Habitus der Gegenwart, Archiv f. Soz.Wiss. u. Soz.Pol. Bd. 46, S. 114.

LIEFMANN, Robert, Theorie des Sparens und der Kapitalbildung, Schm. Jb. 1912, S. 1565 ff.

LIEFMANN-KEIL, Elisabeth, Intervention und Rahmenplanung, Jahrb. f. Nat. Ök. u. Stat. 1949, S. 112 ff.

LIEFMANN-KEIL, Elisabeth, Rentenreform in wirtschaftlicher Sicht, Gewerkschaftliche Monatshefte, 1956, S. 274 ff.

LIEFMANN-KEIL, Elisabeth, Die Lohnaufspaltung, die Gegenwart, 1952, S. 57 ff.

LIEFMANN-KEIL, Elisabeth, Zur Neugestaltung der Altersrente, Zeitschr. f. Sozialreform. 1956, S. 105.

LYDALL, Harold, The Life Cycle in Income, Saving, and Asset Ownership, Econometrica, 1955, S. 131 ff.

LYDALL, Harold, Personal Saving and Consumption Expenditure, Bulletin of the Oxford Institute of Statistics, 1953, Nr.10.

LYDALL, Harold, A Pilot Survey of Incomes and Savings, Bulletin of the Oxf. Inst.of Stat. 1951, S. 257 ff.

MACK, Ruth, The Direction of Changes in Income and the Consumption Function, Rev. of Ec.a.Stat. 1948.

MACK, Ruth P. Economics of Consumption, in A Survey of Contemporary Economics, Vol. II, Homewood, 1952.

MAIER, Karl F., Das Verlangen nach sozialer Sicherheit, Credo III, S. 19.

MAINGUY, Ives, La consommation incompressible, Economie Appliquée, 1948, S. 68 ff.

MAJUMDAR, Tapas, Choice and Revealed Preference, Econometrica, 1956, S. 71

MANNHEIM, Karl, Über das Wesen und die Bedeutung des wirtschaftlichen Erfolgsstrebens, Arch.f.Soz.Wiss.u.Soz. Pol. 1930.

MARSCHAK, Jacob, Money and the Theory of Assets, Econometrica, 1938 S. 311 ff.

MARSCHAK, Jacob, Rational Behavior, Uncertain Prospects and Measurable Utility, Econometrica, 1950, S. 111 ff.

MASSÉ, Pierre, Aperçus économiques sur l'efficience, le risque et l'investissement, Revue de Statistique Appliquée, 1953, S. 85 ff.

MATSON, Floyd, W. Social Welfare and Personal Liberty, Social Research, 1955 S. 253 ff.

MATTHEWS, R.C.O. The Saving Function and the Problem of Trend and Cycle, The Rev. of Ec.Stud. 1954/55, S. 75 ff.

MEHRING, Johann, RÖPER, Gerhard, Was kosten soziale Rentenversicherungs-Einrichtungen? Arbeit und Sozialpolitik, 1956, S. 1 ff.

MEYER, Paul, Wie sieht der Konsument die Teilzahlungsgeschäfte? Teilzahlung und Wirtschaft, 1954, S. 48 ff.

MILLER, S., Government Insurance and Economic Risk, Kyklos, 1955, H. III.

MODIGLIANI, Franco, Fluctuations in the Saving-Income Ratio, Stud.i.Inc.a.Wealth,Vol. XI.
MODIGLIANI, Franco, BRUMBERG, Richard, Utility Analysis and Consumption Function, An Interpretation of Cross-Section Data in Post-Keynesian Economics, New Brunswick, 1954, S. 389 ff.

MOLLER, Hero, Verbrauch, Sparen, Zins, Finanzarchiv, 1943,Vol. X.

MORGAN, James S. The Structure of Aggregate Personal Saving, Journ.of Pol.Ec. 1951, S. 528 ff.

MORGENSTERN, Oskar, Die Theorie des Spiels und des wirtschaftlichen Verhaltens, Jahrb. f. Soz.Wiss.1950, S. 113

MORGENSTERN, Oskar, Vollkommene Voraussicht und wirtschaftliches Gleichgewicht, Zeitschr.f.Nat.Ök. 1935, S. 337 ff.

NEUMEISTER, Heddy, Was der Arbeiter ersparen kann, Frankfurter Allgemeine, 24.8.1956.

NEUNDÖRFER, Ludwig, Sozialwissen und Sozialreform, Soz. Welt, 1955, S. 289 ff.

NEWMAN, Peter, The Foundation of Revealed Preference Theory, Oxford Economic Papers, 1955 S. 151 ff.
OBAYASHI, Ryoichi, D. Wesen d. Gruppenw[illegible] als Sozialpr[illegible]

OEL, Anton, Die Neuordnung der Richtsätze in der öffentlichen Fürsorge, Bundesarbeitsblatt 1956 S. 311

OFDA, Karlheinz, Funktionen des Beitrages in der sozialen Rentenversicherung, Bundesarbeitsblatt 1955 S. 423 ff.

DERS., Das Sonderzulagengesetz, Bundesar.Bl.1956 S. 228 ff.

ORSHANSKY, Mollie, Equivalent Levels of Living. Farm and City. Stud. in Inc.a.Wealth Vol. XV S. 127 ff.

PAULSEN, Andreas, Die wirtschaftlichen Grundbegriffe und der Zeitfaktor, Z. f. Nat.Ök.u.Stat. 1949 S. 399 ff.

PEN, J., The Theory of Public Finance and the Theory of Saving, Fin.Publ. 1950 S. 38 ff.

Pipping, Hugo, The Concept Standard Life, in Ec. Ess. in Hon. of Gustav Cassel, London 1933 S. 505 f.

RAMSAY, F.P. A Mathmatical Theory of Saving, Ec. Jl. Bd. XXXVIII, 1938 S. 543 ff.

REICHENAU, Charlotte, v., Der Einfluß des Zinsfußes auf den Sparer, Schm.Jb. 1931 S. 63 ff.

DIES., Der Konsum und die volkswirtsch. Theorie.Jb.f Nat.Ök. u.Stat. 1944

REID, Margaret, Distribution of Non-Money Income, Stud.i. Inc.a.Wealth.Vol XIII 1951 S. 125 ff.

REUFF, Paul, Grundriß einer Morphologie des Sparens, Weltwehr. f. Nat.Ök. 1930 S. 222 ff.

RICCI, Umberto, Das Sparen in der Individualwirtschaft, Zeitschrift f. Nat.Ök. 1930 S. 222 ff.

DERS., L'offerta del risparmio. Giornale degli Economisti 1922 Teil I und II, S. 73 ff u.S. 117 ff.

DERS., Assicuazione e risparmio, Giornale degli Economisti, 1939

RIEKER, Karlheinrich, Ist eine allgemeine Erhöhung der Altersrenten nötig? Arbeit u. Soz.Pol. 1950 S. 285 ff

RIST, Charles, Théorie de l'épargne. in Essais sur quelques problèmes économiques et monétaires, Paris 1933 S. 117 ff.

RITTIG, Gisbert, Die Indeterminiertheit des Preissystems, Jb. f. Soz.Wiss. 1951 S. 62 ff.

ROCKTÄSCHEL, Otto, Die Rentenbemessung und -gestaltung in der Invaliden- und Angestelltenversicherung in der Vergangenheit, Gegenwart u. Zukunft. BundesArb.Bl. 1956,115 ff.

ROHWER-KAHLMANN, Die Dynamik der dynamischen Rente, Zeitschr. f.Soz.Ref. 1956 S. 36 ff.

ROSENSTEIN-RODAN, P.N., Das Zeitmoment in der mathematischen Theorie des wirtsch. Gleichgewichtes, Zeitschr.f. Nat.Ök. 1930 S. 129 ff.

RUBINOW, J.M. Poverty, Encyclopaedia of the Social Science, Vol. XII 2. Aufl New York 1951

SCHACK, Herbert, Grundprobleme der Wirtschaftsphilosophie, Schm. Jb. S. 129 ff. u. S. 297 ff 1951

SCHARMANN, D.E. Die Lebens- und Leistungskurve des Mannes in Statistik und Biographie, Zentr.-Bl.f. Arb.Wiss.u.soz. Betriebspraxis. 1956 S. 113 ff.

SCHEWE, Dieter, Die Arbeit des Beirats für die Neuordnung der sozialen Leistungen in den letzten zwei Jahren, Bundesarb.Bl. 1956 S. 335 ff.

SCHMUCKER, Helge, Grundsätzliches zur repäsentativen Erfassung des Familieneinkommens, Allg. Stat.Archiv 1954 S.341ff

DIES., Neuere Methoden des Auslandes zur Erforschung der Einkommensverwendung in Privathaushalten, Allg.Stat.Arch 1956

DIES., Studie zur Frage des Familieneinkommens, Allg.Stat.Arch. 1954 S. 28 ff.

SCHWEIGER, Irving, The Contribution of Consumer Anticipations in Forecasting Consumer Demand, Stud. i.Inc.a Wealth, Vol XVII S. 455 ff.

SCITOVSKY, Tibor, Capital Accumulation Employment and Price Rigidity Rev.ofEc.Stud. 1940/41 S. 69 ff.

SHUBIK, Martin, Information Theories of Competition and the Theories of Games, Jl. of Pol.Ec. 1952 S. 634 ff.

SIEMERING, Hertha, Zur Ökonomie der Arbeitskraft, Bu.-Arb.Bl. 1955 S. 374 ff.

SILBERKUHL SCHULZE, M., Der Einfluß der Personenzahl auf die Kosten der Haus-wirtschaft, Haushw.Jb. 1934 H 3

SOMMER, Karl, Familiengerechte Wohnung, Einkommen und Mietaufwand, Soz. Fortschr. 1954 S. 106 ff.

STACKELBERG, Heinr.v. Beitrag zur Theorie des individuellen Sparens, Zeitschr. f. Nat.Ök. 1939 S. 167 ff.

STIGLER, George J., The Early History of Empirical Studies of Consumer Behavior Jl. of Pol.Ec. 1954 S. 25 ff.

STONE, Richard, Misery and Bliss, A Comparison of the Effects of Certain Forms of Saving Behavior and the Standard of Living of a Growing Community, Economia Internazionale 1955 S. 732 ff.

SUMMERS, Robert, An Econometrical Investigation of the Size Distribution of Lifetime Average Annual Income, Econometrica 1956 S. 346 f.

SYCKLE, Calla van, Economic Expectations and Spending Plans of Consumers, The Rev. of Ec.a.Stat.1954 S. 451 ff.

TABAH, F., Niveau de vie des familles suivant le nombre d'enfants, Population 1951

TIETZ, Georg, Der Einfluß des Zinssatzes auf das Ergebnis der versicherungstechnischen Bilanzen, Bucl.Arc.Bl. 1955,S.464

TININER, Gerhard, The Maximization of Utility over Time, Econometrica 1938 S. 154 ff.

TITMUSS R.M. The Age af Pensions, The Times 29.12.55

TOBIN, James, Relative Income, Absolute Income and Saving in Money,Trade and Economic Growth, hrsg. v. D.M. Wright u.a. New York 1951 S. 135 ff.

DERS., Asset Holdings and Spending Decision, Am. Ec.Rev. Papers a. Proceedings 1952 S. 109 ff.

UTTING, J.E.G. Sample Surveys for Household Income and Expenditure Informations, Schweiz.Zeitschr.f Volkswirtsch. u.Stat. 1954 S. 329 ff.

VELDKAMP G.M.J Le financement des assurances sociales, Fin.Publ. 1955 S. 27o ff.

VICKREY, William, Resource Distribution Patterns and the Classification of Families, Stud.in Inc. a. Wealth,Vol. X, 1947 S. 26o ff.

WAGNITZ, Lothar, Zur Neuordnung der sozialen Rentenversicherung, Arbeit und Sozialpol. 1953 S. 33 ff

DERS., Elementarunterricht in Sozialreform,Arb. u.Soz.Pol. 1956 S. 49 ff.

WASSON, Rob., HURWITZ, Abner, SCHWEIGER, Irv. Field Surveys of Consumer Income. Stud.in.Inc.a.Wealth,Vol.XIII,428 ff.

WIESE, Leop.v, Über die Armut, Kölner Zeitschr. f.Soziologie 1953/54 S. 42 ff.

WOODBURY R.M. Economic Consumption Scales and their Uses, Jl. of Am. Stat.Ass. 1943 Vol. XXXVIII S. 43 ff.

YOUNG, Michael, Income within the Family, Inc Brit. Jl. of Sociology, 1952 Vol III S. 305 ff.

D. Periodika

WIRTSCHAFT UND STATISTIK, 1954 - 1956. MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER, 1954 - 1956. CENTRAL BANK OF BELGIUM 1947 - 1956. VIERTELJAHRSHEFTE FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG,1955 - 1956. STATISTISCHES JAHRBUCH DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, 1955 und 1956. ARBEITS- UND SOZIALSTATISTISCHE MITTEILUNGEN, 1955 - 1956.

E. Nachtrag

BARNA, Tibor, Introduction to "The Structural Interdependence of the Economy", Proceedings of an International Conference on Input-Ourput Analysis, ed. Barna, New York Mailand o.J. (1955)

BIENKOWSKY, Frh.v. Untersuchungen über die Arbeitseignung und Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft einer Kabelfabrik. Schr.des Vereins f. Soz.Pol.Bd.133 Leipzig 1910

EHRENTER, Karl, Gesundheitsfürsorge und Sozialreform, Die Sozialversicherung, 1957 S. 97 ff.

GESETZE ZUR NEUREGELUNG DES RECHTS DER RENTENVERSICHERUNG DER ARBEITER UND ANGESTELLTEN, Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 4, v.26.2.1957 S. 45 ff und S. 88 ff.

HOUSING AND HOME FINANCE AGENCY, Housing Stat. Wash 1954

JANIZ, Kurt, Sozialreform u. Rentenreform, Bund Arb Bl 1957 S. 235 ff.
OPTER, Ferd., Familienpolitik, Stgt. 1956

DERS., Die Familie in der heutigen Gesellschaft, Gewerksch Monatshefte 1957 S. 231 ff.

OHNE VERFASSER, Rechnungsgrundlagen, Bundesar.Bl. 1957,221 ff

ROSTOW, W.W. The Process of Economic Growth, New York 1952

WEISSKOPF, W.A. The Psychology of Economics, London 1955

SCHLECHT, Otto, Abstimmung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Die Soz.-Vers. 1957 S. 93 ff.

WILLGERODT, Hans, Die Krisis der sozialen Sicherheit und das Lohnproblem, Ordo VIII 1956

WORCESTER, Dean A., LANGSWAN, R.D., Income Ability and Size of Family in the United States. The Jl. of Pol.Ec. 1956, S. 45 ff.

ZEUTHEN, F., Economic Theory and Process New York 1955.

L e b e n s l a u f

Am 9. Februar 1931 wurde ich als Sohn von Philipp und Frieda Krämer in Endingen (Baden) geboren. Nach dem Besuch der Grundschule (1937 - 1941) wurde ich Schüler des Rotteck-Gymnasiums in Freiburg im Breisgau. Dieser Anstalt gehörte ich bis zur Reifeprüfung im Sommer 1950 an.

Im Herbst 1950 begann ich an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg mit dem Studium der Nationalökonomie. Die mit dem Studium verbundenen Praktika absolvierte ich bei einer Bank und in einem Großhandelsunternehmen. Nach sechs Studiensemestern und einem Urlaubssemester legte ich im Frühjahr 1954 die Diplomprüfung für Volkswirte mit der Note "gut"ab. Unmittelbar nach dem Examen nahm ich bei Frau Prof. Liefmann-Keil die Stelle eines wissenschaftlichen Hilfsassistenten an, die ich bis Herbst 1955 wahrnahm. Im Anschluß daran trat ich ein französisches Staatsstipendium an der Faculté de Droit in Paris an. Im Mai 1956 unterzog ich mich dort der Prüfung für das "Diplôme d'Etudes Supérieures".

Nach meiner Rückkehr aus Frankreich habe ich mich ausschließlich meiner Dissertation gewidmet und diese nunmehr der Fakultät vorgelegt.

Martin Krämer.